

# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON  
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ  
HORST MÖLLER

## AUS DEM INHALT

HERMANN GRAML  
Die Wehrmacht im Dritten Reich

TED HARRISON  
Der „Alte Kämpfer“ Graf Helldorff  
im Widerstand

GERHARD KREBS  
Japanische Friedensfühler und  
schwedische Vermittlungsversuche 1944/45

ANDREAS WIRSCHING  
Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter  
der KPD vor 1933

DOKUMENTATION  
Franz Halder und die Kriegsvorbereitungen  
im Frühjahr 1939  
(Christian Hartmann/Sergej Slutsch)

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von  
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ  
HORST MÖLLER

in Verbindung mit  
Theodor Eschenburg,  
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,  
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:  
Norbert Frei, Udo Wengst, Jürgen Zarusky  
Chefredakteur: Hans Wöller  
Stellvertreter: Andreas Wirsching

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27

45. Jahrgang

Heft 3

Juli 1997

## INHALTSVERZEICHNIS

### AUFSÄTZE

- Hermann Graml* Die Wehrmacht im Dritten Reich ..... 365  
*Ted Harrison* „Alter Kämpfer“ im Widerstand. Graf Helldorff,  
die NS-Bewegung und die Opposition gegen Hitler 385  
*Gerhard Krebs* Aussichtslose Sondierung. Japanische Friedens-  
fühler und schwedische Vermittlungsversuche  
1944/45 ..... 425

### DISKUSSION

- Andreas Wirsching* „Stalinisierung“ oder entideologisierte „Nischen-  
gesellschaft“? Alte Einsichten und neue Thesen zum  
Charakter der KPD in der Weimarer Republik ... 449

## DOKUMENTATION

<i>Christian Hartmann/ Sergej Slutsch</i>	Franz Halder und die Kriegsvorbereitungen im Frühjahr 1939. Eine Ansprache des Generalstabs- chefs des Heeres . . . . .	467
ABSTRACTS . . . . .		497
MITARBEITER DIESES HEFTES . . . . .		499

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München.  
Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Suzan Hahneemann. Erscheinungsweise:  
Vierteljährlich. Bezugspreis incl. gesetzlicher MWSt 1997: Jahresabonnement Inland DM 92,40 (DM 78,-  
+ DM 14,40 Versandkosten); Österreich öS 693,- (569,- + 124,- Versandkosten); Schweiz und übriges Aus-  
land DM/sFr 94,80 (78,- + 16,80 Versandkosten).

Studentenabonnement (nur Inland) DM 74,40 (60,- + 14,40 Versandkosten); Einzelheft DM 26,-, öS 190,-,  
sFR 26,- + Versandkosten. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeit-  
schrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonne-  
ment zum Vorzugspreis von DM 52,- zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den per-  
sönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Ein-  
zelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des  
Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.

Satz und Druck: Appl, Senefelderstraße 3-11, 86650 Wemding

Ein Teil dieser Auflage enthält folgende Beilagen: Franz Steiner Verlag, Wiesbaden · *Führer-Erlasse 1939-  
1945*. R. Oldenbourg Verlag, München · *Deutsche Juden und jüdische Geschichte*.

HERMANN GRAML

## DIE WEHRMACHT IM DRITTEN REICH

Die Armee der Weimarer Republik, die Reichswehr, führte eine seltsam gesplante Existenz<sup>1</sup>. Auf der einen Seite litt sie unter tiefer politischer und fachlicher Unzufriedenheit. Eben noch, bis 1918, war die Armee wesentliches Element, ja Garantin des in Preußen wie in den übrigen deutschen Bundesstaaten – von den Hansestädten abgesehen – gültigen und als gottgewollt angesehenen monarchischen Prinzips; die Monarchen waren selbst Offiziere, traten bei offiziellen Anlässen in der Öffentlichkeit selbstverständlich in Uniform auf, und die Offiziere der Streitkräfte fühlten sich an sie durch ein besonderes, sehr persönlich aufgefaßtes Treueverhältnis gebunden. Eben noch war die Armee überdies wesentliches Element, ja wiederum eigentliche Garantin einer im Kern illiberalen und demokratiefeindlichen Staats- und Gesellschaftsordnung, einer Ordnung, die ebenfalls als Gott wohlgefällig betrachtet wurde. Gänzlich unerwartet fand sich nun die Armee nach der militärischen Niederlage von 1918 und dem nachfolgenden innenpolitischen Umsturz in einem Staatswesen, das Republik war, in dem die liberalen und demokratischen Kräfte der Gesellschaft verstärkte Entfaltungsmöglichkeiten fanden, dessen parlamentarisches System sogar der ebenso verachteten wie gefürchteten demokratischen Linken, der Sozialdemokratie, die Teilhabe an der Herrschaft erlaubte. In einem solchen Staatswesen hat sich die Armee als Fremdkörper definiert, vermochte sie ihren Dienst nur in der beständigen Hoffnung auf baldige Änderung, auf die baldige Wiederherstellung einer gottgefälligen politischen Ordnung zu tun.

Nicht anders lagen die Dinge auf fachlichem Felde. Eben noch war die preußisch-deutsche Armee der kraftvolle Arm eines Staates, der als europäische Hegemonialmacht auftrat und in Konkurrenz zum britischen Empire nach Weltmacht strebte; von 1914 bis 1918 hatte diese Armee ebenso furcht- wie respekteinflößende Leistungen gezeigt. Nach der Niederlage aber legte der Vertrag von Versailles die imperialistischen Ambitionen des Deutschen Reiches in Fesseln, und die Streitkräfte des Reiches reduzierte der Vertrag auf 100 000 Mann. Die Armee war also derart geschwächt, daß sie einer kriegerischen Auseinandersetzung selbst mit einem der klei-

<sup>1</sup> Vgl. hierzu bereits Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Armee zwischen Republik und Diktatur*, in: *Schicksalsfragen der Gegenwart*, Bd. III, Tübingen 1958, S. 95 ff.; später auch in: Karl Dietrich Bracher, *Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur. Beiträge zur neueren Politik und Geschichte*, Bern/München/Wien 1964, S. 83 ff.; ferner Francis L. Carsten, *Reichswehr und Politik 1918–1933*, Köln 1964; Harold J. Gordon, *Die Reichswehr und die Weimarer Republik*, Frankfurt a. M. 1959; John W. Wheeler-Bennett, *Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918–1945*, Düsseldorf 1954.

VfZ 45 (1997)

© Oldenbourg 1997

neren Nachbarn Deutschlands nicht gewachsen sein konnte und mithin schon eine defensive Schutzfunktion nicht zu erfüllen vermochte. Daher entstand in der Reichswehr eine Tendenz zur Expansion, die von sämtlichen ihrer Angehörigen nicht nur guten Gewissens gehegt, sondern darüber hinaus als eine Forderung des nationalen Interesses begriffen wurde, der eine alle anderen Gesichtspunkte überlagernde Wichtigkeit beigemessen werden dürfe. Rücksichtslose Ressortpolitik erschien nun als Dienst an nationalen Notwendigkeiten. Auch hinsichtlich ihrer Stärke und Bewaffnung lebte die Reichswehr folglich in der Erwartung eines grundlegenden Wandels in naher Zukunft. In der Praxis bedeutete das unter anderem, daß sich die Reichswehr für berechtigt hielt, jeder politischen Bewegung in Deutschland Sympathien entgegenzubringen, die den konsequenten Kampf gegen Versailles auf ihre Fahnen schrieb und namentlich die militärischen Beschränkungen abzuschütteln verhiess, mochte die Bewegung ansonsten auch bedenkliche Seiten haben<sup>2</sup>.

Eine Versöhnung der Reichswehr mit den politischen Realitäten der zwanziger und frühen dreißiger Jahre kam nicht zustande, nicht einmal eine Annäherung<sup>3</sup>. Das lag nicht zuletzt daran, daß der Versailler Vertrag Deutschland die allgemeine Wehrpflicht verboten und der Reichswehr den Charakter einer aus lang dienenden Freiwilligen bestehenden Berufarmee aufgezwungen hatte. Angesichts der Kluft zwischen Armee einerseits und den liberalen, demokratischen und sozialistischen Kräften in der Gesellschaft andererseits, wie sie im wilhelminischen Deutschland bestanden hatte, fand sich in den Gruppen links von der Mitte kaum jemand zum Dienst in der Armee bereit, und so bewirkte das Verbot der allgemeinen Wehrpflicht, daß die Weimarer Republik ihre Streitkräfte anfänglich notgedrungen fast zur Gänze aus der wilhelminischen Armee rekrutierte und daß die Reichswehr auch in den folgenden Jahren ihren Nachwuchs an Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften ungestört überwiegend aus jenen Kreisen holen konnte, die schon bislang die Berufssoldaten gestellt hatten: aus Adel und Großbürgertum, aus den politisch zur Rechten zählenden Gruppen des bürgerlichen Mittelstands und aus der ländlichen Bevölkerung. So wurde und blieb die Reichswehr ein Hort politischer Überzeugungen, wie sie für die gesellschaftliche Elite und die militärfreundlichen bürgerlichen und bäuerlichen Schichten des wilhelminischen Deutschland kennzeichnend gewesen waren und dort noch immer dominierten: Monarchismus, Nationalismus, Ablehnung von Liberalismus, von Demokratie, von Parlamentarismus, von Sozialismus.

Auf der anderen Seite mangelte es den Angehörigen der Reichswehr und namentlich ihrer jeweiligen Spitze weder an politischem noch gar an militärischem Selbstbewußtsein. Von Offizieren geführt, die noch bis in die unteren Ränge hinein alle am Krieg teilgenommen und sich im Krieg vielfach bewährt hatten, ferner nach den Bür-

<sup>2</sup> Vgl. Thilo Vogelsang, *Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933*, in: VfZ 2 (1954), S. 397ff.; vgl. auch Hans Rothfels, *Ausgewählte Briefe von Generalmajor Helmuth Stieff*, in: VfZ 2 (1954), S. 329ff.; umfassend Michael Geyer, *Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924–1936*, Wiesbaden 1980.

<sup>3</sup> Ebenda.

gerkriegswirren zwischen 1918 und 1924 wieder straff diszipliniert und als geschlossener Körper fest in der Hand ihrer Leitung, stellte die Reichswehr einen der großen Machtfaktoren im Staate dar. Solange sie sich nicht offen gegen die Republik und ihre Verfassungsorgane wandte, konnte sie ihr Eigenleben führen und brauchte, wie bis 1918, nicht zu befürchten, daß die wechselnden Reichsregierungen so etwas wie einen politischen Führungsanspruch geltend zu machen suchten.

Statt dessen übten die Chefs der Reichswehr, die sich ihrer starken Stellung sehr wohl bewußt waren, ihrerseits in mancherlei Hinsicht maßgeblichen Einfluß auf den Gang der Dinge aus. Im wilhelminischen Deutschland war die Macht der Militärs so stark gewesen, daß sie, ohne dies mit der politischen Führung des Deutschen Reiches auch nur zu besprechen, einen Aufmarschplan festzulegen vermochten, der Deutschland, wenn es als Bundesgenosse Österreich-Ungarns in einen Konflikt mit Rußland geraten sollte, unweigerlich in einen Mehrfrontenkrieg stürzte. In einem solchen Fall müsse, so hatte nämlich der Generalstab dekretiert, ohne sich um das tatsächliche oder mögliche Verhalten der Regierungen Frankreichs, Belgiens und Großbritanniens einen Deut zu scheren, sofort im Westen angegriffen werden. Der Mehrfrontenkrieg von 1914 war kein unabwendbares Schicksal, aufgezwungen etwa durch die heutzutage wieder öfter erwähnte Mittellage Deutschlands – unabwendbar machte ihn vielmehr der Schlieffen-Plan<sup>4</sup>. Ganz so verhielt es sich in der Weimarer Republik nicht mehr, die ja im Schatten des Versailler Vertrags stand. Doch waren es zum Beispiel – neben der revisionspolitisch bedingten Polenfeindschaft – in erster Linie die Interessen der Reichswehr, die den Staat von Weimar in jenes spezielle Verhältnis zur Sowjetunion steuerten, das der am 16. April 1922 geschlossene Vertrag von Rapallo symbolisiert hat. Dieses Verhältnis brachte der Republik und der Entwicklung der internationalen Beziehungen im damaligen Europa nichts als Schwierigkeiten, weil es unter den Gegebenheiten jener Jahre eine definitive Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich verhinderte. Nicht einmal Stresemann wagte es, dem Argument der Reichswehr zu trotzen, sie brauche die Kooperation mit der Roten Armee, um ein paar Bestimmungen des Versailler Vertrags umgehen zu können<sup>5</sup>.

Noch gewichtiger war der innenpolitische Einfluß der Reichswehr. Daß Ende März 1930 das Kabinett Hermann Müller stürzte, das letzte Weimarer Kabinett mit einer parlamentarischen Mehrheit, und daß mit der Berufung Heinrich Brüning zum Reichskanzler die Entmachtung des Reichstags eingeleitet wurde, war nicht zuletzt das Ergebnis des Drucks, den die Führung der Reichswehr ausübte<sup>6</sup>. Den fol-

<sup>4</sup> Vgl. Gerhard Ritter, *Der Schlieffen-Plan. Kritik eines Mythos*, München 1956.

<sup>5</sup> Vgl. Hans W. Gatzke, *Stresemann and the rearmament of Germany*, Baltimore 1954; ferner Helm Speidel, *Reichswehr und Rote Armee*, in: *VfZ* 1 (1953), S. 9 ff.; Hermann Graml, *Die Rapallo-Politik im Urteil der westdeutschen Forschung*, in: *VfZ* 18 (1970), S. 366 ff.; Sergej A. Gorlow, *Geheimsache Moskau-Berlin. Die militärpolitische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich 1920–1933*, in: *VfZ* 44 (1996), S. 133–165; Manfred Zeidler, *Reichswehr und Rote Armee 1920–1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit*, München 1993.

<sup>6</sup> Vgl. hierzu Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Villingen 1964, S. 229 ff., 296 ff.; Hans Mommsen,

genden Prozeß, der über das zweite Kabinett Brüning und die Kabinette Papen und Schleicher immer weiter nach rechts und schließlich zur Kanzlerschaft Hitlers führte, hat die Reichswehr gewiß nicht in allen Stationen verursacht oder in Gang gehalten, jedoch gedeckt<sup>7</sup>. Die Präsidialkabinette regierten zwar gestützt auf den Artikel 48 der Verfassung und damit gestützt auf die Autorität des Reichspräsidenten, ihre wahre Machtbasis aber war die Reichswehr<sup>8</sup>.

Es war also nur logisch, daß die Reichswehr auf Hitlers Ernennung zum Reichskanzler – mit der sie nichts zu tun hatte – und auf die anschließende Eroberung der politischen Macht durch die NS-Bewegung mit Empfindungen reagierte, die von vorsichtig positiver Erwartung bis zu enthusiastischer Zustimmung reichten; Skepsis regte sich nur selten<sup>9</sup>. Hier schienen ein Mann und eine politische Kraft die Herrschaft zu übernehmen, die alle Hoffnungen der Reichswehr – wenn auch vermutlich ohne Restauration der Monarchie – zu erfüllen versprochen: von der Aufrüstung über die Wiedergewinnung des deutschen Großmachtstatus bis zu einer inneren Neuordnung unter rechtsautoritären Vorzeichen. Zugleich spiegelte das Selbstbewußtsein der Reichswehr ihrer Führung vor, sie könne mit Hitler und seiner Bewegung in ein Verhältnis gleichberechtigter Bundesgenossenschaft treten. So hatten die Armee und ihre Spitzen in Reichswehrministerium und Heeresleitung keine Bedenken, Hitler bei der Errichtung des nationalsozialistischen Regimes auf dreifache Weise Hilfestellung zu geben.

Erstens wahrte die Reichswehr bei der Ausschaltung und Verfolgung der politischen Linken, einschließlich der Sozialdemokratie, wohlwollende Neutralität, ebenso bei der vollständigen Liquidierung des parlamentarischen Systems. Da der Vorgang ohne die Passivität der Armee nicht möglich gewesen wäre, ist die Haltung der Reichswehr mit „wohlwollender Neutralität“ allerdings nur unzulänglich charakterisiert. Die bewußte Ermöglichung der Etablierung nationalsozialistischer Herrschaft lief vielmehr auf Mittäterschaft, auf Partnerschaft hinaus. Ende Februar 1933 sagte der Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, Oberst v. Reichenau, in einer Befehlshaberbesprechung: „Erkenntnis [ist] notwendig, daß wir in einer Revolution stehen. Morsches im Staat muß fallen, das kann nur mit Terror geschehen. Die Partei wird gegen Marxismus rücksichtslos vorgehen. Aufgabe der Wehrmacht: Gewehr bei Fuß. Keine Unterstützung, falls Verfolgte Zuflucht bei der Truppe suchen.“<sup>10</sup> Und Reichenaus Minister, General v. Blomberg, meinte am 1. Juni 1933: „Es wird ein Glück sein, wenn diese [nationalsozialistische] Bewegung bald zu der von ihr erstrebten Totalität kommt.“<sup>11</sup> Kein Wunder, daß ein höchlichst erfreuter und vermut-

Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918–1933, Berlin 1989, S. 226 ff., 275 ff.

<sup>7</sup> Vgl. Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, Stuttgart 1962.

<sup>8</sup> Ebenda.

<sup>9</sup> Vgl. Klaus-Jürgen Müller, Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime, Stuttgart 1969.

<sup>10</sup> Aufz. Oberstleutnant Ott, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IfZ), ZS 279.

<sup>11</sup> Aufz. General Liebmann, in: IfZ, ED 1.

lich angenehm überraschter Hitler am 9. November 1933 die „herzliche Verbundenheit“ feierte, die zwischen den „Kräften der Revolution und den verantwortlichen Führern einer aufs äußerste disziplinierten Wehrmacht“ bestehe<sup>12</sup>.

Im Sinne solch wechselseitiger Sympathie hat sich dann die Reichswehr, zweitens, in Hitlers Konflikt mit der SA auf die Seite des „Führers“ geschlagen, zumal die Ambition der SA, das nationalsozialistische Volksheer zu werden, die Armee direkt herausforderte. Ohne die logistische Unterstützung durch die Reichswehr hätte Hitler die Mordaktion gegen die SA-Führung am 30. Juni 1934 nicht durchführen können<sup>13</sup>. Wenige Tage nach der Aktion, am 5. Juli, billigte General v. Blomberg ausdrücklich auch die Ermordung der nicht zur SA gehörenden Opfer jenes Tages wie Edgar Jung, Erich Klausener, Gregor Straßer oder Gustav Ritter v. Kahr, implicite sogar die Ermordung der Generale Kurt v. Schleicher und Ferdinand v. Bredow: „Wir, die Wehrmacht, sollten nach dem Willen dieser Kreise in ein Lager verschoben werden, in dem wir nicht stehen können.“<sup>14</sup> Hitler habe auch im „Interesse der Wehrmacht“ gehandelt.

So war es nur konsequent, daß die Spitzen der Streitkräfte drittens das gleiche fördernde Wohlwollen an den Tag legten, als Hitler nach dem Tod des Reichspräsidenten v. Hindenburg, am 2. August 1934, auch noch dessen Amt übernahm und damit Oberbefehlshaber der Streitkräfte wurde. Blomberg ging gleich so weit, unverlangt einen neuen Fahneid einzuführen und die Streitkräfte auf Hitler persönlich – statt wie bisher auf „Volk und Vaterland“ – vereidigen zu lassen. Gewiß gab es in der Armee auch Widerspruch oder doch Zweifel an einem Kurs, der Hitler half, den „Führerstaat“ zu begründen. Doch blieben solche Stimmen ebenso selten wie schwach. General Adam, Chef des Truppenamts, wie damals der Generalstab hieß, sagte einmal: „Denken Sie daran, daß wir in einer Revolution leben. Noch immer trieb in solchen Zeiten zuerst der Schmutz an die Oberfläche, um später wieder zu Boden zu sinken. So ist unsere Aufgabe, zu warten und zu hoffen.“<sup>15</sup> Mit solch schwächlicher Resignation konnte die Linie der Reichswehr, die vor allem von ihren politischen Spitzen, Blomberg und Reichenau, festgelegt worden war, nicht einmal modifiziert werden.

Zunächst bemerkte kaum jemand in der Reichswehrführung, daß die Komplizenschaft bei der Liquidierung von Demokratie und Parlamentarismus der Armee vor allem eines bescherte, nämlich einen ständigen Machtverlust zugunsten eines Partners, der nicht nur deshalb stärker wurde, weil er mit brutaler Rücksichtslosigkeit den Staat eroberte und die Gesellschaft gleichschaltete, der vielmehr mit einem charismatischen Führer und auf Grund seiner Massenbasis eine essentielle politische Überlegenheit besaß, die es ihm ermöglichte, als Inhaber der politischen Herrschaft und im Prozeß der Machtbefestigung schon bald die Grenzen von der autoritären Diktatur zum tendenziell totalitären Regime zu überschreiben. Mit den Regimentern

<sup>12</sup> Ebenda.

<sup>13</sup> Vgl. Klaus-Jürgen Müller, Reichswehr und „Röhmaffäre“. Aus den Akten des Wehrkreiskommandos (Bayer.) VII, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1 (1968), S. 107 ff.

<sup>14</sup> Aufz. General Liebmann, in: IfZ, ED 1.

<sup>15</sup> Erklärung Generaloberst a. D. Adam, in: IfZ, ZS 6.

der Armee war dagegen nicht mehr viel auszurichten. Auch öffneten Blomberg und Reichenau fast sofort die Reichswehr der nationalsozialistischen Indoktrination, wie Manfred Messerschmidt in einer wichtigen Studie überzeugend dargelegt hat, und taten das ihre dazu, daß das Charisma des „Führers“ auch die Soldaten der Armee erfaßte<sup>16</sup>. Der römische Satz „Exercitus facit imperatorem“, das Heer macht den Kaiser, ein Satz, der zwischen Frühjahr 1930 und Dezember 1932 bis zu einem gewissen Grade Gültigkeit besessen hatte und den die Spitzen der Reichswehr noch zwei oder drei Jahre nach dem 30. Januar 1933 für gültig halten mochten, verlor binnen kurzer Zeit jede Bedeutung.

Ironischerweise war es gerade die Erfüllung des sehnlichsten Wunsches der Militärs, die ihren Machtverlust vollendete und der Armee die Eigenständigkeit als innenpolitischer Faktor definitiv nahm. Zeichnete sich die Reichswehr bis 1933 durch eine Geschlossenheit aus, die sie zu einem zuverlässigen Instrument in der Hand ihrer Führer machte, so gingen Geschlossenheit und damit die spezifisch politische Zuverlässigkeit verloren, als Aufrüstung und Heeresvermehrung, die 1933 eingeleitet wurden und nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht von Monat zu Monat an Rasanzen gewannen, die Armee von Grund auf verwandelten. Von 1933 bis 1939 erlebte allein das Heer eine Verzehnfachung seiner zahlenmäßigen Stärke, und der damit verbundene rapide Anstieg des Bedarfs an Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften ließ eine Personalpolitik, wie sie im Kaiserreich und in der Weimarer Republik praktiziert worden war, nicht länger zu. Die Armee wandelte sich von einem Segment der Gesellschaft oder sogar einem Fremdkörper in der Gesellschaft zu einem Abbild der deutschen Gesellschaft, und die gleiche Dominanz, die Hitler in der Bevölkerung Deutschlands erreichte, erreichte er nun in der Wehrmacht und damit über die Wehrmacht. Bereits nach der Röhmer-Affäre antwortete General v. Bock einem pommerschen Gutsbesitzer, der nicht begreifen wollte, daß die Reichswehr die Ermordung der Generale Schleicher und Bredow einfach hinnahm: „Mein Lieber, sollte ich mich gegen Hitler wenden, würde ich als erster von meinen eigenen Soldaten niedergeschossen werden.“<sup>17</sup>

Kurz nach dem 30. Juni 1934 traf das wohl noch nicht ganz zu, aber wenig später kam dieser Ausspruch der Wirklichkeit so nahe, daß von politischer Handlungsfähigkeit der Wehrmacht nicht mehr die Rede sein konnte. Es liegt eine bittere Ironie darin, daß ausgerechnet unter nationalsozialistischer Herrschaft etwas an sich Wünschenswertes durchgesetzt wurde, etwas, das die Armee seit dem Sturz Bismarcks nicht mehr gekannt hatte, nämlich ihre Unterordnung unter die politische Führung des Landes. Schon Anfang 1938 war Widerstand der Militärs gegen die NS-Herrschaft, ob das Regime nun mit der Zerstörung des Rechtsstaats, mit seiner kirchenfeindlichen Politik und mit seiner Judenverfolgung das religiöse und moralische Gewissen der Offiziere belastete oder ob das Regime leichtfertig Kriege vom Zaun

<sup>16</sup> Vgl. Manfred Messerschmidt, *Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination*, Hamburg 1969.

<sup>17</sup> Befragung Oskar v. Dewitz, in: *IfZ*, ZS 569.

brach und damit das berufliche Gewissen der Offiziere strapazierte, nur noch in zwei Formen möglich: entweder als Streik der führenden und zugleich noch relativ homogenen Offiziersgruppen, der Generalität und des Generalstabs, oder aber als Verschwörung einzelner Offiziere zu Attentat und Staatsstreich.

Bereits die Sudetenkrise des Jahres 1938 lieferte den eindeutigen Beweis, daß von der Armee vorerst weder ein Streik der Generäle noch eine effiziente Verschwörung zu erwarten war. Als der Chef des Generalstabs, Ludwig Beck, im Laufe des Jahres einen solchen Streik tatsächlich zu organisieren versuchte, blieb er, obwohl ein für Deutschland offenbar aussichtsloser Krieg drohte, allein; er trat zurück und handelte sich dafür einen vorwurfsvollen Brief des fähigsten Generals der Wehrmacht, des späteren Feldmarschalls Erich v. Manstein, ein<sup>18</sup>, der mit seinem Verhalten bis 1945 wohl als die beste Personifizierung jener nunmehr politikblinden Loyalität gelten darf, in der die Wehrmacht jedenfalls die Kriege des Regimes zu führen bereit war und führte. Zur gleichen Zeit, da Beck den Kriegsabsichten Hitlers mit Denkschriften entgegenzutreten und dann den Oberbefehlshaber des Heeres, Walther v. Brauchitsch, vergeblich als Leiter eines Generalsstreiks zu gewinnen suchte, arbeitete eine Gruppe von Offizieren in der Abwehrabteilung des Oberkommandos der Wehrmacht verzweifelt an Attentats- und Staatsstreichplänen. Aber diese Gruppe verfügte nicht über ein einziges Regiment, und da somit die Staatsstreichplanung nicht konkret werden konnte, blieb auch der an sich nicht schlecht vorbereitete Attentatsplan notwendigerweise bloße Absicht<sup>19</sup>. Hätte Hitler, wozu er noch am Vorabend der Konferenz von München größte Lust verspürte und wozu ihm nur ein ermutigendes Wort seines Achsenpartners Benito Mussolini fehlte, den Angriffsbefehl gegeben, wäre die zu diesem Zweck aufmarschierte Wehrmacht ohne Zweifel widerspruchlos in die Tschechoslowakei eingefallen. Ein halbes Jahr später zogen deutsche Truppen in Prag ein, und wiederum ein paar Monate später überschritt die Wehrmacht die Grenzen des polnischen Staates nicht nur ohne Murren, sondern sogar – jedenfalls gilt das für einen Teil der Offiziere – mit einer gewissen Freudigkeit, da Polen nach dem Ende des Weltkriegs etliche Territorien an sich gerissen hatte, die seit den polnischen Teilungen rund 150 Jahre lang preußisches Staatsgebiet gewesen waren<sup>20</sup>.

In der Zeit zwischen dem Feldzug in Polen und dem Angriff auf Westeuropa blitzten zwar beide Möglichkeiten – Streik und Putsch – noch einmal auf. Hitlers Absicht, noch im Herbst 1939 im Westen offensiv zu werden, provozierte einerseits eine Einheitsfront der Heeresgruppenbefehlshaber, die vom Mißerfolg des Unternehmens überzeugt waren und daher das Oberkommando des Heeres mit aufsässigen Denkschriften bedrängten, denen sogar drohende Elemente nicht fehlten, und im

<sup>18</sup> Vgl. Müller, *Das Heer und Hitler*, S. 656 ff.

<sup>19</sup> Vgl. Peter Hoffmann, *Widerstand – Staatsstreich – Attentat*, München 1969, S. 69 ff.

<sup>20</sup> In den Ansprachen, die Hitler im Laufe des Jahres 1939 vor Militärs hielt, hatte er keine Mühe, den Angriff auf Polen zu begründen, das eigentliche Thema war die Haltung der Westmächte. Vgl. Hermann Graml, *Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939*, München 1990, S. 184 ff. Vgl. auch die Halder-Dokumentation in diesem Heft.

OKH selbst ließ andererseits der Chef des Generalstabs, Franz Halder, der Beck gefolgt war, aus dem gleichen Grund Vorbereitungen zu einem Staatsstreich anlaufen und dabei auch Beziehungen zu zivilen Oppositionellen anknüpfen und erneuern<sup>21</sup>. Daß aber zwei kräftige Donnerwetter des „Führers“, Brauchitsch am 5. und den Spitzen der Wehrmacht am 23. November 1939 verabreicht, genügten, derartige oppositionelle Ansätze wieder zu ersticken, zeigt den Mangel an Kraft und den Schwund des politischen Selbstbewußtseins deutlich genug, ebenso eine zumindest partielle Identität der Überzeugungen und Ziele<sup>22</sup> – jedenfalls breite Zustimmung zur revisionspolitisch deklarierten Phase Hitlerscher Außenpolitik.

Der in den ersten Jahren der Kanzlerschaft Hitlers praktizierten innenpolitischen Komplizenschaft fügte die Wehrmacht also nun Leistung im Dienste der Expansionspolitik des Regimes hinzu<sup>23</sup>. War aber die Wehrmacht, die jetzt gegnerische Armeen niederwarf und für die Machthaber des Dritten Reiches Eroberungen machte, auch ein gefügiges oder sogar bereitwilliges Werkzeug nationalsozialistischer Politik in den eroberten Ländern? In doppelter Hinsicht ohne Frage. Die Annexion Böhmens und Mährens, die im Frühjahr 1939 erfolgte, wäre ohne Deckung durch die Armee ebenso unmöglich gewesen wie die Annexion polnischer Territorien oder die Vorbereitung der Annexion großer Teile Nord- und Westeuropas. Auch deckte allein die Gewalt der deutschen Waffen die Beseitigung von Liberalismus und Demokratie in den eroberten Territorien; das gilt auch für das Regime des Marschalls Petain im unbesetzten Frankreich.

Wie war jedoch das Verhältnis der Wehrmacht zu genuin nationalsozialistischer Bevölkerungs-, Ausbeutungs- und schließlich Vernichtungspolitik? Gab es hier über die natürlich abermals zu konstatierende Ermöglichung hinaus Bereitschaft, sich instrumentalisieren oder zum einverständigen Teilhaber machen zu lassen?

In den ersten Wochen und Monaten nach dem Feldzug in Polen gab es Anzeichen, die dafür sprachen, diese Frage mit „Nein“ zu beantworten<sup>24</sup>. Zunächst einmal verstand es sich in jener Phase des Zweiten Weltkriegs noch von selbst, daß Führung und Kriegsgerichte gegen sozusagen normale Ausschreitungen vorgingen, wie sie namentlich für den Beginn einer Kampagne typisch sind, wenn unerfahrene Truppen in dem schockierenden Bewußtsein, von Feinden mit scharfer Munition beschossen zu werden, zu außerordentlich gesteigerter Nervosität neigen. So hat die 17. Infanteriedivision nach „sinnlosen Schießereien gegen meist nicht vorhandene Freischärler“, wie ihr Ia sagte, am 4. September folgenden Befehl erlassen: „Motorisierte Teile der

<sup>21</sup> Vgl. hierzu Hoffmann, *Widerstand*, S. 146 ff.; Helmuth Groscurth, *Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940*. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler. Hrsg. von Helmut Krausnick und Harold C. Deutsch unter Mitarbeit von Hildegard v. Kotze, Stuttgart 1970.

<sup>22</sup> Vgl. Müller, *Das Heer und Hitler*, S. 471 ff.

<sup>23</sup> Schon nach dem Münchner Abkommen hatte der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt mit Mißfallen bemerkt, welchen Gefallen manche Generale an expansionistischer Politik zu finden begannen; vgl. Ernst Frhr. v. Weizsäcker, *Erinnerungen*, München/Leipzig/Freiburg 1950, S. 194.

<sup>24</sup> Vgl. zum folgenden Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges*, Stuttgart 1981, S. 80 ff.

Division marschieren ab heute mit nicht geladenem Karabiner. . . Kein Führer oder Mann eines Gefechtstrosses hat eine Handgranate bei sich.“<sup>25</sup> Schwere Plünderungen wurden mit hohen Zuchthausstrafen geahndet, bei Morden und vereinzelt Vergewaltigungen wurde in der Regel die Todesstrafe verhängt. Es kam freilich vor, daß Hitler Todesurteile, die er bei Offizieren als Oberbefehlshaber bestätigen mußte, wieder aufhob, so im Falle des Majors Richard Sahla, der 1936 der deutschen Reiterequipe bei den Olympischen Spielen angehört hatte. Sahla erschoss in der ersten Novemberhälfte 1939 in Preußisch Stargard – in betrunkenem Zustand und nach einer Debatte über die Beseitigung „biologisch Minderwertiger“ – vier inhaftierte Polinnen und wurde prompt zum Tode verurteilt. Hitler annullierte das Urteil, und da er sich nicht umstimmen ließ, hatte sich das Heer am Ende mit Sahlas Degradierung und seiner Einreihung in eine Bewährungseinheit zu begnügen. Hitler hatte dabei allerdings nicht den sportlichen Meriten des Majors Rechnung getragen, vielmehr erschien ihm das Delikt als nicht strafwürdig<sup>26</sup>.

Indes löste auch die ja schon früh einsetzende Vertreibung von Polen und Juden, sei es um Platz für Volksdeutsche zu schaffen, sei es als Teil der Konzentration der jüdischen Bevölkerung in größeren Ghettos, sowohl in der Truppe wie bei höheren Befehlshabern beträchtliche Unruhe aus. General Petzel, Befehlshaber im neugeschaffenen Warthegau, sprach in einem Bericht davon, daß die „empörte“ Truppe „in einen Gegensatz zu Verwaltung und Partei“ gerate<sup>27</sup>. Daß es bei diesen an sich grausamen Akten zu zahlreichen Grausamkeiten im Detail kam, daß die hier tätigen Sonderformationen Heinrich Himmlers, des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei, auch außerhalb ihres Auftrags vor allem ihrem Judenhaß freien Lauf ließen, konnte nicht ausbleiben. So schilderte General Petzel, um die Empörung seiner Soldaten zu begründen, einen Vorfall in Turck. Dort, so sagte er, „fuhren am 30. 10. 39 drei SS-Kraftwagen unter Leitung eines höheren SS-Führers durch die Straßen, wobei die Leute auf der Straße mit Ochsenziemern und langen Peitschen wahllos über die Köpfe geschlagen wurden. . . Schließlich wurden eine Anzahl Juden in die Synagoge getrieben, mußten dort singend durch die Bänke kriechen, wobei sie ständig von den SS-Leuten mit Peitschen geschlagen wurden. Sie wurden dann gezwungen, die Hosen herunterzulassen, um auf das nackte Gesäß geschlagen zu werden.“<sup>28</sup> Auch Morde waren in nicht geringer Anzahl zu verzeichnen, so als der Obermusikmeister der SS-Leibstandarte in der Nacht vom 18. zum 19. September 1939 in Blonie 50 Juden erschießen ließ. Da die in Polen aktiven SS- und Polizeiverbände jedoch der Gerichtsbarkeit des Heeres unterstanden, gerieten ihre Angehörigen bei ihrem Treiben wieder und wieder in die Räder der Militärjustiz, was den Konflikt zwischen Wehrmacht und SS ständig nährte. Hitler, der sich einerseits über die für ihn unverständlichen Urteile der Kriegsgenichte ärgerte, andererseits eine in seinen Au-

<sup>25</sup> Zit. nach Krausnick/Wilhelm, *Die Truppe*, S. 76.

<sup>26</sup> Dazu Krausnick/Wilhelm, *Die Truppe*, S. 82 f.

<sup>27</sup> Zit. nach Krausnick/Wilhelm, *Die Truppe*, S. 96.

<sup>28</sup> Internationales Militärtribunal, Bd. XXXV, S. 89 f.

gen überflüssige Reibungsfläche beseitigen wollte, erließ zunächst am 4. Oktober 1939 eine Amnestie für alle derartigen Gewalttaten, und dreizehn Tage später nahm er die SS- und Polizeiformationen nicht nur aus der Wehrmachtjustiz, sondern aus jeder ordentlichen Gerichtsbarkeit einfach heraus und gab ihnen eigene Gerichte<sup>29</sup>.

Eine Weile lang sah es allerdings so aus, als bleibe Hitlers Eingriff wirkungslos. Das lag vor allem daran, daß einerseits die Aktionen von SS und Polizei, namentlich die Ermordung zahlloser polnischer Geistlicher, Lehrer, Ärzte, Anwälte, Funktionäre von Parteien und Verbänden, Beamten etc., nicht vor Oktober 1939 systematischen Charakter annahmen und damit eine große Dimension erreichten, andererseits jedoch von der Wehrmacht noch immer als Ausschreitungen oder doch als Eigenmächtigkeiten Himmlers beziehungsweise Reinhard Heydrichs, des Chefs des Reichssicherheitshauptamts, begriffen wurden, gegen die also nicht nur etwas getan werden müsse, sondern auch etwas getan werden könne. Der Konflikt dauerte mithin an. Generaloberst Blaskowitz, der Oberbefehlshaber Ost, wandte sich am 27. November mit einem Bericht an den Oberbefehlshaber des Heeres, in dem er sagte, die Truppe lehne es ab, „mit den Greuelhandlungen der Sicherheitspolizei identifiziert zu werden“, und verweigere „von sich aus jedes Zusammengehen mit diesen fast ausschließlich als Exekutionskommandos arbeitenden Einsatzgruppen. Die Polizei hat bisher noch keine sichtbaren Aufgaben der Ordnung geleistet, sondern nur Schrecken in der Bevölkerung verbreitet.“ Dies stelle „für die Wehrmacht eine unerträgliche Belastung dar . . ., da ja alles im ‚feldgrauen Rock‘ geschieht“<sup>30</sup>. Am 8. Dezember stieß Blaskowitz mit einem weiteren Bericht an das OKH nach, der auch zu den Heeresgruppenbefehlshabern der im Westen stehenden Streitkräfte gelangte und dort „große Erregung“ auslöste; Generaloberst Ritter v. Leeb schickte sofort einen Protest an das OKH<sup>31</sup>. Als Blaskowitz am 6. Februar 1940 Notizen für den am 15. Februar zu Besuch erwarteten Brauchitsch zusammenstellte, nahm er auch einen Bericht des Oberbefehlshabers im Grenzabschnitt Süd auf, in dem General Ulex geschrieben hatte: „Die Einstellung der Truppe zu SS und Polizei schwankt zwischen Abscheu und Haß. Jeder Soldat fühlt sich abgestoßen und angewidert durch diese Verbrechen, die in Polen von Angehörigen des Reiches und Vertretern der Staatsgewalt begangen werden. Er versteht nicht, wie derartige Dinge, zumal sie sozusagen unter seinem Schutz geschehen, ungestraft möglich sind.“<sup>32</sup>

Es gab also in der Wehrmacht in diesem Falle sogar so etwas wie einen Druck von unten, den die Führung hätte nutzen können. Doch Brauchitsch beließ es bei einem einzigen Protest, und als Hitler das höchst ungnädig aufnahm – ob die Herren Offiziere glaubten, mit „Heilsarmeemethoden“ Krieg führen zu können, fragte er<sup>33</sup> –, be-

<sup>29</sup> Vgl. Krausnick/Wilhelm, *Die Truppe*, S. 87.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 97.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 98.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 102.

<sup>33</sup> Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Aufzeichnungen des Majors Engel, hrsg. von Hildegard v. Kotze, Stuttgart 1974, S. 68, auch S. 66.

schloß der Oberbefehlshaber des Heeres, den Kopf in den Sand zu stecken und nichts mehr zu sehen. Seine politische Kapitulation lag zur Zeit der Blaskowitzschen Proteste ohnehin schon einige Wochen zurück. Am 17. Oktober 1939 hatte Hitler in einer Besprechung angekündigt, daß er dem Heer die Beteiligung an dem in Polen notwendigen „harten Volkstumskampf“ ersparen und daher dem Militär die in einem besetzten Land normalerweise von der Armee ausgeübte sogenannte „vollziehende Gewalt“ nehmen wolle. Brauchitsch akzeptierte diese scheinbar bequeme Lösung und trat schon am 26. Oktober die vollziehende Gewalt in Polen ab<sup>34</sup>. Natürlich wurde die Wehrmacht auf solche Weise lediglich die formale Verantwortung los; die politische und moralische Mitverantwortung für die Schandtaten der Sicherheitspolizei war damit nicht abgeschüttelt. Etliche Offiziere begriffen das sehr wohl, so der Oberstleutnant Groscurth, der den zweiten Protest des Generalobersten Blaskowitz zu den Stäben im Westen gebracht hatte.

Der Konflikt, zu dem es in Polen zwischen Heer und SS kam, blieb damit politisch folgenlos. Brauchitschs Passivität, geboren aus politischer Schwäche und Mangel an Zivilcourage, doch mittlerweile auch aus moralischer Indifferenz und partieller Übereinstimmung selbst mit dem biologistischen Expansionismus der Nationalsozialisten, machte dem Offizierkorps und der ganzen Armee allmählich klar, daß hinter den Aktionen in Polen Hitler selbst stand, und so stark war inzwischen die Bindung an den „Führer“ geworden, daß diese Erkenntnis genügte, der Kritik die Kraft zu irgendwelchen Konsequenzen zu nehmen. So versandete die Empörung der vielen, und im Sommer 1940 wurden die „Polengreuel“ ohnehin vom Glanz der Siege im Westen überstrahlt. Einzelnen aber, wie Groscurth oder dem späteren General Stieff, lieferten die Ereignisse in Polen das entscheidende Motiv zu grundsätzlichem Widerstand gegen Hitler und sein Regime<sup>35</sup>.

Zunächst brachte freilich das „Unternehmen Barbarossa“, der Angriff auf die Sowjetunion, eine noch tiefere Verstrickung der Wehrmacht in nationalsozialistische Politik, und anders als im Falle Polen blieben diesmal selbst schwächliche und papierene Proteste der obersten Führung aus, mit Ausnahme von Admiral Canaris. Wie schon zuvor diente der Feldzug, den die Wehrmacht führte, als Ermöglichung aller nationalsozialistischen Verbrechen im sogenannten „Ostraum“. In weit höherem Maße als zuvor war aber beim Überfall auf die Sowjetunion von Anfang an beziehungsweise bereits während des Planungsstadiums vor Feldzugsbeginn eine Mitwisserschaft gegeben, die sofort eine umfassende Mitverantwortung begründete. In diversen Weisungen und in Ansprachen an die Generalität machte Hitler kein Hehl daraus, wie nationalsozialistische Besatzungspolitik in den eroberten sowjetischen Territorien aussehen und daß sie in der Zivilbevölkerung Millionen Opfer kosten werde<sup>36</sup>. Wenn Vertreter des OKH mit Heydrich über das Verhältnis zwischen den

<sup>34</sup> Krausnick/Wilhelm, *Die Truppe*, S. 87.

<sup>35</sup> Vgl. Rothfels, *Ausgewählte Briefe*, S. 298 ff.; Horst Mühleisen (Hrsg.), *Hellmuth Stieff. Briefe*, Berlin 1991.

<sup>36</sup> Vgl. Generaloberst Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. II, Stuttgart 1963, S. 337.

Heereseinheiten und hinter der Front operierenden Sonderformationen des Reichsführer SS verhandelten, so konnten sie nach den polnischen Erfahrungen nicht im Zweifel sein, daß große Mordorgien bevorstanden, auch wenn sie noch nicht wußten oder nicht zu glauben vermochten, daß die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD in der Sowjetunion den ersten Akt einer „Endlösung der Judenfrage“ genannten Tragödie aufführen sollten<sup>37</sup>.

Gewiß wurde die Trennung zwischen den Aufgaben der Armee und den Aufgaben der SS auch 1941 nicht aufgehoben; da die Armee dazu da war, sich mit den bewaffneten Streitkräften des Gegners auseinanderzusetzen, und damit nach Beginn des Feldzugs weiß Gott ausreichend beschäftigt war, konnte die grundsätzliche Trennung gar nicht aufgehoben werden. Nach Beginn der Kämpfe ist dieser Sachverhalt immer wieder betont worden. So erließ General v. Tiedemann, Kommandeur der 207. Sicherungsdivision, am 22. Juli 1941 einen entsprechenden Befehl, in dem es zum Schluß hieß, jeder Angehörige der Division, gerade auch jeder Einheitsführer, der dagegen verstoße, werde streng bestraft<sup>38</sup>. Gelegentlich wurden in solchen Befehlen auch kritische Töne angeschlagen. So sagte der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Süd am 29. Juli: „... der deutsche Soldat, der sich an Judenpogromen beteiligt“, schädige „aufs schwerste das Ansehen der Wehrmacht“ und lege eine „unsoldatische Gesinnung“ an den Tag<sup>39</sup>. Ähnlich der Ia der 454. Sicherungsdivision am 8. September 1941: „Lynchjustiz gegen Juden und andere Terrorakte sind mit allen Mitteln zu verhindern. Die Wehrmacht duldet nicht die Ablösung des einen Terrors durch einen anderen.“<sup>40</sup>

Die Trennung der Aufgaben führte notwendigerweise dazu, daß Millionen von Soldaten der Ostarmee nie mit den Aktivitäten der SS- und Polizeiverbände in unmittelbare Berührung kamen oder gar daran teilnahmen, sich also, sofern sie überlebten, bis zum heutigen Tage die Vorstellung von der reinlichen Scheidung zwischen der guten Wehrmacht und der bösen SS zu bewahren vermochten. Jede Kritik an der Wehrmacht muß diese auf persönlicher Erfahrung beruhende Vorstellung respektieren und Pauschalurteile über die Masse der Soldaten vermeiden. Auf der anderen Seite ist nicht zu übersehen – und hier ist nun wiederum die Einsicht der gutgläubigen und mit einem guten Gewissen ausgerüsteten Veteranen gefordert –, daß gerade die zitierten Befehle unwiderlegliche Zeugnisse für die freiwillige Beteiligung einzelner Soldaten und kleinerer Einheiten an Aktionen der Einsatzgruppen sind – sonst wären sie ja nicht notwendig geworden – und daß im übrigen noch eine weit schlimmere Komplizenschaft der Armee konstatiert werden muß.

Erstens: Zwar auf Geheiß Hitlers, aber mit erkennbarem eigenen Eifer arbeiteten OKW und OKH Befehle aus, die es der Truppe zur Pflicht machten, die in der Roten

<sup>37</sup> Hierzu Krausnick/Wilhelm, *Die Truppe*, S. 116 ff.

<sup>38</sup> Vgl. ebenda, S. 230.

<sup>39</sup> Ebenda, S. 229.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 230.

Armee tätigen Truppenkommissare bei oder nach Gefangennahme zu erschießen, die zugleich alle Ausschreitungen deutscher Soldaten gegen die Zivilbevölkerung für straffrei erklärten. Sowohl der „Kommissarbefehl“ wie der „Gerichtsbarkeitsbefehl“ waren eindeutig völkerrechtswidrig<sup>41</sup>, und der Kommissar-Befehl ist vielfach – wenn auch nicht in jeder Division – befolgt worden.

Zweitens: Ohne die logistische Unterstützung durch die Armee hätten die Einsatzgruppen ihre Aufgaben nicht erfüllen können; sie wären ohne Transportmittel, ohne Verpflegung, ohne Kleidung und schließlich auch ohne Munition für ihre Karabiner, Maschinenpistolen und Maschinengewehre geblieben. Diese Kooperation ist vom Generalstab vor Feldzugsbeginn in Ahnung des Kommenden zugesagt und nach Feldzugsbeginn in Kenntnis des Geschehens ohne Einsprüche praktiziert worden<sup>42</sup>.

Drittens: Nach anfänglichem Zögern gewährten die zuständigen Stellen des OKW der SS und Polizei Zutritt zu den Gefangenenlagern, damit jüdische Gefangene herausgeholt und erschossen werden konnten<sup>43</sup>.

Viertens: In etlichen Fällen wirkten Heereseinheiten trotz der grundsätzlichen Trennung zwischen Armee und SS nicht freiwillig, sondern auf Befehl höherer Vorgesetzter, die dem Ansuchen von Einsatzkommandos entsprachen, aktiv oder passiv an Mordaktionen der Einsatzgruppen mit. In einem Befehl vom 10. August 1941, in dem Feldmarschall v. Reichenau den Verbänden der 6. Armee die direkte Beteiligung an Judenerschießungen verbot, erlaubte er jedoch ausdrücklich die Mitwirkung an Absperrmaßnahmen<sup>44</sup>.

Die Tätigkeit der Einsatzgruppen provozierte, nicht anders als in Polen, durchaus Kritik. So schrieb der Ic, das heißt der Nachrichtenoffizier, der Heeresgruppe Mitte am 9. Dezember 1941, nachdem er die Divisionen der 4. Armee besucht hatte, in seinem dienstlichen Bericht: „Bei allen längeren Gesprächen mit Offizieren wurde ich, ohne darauf hingedeutet zu haben, nach den Judenerschießungen gefragt. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Erschießung der Juden, der Gefangenen und auch der Kommissare fast allgemein im Offizierskorps abgelehnt werden [sic].“ Die Frage nach der Verantwortung sei gestellt worden<sup>45</sup>. Am 3. November 1941 beklagte sich die Einsatzgruppe C über die Haltung der 6. Armee in der „Judenfrage“: „Als besonders krasses Beispiel“, so jammerte der Gruppenchef, „ist das Verhalten des Kommandanten eines Gefangenenlagers in Winniza zu erwähnen, der die durch seinen Vertreter erfolgte Überstellung von 362 jüdischen Kriegsgefangenen restlos mißbil-

<sup>41</sup> Vgl. Helmut Krausnick, Kommissarbefehl und „Gerichtsbarkeitserlaß Barbarossa“ in neuer Sicht, in: VfZ 25 (1977), S. 682 ff.

<sup>42</sup> Vgl. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1983, S. 18 ff., 413 ff.

<sup>43</sup> Vgl. Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978.

<sup>44</sup> Vgl. Krausnick/Wilhelm, Die Truppe, S. 230 f.

<sup>45</sup> Abschr. in KTB Nr. 1 (Band Dezember 1941) des Oberkommandos der Heeresgruppe Mitte, in: IfZ, FD 600/1.

ligte und sogar gegen diesen sowie gegen zwei weitere Offiziere ein kriegsgerichtliches Verfahren eingeleitet hatte. Nur zu oft mußten die Einsatzkommandos in mehr oder minder versteckter Form Vorwürfe über ihre konsequente Haltung in der Judenfrage über sich ergehen lassen.<sup>46</sup>

Solche Kritik, die in manchen Berichten und Befehlen sogar als „Unruhe“ charakterisiert ist, gewann jedoch ebensowenig politische Relevanz wie die 1939/40 bei den Besatzungstruppen in Polen entstandene Erregung. Die Bindung an den „Führer“ war auf Grund des weitgehend Hitler zugeschriebenen Sieges in Frankreich, der das Trauma der Niederlage von 1918 fortgenommen hatte, inzwischen noch fester geworden als 1939/40, ja man kann sagen, daß fast alle Soldaten, einschließlich Generalität und Generalstab, gegen Führerwillen und Führerbefehl in sich kein politisches, kein fachliches und kein moralisches Widerlager mehr fanden. Auch hatten nur allzu viele Hitlers Gleichsetzung von jüdisch und bolschewistisch akzeptiert. Die Elemente, die Hitler und seine Politik unangreifbar machten, waren mithin dominant, und so produzierte die „Unruhe“, die von den Aktivitäten der Einsatzgruppen ausgelöst wurde, statt Protesten beim „Führer“ einige der schändlichsten Dokumente der deutschen Militärgeschichte<sup>47</sup>. Als erster reagierte Reichenau auf den da und dort laut gewordenen Unmut. Am 10. Oktober 1941 erließ er einen Befehl an die 6. Armee, in dem er seinen Soldaten erklärte, sie seien nicht nur „Kämpfer nach den Regeln der Kriegskunst, sondern auch Träger einer unerbittlichen völkischen Idee“ und müßten deshalb „für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum volles Verständnis haben“. Hitler äußerte sich lobend über den Befehl, und Brauchitsch übermittelte daraufhin den Text am 28. Oktober allen Heeresgruppen, Armeen, Panzergruppen und Befehlshabern rückwärtiger Heeresgebiete im Osten, und zwar mit der Aufforderung, Anordnungen „im gleichen Sinne“ herauszugeben. Generaloberst Hermann Hoth, OB der 17. Armee, und General v. Manstein, OB der 11. Armee, kamen dem Wunsch des OKH sogar mit Befehlen nach, die eigenständige und Reichenaus Sätze ideologisch noch überbietende Formulierungen enthielten. Hier war das politische und das moralische Fiasko der Armee, einst eine erfreulich ehrsüchtige Institution, vollendet. Die Spitzen des deutschen Heeres betätigten sich in diesem Falle als politische Kommissare des nationalsozialistischen Regimes, als NS-Politruks.

Indes beschränkte sich die Anpassung und die partielle Angleichung der Wehrmacht an das Regime nicht auf die passive Hinnahme, die Ermöglichung und die gerade in den hohen Rängen nicht selten anzutreffende Bejahung und Unterstützung des größten Verbrechens der Nationalsozialisten, des Massenmords an den Juden, wie er in der Sowjetunion vor den Augen der Soldaten von den Einsatzgruppen exekutiert wurde. Der Angleichungsprozeß spielte sich auch auf anderen Feldern des Geschehens ab. So hat die Führung der Wehrmacht, das heißt auf Grund seiner Zuständigkeit für die Ostfront vor allem das OKH, widerstands-, ja widerspruchslos

<sup>46</sup> Krausnick/Wilhelm, *Die Truppe*, S. 258.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 259ff.

den Grundsatz akzeptiert, daß die deutsche Ostarmee aus dem Lande zu versorgen sei. Damit war ja nicht gemeint, daß es deutschen Soldaten in Rußland nachgesehen werden sollte, falls sie bei schnellen Vormärschen oder Rückzügen, wenn die normale Versorgung vorübergehend unterbrochen sein konnte, einheimisches Federvieh mehr oder weniger gewaltsam requirierten. Das sind Begleiterscheinungen fast aller Feldzüge; selbst Oliver Cromwells „Eisenseiten“, jeder Mann ein Streiter Gottes, haben englischen Bauern, ob diese nun Cromwell oder König Karl I. anhängen, Hühner und Gänse weggenommen, und daß die amerikanische Armee 1944/45 in Westeuropa und Deutschland von solch läßlicher Sünde nahezu frei geblieben ist, darf in erster Linie ihrer ausgezeichneten und vor allem regelmäßigen Versorgung zugeschrieben werden. Vielmehr bedeutete der schon vor Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion beschlossene Rückfall auf die Wallensteinschen Formen der Kriegführung, daß die deutschen Truppen in Rußland, um die Ernährung der Bevölkerung in Deutschland nicht zu gefährden, alle ihre Bedürfnisse – von Waffen, Munition und Ausrüstung abgesehen – total aus der Erzeugung der eroberten Territorien zu befriedigen hätten. Dabei war es den militärischen Führern Deutschlands ebenso klar wie den deutschen Wirtschaftsexperten, daß in einem Lande, dem kurz zuvor die Stalinschen Kollektivierungskampagnen Hungersnöte beschert hatten und das jetzt auch noch unter den Kriegswirren zu leiden haben würde, Millionen von Einwohnern zum Hungertod verurteilt sein mußten, wenn sich rund 3,5 Millionen ungebetene, jedoch anspruchsvolle Gäste selbstherrlich parasitär versorgten.

Daß solche Verluste der einheimischen Zivilbevölkerung in OKW und OKH mit Gleichmut ins Kalkül gezogen wurden, obwohl sie keineswegs mit militärischen Notwendigkeiten zu begründen waren, läßt erkennen, daß hier die Vorstellung ins Spiel kam, im Hinblick auf die zu erwartende Siedlungs- und Germanisierungspolitik müsse die Bevölkerung des „Ostraums“ ohnehin reduziert werden. Mit anderen Worten: Selbst der biologische Imperialismus, neben dem Antisemitismus der Wesenskern des Nationalsozialismus, hatte nun seine Anhänger in der Wehrmacht, obschon es andererseits in Generalität und Generalstab nicht wenige gab, die vor wie nach Feldzugsbeginn für eine Wiederaufnahme der traditionellen preußisch-russischen und dann auch deutsch-russischen Verbindung eintraten, das heißt für ein – notwendigerweise mit konstruktiver Besatzungspolitik zu begleitendes – Bündnis mit den antistalinistischen Kräften in der Sowjetunion, nicht zuletzt in den russischen Gebieten.

Wie tief die Dezimierungspläne in der Wehrmachtführung bereits eingewurzelt waren, zeigte sich nach dem 22. Juni 1941 jedoch nicht nur bei der Praktizierung des kriminellen deutschen Versorgungsprinzips. Die Auslieferung jüdischer Kriegsgefangener an Sicherheitspolizei und SD ist bereits erwähnt worden; es gab jedoch noch andere Aspekte der Behandlung von Gefangenen<sup>48</sup>. So erklärte sich das für die Ostfront zuständige OKH schon früh bereit, aus den Lagern ganz allgemein „gefährliche Elemente“ durch Himmlers Organe „aussieben“ zu lassen, und über das Schicksal,

<sup>48</sup> Hierzu Streit, Keine Kameraden.

das solchen „Elementen“ bevorstand, herrschte kein Zweifel. Daß den Spitzen des OKH sowohl bei der jeder Willkür Tür und Tor öffnenden Definition wie bei der offenkundigen Konsequenz des „Aussiebens“ – nämlich Erschießen – der völkerrechtswidrige und von ideologischer Inhumanität bestimmte Charakter des Vorgangs durchaus bewußt war, geht schon daraus hervor, daß sie bestrebt waren, die Sache „rückwärts“ und „dann wohl unter Verantwortung OKW“ ablaufen zu lassen. Aber so einfach ist Verantwortung nicht loszuwerden, zumal den Militärs im OKH wie erst recht im OKW die Auslieferungskategorien – Gefangene „asiatischen“ Typs, Geistesschwache und ähnliche – naturgemäß bekannt sein oder werden mußten. Es war klar, daß man Beihilfe zu einem Verbrechen des Regimes leistete, auch wenn nicht alle Details bekannt wurden, zum Beispiel daß eine Anzahl sowjetischer Kriegsgefangener 1941 bei Experimenten mit Gas den Tod in Auschwitz fand.

Es ist gewiß richtig, daß die ungeheuerlich hohe Sterblichkeit in den deutschen Kriegsgefangenenlagern, die durch Hunger und Krankheit mehr als 3 Millionen Soldaten der Roten Armee das Leben kostete, in erster Linie eine Folge mangelhafter Voraussicht und fehlender Vorbereitung war, dann auch der Absorbierung des Wehrmacht-Apparats durch die ebenso unerwarteten wie kaum zu bewältigenden Belastungen, die im Herbst und Winter 1941 das Scheitern des Blitzkriegskonzepts der deutschen Armee in Rußland eintrug. Es ist aber nicht weniger richtig, daß die Probleme, die der Anfall gewaltiger Mengen an Kriegsgefangenen mit sich brachte, nicht simple Menschlichkeit und von ihr angestoßene Bemühungen um Abhilfe mobilisierten, sondern ein Gefühl der Belästigung schufen, das doch mit jenen Empfindungen verwandt war, mit denen SS- und Polizeifunktionäre auf die Probleme von Ghettoisierung und Deportation reagierten. Wenn Generalstabschef Halder am 9. Oktober 1941 notierte: „Nach den Erfahrungen von Kiew braucht man für 20000 Gefangene zu Bewachung und Abtransport eine Division!“<sup>49</sup>, so kommt in dieser grotesken Übertreibung ein Unmut zum Vorschein, der dann den Gleichmut gebar, mit dem die Militärs die Sterblichkeit in den Lagern einfach registrierten. Da aber Problemlösung durch Lebensvernichtung ein charakteristisches Element nationalsozialistischer Theorie und Praxis war, zeigte sich hier sehr deutlich, welchen Grad die Nazifizierung der Wehrmacht- und Heeresführung bereits erreicht hatte, ebenso darin, daß im Hintergrund der gleichmütigen Passivität wiederum das Dezimierungskonzept am Werke war.

Zwar wird man nicht sagen können, daß die Führer des Heeres den Krieg gegen die Sowjetunion schon zu Beginn des Planungsstadiums als rassistischen Germanisierungs- und Vernichtungskrieg sahen, wie das bei Hitler – neben seiner strategisch-politischen Zielsetzung – der Fall war. Noch am 28. Januar 1941 vermochten Brauchitsch und Halder in dem bloß wenige Monate entfernten Feldzug gegen die Sowjetunion weder einen militärischen noch einen politischen Nutzen und Sinn zu entdecken<sup>50</sup>. Aber angefangen von den Ansprachen, mit denen Hitler im März

<sup>49</sup> Halder, Kriegstagebuch, Bd. III, S. 276.

<sup>50</sup> Vgl. Halder, Kriegstagebuch, Bd. II, S. 261.

1941 den Militärs die Absichten erläuterte, die er mit dem Marsch nach Osten verband, über das gehorsame Entwerfen völkerrechtswidriger Befehle bis zur Kooperation mit den Einsatzgruppen, der „Truppe des Weltanschauungskriegs“, fand ein ideologischer Anpassungsprozeß statt, der die Führer von Wehrmacht und Heer am Ende dazu brachte, auch Hitlers Ankündigung ohne den leisesten Einspruch zu akzeptieren, Leningrad und Moskau müßten ausradiert und ihre Bewohner – im Falle Leningrads durch Artillerie und Aushungern – liquidiert werden, um den Slawen ihre Zentren zu nehmen<sup>51</sup>. Andererseits gehört es zu den vielen Widersprüchlichkeiten jener Jahre, daß die Armee in Rußland schon früh damit begann, aus Kriegsgefangenen, Deserteuren und der Zivilbevölkerung sogenannte „Hilfswillige“ zu rekrutieren, die im Rahmen deutscher Einheiten mit vielfältigen Aufgaben – nicht zuletzt bei der Bekämpfung der Partisanen – betraut wurden; auf dieser unteren Ebene entwickelten sich häufig kameradschaftliche, ja freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschen und ehemaligen Sowjetbürgern, ob slawischer oder nichtslawischer Herkunft. Die von den Traditionalisten im Generalstab unternommenen Versuche, eine militärisch und damit politisch gleichberechtigte Armee aus antistalinistischen Sowjetbürgern aufzustellen, geführt von dem im Sommer 1942 in deutsche Gefangenschaft geratenen General Wlassow, sind allerdings bis zum Herbst 1944, als es dafür zu spät war, an Hitlers Vernichtungsplänen gescheitert.

Die Reaktion auf das Partisanenproblem beweist ebenfalls die fortschreitende Nazifizierung der Wehrmacht. Wohl neigt jede Armee zu überaus hartem Vorgehen gegen Partisanen, weil deren Aktivität, das liegt in der Natur der Sache, ein Element der Heimtücke innewohnt und sich in Regionen abspielt, in denen der von Freischärnern angegriffene Soldat gewissermaßen einen Anspruch auf Sicherheit zu haben glaubt. Da nützt es dann oft wenig, wenn eine Partisanengruppe die zu ihrem völkerrechtlichen Schutz erforderlichen Voraussetzungen erfüllt, nämlich verantwortliche Führung, offenes Tragen der Waffen, ein Minimum an Uniformierung oder doch Kennzeichnung und Beachtung der Kriegsregeln; dies nützt erst recht nichts, wenn eine Partisanengruppe zwar während einer Aktion uniformiert ist, danach aber in der Zivilbevölkerung unterzutauchen sucht. Wenn die Zivilbevölkerung auf solche oder andere Weise Partisanen unterstützt – die ihr meist gar keine Wahl lassen –, zieht auch sie unweigerlich Repressalien auf sich. Stalin, schließlich ein Veteran des an derartigen Phänomenen reichen russischen Bürgerkriegs, wußte sehr gut, was er auf die Partisanen selbst wie auf die Bewohner der westlichen Regionen der Sowjetunion herabbeschwor, als er am 3. Juli 1941 zum Partisanenkrieg hinter den deutschen Linien aufrief. Anfänglich war in diesem Sinne das Verhalten des deutschen Heeres in Rußland im Hinblick auf die Partisanenbekämpfung zwar hart genug, hat sich aber vom allgemeinen Kriegsbrauch nur in Einzelfällen unterschieden, zumal es sich bei den Partisanen der ersten Monate des Feldzugs in der Regel um abgeschnittene Einheiten der Roten Armee gehandelt hat, wie das zum Bewegungskrieg eben gehört.

<sup>51</sup> Vgl. Halder, Kriegstagebuch, Bd. III, S. 53.

Allmählich setzte jedoch eine Lösung von der Normalität ein. Bei der Bekämpfung von Partisanen wurden Gefangene seltener, und zwar nicht nur deshalb, weil sie den hierfür normalerweise eingesetzten zweitklassigen „Sicherungsdivisionen“ normalerweise entwischten. Vor allem aber nahmen die Repressalien gegen die Zivilbevölkerung, ob gegen Wohnorte, ob gegen Leib und Leben, Formen und eine Dimension an, die nicht mehr von der Erbitterung der Soldaten verursacht waren, auch mitnichten von Verrohung und moralischer Abstumpfung, wie sie sich angeblich im Laufe eines Krieges einstellen, erst recht nicht von vermeintlichen Notwendigkeiten des Partisanenkriegs – die praktizierte Brutalität wirkte vielmehr kontraproduktiv –, sondern von radikalen Befehlen, die einfach Produkte des totalitären nationalsozialistischen Geistes waren. Und es ist nicht zu verkennen, daß diese Befehle, wenn sie auch von der politischen Führung herrührten, zumindest von etlichen Befehlshabern und Kommandeuren erlassen und exekutiert wurden, weil sie mittlerweile jedenfalls Elemente jenes totalitären Geistes aufgenommen hatten und außerdem in der Überzeugung handelten – ein drittes Mal begegnet dieses Motiv –, daß die Repressalien der Partisanenbekämpfung eine willkommene Ermöglichung der als Voraussetzung nationalsozialistischer Expansionspolitik geforderten Ausdünnung der Bevölkerung und Verheerung des Landes darstellten. Es ist bezeichnend, daß in besetzten Ländern wie Norwegen oder Frankreich, wo der biologistische Expansionismus keine Rolle spielte, das Militär sich lange Zeit mit einem gewissen Erfolg der von Hitler und Himmler auch dort verlangten Verschärfung der Repressalien widersetzte; allerdings waren hier in den Führungsstäben überwiegend Offiziere tätig, die gegen totalitären Geist und gegen die Inhalte der NS-Ideologie auch dann immun blieben, wenn sie, wie etwa General Speidel, Rußland-Erfahrung besaßen. Im übrigen beruhte sowohl in Rußland wie anderswo gehorsame Exekution nationalsozialistischer Repressalienpolitik keineswegs immer auf ideologischer Angleichung; nicht selten reagierten politisch naive Offiziere schon recht empfindlich auf den Vorwurf unsoldatischer Weichheit<sup>52</sup>.

Nebenbei gesagt: Das taktische Kriegsmittel „verbrannte Erde“, von der Wehrmacht in einigen Fällen angewandt, wenn leidliche organisatorische Vorbereitung und moderates Tempo eines Rückzugs dies zuließen, hat mit alledem nichts zu tun. „Verbrannte Erde“, also der Versuch, einem vorrückenden Gegner die Existenzgrundlagen, von der Unterkunft bis zur Ernährung, durch systematische Zerstörung und Vernichtung zu nehmen, ist eine vom Kriegsrecht nicht ausgeschlossene Art der Kriegführung, zumal sie in den meisten Fällen im eigenen Land praktiziert wird. Stalin hat 1941 und 1942, wann immer möglich, „verbrannte Erde“ schaffen lassen, ebenso, um einen Blick auf einen anderen Krieg zu werfen, Marschall Tschiang Kai-schek, als er im Juni 1938 die Dämme des Gelben Flusses zu sprengen befahl, um das japanische Vordringen in China zu bremsen; rund 2 Millionen Chinesen wurden obdachlos, Tausende und aber Tausende kamen ums Leben.

<sup>52</sup> Dazu die aufschlußreiche Szene bei der Verabschiedung des Generals Otto v. Stülpnagel, Vorgänger seines Veters Carl-Heinrich v. Stülpnagel als Militärbefehlshaber in Paris, von Ernst Jünger; Ernst Jünger, *Strahlungen*, Tübingen 1949, S. 99.

Die fortschreitende Durchdringung der Wehrmacht mit totalitärem nationalsozialistischem Geist fand ihren Ausdruck aber nicht zuletzt in einem internen Vorgang: in der ständigen Radikalisierung der Kriegsgerichtsbarkeit, namentlich in Verfahren gegen Deserteure<sup>53</sup>. Die britische Militärjustiz zum Beispiel kannte bei Kriegsbeginn die Todesstrafe für Desertion nicht, und obwohl das Problem in der britischen Armee zeitweilig – mit bis zu zwanzig Deserteuren pro Infanteriebataillon, die anderen Waffengattungen waren kaum betroffen – durchaus ernster Natur war, ließen sich Vorschläge zur Wiedereinführung der Todesstrafe, wie sie etwa General Sir Claude Auchinleck im Mai 1942 machte, während des ganzen Krieges nicht durchsetzen. In der amerikanischen Armee, die mit rund 40 000 Deserteuren im Verhältnis kaum weniger unter Desertionen zu leiden hatte als die britische oder die deutsche, gab es zwar die Todesstrafe, doch ist sie nur in einem einzigen Fall verhängt worden; die amerikanische Militärjustiz zog es zunehmend vor, Deserteure wegen „unerlaubter Entfernung von der Truppe“ anzuklagen, einem geringeren und entsprechend milder bestrafte Delikt.

Völlig anders war die Entwicklung in der deutschen Wehrmacht, wo die Kriegsgesichte eine wahre Flut von Todesurteilen produzierten. Dabei sollte man das Wüten der „Fliegenden Standgerichte“, mit denen in der allerletzten Kriegsphase besonders nationalsozialistisch geprägte Offiziere wie Feldmarschall Schörner oder Generaloberst Rendulic dem Abbröckeln der „Kampfmoral“ entgegenzuwirken suchten, außer acht lassen; bei einem derartigen Untergangsphänomen ist die Aussagekraft problematisch, außerdem fehlen zuverlässige Zahlen. Die normale deutsche Militärjustiz sprach jedoch bereits in den ersten vier Kriegsmonaten weit mehr als hundert Todesurteile aus, überflügelte schon 1939 und 1940 die Zahl der von der zivilen Justiz verhängten Todesurteile und endete mit einer Bilanz von über 30 000 Todesurteilen, wovon erheblich mehr als 20 000 vollstreckt wurden; allein wegen Fahnenflucht ergingen rund 35 000 Urteile, darunter etwa 23 000 Todesurteile mit etwa 15 000 Vollstreckungen. Man kann also sagen, daß die Militärjustiz der Wehrmacht nicht weniger als zwei Divisionen gekostet hat.

Ein Paroxysmus solcher Art kann keineswegs mit der laufenden Verschlechterung der militärischen Lage und mit einem entsprechenden Nachlassen von Disziplin und Kampfbereitschaft erklärt werden. Schon für die Jahre der großen militärischen Triumphe, 1940 und 1941, sind ja eine ständige Verschärfung der Urteile und ein sprunghaftes Ansteigen der Todesurteile zu konstatieren. Andererseits muß eine Armee selbst in großen Nöten nicht mit blinder Brutalität reagieren: Als im Ersten Weltkrieg nach der blutig gescheiterten Offensive des Generals Nivelle, 1917, zahlreiche Divisionen der französischen Armee meuterten oder am Rande der Meuterei standen, sind selbst in dieser gefährlichen Krise lediglich 629 Todesurteile verhängt und davon nur 50 vollstreckt worden (entgegen einer in Deutschland zählbaren Legende, damals sei in vielen französischen Einheiten jeder zehnte Mann erschossen

<sup>53</sup> Zum folgenden Manfred Messerschmidt/Fritz Wüllner, *Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende*, Baden-Baden 1987, S. 63 ff., 90 ff.

worden). Daß sich im Zweiten Weltkrieg die Spruchpraxis der deutschen Militärjustiz dermaßen und präzedenzlos radikalisierte, muß vielmehr auf den Einbruch nationalsozialistischer Radikalität in Denken und Handeln, namentlich auf den Einbruch von Elementen eines völlig außer Kontrolle geratenen Sozialdarwinismus, zurückgeführt werden. Im übrigen war das Phänomen solcher Radikalisierung nicht allein ein Phänomen der Kriegsgerichte. Daß nur allzu viele Vorgesetzte mit der Drohung: „Ich bring Sie vors Kriegsgericht!“ immer schneller und bedenkenloser bei der Hand waren, gerade weil sie von der Militärjustiz allmählich nur noch brutale Urteile erwarteten, lehrt deutlich genug, daß nicht bloß die Militärjustiz infiziert war, sondern sich auch auf diesem Felde die ganze Wehrmacht dem Regime, dem sie diente, anzugleichen begann. Ein großer Teil der Offiziere wie eine erkleckliche Anzahl der Militärrichter blieben von der generellen Tendenz gewiß unberührt oder widersetzten sich ihr. Dominant wurden aber im Laufe der Jahre die Lehren und Vorstellungen des „Führers“.

Allerdings: Eine Bindung an Hitler, die dem Führerwillen und den Führerbefehlen absoluten Gehorsam verschaffte, war ebensowenig ein Monopol der Armee wie die Überzeugung, gegen den Bolschewismus in einem Kampf auf Leben und Tod zu stehen, in einem Kampf gegen den schlimmsten Feind europäischer Kultur, und deshalb zumindest für die Dauer des Krieges an das im Reich herrschende Regime gefesselt zu sein. Auch die Verdrängung der Kenntnis von Verbrechen und die gleichsam entschlossene Konzentration auf die unmittelbaren Nöte der eigenen Existenz waren nicht auf die Armee beschränkt, erst recht nicht die partielle Übereinstimmung mit manchen Zielen der Nationalsozialisten, die eine Neigung zum Widerstand gegen verbrecherische Methoden oft gar nicht erst aufkommen ließ. Die Armee als Institution hat in der Tat versagt. Aber vor Hitler und nationalsozialistischer Politik haben sämtliche Schichten, Klassen, Institutionen und Berufe der deutschen Gesellschaft versagt. Die Gifte der nationalsozialistischen Ideologie waren in alle Blutbahnen der Nation gelangt. Es wäre eine künstliche Trennung, vom Abbild dieser Gesellschaft, der Armee, etwas anderes zu erwarten als ebenfalls Versagen.

TED HARRISON

## „ALTER KÄMPFER“ IM WIDERSTAND

### Graf Helldorff, die NS-Bewegung und die Opposition gegen Hitler

Im Jahre 1931 stand Graf Wolf-Heinrich v. Helldorff in Berlin vor Gericht, weil er als SA-Führer an antisemitischen Ausschreitungen auf dem Kurfürstendamm teilgenommen hatte. Dreizehn Jahre später, nach dem 20. Juli 1944, gab Hitler die Weisung, der Graf solle von seiner Widerstandsgruppe als letzter hingerichtet werden, damit dieser Veteran der NS-Bewegung ausgiebig Gelegenheit habe, bei dem langsamen und qualvollen Tod der anderen zuzuschauen<sup>1</sup>. Als nationalsozialistischer Aktivist zu Beginn der dreißiger Jahre und andererseits Teilnehmer an der Verschwörung gegen Hitler gehört Helldorff zu den widersprüchlichsten Gestalten des Dritten Reiches. Die Zeitgenossen beurteilten ihn vor allem nach seinem früheren Verhalten. Als er Helldorff 1944 zu charakterisieren hatte, nannte Konrad Heiden ihn „einen Abenteurer und Landsknecht übelster Sorte“. In seinen nach dem Krieg veröffentlichten Memoiren sah auch André François-Poncet den Grafen als einen „sinistren Abenteurer“. Als die ersten Nachrichten über die Juli-Verschwörung in Großbritannien eintrafen, weckte Helldorffs Beteiligung erhebliches Mißtrauen in die Motive der Konspirateure, da man ihn als einen prominenten Nationalsozialisten kannte. Allein Helldorffs früherer Untergebener Hans-Bernd Gisevi-

<sup>1</sup> Die Untersuchung der Karriere Helldorffs wird durch die fragmentarische Natur des Quellenmaterials erschwert. Obwohl er einen SS-Rang hatte, gibt es im ehemaligen Berliner Document Center keine SS-Akte. Seine frühen Aktivitäten in der SA sind in deutschen Archiven gut dokumentiert, weniger gut belegt sind seine späteren Aktivitäten im Widerstand. Auch über seine Laufbahn in der Polizei ist das Material dünn, was zum Teil durch Eintragungen in den Goebbels-Tagebüchern ausgeglichen wird. Auch taucht er in etlichen Memoiren auf. Der Verf. wäre für jeden Hinweis auf Quellen, die in der hier vorgelegten Studie nicht erwähnt sind, außerordentlich dankbar (Zuschriften an: E. D. R. Harrison, PCH Dept., Salford University, M5 4WT, England). Die Leeds Philosophical and Literary Society wie das European Studies Research Institute der University of Salford haben für dieses Projekt unschätzbare finanzielle Hilfe geleistet. Bei der Sammlung des verstreuten Materials fand ich die Unterstützung von Mitarbeitern des Bundesarchivs, des Landesarchivs Berlin, des Instituts für Zeitgeschichte München, der John Rylands University Library in Manchester, der Salford University Library und der Wiener Library London. Von großem Gewinn waren Diskussionen mit Prof. Martin Alexander, Prof. R. J. W. Evans, Prof. Ian Kershaw, Mr. A. J. Nicholls, Prof. Jeremy Noakes und Dr. Richard Popplewell. Die Verantwortung für Auswahl und Interpretation des Materials liegt natürlich allein bei mir.

VfZ 45 (1997)  
© Oldenbourg 1997

us urteilte milde über ihn, verfiel aber gleich ins andere Extrem und bot eine Mohrenwäsche<sup>2</sup>.

Hatten die meisten Zeitgenossen fast nur Verachtung für ihn, so ist er von den Historikern überwiegend ignoriert worden. Sein Gesicht paßt nicht so recht in die Galerie der Porträts von Widerstandshelden. Detlev Zimmer hat darauf aufmerksam gemacht, daß in all den Bänden mit Skizzen der am 20. Juli 1944 Beteiligten keine Studie des Grafen Helldorff zu finden ist. Die neuere Widerstandsliteratur droht Helldorff aus der Geschichte der Verschwörung gänzlich zu verbannen. In einer der jüngsten Darstellungen des 20. Juli ist der Index in zwei Sektionen geteilt: „Personen, die dem Widerstand angehörten“, und „Andere im Buch erwähnte Personen“; Helldorff taucht in der zweiten Kategorie auf. Ein kürzlich erschienenes Lexikon zum Widerstand, das über 400 Seiten umfaßt, erwähnt Helldorffs Namen im Index gar nicht mehr. Und doch war die Wandlung des Grafen vom SA-Rabauken zum Teilnehmer an einer Konspiration gegen Hitler außergewöhnlich, und als einziger, der sowohl bei der Machtübernahme durch die NS-Bewegung wie im Widerstand der alten Eliten eine herausragende Rolle spielte, verdient seine Laufbahn mehr Aufmerksamkeit als ihr bislang zuteil wurde. Insbesondere läßt sich fragen, warum jemand wie Helldorff zur nationalsozialistischen Prominenz aufstieg. Warum gehörte er später zu den Desillusionierten? Was hat er tatsächlich zu den Versuchen beigetragen, Hitler zu stürzen? Daß Helldorffs Motive bei seinem Anschluß an den Widerstand ein Problem darstellen, ist durchaus bemerkt worden. So hat Klemens v. Klemperer, der Helldorff als „versoffenen ruhmredigen Lümmel“ charakterisiert, geschrieben: „... ein Rätsel in vielen Beziehungen stellen die früheren Nazis im Widerstand dar. Ich habe keine Antwort auf die Frage, warum der Graf Helldorff diesen Weg ging.“ Im folgenden soll versucht werden, auf Klemperers Frage eine Antwort zu finden<sup>3</sup>.

<sup>2</sup> Vgl. Konrad Heiden, *Der Führer. Hitler's Rise to Power*, Buch 1, London 1944, S.294; André François-Poncet, *Souvenirs d'une Ambassade à Berlin*, Paris 1946, S.97; Giles McDonogh, *A Good German. Adam von Trott zu Solz*, London 1989, S.2; Hans-Bernd Gisevius, *Bis zum bitteren Ende*, Zürich 1954. Das Bild, das Gisevius von Helldorff zeichnet, bietet viel Informatives. Gisevius ignoriert aber die rassistischen wie die korrupten Seiten des Grafen und seine immer wiederkehrenden Zweifel auf dem Weg in den Widerstand. Manche Aussagen Gisevius' zu Helldorffs Rolle im Widerstand entsprangen offenkundig Wunschenken.

<sup>3</sup> Vgl. Detlef Zimmer, *Soziale Lebensläufe und individuelle politische Biographie. Das Beispiel der Familie v. Helldorff (Haus St. Ulrich)*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 40 (1992), S.850; Rudolf Lill/Heinrich Oberreuther (Hrsg.), *20. Juli. Porträts des Widerstands*, Düsseldorf 1994, S.585–599; Wolfgang Benz/Walter H. Pehle (Hrsg.), *Lexikon des deutschen Widerstands*, Frankfurt a.M. 1994; Klemens von Klemperer, *Widerstand-Resistance. The Place of the German Resistance in the European Resistance against National Socialism*, in: Hedley Bull (Hrsg.), *The Challenge of the Third Reich. The Adam von Trott Memorial Lectures*, Oxford 1986, S.43; ders., *Sie gingen ihren Weg ... Ein Beitrag zur Frage des Entschlusses und der Motivation zum Widerstand*, in: Jürgen Schmädke/Peter Steinbach (Hrsg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, München 1986, S.1103.

Helldorff wurde am 14. Oktober 1896 in Merseburg, einer sächsischen Stadt 46 Kilometer westlich von Leipzig, in eine Familie des landgesessenen Adels geboren. Die Ursprünge der Helldorffs sind dunkel. Zu Beginn des 15. Jahrhunderts wurde der Name von einem Lausitzer Ritter gebraucht, dessen Familie sich damals als Raubritter betätigte; ihre Burg fiel schließlich ergrimmt Nachbarn zum Opfer. Ob Helldorff von diesen Raubrittern abstammt, ist ungewiß, doch hatte er mit ihnen sicherlich mehr gemein als mit seinen unmittelbaren Vorfahren, die ein konventionelles Dasein als Staatsdiener und Gutsbesitzer führten. Durch Heirat waren sie mit Familien wie den Bülow und den Schulenburg verbunden<sup>4</sup>. Graf Helldorff wurde also mit einem silbernen Löffel im Mund geboren. Anfänglich von Privatlehrern erzogen, besuchte er später die örtliche Lateinschule und die private Klosterschule in Rosleben. Die dortige traditionelle humanistische Bildung half ihm bei der Entwicklung eines scharfen Intellekts. Im August 1914 trat er in das Husarenregiment Nr. 12 (Torgau) ein. Am 14. Oktober, an seinem 18. Geburtstag, kam er an die Front. Joachim v. Ribbentrop, der spätere Außenminister Hitlers, diente im gleichen Regiment. Im März 1915 wurde Helldorff zum Leutnant befördert. Nachdem er die erste Schlacht von Ypern mitgemacht hatte, war er zumeist an der Ostfront, bis er im August 1918 nach Frankreich zurückkam. Helldorff führte überwiegend Maschinengewehr-Einheiten und wurde mit beiden Eisernen Kreuzen ausgezeichnet. Mehrmals während des Krieges erkrankt, mußte er sich gegen Ende 1915 einer dreimonatigen Behandlung wegen einer Geschlechtskrankheit unterziehen. Später im Krieg qualifizierte er sich als Dolmetscher. Seit seinem 18. Geburtstag im Krieg, war es für den dadurch aus der Bahn geworfenen Helldorff schwer, den Weg zurück ins Zivilleben zu finden<sup>5</sup>.

Die deutsche Armee gehörte zu den wenigen Institutionen, denen sich Graf Helldorff dauerhaft verpflichtet fühlte, und unter Vorkriegsbedingungen hätte er sehr wohl eine militärische Karriere einschlagen können. So aber diente er nach Kriegsende in verschiedenen Freikorps, die bei der Niederschlagung kommunistischer Aufstände eingesetzt wurden, und 1920 nahm er als einer der Führer des Freikorps Rosbach am Kapp-Putsch teil. Nach diesem gescheiterten Putsch verbrachte er etliche Monate im italienischen Exil. Im Oktober 1920 heiratete er Ingeborg v. Wedel, mit der er fünf Kinder haben sollte<sup>6</sup>. Die Wedels gehörten zu den angesehensten preussischen Familien und besaßen große Güter in Pommern. Eine solche Ehe entsprach Helldorffs eigener Herkunft. Kurz nach der Hochzeit bot sich ihm eine goldene Gelegenheit, ins Zivilleben zurückzukehren, und zwar durch eine beträchtliche Erbschaft. Die Helldorffs besaßen das große Gut Wohlmirstedt im Tal der Unstrut an der Grenze Sachsen-Anhalts zu Thüringen. Zu dem Besitz gehörten ein 1836 gebau-

<sup>4</sup> Vgl. Ernst Devrient, *Das Geschlecht von Helldorff*, Bd. 1, Berlin 1931, S.6 f. u. passim.

<sup>5</sup> Vgl. SA-Akte Helldorff, in: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Bestand des ehemaligen Berlin Document Center (künftig: BA Berlin-Lichterfelde, BDC), in der Helldorff, abweichend von allen Adelshandbüchern, mit einem f geschrieben wird; Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IfZ), ZS 539; vgl. auch Hermann A. L. Degener (Hrsg.), *Degeners Wer ist's*, X. Ausgabe (1935), Berlin, Eintragung für Helldorff.

<sup>6</sup> BA Berlin-Lichterfelde, BDC, SA-Akte Helldorff.

tes Herrenhaus und ausgedehnte Ländereien (854 ha). 1921 verzichtete Helldorffs Vater, dessen Ehe in Schwierigkeiten war, zugunsten seines Sohnes Wolf-Heinrich auf Wohlmirstedt<sup>7</sup>.

Aber Helldorff konnte sich mit Landwirtschaft und Familie nicht zufriedengeben. Er wurde Adjutant des Stahlhelmführers in Halle, Theodor Duesterberg, und Ende Oktober 1923 kam er mit Duesterberg nach München, der dort General Karl v. Lossow überreden wollte, nach Berlin zu marschieren und eine rechtsgerichtete Reichsregierung einzusetzen. Lossow war Kommandeur der bayerischen Reichswehrdivision. Am 8. November 1923 besuchte Helldorff abermals München, wo er Unterredungen sowohl mit Lossow wie mit Gustav Ritter v. Kahr, dem Generalstaatskommissar für Bayern, hatte, wobei er vermutlich beide zu einer Aktion Bayerns gegen die Reichsregierung drängte. Später an jenem Tage sprach Helldorff mit zwei Männern, die Hitler nahestanden, mit General Erich Ludendorff und Max Erwin v. Scheubner-Richter. Am Abend fuhr Helldorff nach Norden zurück, während Scheubner-Richter seinen „Führer“ zum Bürgerbräukeller begleitete, wo Hitler die Anwesenheit Kahrs und Lossows für einen Putsch auszunutzen suchte. Am folgenden Tag brach der Putsch zusammen, und Scheubner-Richter fand bei dem Marsch zur Feldherrnhalle, mit dem Hitler das Geschick noch wenden wollte, den Tod. Helldorffs Verbindung mit der NS-Bewegung begann also in deren Frühphase, in den Tagen des Novemberputsches<sup>8</sup>.

Fraglos war Helldorff von der Tatsache beeindruckt, daß Hitler und die Nationalsozialisten, anders als Duesterberg und der Stahlhelm, bereit waren, bei ihrem Kampf gegen die Weimarer Republik auch Gewaltanwendung zu riskieren. Nach dem Prozeß gegen die Führer des Münchner Putsches, im Frühjahr 1924, wanderte Hitler auf die Festung Landsberg, während Ernst Röhm, obwohl des Hochverrats überführt, das Gericht als freier Mann verließ. Helldorff traf Röhm zum ersten Mal Mitte Mai 1924 auf dem Deutschen Tag in Halle. Röhm sprach zu Helldorff und etlichen anderen über seine Pläne, eine neue Organisation ins Leben zu rufen, die all jene jungen Männer der rechtsradikalen paramilitärischen Gruppen zusammenschließen sollte, welche waffenfähig waren, aber noch keine militärische Ausbildung erhalten hatten. Röhm machte auf Helldorff einen derartigen Eindruck, daß der Graf kurz nach dem Treffen in Halle aus dem Stahlhelm austrat. Einem Richter, der im November 1924 gegen Röhm und dessen Münchner Genossen ermittelte, sagte er: „Ich bin selbst Nationalsozialist; die Führerschaft des Stahlhelm ist dagegen nicht nationalsozialistisch eingestellt . . . meine Einstellung [ist] eine extrem nationale und extrem soziale.“<sup>9</sup>

<sup>7</sup> Ebenda; vgl. auch Shelley Baranowski, *The Sanctity of Rural Life. Nobility, Protestantism and Nazism in the Weimar Prussia*, Oxford 1995, S.31; Devrient, *Das Geschlecht von Helldorff*, S.310; IfZ, ZS 539.

<sup>8</sup> Vgl. Zimmer, *Soziale Lebensläufe*, S.848; Harold J. Gordon, *Hitler and the Beer Hall Putsch*, Princeton 1972, S.250f.; Georg Franz-Willing, *Putsch und Verbotszeit der Hitlerbewegung. November 1923–Februar 1925*, Preußisch Oldendorf 1977, S.77f.; Ernst Röhm, *Die Geschichte eines Hochverrätters*, München 1930, S.292; IfZ, ZS 539.

<sup>9</sup> John Rylands University Library of Manchester, NSDAP-Hauptarchiv, Reel 16A, Folder 1634.

Einige Zeit nach dem Deutschen Tag in Halle schrieb Röhm an Helldorff und fragte ihn, ob er die Führung der neuen Organisation für Mitteldeutschland übernehmen wolle. Auf dem Deutschen Tag in Weimar hatte Helldorff während einer geschlossenen Abendsitzung gesprochen, um eine allgemeine Diskussion über die organisatorischen Prinzipien des neuen Verbands zu eröffnen, der „Frontbann“ heißen sollte. Dem Münchner Richter sagte Helldorff später: „Der Frontbann verfolgt den Zweck, das Deutsche Volk wieder wehrhaft zu machen, um dann den Befreiungskampf nach außen führen zu können. Von einem Kampfe gegen den inneren Feind wurde nicht gesprochen . . . An eine Wiederholung des 9. Nov. 1923 dachte man niemals.“ Helldorff äußerte sich wahrscheinlich nicht viel anders auf dem Weimarer Treffen, an dem etwa fünfzig Führer paramilitärischer Gruppen teilnahmen, darunter Röhm und Ludendorff. Auch Karl Friedrich Freiherr v. Eberstein war anwesend, den Helldorff einige Tage zuvor als Privatsekretär engagiert hatte. Nach Ebersteins Bericht setzte Röhm den Teilnehmern auseinander, daß die paramilitärischen Verbände nun aufzulösen und der militärischen Führung des Frontbann zu unterstellen seien. Es war nicht überraschend, daß die stärkeren Verbände dafür wenig Begeisterung aufzubringen vermochten. Auch Hitler wünschte nicht, daß die SA im Frontbann aufging, da die Folgen seine frühe Entlassung aus der Festungshaft gefährden konnten, und im Herbst 1924 interessierten sich ja, wie erwähnt, die Justizbehörden in der Tat für Röhm und seine Münchner Frontbann-Kameraden. Nach der Weimarer Zusammenkunft machten Helldorff und Eberstein den Versuch, den Stahlhelm in ihrer Region zum Eintritt in den Frontbann zu bewegen, jedoch ohne Erfolg. Das verurteilte die mitteldeutsche Gruppe des Frontbanns zum Scheitern, da hier der Stahlhelm die weitaus stärkste Vereinigung darstellte. Helldorff gelang es nicht, mehr als fünfhundert Mitglieder anzuwerben; der regionale Stahlhelm zählte viel mehr<sup>10</sup>.

Solch bescheidenen Gewinnen zum Trotz zollte Röhm in seinen Erinnerungen Graf Helldorff große Anerkennung: „Was insbesondere Graf Helldorff nicht nur für den Wehrverband, sondern für die ganze nationalsozialistische Bewegung an persönlichen Opfern gebracht hat, wird immer ein Ruhmesblatt für ihn sein.“ Die persönlichen Opfer Helldorffs waren zunächst finanzieller Art. Der Abschnitt Mitte des Frontbanns verfügte über keine Mittel. Wie Eberstein sagte: „Der Graf Helldorff hat in Merseburg die ganze Sache finanziert von sich aus.“ Außerdem hat Helldorff gegen Ende 1924 Ernst Röhm, als dieser von den Justizbehörden in München gesucht wurde, in einer Jagdhütte im Wald von Wohlmirstedt versteckt. Eberstein erinnerte sich später gerne daran, wie an den Abenden Röhm ins Herrenhaus kam und auf dem großartigen Flügel im Konzertsaal „Siegfried“ und „Meistersinger“ spielte<sup>11</sup>.

Vom 28. Februar bis zum 2. März 1925 waren Helldorff und seine Frau in Wohlmirstedt Gastgeber einer Konferenz von Frontbann-Führern. Hitler war mittlerweile entlassen worden, und so wurde ein Auto nach Bayreuth geschickt, um ihn zu der

<sup>10</sup> Ebenda; vgl. Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 46 f.

<sup>11</sup> Röhm, Geschichte eines Hochverrätters, S. 295; IfZ, ZS 539.

Konferenz zu holen, doch war er nicht zu finden. Es kann gut sein, daß Hitler auf diese Weise seine Mißbilligung der Konferenz kundtat. Kurz nach der Zusammenkunft von Wohlmirstedt konnten sich denn auch Röhm und Hitler nicht über die künftige Rolle des Frontbanns einigen, und so trat Ende April 1925 Röhm als dessen Führer zurück und übergab die Leitung Helldorff. Die Erbschaft war nicht gerade eindrucksvoll. Röhm hatte den Frontbann nicht allein zu Hitler, sondern auch zu Ludendorff in Gegensatz gebracht. Und Helldorff fehlte, trotz seines Geldes und seiner gesellschaftlichen Stellung, die Energie, der Organisation neues Leben einzuhauchen. Eberstein sagte, der Frontbann „schief dann ein“, und am 22. September 1925 legte Helldorff auch die Führung nieder<sup>12</sup>.

Helldorff war im Dezember 1924 als Nationalsozialist in den Preußischen Landtag gewählt worden, doch obwohl er sein Mandat bis zum 3. März 1928 behielt, kehrte er der Politik nach dem Kollaps des Frontbanns für einige Zeit den Rücken. 1927 wurde er Präsident der Sächsischen Landwirtschaftskammer. Über den Landwirt und Geschäftsmann Helldorff ist nur wenig bekannt, doch scheinen die Schwierigkeiten, in die viele Güter durch den Rückgang der Preise für Agrarprodukte gerieten, in seinem Fall durch Extravaganz verschlimmert worden zu sein. Helldorff gab das Geld in einem Tempo aus, dem selbst seine Börse nicht gewachsen war. Schließlich verlor er Wohlmirstedt, nach einem Gewirr von Rechtsurkunden zu schließen wahrscheinlich 1928, als er Teilhaber eines Rennstalls in Harzburg wurde. Helldorff war Besitzer mindestens eines erfolgreichen Pferdes, Narcissus, mit dem er 1929 fast 44 000 RM und 1930 etwas über 40 000 RM gewann. Aber diese Gewinne wurden von hohen Unkosten und von Schulden aufgeessen. Auch liebte es Helldorff zu wetten, was ihn ebenfalls Geld kostete. 1931 brachte Narcissus überhaupt keinen Gewinn ein. In jenem Jahr warf sich Graf Helldorff, bankrott und ohne erkennbare Aussicht auf Wiederherstellung seines Vermögens, erneut auf die Politik<sup>13</sup>.

Katalysator war Röhm's Rückkehr aus seinem selbstgewählten Exil in Bolivien, wo er als Militärberater tätig gewesen war. Röhm wurde am 5. Januar 1931 Stabschef der SA, und binnen weniger Monate – ein genaues Datum ist nicht feststellbar – war Graf Helldorff Mitglied der SA. Der NSDAP hatte er sich bereits am 1. August 1930 angeschlossen (Mitgliedsnummer 325 408). Im Mai 1931 wurde Helldorff Führer der Standarte 2 der Berliner SA-Gruppe. Am 21. Juli erstattete er Joseph Goebbels einen Bericht, dem Gauleiter von Berlin, der in sein Tagebuch schrieb: „Ganz passabel. Aber mit den Stennes-Führern nicht zu vergleichen. Parfümiert. Röhmer? 175?“ Der Paragraph 175 stellte Homosexualität unter Strafe. Goebbels' Argwohn entbehrt nicht der Ironie, sollte doch später die Jagd nach jungen Frauen ein Band zwischen den beiden werden, ja der Gauleiter konstatierte später in seiner aufgeklärten Art: „Helldorff ein Loser. Aber ist nicht jeder echte Mann so?“ Und es kam der

<sup>12</sup> Röhm, *Geschichte eines Hochverrätters*, S. 308, 315; BA Berlin-Lichterfelde, BDC, SA-Akte Helldorff; IfZ, ZS 539.

<sup>13</sup> Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), NS 26/1350; BA Berlin-Lichterfelde, BDC, SA-Akte Helldorff.

Tag, da er die weinende Schauspielerin Else Elster trösten mußte, als sie ihm beichtete, ein Kind von Helldorff zu erwarten<sup>14</sup>.

Bis Juli 1931 war klar geworden, daß der Leiter der Berliner SA, Petersdorff, seiner Aufgabe nicht genügte. Anfang August ernannte Röhm an Stelle Petersdorffs vorläufig den Grafen Helldorff zum Chef der gesamten Berliner SA. Anscheinend hatte Röhm nichts gegen Helldorffs Parfüm. Am 15. September 1931, drei Tage nach den erwähnten antisemitischen Krawallen auf dem Kudamm, machte Röhm die Ernennung definitiv. Die Ausschreitungen hatten Helldorffs Eignung für hohe Posten in der SA bestätigt. Da er sich als Basis von Helldorffs Karriere in der NS-Bewegung erweisen sollte, verdient der Kudamm-Pogrom einen genaueren Blick<sup>15</sup>.

Nach dem Zeugnis eines Polizeispitzels hatte Goebbels Anfang September auf einem Treffen der Berliner NS-Führer vorgeschlagen, am Vorabend des jüdischen Neujahrstages eine Demonstration von Arbeitslosen zu veranstalten. Die Spitzen der SA widersprachen der Beschränkung auf Arbeitslose, und so wurde die generelle Beteiligung der SA beschlossen. Helldorff erteilte entsprechende mündliche Befehle an die SA-Standartenführer. Am Abend des 12. September nahmen rund 1000 SA-Leute an der Demonstration teil, die den Charakter eines gewalttätigen Pogroms annahm, in dem einige Dutzend oder noch mehr Juden auf dem Kurfürstendamm gejagt und tödlich angegriffen wurden; ein ominöses Vorspiel zur „Reichskristallnacht“ im Jahre 1938. Helldorffs Rolle bestand darin, daß er Männer, die jünger waren als er selbst – die meisten der beteiligten SA-Leute waren noch keine dreißig Jahre alt –, zu rassistischen Gewalttätigkeiten anstachelte. Gruppen von je fünfzig Männern zogen zu beiden Seiten der Straße den Kudamm entlang. Die ersten Gruppen riefen im Chor Parolen wie „Wir haben Hunger ... wir wollen Arbeit!“ Die späteren Trupps brüllten Drohungen wie „Juda verrecke“ und „Schlagt die Juden tot“ und fielen über Passanten her. Viele Juden, auch ältere Leute, wurden zusammengeschlagen. Als die Ausschreitungen in vollem Gange waren, tauchte Helldorff auf; er saß auf dem Rücksitz eines von einem Chauffeur gefahrenen Autos und trug eine auffallende Marinemütze mit goldener Borte. Von seinem Stabschef, Karl Ernst, begleitet, fuhr Helldorff den Kudamm im Schrittempo auf und ab: Er ermunterte seine jungen Gefolgsleute und gab ihnen Anweisungen; so trug er nicht wenig zur Verlängerung des Krawalls bei. Vor allem gab Helldorff den Befehl, das Café Reimann zu stürmen. Das Café wurde denn auch demoliert, und die Gäste sahen sich körperlichen Attraktionen ausgesetzt. Schließlich versperrte Helldorffs Wagen einem anderen Auto den Weg, und der Graf bedachte einen der Insassen mit dem Ausruf „Bankjude“. Nachdem der Fahrer des eingezwängten Wagens den Vorfall der Polizei angezeigt hatte, verlangte diese von Helldorff einen Ausweis, wogegen der Führer der Berliner SA protestierte: „Was, wegen dieser Bankjuden sollen wir uns feststellen lassen?“ Ein

<sup>14</sup> Ebenda; BAK, NS 26/1350; Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, Teil 1, Aufzeichnungen 1924–1941, hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv, München 1987, Bd. 2, S. 92, 98, 471, 729.

<sup>15</sup> Vgl. ebenda, Bd. 2, S. 92, 98; BA Berlin-Lichterfelde, BDC, SA-Akte Helldorff; BAK, NS 26/1350.

Polizeibeamter brachte dann Helldorff zur Polizeistation Zoo, damit dort seine Identität festgestellt werden konnte<sup>16</sup>.

Wer der Beteiligung am Kudamm-Pogrom beschuldigt wurde, kam zwischen September 1931 und Februar 1932 in einer Reihe von Verfahren vor Gericht. Am 23. September verurteilte das Charlottenburger Schnellgericht 27 Angeklagte wegen Landfriedensbruch und verwandter Delikte zu Haftstrafen zwischen neun und einundzwanzig Monaten. Helldorff war in diesem Prozeß noch nicht angeklagt. Die Polizei hatte ihn nach seiner Identifizierung nicht festgehalten, wonach es ihm gelang, für eine Woche unterzutauchen. Dann freilich stellte er sich, um für seine Untergebenen aussagen zu können. Nachdem er im ersten Verfahren tatsächlich als Zeuge aufgetreten war, wurde er im Moabiter Gefängnis festgehalten und mußte dort auf seinen eigenen Prozeß warten. Da das Schnellgericht bereits seinen Chauffeur zu achtzehn Monaten Haft verurteilt hatte, waren seine Aussichten nicht rosig.

In diesem Stadium intervenierte Goebbels. Am 25. September 1931 suchte er Reichskanzler Brüning auf. In seinen Memoiren berichtet Brüning, wie Goebbels ihm auseinandersetzte, daß sein Freund Helldorff in großer Gefahr sei, da er vor eben jenen Richtern stehen werde, die schon seinen Chauffeur verurteilt hatten. Brüning bemerkte dazu: „In ein schwebendes Verfahren könnte ich aber nicht eingreifen, zumal ich ja nicht sicher wäre, ob nicht dann die Nazis und die SA-Leute des Grafen Helldorff den Besuch der französischen Minister stören würden.“ (Zwei Tage später sollten einige französische Minister in Berlin eintreffen.) Brüning: „Goebbels verstand sofort. Er erklärte, er sei in der Lage, das unter allen Umständen zu verhindern.“ Der Handel kam zustande: Helldorff erhielt andere Richter, und die Nationalsozialisten verhielten sich während des französischen Besuchs ruhig. Das Verfahren Helldorffs war auf den 29. September angesetzt worden. Jedoch gab der Staatsanwalt, nachdem er mündliche Instruktionen erhalten hatte, am 28. September – wie er am 6. Oktober dem Preußischen Justizminister berichtete – die Weisung, den Termin zu annullieren<sup>17</sup>.

Brünings Manipulation des Justizapparats ersparte Helldorff die schnelle gerichtliche Abfertigung. Er kam vor das Charlottenburger Schöffengericht und erhielt – ebenso wie Ernst – sechs Monate Haft zudiktirt. Indes wurde er auf Grund seines schlechten Gesundheitszustands sofort freigelassen. Im übrigen legten die Kudamm-Rabauken gegen ihre Urteile Berufung ein. Die Berufungsverhandlungen begannen im Januar 1932. Goebbels trat als Zeuge auf und verwandelte das Verfahren in einen Zirkus. Er mußte sich mit der auf einen Polizeispitzel zurückgehenden Anschuldigung auseinandersetzen, zusammen mit Helldorff den Plan für die Gewalttätigkeiten auf dem Kudamm geschmiedet zu haben. Goebbels in seinem Tagebuch: „Ich mache gleich die schärfsten Angriffe gegen das Polizeipräsidium und verweigere aus Gründen der Sauberkeit die Aussage, bis der Spitzel mit Namen genannt wird.“

<sup>16</sup> BA, Berlin-Lichterfelde, BDC, Hauptarchiv, B-323; IFZ, Fa 172; Landesarchiv Berlin (künftig: LAB), 58/20, Bd. 3.

<sup>17</sup> Ebenda; BA Berlin-Lichterfelde, BDC, Hauptarchiv, B-323; Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 411; LAB, 58/20, Bd. 1.

In seinem Schlußwort trat Helldorff für die Angeklagten ein: „Was am Kurfürstendamm geschehen sei, sei aus idealen Gründen geschehen und aus heißester Vaterlandsliebe. Wenn man ihm den Vorwurf mache, daß er sich auf den Kurfürstendamm begeben habe, so müsse er schon sagen, daß er als Führer der SA sich überall hin begeben, wo seine Leute in Gefahr seien.“ Helldorffs Haftstrafe wurde aus Mangel an Beweisen aufgehoben, und er bekam lediglich eine Geldstrafe von 100 RM für die Beleidigung des jüdischen Autoinsassen. Dank Goebbels und seiner Anwälte, zu denen Roland Freisler gehörte, ging Helldorff aus dem Kudamm-Verfahren nahezu ohne Kratzer hervor<sup>18</sup>.

Die Bereitschaft des Grafen Helldorff, antisemitische Gewalttätigkeiten anzuführen, machte Eindruck auf die NS-Elite, für die er auch als politischer Verbindungsmann nützlich war. Auf Grund seiner gesellschaftlichen Herkunft nahmen ihn die Konservativen ernst, die in den letzten Jahren der Weimarer Republik viel Einfluß besaßen. Er war der ideale – weil noch zu nichts verpflichtende – Mittelsmann. Am 19. April 1932 war Helldorff an Verhandlungen mit Alfred Hugenberg beteiligt, dem Führer der Deutschnationalen. Am 26. April suchte er General Kurt v. Schleicher auf, den politischen Repräsentanten der Reichswehr, um den Weg für Verhandlungen zwischen Schleicher und Hitler zu bahnen.

Vom Standpunkt der NS-Führung aus gesehen, wich Helldorff nach dem großen nationalsozialistischen Wahlerfolg vom Juli 1932 einen Augenblick lang vom Pfad der Tugend ab. Dieser Triumph stieg Helldorff zu Kopf, und er ließ sich vom revolutionären Eifer der unteren SA-Ränge anstecken. Am 9. August 1932 war Goebbels bei Hitler auf dem Obersalzberg, als sein Mitarbeiter Karl Hanke aus Berlin anrief, daß die SA aus dem Ruder zu laufen drohe. Hanke kam noch am selben Tag nach Berchtesgaden und berichtete, daß Helldorff „große Pläne“ schmiede. Unter den damaligen Umständen bedeutete das höchstwahrscheinlich, daß Helldorff, wie stets zu einem Putsch aufgelegt, über einen gewaltsamen Staatsstreich nachdachte. Goebbels notierte in seinem Tagebuch: „Da muß entgegengewirkt werden. Wir halten Hitler Vortrag . . . Morgen wird Röhm instruiert.“ Die SA sollte unter der Kontrolle der Partei mit einer Staatsstreichdrohung bluffen, nicht aber tatsächlich einen Putsch unter eigener Regie versuchen. Helldorff wurde zur Ordnung gerufen. Am 10. August gab der Graf einen Befehl heraus, der die unter seinem Befehl stehenden SA-Einheiten vor illegalen Aktionen warnte. Er verkündete, die SA habe „gerade jetzt“ zu beweisen, daß sie „straff diszipliniert in der Hand des Führers“ sei<sup>19</sup>.

<sup>18</sup> BA Berlin-Lichterfelde, BDC, Hauptarchiv, B-323; vgl. Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, Stuttgart 1962, S. 395; Annemarie Lange, Berlin in der Weimarer Republik, Berlin 1987, S. 1015 ff.; Fröhlich, Goebbels-Tagebücher, Teil 1, Bd. 2, S. 114; Ralf Georg Reuth, Goebbels, London 1993, S. 138; LAB, 58/20, Bd. 3.

<sup>19</sup> Martin Broszat, Hitler and the Collapse of Weimar Germany, Leamington Spa 1987, S. 112, 119; Hermann Weiß/Paul Hoser (Hrsg.), Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928–1933, München 1989, S. 187; Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, S. 189, 263; Fröhlich, Goebbels-Tagebücher, Teil 1, Bd. 2, S. 218; Rainer Zitelmann, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Stuttgart 1989, S. 87.

Ins Glied zurückgetreten, betätigte sich Helldorff erneut als politischer Mittelsmann in den Verhandlungen, die Hitler und die NSDAP ins Reichskabinett bringen sollten. In seinen Erinnerungen erzählt der damalige Reichskanzler Franz v. Papen: „Am 12. 8. morgens empfang ich die Herren Röhm und Graf Helldorff . . . Röhm . . . sah bemerkenswert wie eine Bulldogge aus und stellte einen beträchtlichen Gegensatz zu Helldorff dar, einem Mann von äußerst aristokratischer Erscheinung. Helldorff kannte ich seit vielen Jahren, und die Unterhaltung spielte sich fast ausschließlich zwischen uns beiden ab.“ Papens Kommentar verrät den Snobismus, der Helldorff bei seinem politischen Aufstieg so sehr zustatten kam. Helldorffs Aussehen nützte ihm vermutlich auch in der NS-Bewegung. Sein Raubvogelgesicht entsprach den rassistischen Kategorien der Nationalsozialisten, und so machte er gute Figur bei öffentlichen Veranstaltungen. Wie die meisten NS-Führer der sogenannten „Kampfzeit“ wußte er auch, wenn erforderlich, in politischen Versammlungen gut zu schwadronieren<sup>20</sup>. Unter Röhm dauerte Helldorffs Aufstieg in der SA an. Bis Dezember 1931 gelangte er an die Spitze der gesamten brandenburgischen SA, von der die Berliner SA einen Teil bildete. Als im September 1932 eine neue Ebene in der SA-Hierarchie geschaffen wurde, die Obergruppe, wurde er zu einem der fünf Obergruppenführer ernannt, die es nun im Reiche gab, und zwar war er für das gesamte Gebiet östlich der Elbe (Sachsen ausgenommen) zuständig. Dies war das höchste Amt, das er in der NS-Bewegung erreichte, wenn es ihm auch nicht gelang, daraus eine ernstzunehmende Machtbasis zu zimmern. Im Laufe des Jahres 1932 war er außerdem seinem Regimentskameraden Ribbentrop beim Eintritt in die NSDAP behilflich; am 13. August 1932 arrangierte er sogar ein Treffen zwischen Hitler und Ribbentrop in Berchtesgaden<sup>21</sup>.

Helldorffs steile Karriere in der SA war freilich nur möglich, weil Röhm auf traditionelle Standards des persönlichen Lebensstils keinen Wert legte. Nach der Kudamm-Affäre beschäftigten sich Beamte des Berliner Polizeipräsidiums angelegentlich mit Helldorffs Privatleben. Sie fanden heraus, daß er sich von seiner Frau getrennt hatte. Bei einer Durchsuchung seiner Wohnung stießen sie auf Briefe, aus denen hervorging, daß er ein schlechtes Verhältnis zu seiner Mutter und zu seinen Geschwistern hatte. Auch entdeckten sie eine Anzahl unbezahlter Rechnungen<sup>22</sup>. Im Juni 1932 wandte sich einer von Helldorffs verärgerten Gläubigern an den Organisationsleiter der NSDAP, Gregor Straßer, ein anderer Gläubiger beklagte sich bei Wilhelm Frick, dem späteren Reichsinnenminister. Helldorffs Verarmung konnte den Opfern zugeschrieben werden, die er für die Sache gebracht hatte, aber manche Veteranen der Partei hatten eine weniger freundliche Erklärung für den Zusammenhang

<sup>20</sup> Franz von Papen, *Memoirs*, London 1952, S. 195; Fröhlich, *Goebbels-Tagebücher*, Teil 1, Bd. 2, S. 202.

<sup>21</sup> Vgl. Longerich, *Die braunen Bataillone*, S. 145; Fritz Wiedemann, *Der Mann, der Feldherr werden wollte. Erlebnisse und Erfahrungen des Vorgesetzten Hitlers im 1. Weltkrieg und seines späteren persönlichen Adjutanten, Velbert u. Ketrwig* 1964, S. 145; Alan Bullock, *Einführung*, in: *The Ribbentrop Memoirs*, London 1954, S. XII.

<sup>22</sup> BA Berlin-Lichterfelde, BDC, SA-Akte Helldorf; vgl. auch Zimmer, *Soziale Lebensläufe*, S. 848.

zwischen seinen finanziellen Schwierigkeiten und seinen politischen Überzeugungen. Am 1. November 1932 richtete ein Mitglied der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg ein anonymes Schreiben an Hitler, in dem Gruppenführer Helldorff herb kritisiert wurde: „Scheinbar ist man in München der Meinung, daß unter den alten berl. Führern keiner befähigt ist, einen derartigen Posten auszufüllen. Es muß natürlich ein Graf sein. Von dieser Sorte, die für die Bewegung noch nichts geleistet haben aber gleich dicke Posten beanspruchen, haben wir hier genug ... Zu der Zeit als [Helldorff] noch ein steinreicher Mann war kannte keiner von uns diesen Herrn, als er alles verjuxt hatte kam es ihm zur Erinnerung, daß es eine NSDAP gibt und siehe da er schaffte es durch H. Röhms.“ Im Februar 1933 schrieb ein anderer mißvergnügter „alter Kämpfer“ an Hitler und klagte: „Eine vom moralische [sic] Standpunkt minderwertigere [sic] Persönlichkeit als Graf Helldorff ist schier undenkbar.“ Dieser Veteran behauptete, Helldorff habe sich durch Frauengeschichten und Spielschulden in Höhe von Hunderttausenden von Mark ruiniert. Er warf Hitler vor, Helldorff in der Öffentlichkeit begrüßt zu haben, als sei er „einer der Hauptmatadoren unserer großen Bewegung“<sup>23</sup>.

Eben das war der springende Punkt. Dem Genuere von unten zum Trotz behielt Helldorff das Vertrauen der Führer. Während der Machtergreifung gehörte er zu denen, an die sich Hitler in krisenhaften Augenblicken wandte. Am 29. Januar 1933, am Vorabend seiner Ernennung zum Reichskanzler, hörte Hitler Gerüchte, Schleicher plane einen Staatsstreich, um die Bildung eines Kabinetts Hitler zu verhindern. Hitler gab daraufhin Helldorff die Weisung, die gesamte Berliner SA in Alarmzustand zu versetzen. Zwar blieb der Staatsstreich aus: Schleicher sagte seinen politischen Gefährten, Widerstand komme nicht in Frage, da er sich gegen die Autorität Hindenburgs richten müsse und zum Bürgerkrieg führen könne<sup>24</sup>. Aber Helldorff stand zu Beginn des NS-Regimes bei Hitler in hohem Ansehen.

Im Laufe des Februar 1933 setzte Göring als preußischer Innenminister vierzehn Polizeichefs preußischer Großstädte ab. Ihre Nachfolger waren überwiegend Anhänger der Deutschnationalen Volkspartei oder andere nicht-nationalsozialistische Konservative. Sir Horace Rumbold, der britische Botschafter in Berlin, berichtete am 22. Februar nach London. Die „Nationalisten scheinen eine gewisse Kontrolle über die Ernennung auszuüben und gegen die skandalöseren Nominierungen ein Veto eingelegt zu haben. So ist auch die Ernennung des jungen Grafen Helldorff zum Polizeipräsidenten von Berlin vereitelt worden.“ Jedoch setzte Göring den Grafen als Polizeipräsident von Potsdam ein<sup>25</sup>. Dies sah zwar als rascher erster Schritt nach oben aus, aber Helldorffs Karriere im Dritten Reich brachte ihm nie mehr jenen Ein-

<sup>23</sup> BA Berlin-Lichterfelde, BDC, SA-Akte Helldorf u. SA-P Graf Helldorf.

<sup>24</sup> Vgl. Gerhard Ritter (Hrsg.), Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–42, Bonn 1951, S. 430; Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Königstein 1978, S. 630.

<sup>25</sup> Hans-Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1986, S. 241; Documents on British Foreign Policy 1919–1939, Second Series, Vol. IV, S. 425f.

fluß, den er in der Periode der Machtübernahme gehabt hatte. Indes feierte er seine Ernennung mit einer Kauforgie. So bestellte er einen Mercedes, den er dann zu bezahlen vergaß, und im Juli 1933 gab er 400 RM bei „Wendt's“ aus, einem exklusiven Herrensneider, obwohl sein offizielles Monatseinkommen lediglich 756 RM betrug. Während seiner ganzen Potsdamer Zeit hatte er finanzielle Schwierigkeiten, ob schon er im Dezember 1933 in den Reichstag gewählt wurde und damit auch noch über Spesengelder verfügte. Wie er seinen Polizeidienst anging, zeigt seine Unerfahrenheit. Als den Potsdamer Metzgern vorgeworfen wurde, überhöhte Preise zu verlangen, ließ Helldorff sie allesamt in Schutzhaft nehmen, so daß einen Tag lang niemand in der Stadt Fleisch kaufen konnte. Am Abend entschuldigte sich Helldorff bei den Metzgern und entließ sie wieder<sup>26</sup>.

Im ersten Jahr der NS-Herrschaft zeigte sich der „alte Kämpfer“ Helldorff irritiert, weil einige der spätesten adeligen Konvertiten zum Nationalsozialismus so leicht einen Platz im Dritten Reich fanden. Vor allem störte ihn der Erfolg, mit dem die rechtsgerichtete Deutsche Adelsgenossenschaft sich um Hitlers Gunst bemühte. Im Februar 1933 wurde Fürst Adolf zu Bentheim-Tecklenburg-Rheda Vorsitzender der Genossenschaft. Im Juni empfing ihn Hitler, dem der Fürst im Namen der Deutschen Adelsgenossenschaft bedingungslosen Gehorsam gelobte. Bentheim fand, daß seine Vorstellung von Adel auch die Hitlers war, der die Bedeutung „reinen Blutes“ betonte und im übrigen rühmte, daß sich „zahlreiche Adelige . . . als beste Kämpfer“ in der Bewegung bewährt hätten. Lange Jahre hatten die rechtsgerichteten Konservativen in der deutschen Aristokratie auf Helldorff und seinesgleichen herabgesehen, weil diese sich mit einer Massenbewegung wie der NSDAP gemein gemacht hatten. Doch Hitler, der in den Augen des Reichspräsidenten und der Armee als respektabel gelten wollte, bezeugte den konservativen Adeligen Wohlwollen. Helldorff sah sich zum Protest aufgereizt. Am 16. Dezember 1933 schrieb er an Hitler, er solle die Bemühungen der Deutschen Adelsgenossenschaft nicht auch noch ermutigen, da der Verband vor allem den nicht-nationalsozialistischen Teil der deutschen Aristokratie umfasse. Hitler wies den Protest zurück<sup>27</sup>. Indes erwiesen sich Helldorffs Befürchtungen, die Spätkommer aus der Nobilität würden Veteranen wie ihm den Rang ablaufen, als grundlos. Da die NS-Ideologie so vage war und als Bindemittel für die NS-Bewegung keine sonderliche Kraft besaß, wurden langer Dienst und Loyalität zu Kardinaltugenden im Dritten Reich. Helldorff konnte darauf stets zählen, bis er schließlich mit seinem „Verrat“ gegen eben den Mechanismus verstieß, dem er seine Position zu verdanken hatte.

Nach seiner Ernennung zum Polizeichef von Potsdam war Helldorff am 20. Februar 1933 von seinen Pflichten als Führer der ostelbischen SA-Gruppe entbunden worden. Doch blieb er vorläufig Führer der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg, und in dieser Eigenschaft spielte er eine wichtige Rolle bei der Reaktion der Nationalso-

<sup>26</sup> BA Berlin-Lichterfelde, BDC, SA-Akte Helldorf; vgl. auch Heinz Hürten (Hrsg.), *Deutsche Briefe 1934–1938. Ein Blatt der katholischen Emigration*, Mainz 1969, Bd. 1, S. 82.

<sup>27</sup> Georg H. Kleine, *Adelsgenossenschaft und Nationalsozialismus*, in: VfZ 26 (1978), S. 115 ff., 125 f.

zialisten auf den Reichstagsbrand. Was wir davon wissen, ergibt sich aus seiner Aussage im Reichstagsbrandprozeß, die er am 20. September 1933 machte. Helldorff wurde von der Anklage als Zeuge geladen, um ihm Gelegenheit zu geben, die im kommunistisch inspirierten „Braunbuch“ Willi Münzenbergs – erschienen im Sommer 1933 in Paris – erhobenen Anschuldigungen zu widerlegen. Im „Braunbuch“ war behauptet worden, Graf Helldorff und eine Gruppe nationalsozialistischer Verschwörer hätten den Reichstag angezündet und Marinus van der Lubbe als Sündenbock vorgeschoben. In privaten Gesprächen hat Münzenberg zugegeben, er sei gezwungen gewesen, bei der Arbeit am „Braunbuch“ viel Fantasie und reine Erfindung aufzuwenden. Mit seinem trüben Ruf der Gewaltätigkeit und der Korruption stellte Helldorff für die kommunistische Propaganda ein dankbares Objekt dar<sup>28</sup>.

Helldorff sagte vor Gericht aus, er habe am Abend des 27. Februar, des Brandtages, bis etwa 7 Uhr abends in seinem Büro gearbeitet: „Dann ging ich zusammen mit Professor von Arnim, dem damaligen Stabsführer der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg, zum Abendessen in das Lokal Klinger in der Rankestraße.“ Während des Abendessens seien sie telefonisch über den Reichstagsbrand informiert worden. Mit charakteristischer Trägheit – „pas trop de zèle“ hätte sein Motto sein können – bemühte er sich nicht selbst zum Reichstag, obwohl er ihn leicht zu Fuß hätte erreichen können. Statt dessen schickte er Arnim, der herausfinden sollte, was vor sich ging. Später in der Nacht gab Helldorff seiner SA-Gruppe den Befehl, kommunistische und sozialdemokratische Funktionäre festzunehmen. Einer der kommunistischen Angeklagten, Ernst Torgler, stellte dazu die Frage: „Haben Sie den Auftrag der Verhaftung kommunistischer und sozialdemokratischer Funktionäre in amtlicher Eigenschaft [das heißt als Potsdamer Polizeipräsident] gegeben oder in Ihrer Eigenschaft als SA-Führer?“ Torgler wollte darauf hinaus, daß Helldorff weder in der einen noch in der anderen Eigenschaft die Befugnis hatte, in Berlin Verhaftungen vornehmen zu lassen, und daß Göring als preußischer Innenminister dies zu Unrecht zugelassen habe. Helldorff suchte Göring zu decken, indem er die Selbständigkeit seines Vorgehens am Abend des 27. Februar betonte: „Ich habe diese Aufträge aus eigener Verantwortung heraus gegeben. Als Gruppenführer der SA in Berlin war ich nach meiner Auffassung durchaus berechtigt, Feinde unseres Staates in Haft zu nehmen.“ Helldorffs Antwort war ungeschickt und implizierte, daß die SA unabhängig von der staatlichen Autorität Görings gehandelt hatte. Bei seiner eigenen Aussage suchte Göring diesen Eindruck zu korrigieren. Die kommunistischen Angeklagten, namentlich Georgi Dimitroff, ein eloquenter Kominternfunktionär bulgarischer Herkunft, gaben sich Mühe, die entstandene Konfusion für sich auszunutzen, doch dürfte der Zwischenfall Helldorff bei Göring nicht geschadet haben<sup>29</sup>.

Helldorffs Position in der NS-Elite ist durch seine geschickte Distanzierung von Röhm noch gefestigt worden. Als der Reichstagsbrandprozeß stattfand, war Helldorff als Führer der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg bereits von Karl Ernst abgelöst

<sup>28</sup> Vgl. Fritz Tobias, *Der Reichstagsbrand. Legende und Wirklichkeit*, Rastatt 1962, S. 211.

<sup>29</sup> Ebenda, S. 263 f.

worden. Im Juni 1934, als Hitler einen beträchtlichen Teil der SA-Führer ermorden ließ, hatte Helldorff in der SA keine bestimmte regionale Zuständigkeit mehr. Gewandt war er von dem sinkenden Schiff gesprungen und zu einem neuen politischen Ufer gelangt. Erich v. Manstein zufolge, der damals Stabschef des Wehrbereichs 3 (Berlin) war, hatte Helldorff die Gefahren der Röhmschen Strategie, die auf die Ablösung der Armee durch die SA hinauslief, erkannt und die Wehrmacht gewarnt, die Führung der SA plane einen Staatsstreich. Am 30. Juni mittags wurden General v. Schleicher und seine Frau innerhalb von Helldorffs Zuständigkeitsbereich als Polizeipräsident von Potsdam ermordet. Die lokale Polizei verständigte die Staatsanwaltschaft, die sich an Helldorff wandte, um sich die Dienste der Kriminalpolizei, das heißt der Mordkommission, zu sichern. Helldorff teilte dem Staatsanwalt mit, es seien „Verhaftungen staatsfeindlicher SA-Führer vorgenommen worden“, und vermittelte den Eindruck, daß die Erschießung Schleichers irgendwie damit zusammenhänge. Nachdem die Kriminalbeamten damit begonnen hatten, im Hause Schleichers Zeugen zu befragen, erschien Helldorff und wies sie an, die einzelnen Zeugenaussagen nicht schriftlich festzuhalten, sondern nur einen Bericht über den Schauplatz des Verbrechens zu schreiben. Bald danach tauchte ein Gestapo- und SS-Kommando auf, das die Kriminalpolizei bei der Untersuchung ablöste.

Auf solche Weise spielte Helldorff eine Rolle bei der Vertuschung der Ermordung Schleichers, für die Göring verantwortlich war. Auf Grund seiner langen Verbindung mit Röhm kam es zu dem Gerücht, auch Helldorff sei unter den Ermordeten. Am 24. Juni 1934 befanden sich Helldorffs unter den Gästen einer Abendgesellschaft, die Ribbentrop in seinem Dahlemer Haus gab. Da sie ihn tot glaubten, waren viele Gäste verblüfft, „Graf Helldorff, Polizeipräsident von Potsdam“, vorgestellt zu werden. Nach William E. Dodd, dem amerikanischen Botschafter, der zu den Anwesenden gehörte, war Helldorff „eine recht schweigsame Figur in Nazi-Uniform“. Dagegen belehrte Gräfin Helldorff den Botschafter „über die Notwendigkeit, alle Neger in den Vereinigten Staaten zu sterilisieren ... Nachdem die Gesellschaft den Tisch verlassen hatte, redete Gräfin Helldorff dann über die verderbten Juden, die nie etwas arbeiten ... Der Graf schloß sich seiner Frau an ... Warum hat Ribbentrop Helldorff eingeladen ...?“<sup>30</sup>

Wie Botschafter Dodd also entdeckte, waren die Berichte über Helldorffs Tod stark übertrieben. Während der Nachwehen der Röhm-Affäre stellte Helldorff jedoch ein verlockendes Ziel für diejenigen dar, die mit der Säuberung der SA betraut waren. Dazu gehörten zwei alte Feinde des Grafen, nämlich General der Landespolizei Kurt Daluge und SA-Standartenführer Gottlieb Rösner. Daluge war 1925 einer der Führer des Frontbann gewesen. Anscheinend hatte der Frontbann damals die Absicht, den ehemals deutschen Hafen von Memel zu besetzen, der nach dem Ersten

<sup>30</sup> BA Berlin-Lichterfelde, BDC, SA-Akte Helldorff; Erich v. Manstein, Aus einem Soldatenleben, Bonn 1958, S. 187; Lothar Gruchmann, Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 1988, S. 443 ff.; William E. Dodd/Martha Dodd, Ambassador Dodd's Diary, London 1941, S. 141 f.

Weltkrieg von Litauen an sich gerissen worden war. Vier Schiffe mit Munition lagen bereits in Stettin, als sie plötzlich von der preußischen Regierung beschlagnahmt wurden. Daluege hatte Helldorff in Verdacht, den Behörden einen Wink gegeben zu haben. Gottlieb Rösner wiederum hatte 1925 in Spandau die erste Einheit der Berliner SA aufgestellt. Als er 1930 Helldorff traf, spielte er zu dessen Ärger auf den Stettiner Vorgang an; später behauptete er, Helldorff habe ihm das nie verziehen und daher seine Beförderung blockiert.

Nach dem 30. Juni 1934 wurde nun Daluege mit der Führung der nordostdeutschen SA-Gruppen beauftragt, zu denen auch Helldorffs alte Gruppe Berlin-Brandenburg zählte. Daluege vertraute die Säuberung gerade dieser Gruppe Rösner an. Der Standartenführer durchsuchte die Wohnung von SA-Gruppenführer Karl Ernst, der dem 30. Juni zum Opfer gefallen war. Er fand dort von Helldorff unterschriebene Quittungen über Summen, die der Graf von dem jüdischen Hellscher Erik Jan Hanussen erhalten hatte<sup>31</sup>. Gegen Helldorff wurde nun eine SA-offizielle Untersuchung eingeleitet, die sich fast ein Jahr hinzog und eine stattliche Liste von Anklagepunkten ergab. So wurde ihm vorgeworfen, 1932 des öfteren in SA-Uniform und in Begleitung anderer SA-Führer die „Monocle Bar“ in der Kurfürstenstraße besucht zu haben. Unter Alkoholeinfluß habe Helldorffs Gesellschaft dort von der Kapelle das Horst-Wessel-Lied verlangt. Nachdem ein Angehöriger des Stabes von Helldorff dieses Treiben über den Nachrichtendienst der SS der Reichsleitung der NSDAP gemeldet habe, sei er aus der SA ausgeschlossen worden. Die Untersuchung förderte auch einiges Material über Helldorffs Schulden zutage. Einem Pferdetrainer in Hoppegarten – den Rösner dann telefonisch über Details befragte – schuldete Helldorff 10 000 RM, seiner dortigen Wohnungswirtin 500 RM. Auch hatte er sich ehrenwörtlich verpflichtet, die Miete seiner Mutter zu bezahlen, ohne dies jedoch zu tun. Einem Buchhalter war er ebenfalls Geld schuldig. Offenbar hatte Helldorff seinen Titel dazu benutzt, sich Summen zu verschaffen, für deren Rückzahlung wenig Aussicht bestand. Die ernsteste Anschuldigung lautete aber, er habe für die SA Geld von einem Juden genommen und dieses Geld dann unterschlagen<sup>32</sup>.

Helldorffs früherer SA-Adjutant, v. Arnim, trat in einem Schreiben vom 25. Januar 1935 – das von seinem eindrucksvollen neuen Briefkopf als Vizekanzler der Berliner Technischen Universität geziert war – mannhaft für seinen alten Chef ein: Helldorff habe nicht gewußt, daß Hanussen Jude war. Es sei zwar gut möglich, daß er, Arnim, Helldorff eine Spende von Hanussen überbracht habe, aber das heiße nicht, daß Helldorff das Geld für sich selbst ausgegeben habe. Doch bezeugte Arnim nicht nur Helldorffs finanzielle Redlichkeit, er verteidigte auch den Lebensstil des Grafen: „Nach allem, was ich aus dem Zusammenleben mit Graf Helldorff weiß, sind die Erzählungen über verschwenderisches Auftreten völlig unbegründet. Graf Helldorff lebte verhältnismäßig einfach. Ich habe ihn nicht ein einziges Mal in angetrunkenem Zustand erlebt.“ Arnims Aussage war offensichtlich von seiner Freundschaft mit

<sup>31</sup> BAK, NS 19/1227; BA Berlin-Lichterfelde, BDC, SA-P Graf Helldorff.

<sup>32</sup> Ebenda.

Helldorff beeinflusst. Wäre Arnim nicht Vizerektor der TU gewesen, könnte man ihn gar verdächtigen, gelogen zu haben. Jedenfalls begann sich die Untersuchung aus Mangel an Beweisen festzulaufen. Es war schwierig, Unterschlagung nachzuweisen. Die Schlüsselfigur, Hanussen, war unter mysteriösen Umständen ermordet worden. Wohl wurde geargüht, Helldorff sei in den Mord verwickelt, aber handfeste Beweise gab es nicht. Überdies festigten Helldorffs Protektoren Göring und Goebbels ihre Stellung im NS-Regime und zeigten sich entschlossen, auch ihrem Schützling zum Aufstieg zu verhelfen. Der neue Stabschef der SA, Viktor Lutze, begriff allmählich, daß es sich nicht auszahlte, einen Mann mit so mächtigen Freunden zu verfolgen. Im Mai 1935 gab er die Untersuchung an das Oberste Parteigericht weiter, das sie im August einstellte. Rösner wurde aus der SA ausgeschlossen, und zwar mit der Begründung, sein Vorgehen gegen Helldorff sei lediglich ein Racheakt gewesen. Ein Niemand wie Rösner hatte kaum eine Chance, wenn er sich mit jemand anlegte, der gelegentlich Zugang zu Hitler hatte<sup>33</sup>.

Helldorffs aktivster Förderer war Reichspropagandaminister Goebbels. Als Gauleiter von Berlin strebte Goebbels danach, in seinem Gau an Stelle des alten Admirals Magnus v. Levetzow seinen Freund Helldorff als Polizeipräsident zu haben; Levetzow war erst am 1. August 1932, einen Tag nach seiner Wahl als Reichstagsabgeordneter der Partei, in die NSDAP eingetreten. In die Phase der Machtübernahme hatte der konservative Levetzow als Berliner Polizeipräsident gut gepaßt, weshalb er damals ernannt worden war. Doch solange er – der im Juni 1935 gegen NS-Mobs eingeschritten war, die Cafés mit jüdischen Besitzern attackiert hatten – amtierte, hatten die Nationalsozialisten die Straßen von Berlin noch nicht sicher im Griff. Wiederholt drängte Goebbels deshalb bei Hitler auf die Ersetzung Levetzows durch Helldorff. Mitte Juli 1935 verbrachte Hitler mit Goebbels einen kurzen Urlaub an der Ostsee – auch Helldorff befand sich unter den Anwesenden –, und abermals kehrte Goebbels zu diesem Thema zurück. Da traf es sich gut, daß aus Berlin ein Telegramm kam, das eine jüdische Demonstration gegen einen antisemitischen Film meldete. Tatsächlich hatte eine Gruppe von Juden die Dunkelheit im Kino zu einem wackeren Protest ausgenutzt. Goebbels spielte das geschickt aus. Am 15. Juli schrieb er in sein Tagebuch: „Nun ist Schluß beim Führer. Er will gleich Levetzow absetzen.“ Am 16. Juli wurde der Admiral nach Berlin zurückbefohlen, um am folgenden Tag bei Göring anzutreten. Am 18. Juli wurde Helldorff mit der Leitung des Berliner Polizeipräsidiiums beauftragt. Am 19. Juli notierte Goebbels hochofrefreit: „Levetzow abgesetzt, Helldorff ernannt. Bravo!“<sup>34</sup>

Levetzow fiel, weil er versucht hatte, die Berliner Polizei in Übereinstimmung mit dem Gesetz agieren zu lassen. Helldorff löste ihn ab, weil er seit der Kudamm-Affäre

<sup>33</sup> Ebenda u. SA-Akte Helldorff; BAK, NS 19/1227.

<sup>34</sup> Ralf Georg Reuth (Hrsg.), Joseph Goebbels. Tagebücher 1924–1945, Bd. 2, S. 849ff.; Bd. 3, S. 864, 869f.; vgl. auch Gerhard Granier, Magnus von Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente, Boppard 1982, S. 177, 192ff.; Hürten, Deutsche Briefe, S. 477.

von 1931 als radikaler Antisemit galt. Der frühere Vorfall war Katalysator seines rapiden Aufstiegs in der SA gewesen, jetzt kam er ihm abermals zustatten, da Hitler und Goebbels die Polizei der Reichshauptstadt in der Hand eines Mannes wissen wollten, der in der „Judenfrage“ als zuverlässig gelten konnte. Helldorff schien der Mann zu sein, die Berliner Straßen „judenfrei“ zu machen, so wie er 1931 den Kudamm zu „säubern“ versucht hatte. Auf einer Pressekonferenz erklärte Helldorff, den Kampf gegen die Juden in Berlin betrachte er als eine seiner wichtigsten Aufgaben, wobei er – dies eine Verbeugung vor Goebbels – „in der Reichshauptstadt nur in enger Kooperation mit den zuständigen Parteistellen, insbesondere der Gauleitung von Berlin, arbeiten“ könne<sup>35</sup>.

Als frischgebackener Polizeipräsident von Berlin bezeigte Helldorff nicht nur Goebbels Respekt, sondern auch Heydrich. Eine seiner wichtigsten neuen Aufgaben war die Planung der polizeilichen Arrangements für die Olympischen Spiele von 1936. Die Vorbereitungen wurden von einem „Polizeiführungsstab“ koordiniert, in dem auch die Gestapo vertreten war. Zu seinem ständigen Repräsentanten in diesem Gremium berief Helldorff Hans-Bernd Gisevius, einen rechtskonservativen Juristen im preußischen Verwaltungsdienst, der sich Anfang 1935 vehement dagegen ausgesprochen hatte, dem Kommunistenführer Ernst Thälmann ein ordentliches Gerichtsverfahren zu geben. Gisevius hatte eine Weile lang gehofft, Chef der Gestapo zu werden, und stand nun Himmler und Heydrich, die seine Ambitionen durchkreuzt hatten, mit bitterer Feindschaft gegenüber. Am 17. Februar 1936 schrieb Heydrich an Helldorff, falls Gisevius an den Vorbereitungen der Polizei für die Olympischen Spiele beteiligt sei, werde das der Zusammenarbeit mit der Gestapo nicht förderlich sein. Helldorff opferte Gisevius ohne Murren, benannte einen anderen Vertreter und brachte Heydrich gegenüber die Hoffnung zum Ausdruck, daß „damit der Stein des Anstoßes beseitigt ist“<sup>36</sup>.

Ein Grund für die Nachgiebigkeit, die Helldorff in seinem neuen Amt an den Tag legte, war die Tatsache, daß er sich in Potsdam nicht hatte bereichern können und seine Finanzen noch immer in Unordnung waren. Andere litten darunter mehr als Helldorff selbst. Gegen Ende Juli 1936 schrieb sein Vater an einen jüdischen Freund: „Glauben Sie nicht, daß es mir leicht fällt als ehemals sehr wohlhabender Mann und Großgrundbesitzer in einem Alter von 67 Jahren mir noch mein Brot verdienen zu müssen . . . besonders bei einem Gehalt von 180 Mark . . . mein Sohn ist durch Special [sic] Aufträge in seinem neuen Amt auch recht überlastet, daß er für mich zunächst noch nichts tun konnte.“ Helldorffs Schulden versahen seine Ernennung mit einem Fragezeichen. Im August teilte ihm Staatssekretär Grauert vom Innenministerium mit, seine Berufung könne erst nach einer Besprechung über seine Schulden bestä-

<sup>35</sup> Granier, Magnus von Levetzow, S. 194; Hürten, Deutsche Briefe, S. 588.

<sup>36</sup> Susanne Strässer, Hans-Bernd Gisevius. Ein Oppositioneller auf „Außenposten“, in: Klemens von Klemperer/Enrico Syring/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Für Deutschland. Die Männer des 20. Juli, Frankfurt a. M. 1994, S. 57 ff., 66; IfZ, ED 82 (die Dokumente in dieser Akte sind von Gisevius gesammelt und dem IfZ überlassen worden).

tigt werden. Helldorff behauptete, Himmler habe ihm bei der Begleichung der ersten Hälfte seiner Schulden geholfen und seine Hilfe bei der Regelung der zweiten Hälfte zugesagt, falls er zum Polizeipräsidenten von Berlin ernannt werde. In der Tat war es der Vermittlung Himmlers zu danken, daß im März 1935 Göring in seiner Eigenschaft als Preussischer Ministerpräsident Helldorff eine Anleihe von 10 000 RM gegeben hatte, wobei klargemacht war, daß eine Rückzahlung nicht erwartet werde. Helldorffs Ernennung muß dann im August bestätigt worden sein, da nun noch mehr seiner Schulden geregelt wurden. Am 20. August 1935 verfaßte er ein Dokument, in dem er seine Schulden auf 20 bis 25 000 RM schätzte. Himmler scheint dieses Aktenstück Hitler vorgelegt zu haben, der mit seiner Unterschrift die Bezahlung genehmigte<sup>37</sup>. Nachdem Helldorff als einer der Verschwörer des 20. Juli entlarvt worden war, nahm die NS-Elite diesen Aspekt seines „Verrats“, nämlich die Tatsache, daß man ihm zuvor aus seiner finanziellen Klemme geholfen hatte, besonders übel; daher wurden die Summen, die er erhalten haben sollte, weidlich übertrieben, um seinen „Verrat“ noch gemeiner erscheinen zu lassen. Während ihrer Haftzeit in Spandau hat Walter Funk, der frühere Reichsbankpräsident, Baldur v. Schirach erzählt, er habe Helldorffs Schulden von einem Sonderkonto der Reichsbank bezahlt. Schirach hielt dem entgegen, Hitler habe ihm gesagt, daß er selbst Helldorffs Schulden bezahlt habe. Funk antwortete: „Ich habe das später auch erfahren. Aber er hat eben zweimal kassiert.“<sup>38</sup>

Aber aller finanziellen Hilfe zum Trotz, die er zu mobilisieren wußte, dauerten Helldorffs Geldnöte an und schwächten ihn weiterhin bei der Verteidigung seiner Domäne als Berliner Polizeichef. Einer seiner Hauptkonkurrenten war sein alter Widersacher, Polizeigeneral Kurt Daluege, jetzt Leiter der deutschen Ordnungspolizei. Daluege fungierte nun als eines der Instrumente Himmlers bei der Zentralisierung und Reorganisation der deutschen Polizei, denen das Berliner Polizeipräsidium den Weg versperren konnte. Am 15. März 1937 schrieb Daluege an Helldorff und beklagte sich darüber, daß seine Beamten Schwierigkeiten hätten, von den Abteilungen des Berliner Polizeipräsidiiums Informationen zu bekommen. Daluege wies darauf hin, daß Helldorff sein Untergebener sei. Danach rügte er, Helldorff habe ihm nicht gesagt, daß auf Grund alter Schulden sein Gehalt verpfändet sei. Schließlich beschwerte er sich noch über die Sitte der Beamten Helldorffs, diesen in Gesprächen mit ihm, Daluege, nie als Polizeichef, sondern stets als „Graf“ zu bezeichnen: „Der Graf hat angeordnet“ – „Der Graf hat befohlen“. Daluege machte darauf aufmerksam, daß Himmler solche Anreden verboten habe. Die Kleinlichkeit dieses speziellen Vorwurfs zeigte klar, daß es zwischen den beiden Männern tatsächlich böses Blut gab<sup>39</sup>.

Helldorff antwortete am 18. März, daß er den Beamten des Polizeipräsidiiums direkte Kontakte mit übergeordneten Stellen untersagt habe, es sei denn in sekundären Angelegenheiten. Was seine Schulden angehe, so habe er dieses Problem lieber mit

<sup>37</sup> Wiener Library London (künftig: WLL), PIII f No. 109; BA Berlin-Lichterfelde, BDC, SA-Akte Helldorff.

<sup>38</sup> Baldur von Schirach, *Ich glaubte an Hitler*, Hamburg 1967, S. 345.

<sup>39</sup> BA Berlin-Lichterfelde, BDC, SA-Akte Helldorff.

Himmler besprochen als mit Daluege, da letzterer sehr abrupt und verletzend reagiert habe, wenn er, Helldorff, früher mit persönlichen Fragen zu ihm gekommen sei. Helldorff fuhr fort: „Daß ich Graf Helldorff heiße und damit einen Makel mit mir herumtrage, ist mir bekannt . . ., da ich, wie Dir bekannt sein dürfte, an diesem Grafen-Titel verdammt wenig hänge, bin ich auch gern bereit, ihn abzulegen.“<sup>40</sup>

Nach dieser Reiberei mit Daluege machte sich Helldorff Sorgen um seine Stellung. Am 20. Mai 1937 notierte Goebbels in seinem Tagebuch: „Helldorff fürchtet, daß Himmler ihn stürzen will. Ich kann ihn beruhigen. Himmler ist zu ehrgeizig.“ Zwei Tage später kam er auf den Fall zurück und schrieb: „Vielleicht sieht er [Helldorff] auch nur weiße Mäuse.“ Aber Himmler war alles andere als ungefährlich. Er hatte Helldorff bei der Regelung seiner Schulden wahrscheinlich nur deshalb geholfen, weil er geglaubt hatte, der Graf sei als radikaler Nazi gegen Grauert verwendbar. Danach scheint jedoch Daluege den Reichsführer SS davon überzeugt zu haben, daß Helldorff sein Amt zur Obstruktion benütze und daß außerdem seine Trägheit, seine Frauengeschichten und sein Umgang mit Geld schwerer wögen als seine nationalsozialistische Zuverlässigkeit. Auch Goebbels fand an ihm auszusetzen, daß er nicht mannhaft genug für sich eintrete: „Er ist zu apathisch.“ Im Oktober 1937 scheint der Druck so stark geworden zu sein, daß Helldorff daran dachte, ganz aufzugeben, doch Goebbels notierte am 12.: „So weit wird es wohl auch nicht kommen. Himmler darf ihm nicht alles wegnehmen.“ Helldorff kam wahrscheinlich zugute, daß Hitler höchst ungern alte und in den Augen der Öffentlichkeit prominente Nationalsozialisten in die Wüste schickte, mochten sie auch träge und korrupt sein. Am 15. Dezember 1937 erörterte Goebbels die Besetzung des Berliner Polizeipräsidiiums mit Himmler und betonte dabei, daß er in Berlin einen verlässlichen Polizeichef brauche. Himmler, der bei der Ernennung hoher Polizeibeamter lieber im Einvernehmen mit Gauleitern handelte, als ihre Wünsche zu ignorieren, hatte sich mittlerweile mit Helldorff abgefunden und machte das auch klar<sup>41</sup>.

Trotz Himmlers Druck im Amt geblieben, geriet Helldorff Ende Januar 1938 ins Zentrum der gefährlichsten Krise des Regimes seit dem Juni 1934. Am 12. Januar 1938 heiratete Werner v. Blomberg, der Reichskriegsminister, Hitler und Göring fungierten bei der in kleinstem Kreise stattfindenden Zeremonie als Trauzeugen. Einige Tage später hörte die Berliner Gestapo, bei den Prostituierten der Stadt herrsche helle Freude darüber, daß es eine von ihnen zur „Frau Feldmarschall“ gebracht habe. Eine Untersuchung der Gestapo ergab, daß im Polizeipräsidium tatsächlich eine Akte über die neue Frau v. Blomberg existierte, in der auch Einzelheiten über ihre Verurteilung wegen einer moralischen Verfehlung festgehalten waren<sup>42</sup>.

Nach ihren ersten Ermittlungen legte die Gestapo den Fall Helldorff vor. Frau v. Blomberg war verurteilt worden, weil sie für pornographische Fotos posiert hatte,

<sup>40</sup> Ebenda.

<sup>41</sup> Fröhlich, Goebbels-Tagebücher, Teil 1, Bd. 3, S. 149f., 251, 298.

<sup>42</sup> Karl-Heinz Janßen/Fritz Tobias, Der Sturz der Generäle. Hitler und die Blomberg-Fritsch-Krise 1938, München 1994, S. 38, 45f.

und so war, formal gesehen, der Polizeipräsident eher zuständig als die Gestapo. Hier hatte Helldorff eine Gelegenheit, etwas für die Autorität seines Amtes zu tun. In der Gestapo ist der Fall offenbar bis zur Spitze hinauf diskutiert worden, bis zu Reinhard Heydrich. Dieser kam aus dem gleichen Teil Deutschlands wie Helldorff, und die beiden hatten im gleichen Freikorps gedient. Es wäre für Heydrich natürlich und logisch gewesen, Helldorff zu beteiligen. Gewiß waren beide wenig geeignet, in einer Ehrenangelegenheit tätig zu werden. Einer der merkwürdigsten Züge der Blomberg-Affäre ist ja die Tatsache, daß sie einer ganzen Schar von Schuften das ungewohnte Gefühl moralischer Superiorität verschaffte. Selbst Goebbels begann zu glauben, in Blomberg jemand erkannt zu haben, dessen Verhalten verwerflicher war als sein eigenes<sup>43</sup>.

Helldorff suchte zunächst einmal festzustellen, ob es sich bei der Prostituierten, deren Fotos sich in seinen Akten befanden, tatsächlich um die neue Frau v. Blomberg handelte. Er erinnerte sich an eine Zeitungsmeldung, derzufolge der Sohn von General Keitel vor der Heirat mit einer Tochter Blombergs stand. Keitel war Blombergs rechte Hand im Kriegsministerium und hatte mithin sowohl ein berufliches wie ein privates Interesse daran, einen Skandal zu vermeiden. Helldorff suchte ihn am 21. Januar 1938 auf, doch war Keitel weder zu einer negativen noch zu einer positiven Identifizierung imstande. Helldorff wollte dann mit Blomberg selbst sprechen, aber der Feldmarschall war nicht anwesend. Keitel bot an, die Fotos am nächsten Tag Blomberg vorzulegen. Helldorff wollte jedoch das Beweismaterial nicht aus der Hand geben, zumal er sofortige Klarheit haben wollte, um der Armee wie dem Regime einen Skandal ersparen zu können. Daraufhin schlug Keitel dem Grafen vor, zu Göring zu gehen, der als Trauzeuge die junge Frau ja kennengelernt hatte. Keitel sagte später dazu: „Helldorff war sofort für diese Lösung.“ Göring war schließlich jemand, dessen Gunst Helldorff zu kultivieren wünschte, außerdem stand er als zweiter Mann im Staat so hoch, daß er, einmal in Kenntnis gesetzt, Helldorff jede weitere Verantwortung für die Behandlung des Falles abnehmen mußte. Es paßte Helldorff sehr gut in den Kram, den Kadaver von einem noch größeren Geier inspizieren zu lassen. Als er die Fotos sah, bestätigte Göring sofort, daß es sich bei dem Modell um Frau v. Blomberg handle: „Es ist eine Katastrophe!“

War die kriminelle Vergangenheit seiner Frau erst einmal bekannt, war Blomberg am Ende. Selbst durch eine Scheidung war die Peinlichkeit nicht aus der Welt zu schaffen, und da er Hitler als Trauzeugen aufgebeten hatte, war auch noch der „Führer“ involviert. Die Reaktion von Reichskriminaldirektor Arthur Nebe zeigte das sehr deutlich: Nachdem er Fotografien gesehen hatte, auf denen Frau v. Blomberg lediglich mit einer Perlenkette bekleidet war, soll Nebe ausgerufen haben: „Und dieser Frau hat der Führer die Hand geküßt!“ Aber Hitler, obschon über die Lage verärgert, in die ihn Blomberg gebracht hatte, machte zuerst noch einen unrealistischen Versuch, seinen Kriegsminister zu halten, gab das aber auf, als sich Blomberg weigerte, sich von seiner neuen Frau zu trennen. Doch selbst wenn es Hitler gelungen wäre,

<sup>43</sup> Ebenda; IFZ, ED 82; Fröhlich, Goebbels-Tagebücher, Teil 1, Bd. 3, S. 415, 427.

den Feldmarschall zur Scheidung zu überreden, hätte die Wehrmacht Blomberg nicht länger als obersten Soldaten akzeptiert<sup>44</sup>. Helldorff hatte sich in der Krise ebenso zurückhaltend wie effektiv verhalten. Mit einem Minimum an Aufheben war die Sache von ihm nach oben weitergereicht worden. Er durfte sich sagen, ein schwieriges Problem achtsam behandelt zu haben. Nun konnte keine Rede mehr davon sein, ihn als Polizeipräsidenten abzulösen.

Goebbels hatte Helldorff als Berliner Polizeichef nicht zuletzt deshalb gewünscht, weil sich der Graf schon früher als williges Instrument bei radikalen antisemitischen Aktivitäten erwiesen hatte. Im Juni 1938 sah Goebbels nun Helldorff und die Polizei als die Werkzeuge zur Vertreibung der Juden aus Berlin. Am 4. Juni notierte Goebbels: „Nachmittags mit Helldorff die Judenfrage in Berlin durchgesprochen. Er sieht noch eine Unmenge von Schwierigkeiten. Aber wir werden dem [sic] Herr werden. Ziel Heraustreibung der Juden aus Berlin . . . Er [Helldorff] ist dazu entschlossen.“ Am 22. Juni mußte Goebbels jedoch klagen: „Die Judenfrage in Berlin hat sich nun sehr kompliziert. Die Partei hat – wahrscheinlich auf Anregung von Helldorff – die Judengeschäfte beschmiert. Darob hat sich Funk eingeschaltet. Er will das alles legal machen. Aber es dauert so lange . . . Helldorff hat meine Befehle direkt ins Gegenteil verkehrt: ich hatte gesagt, Polizei handelt mit legalem Gesicht, Partei macht Zuschauer. Das Umgekehrte ist nun der Fall.“

Um sein Ansehen bei Goebbels wieder herzustellen, unternahm Helldorff später im Monat einen Schritt, der Goebbels' Wunsch nach Hilfe der Polizei bei der Drangsalierung der Berliner Juden entgegenkommen sollte. Am 29. Juni machte Helldorff seinen Polizisten klar, daß er fürchte, jüdische Geschäftsleute könnten, wenn sie auf ihre Schaufenster geschmierte NS-Parolen beseitigten, auch versuchen, ihre Namen zu vertuschen. Er gab die Weisung, „die Namensanbringung bei *jüdischen* Geschäften besonders streng zu überprüfen und in allen Fällen, in denen die Namen mit Vornamen nicht deutlich von außen lesbar sind, alsbald eine ordnungsmäßige Anbringung zu fordern“. Der Graf war nun bereit, bei der Politik der Legalität keine Mühe zu scheuen. Anfang Juli suchte er Goebbels mit dem Vorschlag zu erfreuen, ein Ghetto in Berlin einzurichten, das die wohlhabenden Mitglieder der jüdischen Gemeinde zu finanzieren hätten. Kurz danach übermittelte er Goebbels eine Liste der Maßnahmen, die in Berlin gegen die Juden getroffen worden waren. Zufrieden notierte Goebbels: „Die sind nun wirklich rigoros und umfassend. Auf diese Weise treiben wir die Juden in absehbarer Zeit aus Berlin heraus.“ Aus dem begrenzten dokumentarischen Material, auf dem nicht nur die Bezeichnung Polizeipräsident, sondern auch sein Name erscheint, kann der Schluß gezogen werden, daß Helldorff nun tatsächlich den Rabauken-Antisemitismus aufgegeben hatte, jedoch in seiner amtlichen Eigenschaft ein eifriger Befürworter schärferer legaler Verfolgungsmaßnahmen gegen die Berliner Juden war. So übersandte er am 12. Oktober 1939 einen

<sup>44</sup> Janßen/Tobias, *Der Sturz der Generale*, S. 48 ff.; Heinz Höhne, *Canaris. Patriot im Zwielicht*, München 1976, S. 245 ff.; Walter Görlitz (Hrsg.), *Generalfeldmarschall Keitel. Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe des Chefs OKW*, Göttingen 1961, S. 103 f.

Bericht über wirtschaftliche Probleme an die Regierung von Brandenburg, in dem er schrieb: „Um zu verhindern, daß die jüdische Bevölkerung vor der arischen Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgt wird, wie es leider geschieht, wird vorgeschlagen: Alle Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze haben auf ihren Lebensmittelkarten den Vornamen, der die jüdische Abstammung kennzeichnen soll (Israel und Sara), mit anzugeben.“<sup>45</sup>

Wenn es ihm paßte, hatte Helldorff jedoch sehr wohl nicht-amtliche Kontakte zu Deutschen jüdischer Herkunft. Im Juli 1938 machte ihm Himmler in einem Brief den Vorschlag, seinen Zahnarzt zu wechseln. Nachdem ein SA-Mann angezeigt hatte, Helldorff und sein Schwager Graf Wedel frequentierten einen jüdischen Zahnarzt, war von Himmler eine Untersuchung eingeleitet worden, die ergab, daß der fragliche Zahnarzt tatsächlich Jude war. Himmler schrieb nun an Helldorff: „Ich nehme an, ... daß Ihr in Zukunft nicht zu ihm gehen werdet.“ In Helldorffs Akten findet sich ein Scheck über 160 RM, ausgestellt für den Zahnarzt, dessen Rechnung eine der wenigen gewesen sein dürfte, die er je bezahlt hat (vorausgesetzt, der Scheck war gedeckt)<sup>46</sup>. Viele der Dokumente in Helldorffs persönlichen Akten für die Jahre 1931 bis 1937 betreffen seine Schulden. Für die Zeit ab 1938 gibt es derartige Dokumente nicht mehr. Anscheinend hatte Helldorff nun eine munter sprudelnde neue Einkommensquelle entdeckt.

Als die antisemitische Politik an Rasanz gewann und mehr und mehr drückende Maßnahmen produzierte, wurde der Wunsch vieler Juden, Deutschland zu verlassen, ständig dringlicher. Abteilung 2 des Polizeipräsidioms in Berlin hatte die Pässe und die sonstigen Emigrationspapiere für die größte und reichste jüdische Gemeinde in Deutschland zu bearbeiten. In der Wiener Library finden sich zwei Berichte darüber, wie Helldorff Juden behandelte, die verzweifelt aus Berlin zu entkommen suchten. Im März 1938 kam eine nichtjüdische Schauspielerin zu ihm, um ihm den Fall eines jüdischen Bühnenauteurs vorzutragen, dessen Paß die Gestapo beschlagnahmt hatte. Zuerst erstaunt über ihre Intervention, versprach ihr Helldorff, einen Paß zu besorgen – was er auch tat. Später im Jahr sagte ein Beamter der Reichskanzlei einem reichen Juden zu, die seiner Emigration im Wege stehenden Hindernisse zu beseitigen. Am Morgen des 10. November 1938 machte der betreffende Jude einem Freund – „zitternd und totenblaß“ – einen Abschiedsbesuch: „Er hatt [sic] an diesem Morgen gegen Bezahlung von einigen hunderttausend Mark von Polizeipräsident Helldorff persönlich seine Ausreiseerlaubnis erhalten.“ Aus nur zwei Fällen generelle Schlüsse zu ziehen, ist gewiß schwierig. Immerhin scheint es für Helldorff eine Rolle gespielt zu haben, wenn ein jüdischer Deutscher einen nichtjüdischen Fürsprecher hatte. Auch paßt dieses Zeugnis aus zweiter Hand, er habe die Angst eines reichen Juden ausgenutzt, um Geld zu erpressen, sowohl zu Helldorffs gut belegter Neigung, Antisemitismus für seinen eigenen Vorteil auszuschlachten, wie zu seiner völligen Skru-

<sup>45</sup> LAB, 20/7249; Fröhlich, Goebbels-Tagebücher, Teil 1, Bd. 3, S. 446–452, 456–463, 470, 492; IfZ, MA 261.

<sup>46</sup> BA Berlin-Lichterfelde, BDC, SA-Akte Helldorff.

pellosigkeit in finanziellen Angelegenheiten. Hans-Otto Meißner hat gesagt, Helldorff habe „viele Juden auf bemerkenswerte Weise geschützt und einer Anzahl zur Emigration verholfen“. Das ist zu nachsichtig. Helldorff hat den Antisemitismus bedenkenlos benützt, um seine politische Karriere zu fördern und auch, wie es scheint, um seine Taschen zu füllen<sup>47</sup>.

Goebbels war anfänglich von Helldorffs antisemitischen Maßnahmen enttäuscht gewesen. Obwohl der Berliner Polizeipräsident dann versucht hatte, ihn durch Eifer beim Anziehen der gesetzlichen Daumenschrauben wieder zu besänftigen, stieß sich der Gauleiter immer wieder an Helldorffs Einmischung in hohe Politik und an seinem Mangel an Arbeitsethos. Am 10. Juli 1938 notierte Goebbels: „Himmler beschwert sich bei mir über Helldorff. Helldorff ist wieder mal ganz illoyal vorgegangen. Ich werde ihn mir kaufen. Er will nicht solide arbeiten, sondern immer nur in der großen Politik mitfingern. Das werde ich ihm abgewöhnen.“ Am 12. Juli spannt Goebbels das Thema weiter: „Er ist zu lax und zu gleichgültig. Ich halte ihm sein ganzes Sündenregister vor. Er wird dabei sehr klein. Aber er kann nicht aus seiner Haut heraus.“ Der Polizeipräsident machte seine Schwächen bis zu einem gewissen Grade wett, indem er seinem Protektor wiederum nützlichen Beistand während dessen Affäre mit der tschechischen Filmschauspielerin Lida Baarova leistete, in einer Affäre also, die tatsächlich die politische Position des Reichspropagandaministers in Gefahr brachte. Magda Goebbels nahm damals Rache, indem sie eine Liaison mit Karl Hanke begann, Staatssekretär im Propagandaministerium und Stellvertreter ihres Mannes. Im Oktober 1938 erfuhr Goebbels von dieser Affäre durch Helldorff, der seinem Schutzherrn während des ganzen folgenden Theaters treu zur Seite stand. Aus politischen Gründen war Hitler entschlossen, eine Versöhnung zwischen Goebbels und seiner Frau herbeizuführen, und bestellte zu diesem Zweck den Propagandaminister am 24. Oktober zu sich. Goebbels notierte in seinem Tagebuch: „Helldorff wird herbeigezogen und muß einige von mir gemachte Behauptungen ausdrücklich bestätigen. Er tat das mit großer und imponierender Festigkeit.“ Hitler überredete Joseph und Magda Goebbels zu einem Versöhnungsversuch. Auf dem Rückweg nach Berlin hatte Goebbels eine lange Unterhaltung mit Helldorff, „der für meine Lage das tiefste menschliche Verständnis besitzt“<sup>48</sup>.

Aber wenn sich auch Helldorff in der Not als wahrer Freund erwiesen hatte, so zeigte das eigenständige Vorgehen in der „Judenfrage“, das er im Laufe des Jahres 1938 an den Tag zu legen begonnen hatte, doch das Ende der engen Freundschaft zwischen den beiden Männern an. Helldorff hatte angefangen, selbst zu denken. In

<sup>47</sup> Preußisches Staatsministerium (Hrsg.), Handbuch über den Preußischen Staat für das Jahr 1938, 140. Jg., Berlin, S. 245; Richard Grunberger, A Social History of the Third Reich, London 1991, S. 138; WLL, PIII f, No. 547, PIII a, No. 502; Hans-Otto Meißner, Magda Goebbels. A Biography, London 1980, S. 280.

<sup>48</sup> Fröhlich, Goebbels-Tagebücher, Teil 1, Bd. 3, S. 476, 479; Reuth, Goebbels Tagebücher, Bd. 3, S. 1279ff.

den bislang veröffentlichten Goebbelschen Tagebüchern aus dem Jahre 1939 findet sich nur eine Erwähnung des Grafen Helldorff. Später, 1940 und 1941, als der Sieg des NS-Regimes unmittelbar bevorzustehen schien, ist das Verhältnis allerdings wohl wieder etwas intimer geworden.

Goebbels suchte seine Stellung bei Hitler wieder zu festigen, indem er Möglichkeiten zur beschleunigten Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft fand. Er wußte, daß Hitler im Sommer 1938 die gleiche Frustration wie er selber empfand, als die Entwicklung in Berlin nicht recht vorangehen wollte. So ergriff er die Gelegenheit beim Schopf, als ein junger jüdischer Emigrant einen deutschen Diplomaten in Paris ermordete, und inszenierte im November 1938 den als „Reichskristallnacht“ in die Geschichte eingegangenen Pogrom, ganz wie er Helldorffs Kudamm-Krawalle im Jahre 1931 inszeniert hatte. Helldorff war während des Pogroms in Urlaub. Am 9. November, an dem Tag, als der Pogrom ernstlich begann, war er endlich zum SA-Obergruppenführer befördert worden, nach vielen Jahren als Gruppenführer. Gisevius zufolge hat Helldorff nach seiner Rückkehr „alle Polizeioffiziere zusammengerufen, sich über ihre, wenn auch befohlene, Passivität beklagt und zum Entsetzen aller Nazis verkündet, wäre er anwesend gewesen, hätte er Befehl zum Schießen gegeben“.

Aus einem Wilderer war Helldorff zum Wildhüter geworden. Der antisemitische Rabauke von 1931 war nun Polizeipräsident. Gewaltakte gegen Menschen und die Zerstörung von Gebäuden in den Straßen von Berlin untergruben die Autorität seines Amtes und ließen ihn als eine ridiküle Figur erscheinen. Hier liegt die Erklärung für seine Reaktion auf den Pogrom, nicht in der Sorge um das Geschick der Juden, gegen die er ja seit langem Feindschaft empfand. Außerdem war es nicht schwer, sich als wackerer Verteidiger von Recht und Gesetz zu gerieren, nachdem sich die Schlägertruppe wieder zerstreut hatten. Ohne Gisevius nahetreten zu wollen, beschleicht einen der Verdacht, daß Helldorffs Auditorium seinen Protest richtig einzuschätzen wußte. Helldorff wurde nicht zum Gegner Hitlers, weil er Schwierigkeiten mit dem NS-Antisemitismus gehabt hätte. Es war ja schon zu sehen, daß Graf Helldorff am gleichen Tag, an dem er den Pogrom verurteilte, das entstandene Klima des Schreckens benutzte, um von einem Juden, der verzweifelt nach einer Möglichkeit zur Emigration suchte, eine enorme Bestechungssumme zu erpressen<sup>49</sup>.

Helldorffs Antisemitismus verdunkelt positive Züge, zum Beispiel eine Anteilnahme an der Protestantischen Kirche. Sein Schloß in Wohlmirstedt hatte buchstäblich die benachbarte Dorfkirche überschattet, worin das Schutzverhältnis zwischen Gutsherr und Pastor sehr schön zum Ausdruck kam. Als er später von der Gestapo vernommen wurde, sagte er, er habe nie verstanden, warum das Regime die Protestantische Kirche mit solcher Härte angefaßt hat. Auf der anderen Seite aber legte Helldorff als Polizeipräsident von Berlin der missionarischen Tätigkeit der Kirche unter den Juden so viele Steine in den Weg, daß derartige unabhängige Aktivitäten schließ-

<sup>49</sup> Uwe Dietrich Adam, *Wie spontan war der Pogrom?*, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), *Der Judenpogrom. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord*, Frankfurt a.M. 1988, S. 91; BA Berlin-Lichterfelde, BDC, SA-Akte Helldorff; Gisevius, *Bis zum bitteren Ende*, S. 369.

lich eingestellt werden mußten. Sein Wohlwollen erstreckte sich nur auf eine rassistisch homogene Protestantische Kirche<sup>50</sup>.

Auf der Höhe seiner Macht, 1938, verkörperte Helldorff die anrühigen Aspekte der NS-Bewegung. Er erschien als der typische „Bonze“, als ein Parteifunktionär, der seine Privilegien dazu benutzte, gut zu leben. Und Helldorff führte in der Tat, wie viele andere prominente Nationalsozialisten, ein Leben in Luxus. Im April 1938, kurz nach der Annexion Österreichs, kam Hitlers Architekt Albert Speer nach Wien, um bei den Vorbereitungen für Hitlers triumphalen Einzug zu helfen. Vom Puritanismus des Zeloten erfüllt, sah Speer mit Entsetzen, wie ganze Heerscharen von Parteifunktionären aus Deutschland in Wien einfielen, um die wohlgefüllten Geschäfte der österreichischen Metropole auszukaufen. In seinen Memoiren erinnert sich Speer vor allem an Helldorff.

Während des Krieges wurden die üppigen Konsumgewohnheiten der Parteiführer zu einem Problem. Im März 1943 ersuchte Goebbels den Berliner Polizeipräsidenten um einen Bericht über einen gewissen Nöthling, Inhaber eines Feinkostgeschäfts, der seine Kunden mit guten Weinen, Wildbret und sonstigen Delikatessen versorgte, ohne sich dabei um die Rationierungsvorschriften zu kümmern. Helldorff berichtete getreulich, daß ein großer Teil der Berliner Prominenz bei Nöthling beträchtliche Mengen von Leckerbissen aller Art ohne Marken beziehe. Er betonte dabei, daß Nöthling nicht die Hauptschuld trage; dessen Kunden verdienten eine härtere Strafe als er selbst. Helldorffs Bericht und die darin zur Schau getragene Gesinnung sind namentlich wegen ihres heuchlerischen Charakters bemerkenswert. Helldorff verschwieг wohlweislich, daß er selbst Champagner, Weine und Schnäpse für rund 3100 RM bei Nöthling gekauft hatte. Nach dem 20. Juli 1944 fand die Gestapo in Helldorffs Wohnung die Rechnung eines weiteren Lebensmittelgeschäfts über 2700 RM; dafür hatte Helldorff unter anderem 1500 Zigaretten und nicht weniger als vier ganze Schafe bekommen, und das zu einer Zeit, da Fleisch streng rationiert und Helldorff mit der Überwachung der Berliner Geschäfte betraut war. Angesichts der Mengen, um die es ging, ist es wahrscheinlich, daß Helldorff persönlich auf dem Schwarzen Markt als Verkäufer operierte. In den dreißiger Jahren ständig in finanziellen Schwierigkeiten, hatte Helldorff 1944 mindestens vier Wohnsitze. Ein solcher Wohlstand war natürlich nicht mit seinem Gehalt zu erreichen, was wiederum zu dem Schluß zwingt, daß er in erpressbaren Juden und auf dem Schwarzen Markt zusätzliche lukrative Einnahmequellen gefunden hatte<sup>51</sup>.

Im Jahr 1938 war für Helldorffs Finanzen der Wendepunkt gekommen, als er in wohlhabenden Juden, die emigrieren wollten, leichte Erpressungsoffer entdeckte.

<sup>50</sup> Vgl. Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), *Spiegelbild einer Verschwörung. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt*, Bd. 1, Stuttgart 1984, S. 436; Hürten, *Deutsche Briefe*, 2, S. 266 f.

<sup>51</sup> Vgl. Albert Speer, *Erinnerungen*, Frankfurt a. M. 1969, S. 123; Lothar Gruchmann, *Korruption im Dritten Reich. Zur „Lebensmittelversorgung“ der NS-Führerschaft*, in: *VfZ* 42 (1994), S. 572–575; Jacobsen, *Spiegelbild einer Verschwörung*, S. 417; BAK, NS 19/1227.

1938 war auch das Jahr, in dem er durch die geschickte Behandlung der Blomberg-Affäre seine Stellung als Polizeipräsident von Berlin festigte. Jedoch trachtete Helldorff nach weiterem Aufstieg. Daß er als junger Mann den Familiensitz verloren hatte, machte ihn sehr ehrgeizig. Seine künftige Karriere hing von der Gunst Heinrich Himmlers ab, der über Beförderungen in der Polizei entschied. Aber die Episode mit dem jüdischen Zahnarzt deutete auf einen Mangel an ideologischer Strenggläubigkeit hin. Außerdem hatte Helldorff im April 1938 Goebbels vor dem Sicherheitsdienst (SD) der SS gewarnt – in Anwesenheit eines SD-Offiziers: Wie schon erwähnt, hatte sich der SD bereits 1932 für Helldorffs Lebenswandel interessiert. Als Goebbels den erwähnten SD-Offizier fragte, welche dienstlichen Aufgaben er habe, berichtete Helldorff die recht harmlose Antwort und sagte zu Goebbels, „er solle das doch nicht glauben, die SS-Führer im SD machten ganz etwas anderes. Als er [Helldorff] Polizeipräsident von Berlin geworden sei, hätte er zuerst alle SS-Führer, welche im SD tätig seien, aus seiner Umgebung entfernt. Er rate Dr. Goebbels, das gleiche zu tun.“ Helldorff machte damit klar, daß seine Loyalität mehr Goebbels als der SS galt. Um Himmler günstig zu stimmen, war jedenfalls mehr an Verpflichtung erforderlich, als Helldorff aufzubringen vermochte. So hatte der Reichsführer SS seine Zweifel, ob Graf Helldorff für höhere Würden im entstehenden SS-Imperium tauglich sei; schließlich war ja schon die Absicht, Helldorff als Polizeipräsident abzulösen, von Himmler nur deshalb aufgegeben worden, weil ihm das mehr politischen Ärger mit Goebbels eingetragen hätte, als die Sache wert war. Jetzt freilich, angesichts des Bedeutungsverlusts, den ein Amt wie das des Polizeipräsidenten bei Himmlers Umstrukturierung der deutschen Polizei erlitt, konnte Helldorff ruhig auf seinem Posten bleiben und dort einfach übergangen werden. Die Schlüsselstellung in der zukünftigen Polizeistruktur war die des „Höheren SS- und Polizeiführers“, im November 1937 durch einen Erlaß des Reichsinnenministers Wilhelm Frick geschaffen. Im Mobilmachungsfall sollte der Höhere SS- und Polizeiführer alle Himmler unterstehenden Verbände eines Wehrbezirks, ob SS oder Polizei, befehligen. Für Berlin-Brandenburg ernannte Himmler den SS-Obergruppenführer Heißmeyer. Am 2. September 1939 wurde Helldorff „Höherer Polizeiführer“ für Groß-Berlin und war damit Heißmeyer nachgeordnet. Von den Einheiten abgesehen, die ihm in seiner Eigenschaft als Polizeipräsident unterstanden, war er nun auch noch – für Aufgaben, die mit der Mobilmachung zusammenhingen – Vorgesetzter der Berliner Feuerwehr. Das war ein schwacher Trost. Es streute sicherlich noch Salz in seine Wunde, daß sein früherer Sekretär, Karl Friedrich Freiherr v. Eberstein, zur gleichen Zeit zum Höheren SS- und Polizeiführer für ganz Bayern bestellt wurde. Helldorff konnte die Unterstellung unter Heißmeyer nicht verwinden. Sie spielte auch bei seiner Beteiligung am Widerstand eine Rolle. Er selbst sagte im Gestapoverhör: „Auf mich bezogen habe ich in der Tatsache, daß ich in [m]einem Amtsbereich Berlin einem Höheren SS- und Polizeiführer unterstellt bin, eine persönliche und unverdiente Kränkung gesehen.“<sup>52</sup>

<sup>52</sup> IfZ, Fa 156, ZS 539; BA Berlin-Lichterfelde, BDC, SA-Akte Helldorf; Jacobsen, Spiegelbild einer Verschwörung, Bd. 1, S. 479.

Nach dem Scheitern des Juli-Putsches brachte die Gestapo Helldorf dazu, seine Einstellung zu der Verschwörung zu erklären. Helldorff sagte: „Ich gehöre nicht zu den Menschen, die bedingungslos glauben können, und weil ich mich zu dem bedingungslosen Glauben nicht zwingen konnte, geriet ich unter dem Eindruck der letzten Kriegsjahre in immer steigendem Maße in den Zustand der Hoffnungslosigkeit und Depression. Ich muß auch erkennen, daß ich nicht wie viele meiner Parteigenossen bedingungslos dem Führer ergeben bin. In dem Führer sah ich früher den Mann, in dem sich für mich alles verkörperte, was ich für mein deutsches Volk und Vaterland erhoffte oder erwünschte. Nachdem ich durch vernunftgemäße Überlegung vom Jahre 1941 ab in diesem Glauben wankend geworden war, begann auch die Sorge um mein Vaterland die Überhand zu gewinnen gegenüber der mir bisher selbstverständlichen Treuebindung an den Führer.“ Er sagte ferner: „Meine persönliche Auffassung geht heute wie immer dahin, daß ich den Nationalsozialismus, so wie er in den Kampfjahren von uns aufgefaßt und gelehrt wurde, bejahe . . . Das, was sich mir heute aber als Verwirklichung des Nationalsozialismus darstellt, kann ich nicht mehr guthießen.“<sup>53</sup> Helldorffs Erklärung ist so wohlüberlegt und so klar strukturiert, daß sie glaubwürdig wirkt. Es handelt sich offensichtlich nicht um eine unter Druck produzierte Ausrede.

Helldorffs erste ernsthafte Kritik am Regime findet sich in einem offiziellen Geheimbericht über Berlin aus dem Oktober 1935, Teil einer, wie Ian Kershaw gesagt hat, „erstaunlich offenen“ Serie. Helldorff machte darin auf Versorgungsprobleme, die hohen Lebensmittelkosten und die steigende Arbeitslosigkeit aufmerksam. Ohne Zweifel stammte das Material für den Bericht von Helldorffs Beamten, doch mit seiner Unterschrift übernahm er die Verantwortung für den gesamten Inhalt. Goebbels war sich der kritischen Haltung Helldorffs durchaus bewußt. Im Januar 1936 notierte er: „Es meckert Helldorff im Gelände herum. Er stänkert immer. Über Göring und so.“ Im Februar des folgenden Jahres, nachdem Helldorff von einer Spanienreise zurückgekehrt war, bemerkte Goebbels: „Er hat . . . Deutschland wieder lieben gelernt. Das ist immer so bei den Meckerern. Hoffentlich ist er endgültig geheilt.“ Indes mußte der Minister im Mai 1937 feststellen: Helldorff ist „der geborene Stänkerer“. Goebbels schrieb damals Helldorffs kritische Haltung einem angeborenen Pessimismus zu, und seine spätere Wut über Helldorffs Rolle im Widerstand dürfte zum Teil ein Produkt der Erkenntnis gewesen sein, daß sein Auge – ganz uncharakteristischerweise – versagt und das Ausmaß der Desillusionierung seines einstigen Schützlings nicht erkannt hatte. Als er den Grafen noch als „Stänkerer“ einstuft, trat Helldorff jedoch gerade mit einem Kritiker des Regimes von hohen Graden in Verbindung, was seinem Mißvergnügen eine neue Note geben sollte<sup>54</sup>.

Mitte 1937 wurde Fritz-Dietlof Graf v. d. Schulenburg, ein leidenschaftlicher Verteidiger der traditionellen preußischen Standards im Staatsdienst, zum Vizepräsidenten

<sup>53</sup> Ebenda, S. 103f., 448.

<sup>54</sup> Ian Kershaw, *The „Hitler Myth“. Image and Reality in the Third Reich*, Oxford 1987, S. 75; Fröhlich, *Goebbels-Tagebücher*, Teil 1, Bd. 2, S. 569, Bd. 3, S. 51, 147, 255.

ten der Berliner Polizei ernannt. Das Reichsinnenministerium suchte mit dieser Ernennung Helldorff an die Kandare zu nehmen. Wie schon dargelegt, hatten Helldorffs Schulden Grauert beschäftigt, und von seiner Insubordination war Daluë gereizt worden. Schulenburg war ihr Mann und sollte Helldorff Zügel anlegen. Letzterer wehrte sich gegen Schulenburgs Ernennung, solange er konnte. Als sich die beiden aber schließlich kennenlernten, verstanden sie sich sofort prächtig. Nach seiner ersten Begegnung mit Helldorff schrieb Schulenburg an seine Frau, der Polizeipräsident „machte einen gescheiten, witzigen Eindruck. Ich glaube, daß sich mit ihm arbeiten lassen wird.“ Eberhard Zeller hat konstatiert: „Da der Präsident vor allem auf Repräsentation und Verbindungspflege Wert legte und ein reges Privatleben führte, blieb für Schulenburg die Arbeit.“ Einige Zeit später trafen sich Helldorff und Schulenburg nach vorheriger Verabredung in einem Berliner Schwimmbad, wo sie nicht belauscht werden konnten, und tauschten kritische Ansichten über das NS-Regime aus. In diesem frühen Stadium war konspirativer Widerstand jedoch für beide nur eine Option. Noch hoffte jeder auf eine erfolgreiche Karriere im zunehmend mächtiger werdenden Dritten Reich.

Nach seinem neuesten Biographen „fühlte sich Schulenburg im Sommer 1939 noch keineswegs als Widerstandskämpfer“. Seine Kritik war nach wie vor selektiv und galt insbesondere der um sich greifenden Korruption. Wenn er versucht haben sollte, Helldorff zu preußischer Einfachheit zu bekehren, war ihm freilich nur geringer Erfolg beschieden. Schulenburg hat fraglos Helldorffs Zweifel genährt und verstärkt, doch darf die Strecke, die er ihn damals in Richtung Widerstand trieb, auch nicht überschätzt werden. Im August 1939, zu einer Zeit also, in der er selbst in seiner Haltung gegenüber dem Regime noch schwankte und mithin Helldorff kaum eine klare Linie vermitteln konnte, wurde Schulenburg von Berlin nach Breslau versetzt und stand danach nicht mehr in täglicher Verbindung mit dem Polizeipräsidenten. Tatsächlich kam Schulenburgs eigene definitive Konversion zum Widerstand erst um die Jahreswende 1942/43. Helldorffs früherer Untergebener Hans-Bernd Gisevius übte einen längeren Einfluß aus; vor allem bestärkte Gisevius seinen Freund im Haß auf die SS<sup>55</sup>.

Bis zum Frühjahr 1938 hatte Helldorff aber auch Verbindungen mit Kritikern des Regimes anzuknüpfen begonnen, die nicht zu seinem eigenen Kreis mit Schulenburg und Gisevius gehörten. Er fühlte sich der Armee verbunden, und wenn auch die Blomberg-Affäre seine Position gefestigt hatte, so gibt es doch Anzeichen dafür, daß in ihm der Verdacht aufstieg, bei jener Episode von Heydrich benutzt worden

<sup>55</sup> Ulrich Heinemann, Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli, Berlin 1990, S. 46 f., 271; ders., „Kein Platz für Polen und Juden“. Der Widerstandskämpfer Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und die Politik der Verwaltung in Schlesien 1939/40, in: Christoph Kleßmann (Hrsg.), September 1939. Krieg, Besetzung, Widerstand in Polen. Acht Beiträge, Göttingen 1989, S. 39 f., 51; Alfred Krebs, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg. Zwischen Staatsräson und Hochverrat, Hamburg 1964, S. 154 ff.; Eberhard Zeller, Geist der Freiheit. Der zwanzigste Juli, München 1965, S. 165. Zu Schulenburgs Kritik an der nationalsozialistischen Beamtenpolitik vgl. Jane Caplan, Government without Administration. State and Civil Service in Weimar and Nazi Germany, Oxford 1988, S. 321 f.

zu sein. Blombergs Abgang folgte sogleich der Sturz des Generals Werner Freiherr v. Fritsch, Oberbefehlshaber des Heeres, wobei mit der erdichteten Beschuldigung der Homosexualität gearbeitet wurde. Hjalmar Schacht, Hitlers Wirtschaftsminister, der sich zu einem Gegner des Regimes entwickelte, berichtete in seinen Memoiren, daß ihn Helldorff über die üble Rolle ins Bild setzte, die in beiden Fällen die Gestapo unter der Direktion von Himmler und Heydrich gespielt hatte. Helldorff erregte besonders die Intrige gegen Fritsch. Abscheu vor Homosexualität war, wie schon im Juni 1934 bei der Vernichtung Röhm's und der SA-Führung, zur Erledigung Fritsch's mobilisiert worden, da sich die Deutschen über eine Affäre zwischen zwei Männern ebenso aufhalten können wie die Engländer über die Liaison eines Mannes mit einer Frau. Helldorff's Entrüstung über die schäbige Art und Weise, in der Fritsch ruiniert worden war, fand zweifellos Nahrung durch Gespräche mit alten Bekannten in der Armee. So verurteilte er am 28. Februar in einer Unterhaltung mit General Joachim v. Stülpnagel die Behandlung Fritsch's aufs heftigste, und Anfang März machte er Polizeidokumente, die für den Fall von Bedeutung waren, Oberst Hans Oster von der Abwehr zugänglich<sup>56</sup>.

Die Veränderungen in der militärischen Führung Deutschlands gewannen größere Bedeutung im Lichte der Sudetenkrise des Spätsommers 1938, als Hitler Europa und nicht zuletzt die deutsche Bevölkerung einem Nervenkrieg aussetzte. Die Aussicht auf Krieg erschreckte Helldorff mehr und mehr. Am 1. September 1938 notierte Goebbels: „Helldorff ist ja ein bekannter Schwarzseher. Auch jetzt macht er wieder in Kriegspanik, kolportiert tollste Alarmgerüchte und macht sich zum Wortführer von lauter Torheiten.“ Daß die außenpolitischen Entwicklungen Helldorff alarmierten, wurde General Ludwig Beck übermittelt, dem prominentesten Opponenten der Hitlerschen Kriegspolitik, und zwar durch Fritz Wiedemann, Hitlers Adjutanten, der Helldorff kannte. Am 29. Juli 1938 machte sich Beck, nachdem er mit Wiedemann gesprochen hatte, eine Notiz, daß er Helldorff mit General Erwin v. Witzleben zusammenbringen müsse, dem Befehlshaber im Wehrkreis III (Berlin). Beck erwartete von Witzleben einen Staatsstreich gegen das NS-Regime, sollte wegen der tschechoslowakischen Frage ein Krieg mit Großbritannien und Frankreich ausbrechen. Gisevius arbeitete eng mit Witzleben zusammen und berichtet, daß sich Helldorff im September 1938 bereit erklärt habe, bei der Widerstandsgruppe mitzumachen. Es gibt zwar keine andere Stütze für Gisevius' Zeugnis, doch kann Helldorff zu diesem Zeitpunkt durchaus eine solche Verpflichtung eingegangen sein. Im Winter 1938/39 nahm er am Abschiedessen für Witzleben teil, wo er neben Wiedemann saß, dem die internationale Situation erneut gefahrvoll dünkte. So fragte er Helldorff: „Sagen Sie, wie soll denn das weitergehen?“ Helldorff antwortete: „Auf die Dauer wird nichts anderes übrigbleiben, als daß der Hermann sein Regiment Göring nimmt und Euren ganzen Laden in der Wilhelmstraße [Reichskanzlei] aushebt.“

<sup>56</sup> Vgl. Hjalmar Schacht, *76 Jahre meines Lebens*, Bad Wörishofen 1953, S. 487f.; Detlev Graf von Schwerin, „Dann sind's die besten Köpfe, die man henkt“. Die junge Generation im deutschen Widerstand, München 1994, S. 140f.

Es ist bemerkenswert, daß selbst Helldorff, der doch über eine intime Kenntnis der NS-Bewegung verfügte, dem Mythos erlegen war, Göring sei als ein konservativer Widersacher Hitlers tauglich. Wiedemann vermerkte, daß Helldorff gut mit Göring stand. Der Polizeipräsident durfte in einem Regime, an dessen Spitze Göring stand, auf einen guten Platz hoffen, zumal beiden eine unstillbare Habgier gemeinsam war, während seine Aussichten in einem Staat, den die Widerstandsgruppen aus der Elite führten, als ungewiß erschienen. Daß letztere überhaupt bereit waren, Helldorff als Bundesgenossen zu akzeptieren, ist ein Zeichen ihrer Schwäche, wohl auch ihres Vertrauens auf seine Zugehörigkeit zum Adel. Helldorff kehrte ja in der Tat zu einer Standesloyalität zurück, die er in den zwanziger Jahren dem Nationalsozialismus geopfert hatte. Damals galt er seinen adeligen Verwandten als Renegat. In der Verschwörung gegen Hitler konnte er in den Augen einiger der vornehmsten preussischen Familien, so der Bismarcks und der Schulenburgs, seinen Status wieder zurückgewinnen. Seine aristokratische Herkunft machte es für ihn auch leichter, mit etlichen Führern des konservativen Widerstands umzugehen, da immerhin gemeinsame kulturelle Voraussetzungen gegeben waren. Daß Helldorff von Adel war, hatte ihm geholfen, die Protektion Röhrs und Goebbels' zu gewinnen, war ihm auch bei Göring nützlich gewesen. Andererseits hatte ihm die adelige Herkunft den Haß Rösners und Dalueges eingetragen, für die Grafen keinen privilegierten Platz in der nationalen Gemeinschaft verdienten. Als Helldorffs Karriere nach 1939 stagnierte, mögen ihm die Herabsetzungen, die ihm der Grafentitel eingebracht hatte, bewußter gewesen sein als die frühen Beförderungen, die er auch seiner Herkunft zu verdanken hatte<sup>57</sup>.

Im Jahr 1939 vermengte sich bei Helldorffs Widerstandskontakten normaler Polizeidienst mit oppositionellen Aktivitäten. Am Vorabend des Krieges machte sich Helldorff Sorgen wegen möglicher Unruhen in der Reichshauptstadt. Am 24. August 1939 äußerte er sich in einem Gespräch mit Admiral Canaris, dem Chef der Abwehr, besorgt über die Lebensmittelversorgung und verlangte, da die Polizei zu schwach sei, mehr Truppen für Berlin. Am 26. August warnte er Helmuth Groscurth von der Abwehr vor einem Putsch der SS gegen die Generäle; die SS wolle Himmler zum Innenminister mit besonderen Vollmachten – einschließlich des Einflusses auf militärische Ernennungen – machen. Helldorff gab Groscurth den Rat, „von Seiten der Generalität sofort etwas zu unternehmen und Abberufung der Verbrecher zu verlangen, die Führer und uns in diese Situation gebracht haben“. Helldorffs Hinweis auf die Gefahr, die der Armee von der SS drohe, erreichte auch Halder, der dies in seinem Tagebuch festhielt. Der Armeeführung, die Ende August 1939 ein gutes Verhältnis zu Hitler zu haben glaubte, kamen Helldorffs Warnungen sicherlich als Schwarzseherei vor. Am 2. September 1939 richtete Helldorff an Groscurth die Bitte um einen Verbindungsoffizier zum Berliner Wachregiment und um drei Panzerwagen. Gros-

<sup>57</sup> Fröhlich, Goebbels-Tagebücher, Teil 1, Bd. 3, S. 525; Klaus-Jürgen Müller, General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933–1938, Boppard 1980, S. 560; Gisevius, Bis zum bitteren Ende, S. 354; Wiedemann, Der Mann, der Feldherr werden wollte, S. 114; IfZ, MA 1560.

curth ging mit Helldorffs Ansuchen zu Generalstabschef Halder, der es rundweg ablehnte: „Was macht es für einen Eindruck, wenn jetzt in Berlin Panzer rumrasen?“ Groscurth schrieb in sein Tagebuch: „Kein militärischer Verband unter Polizei gestellt! Halder glaubt nicht an Unruhen vorläufig.“ Der Generalstabschef zeigte also deutlich, daß er Helldorff nicht traute<sup>58</sup>.

Auch während des „Sitzkriegs“ pflegte Helldorff seine Verbindungen zu Widerstandsgruppen. So übermittelte er Hans v. Dohnanyi, der als Privatsekretär von Admiral Canaris fungierte, SD-Berichte und Filme der SS über die Massenerschießungen von Zivilisten nach dem Angriff auf Polen. Am 31. Oktober 1939 ging Ulrich v. Hassell, früher Botschafter in Rom und nun ein entschiedener Opponent des Nationalsozialismus, zu Horcher, einem berühmten Berliner Feinschmeckerrestaurant. In einer Ecke entdeckte er Helldorff zusammen mit Gisevius und Oster. Als Gisevius einige Tage später Hassell besuchte, machte dieser eine Bemerkung über Gisevius' und Osters Abend mit dem Polizeipräsidenten. Gisevius antwortete, „daß er Helldorff von seiner eigenen Polizeizeit her kenne und jede Sicherheit habe, daß dieser genau so denke wie wir“. Hassell notierte, Osters Anwesenheit scheinete das zu bestätigen<sup>59</sup>. Am 5. Januar 1940 traf Helldorff im Hauptquartier der Abwehr erneut mit Oster zusammen. Der Polizeipräsident war gekommen, um Groscurth über die Moral in Berlin zu berichten, und Oster gesellte sich dazu. Der Tenor des Berichts mußte Hitlers Gegner im Militär bestärken, handelte er doch von den Grausamkeiten des Regimes im Osten, von schwindender Popularität der Nationalsozialisten und von der positiven Einstellung der Polizei zur Armee.<sup>60</sup>

Hitlers verblüffende Siege im Frühjahr 1940 zogen allerdings dem konservativ-nationalen Widerstand den Boden unter den Füßen weg. Die Moral der Bevölkerung schnellte förmlich nach oben, und manche Männer im militärpflichtigen Alter, die bislang zu Hause geblieben waren, drängten nun zur Armee, um sich auch einen Anteil an Ruhm und Beute zu sichern. Helldorff war immer an Beute interessiert, und seine Beziehungen zu Himmler standen wieder einmal vor dem Abbruch. So attachierte er sich nach dem Sieg in Norwegen kurzzeitig der Armee. Er war bei der deutschen Offensive anwesend, die zum Durchbruch der Maginot-Linie führte. Die Gestapo behauptete später, Helldorff sei, als er am Feldzug in Frankreich teilnahm, im Wagen mit Chauffeur und Diener geistert. Jedenfalls gehörte er zu jenen NS-Größen, die Hitler auf seiner Tour durch die französische Hauptstadt begleiteten<sup>61</sup>.

<sup>58</sup> Helmuth Groscurth, *Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940*. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler, hrsg. von Helmut Krausnick u. Hildegard v. Kotze, Stuttgart 1970, S. 183–186, 197.

<sup>59</sup> Eberhard Bethge, Dietrich Bonhoeffer. Theologe, Christ, Zeitgenosse, München 1967, S. 707; Friedrich Hiller von Gaertringen (Hrsg.), *Die Hassell-Tagebücher 1938–1944*. Aufzeichnungen vom Anders Deutschland. Nach der Handschrift revidierte und erweiterte Ausgabe, Berlin 1988, S. 137 ff.

<sup>60</sup> Vgl. Groscurth, *Tagebücher eines Abwehroffiziers*, S. 466 ff.

<sup>61</sup> Vgl. Fröhlich, *Goebbels-Tagebücher*, Teil 1, Bd. 4, S. 148, 230; Jacobsen, *Spiegelbild einer Verschwörung*, Bd. 1, S. 419; Speer, *Erinnerungen*: eine der Fotografien zwischen den Seiten 192 und 193 zeigt Helldorff zur Rechten Speers vor dem Eiffelturm.

Nach seiner Rückkehr war Helldorff in Berlin mit den Luftschutzmaßnahmen gegen britische Bombenangriffe beschäftigt. In seiner Eigenschaft als Polizeipräsident war er für die Verteilung von Feuerlöschgeräten und für die Zusammenstellung erstaunlich detaillierter Berichte über Bombenschäden zuständig. Im Winter 1940/41 mußten die Berliner Verteidigungsanlagen noch als ausgesprochen unzulänglich gelten, und Helldorff bezweifelte, daß die Stadt schweren Angriffen gewachsen sein werde. Im Frühjahr 1941 kommentierte Goebbels, Helldorff „geht an die Front. Glücklicher! In Berlin hat Himmler ihm alle Kompetenzen genommen. Nach dem Kriege will er resignieren.“<sup>62</sup>

Helldorff kehrte jedoch nicht auf Dauer in den Militärdienst zurück und war vermutlich recht bald wieder in Berlin. Als Hitlers Strategie seit Ende 1941 zu versagen begann, intensivierte er seine Kontakte zu konservativen NS-Gegnern. Vor dem Volksgerichtshof sagte Helldorff später, er habe mit etlichen Männern Gespräche gehabt, die seinen Pessimismus verstärkten. So unterhielt er sich mit dem preußischen Finanzminister Johannes Popitz und traf regelmäßig etwa alle zwei Monate mit General Olbricht zusammen, der ihm die Entwicklung der militärischen Lage erklärte. Häufig besuchte er auch Ulrich-Wilhelm Graf Schwerin v. Schwanefeld, einen Angehörigen des Widerstands, der eng mit Schulenburg verbunden war. Ab Februar 1943 diente Graf Schwerin im Stab der Division Brandenburg, einer in der Nähe von Berlin stationierten Truppe der Abwehr. Gelegentlich hatte Helldorff Zusammenkünfte mit Generaloberst Fritz Fromm, dem Befehlshaber des Ersatzheeres. Fromm sagte zu Helldorff, wenn er vor seinen Divisionskommandeuren stehe, spreche er zu ihnen, als ob er eine Maske trage, und danach komme er sich wie ein Lügner vor. Helldorff suchte den Belastungen seiner eigenen Position zu entrinnen und wollte erneut zur Armee zurückkehren. Im April 1943 erbat er Himmlers Erlaubnis für einige Monate Dienst an der Front. Die beiden ältesten Söhne Helldorffs waren so schwer verwundet worden, daß sie für einige Zeit ausfielen, und Helldorff sagte Himmler: „Ich halte es in der heutigen Zeit für richtig, wenn aus einer größeren Familie zumindest ein Familienmitglied Frontdienst tut.“ Himmler antwortete am 24. April, er könne Helldorff als Polizeipräsident von Berlin nicht entbehren, da die Stadt wahrscheinlich das Ziel weiterer Luftangriffe sein werde. Am 8. Juli 1943 schrieb Helldorff abermals an Himmler, um zu erklären, daß er sich inzwischen mit diesem Befehl abgefunden habe.

Jedoch alarmierten ihn Deutschlands militärische Rückschläge mehr und mehr. Im Winter 1943/44 sagte er zu Olbricht, wenn die militärische Lage tatsächlich so katastrophal sei, wie er, Olbricht, sie schildere, müßten die Feldmarschälle geschlossen zum Führer gehen und fordern, daß ihre Befugnisse wiederhergestellt werden, damit der Krieg wieder nach ihren Grundsätzen geführt werden könne; die beständige Klage laute ja, daß den Generalen die Möglichkeit zum Manövrieren genommen worden sei. Olbricht erwiderte, ein solcher Versuch sei zwecklos; ganz andere Entschlüsse müßten gefaßt werden, und man müsse sich an den Gedanken gewöhnen auszustei-

<sup>62</sup> Fröhlich, Goebbels-Tagebücher, Teil 1, Bd. 4, S. 542, 566.

gen. Helldorff erklärte vor dem Volksgerichtshof, er habe gehofft, daß ein Bürgerkrieg vermieden werden könne, „wenn namhafte Feldmarschälle oder möglicherweise sogar der Reichsführer sich hinter die Sache stellen würden“. Freisler unterbrach: „Also, wenn der Reichsführer . . . ich meine, das ist ja alles überhaupt nur ein Wahnsinn, daß dazu überhaupt kein Wort zu verlieren ist.“ Freisler machte dieser Art von Spekulationen rasch ein Ende; hier waren offensichtlich heikle Dinge berührt, zumal Helldorff während des Putsches sehr eng mit einem anderen ehemaligen Nationalsozialisten in der Verschwörung zusammengearbeitet hatte, mit SS-General Arthur Nebe<sup>63</sup>.

Helldorff sagte Nebe, daß das Attentat auf Hitler unbedingt notwendig sei. Im Juni 1944 unterrichtete er Nebe über Einzelheiten des Sprengstoffs, der verwendet werden sollte, über die Besetzung des Regierungsviertels, über die Verhaftung von Goebbels und Ley, über die Auflösung der Gestapo und die Unterstellung der SS unter die Wehrmacht. Nebe versprach Helldorff Unterstützung durch einige Kriminalbeamte, was er dann am 20. Juli aber nicht wahr machte, weil ihn Helldorff nicht rechtzeitig informiert hatte, daß der Putschversuch an diesem Tag stattfinden sollte. Noch vor dem 20. Juli warnte Helldorff die militärischen Verschwörer vor Major Remer, Kommandeur des Wachbataillons, das für den Schutz des Regierungsviertels zu sorgen hatte. Die Verschwörer erwarteten von Remer die Absperrung der Regierungsgebäude. Helldorff hatte aber vom stellvertretenden Berliner Gauleiter erfahren, daß Remer ein Nationalsozialist von unstrittiger Loyalität sei. Laut Gisevius hat Generaloberst Beck die Warnung an Stauffenberg weitergegeben, der es jedoch ablehnte, entsprechend zu handeln. Prinzessin Marie „Missie“ Wassiltschikow, die Helldorff gut kannte, bestätigt, daß er zur Entfernung Remers geraten habe und daß die Militärs seine Warnung ignorierten<sup>64</sup>.

Während des Jahres vor dem Attentat scheint Helldorffs engster Gefährte aus den Widerstandsgruppen der alten Elite Gottfried v. Bismarck gewesen zu sein, Regierungspräsident von Potsdam und wie Helldorff nach außen Nationalsozialist. Nach Prinzessin Wassiltschikow hat Bismarck den Berliner Polizeipräsidenten gemocht und geschätzt, standen sich die beiden sogar nahe. Im Spätsommer 1943 kam Helldorff oft nach Potsdam, um Bismarck zu besuchen und mit ihm bis tief in die Nacht zu konferieren. Prinzessin Eleanore v. Schönburg-Hartenstein nahm ebenfalls an diesen Diskussionen teil. Viele aus den konservativen Gruppen haben Helldorff aber eher toleriert als willkommen geheißen. Als Chef der Berliner Polizei war sein potentieller Nutzen aber zu groß, als daß man ihn hätte ausschließen können, doch blieben Vorbehalte. Prinzessin Wassiltschikow schrieb in ihr Tagebuch: „. . . viele meiner Freunde mißtrauen ihm.“ Schulenburg, der selber Helldorff für völlig ver-

<sup>63</sup> IfZ, Fa 292; Schwerin, *Die junge Generation*, S. 281 ff.; BA Berlin-Lichterfelde, BDC, SA-Akte Helldorff.

<sup>64</sup> Vgl. Jacobsen, *Spiegelbild einer Verschwörung*, Bd. 2, S. 769, Bd. 1, S. 341; *Die Berliner Tagebücher der „Missie“ Wassiltschikow 1940–1945*, Berlin 1987, S. 251; Gisevius, *Bis zum bitteren Ende*, S. 571, 582.

trauenswürdig hielt, sagte vor der Gestapo ebenfalls: „In unseren Kreisen ist Helldorff eigentlich nie ganz getraut worden.“ Nach einem gelungenen Putsch sollte Helldorff nur für eine Übergangszeit als Polizeichef fungieren und kein permanentes Amt bekommen, „weil man glaubte, daß er durch seine Vergangenheit vielleicht zu sehr belastet sei“<sup>65</sup>.

Die ambivalente Einstellung der Verschwörer zu Helldorff kommt sehr schön zum Ausdruck in einem Bericht von Urban Thiersch, einem jungen Artillerieoffizier, der Anfang Juli 1944, kurz nach Stauffenbergs Ernennung zum Stabschef des Ersatzheeres, dessen Büro in der Bendlerstraße besuchte. Als Thiersch dort eingetroffen war, betrat ein eleganter höherer Offizier in SS-Uniform Stauffenbergs Vorzimmer. Werner v. Haefen, Stauffenbergs Adjutant, stöhnte mit einem Blick zum Himmel: „Wie bringen wir nur den Helldorff wieder weg?“ Haefen meldete Stauffenberg die Ankunft Helldorffs, worauf Stauffenberg sofort erschien und Helldorffs Gratulation zu seiner kürzlichen Ernennung entgegennahm: „Zu gütig, Herr Präsident!“ Stauffenberg hielt Helldorff für so wichtig, daß er 1944 die persönliche Beziehung pflegte und achtmal mit Helldorff zusammentraf, zweimal sogar in seiner Wohnung. Dabei scheint es Graf Stauffenberg nicht bewußt gewesen zu sein, wie wenig Helldorffs nominelle Befehlsgewalt über die Berliner Polizei noch der Realität entsprach. In seinem Brief vom 19. April 1943 hatte Helldorff selber Himmler erklärt, daß seine Anwesenheit in Berlin als Polizeipräsident nicht mehr erforderlich sei, „weil die Polizeiverwaltung Berlin durch in mehrere Fachgruppen erfolgte Aufspaltung nicht mehr einheitlich und unter der Verantwortung des Polizeipräsidenten zu führen ist“<sup>66</sup>.

Am 12. Juli 1944 kehrte Gisevius aus der Schweiz, wo er für die Abwehr tätig gewesen war, nach Berlin zurück und rief gleich Helldorff an, um zu hören, ob er ihn ohne Gefahr besuchen könne. Helldorff „antwortete mit jener derben Unbekümmertheit, die an diesem Landsknecht immer wieder besticht, ja, bei ihm sei man im Augenblick vor unerwünschten Ausbombungen sicher“. Als Gisevius mit Helldorff zusammentraf, erklärte ihm der Polizeipräsident den Plan für den Putsch. General Olbricht werde Helldorff zum OKW bestellen und die Berliner Polizei dem Befehl der Wehrmacht unterstellen. Helldorff müsse dann die Polizei während der ersten kritischen Stunden des Staatsstreichs zu paralysieren suchen. Gisevius hatte das Gefühl, daß Helldorff nicht wohl in seiner Haut war. Schließlich klagte der Polizeichef darüber, daß die alte Mannschaft nicht mehr da sei und er zu den jungen Leuten kein richtiges Vertrauen habe. Stauffenberg verwehre ihm den Zugang zu Beck und Olbricht, und obwohl ihm Stauffenbergs Bote Schulenburg sage, alles sei perfekt vorbereitet, habe er das Gefühl, daß etwas nicht stimme. Er betrachte Stauffenbergs Vorsicht ihm gegenüber als ein wenig kränkend. Stauffenberg habe nicht einmal zugege-

<sup>65</sup> Die Berliner Tagebücher der „Missie“ Wassiltschikow, S. 109, 119, 168, 205; Jacobsen, Spiegelbild einer Verschwörung, Bd. 1, S. 99.

<sup>66</sup> Zeller, Geist der Freiheit, S. 362, 487; IfZ, MA 1560; BA Berlin-Lichterfelde, BDC, SA-Akte Helldorff.

ben, daß er selbst die Bombe placieren werde. Helldorff zog nicht in Betracht, daß seine Vergangenheit für Stauffenberg Grund genug sein mußte, mit Informationen zurückhaltend zu sein<sup>67</sup>.

Helldorffs Verhalten am 20. Juli selbst hatte wenig Einfluß auf den Gang der Dinge und war nicht ohne Zweideutigkeit. Wie Gisevius berichtet, kam er etwa um 11 Uhr ins Büro des Polizeipräsidenten. Bald danach traf Gottfried v. Bismarck ein. Kurz nach der Mittagsstunde erschien ein von Olbricht geschickter Major und wollte wissen, welche Hilfe von der Polizei zu erwarten sei. Helldorff antwortete, es sei vereinbart worden, daß die Polizei in den ersten Stunden des Putsches zurückgehalten werde und erst aktiv werden dürfe, nachdem die blitzartige Besetzung aller wichtigen Gebäude durch die Wehrmacht abgeschlossen sei. Olbrichts Emissär konnte das nicht begreifen. Könne er wenigstens über Nebes Kriminalbeamte verfügen, um die notwendigen Verhaftungen vorzunehmen? Auch diese Männer, so lautete die Antwort, stünden erst zur Verfügung, wenn die Regierungsgebäude besetzt seien. Der Major widersprach: Die Soldaten sollten doch die Gebäude nur umstellen; alles andere sei Sache der Beamten Nebes. Helldorff berichtete diese irrigen Vorstellungen mit beispielhafter Ruhe, doch nützten in solch kritischer Stunde Berichtigungen wenig. So spielte sich die Szene in der Erinnerung von Gisevius ab. Danach hatten also die Verschwörer nicht vorher geklärt, wer tatsächlich in die Regierungsgebäude eindringen sollte. Helldorffs Annahme, daß dies jedenfalls nicht die Polizei zu tun habe, deutet auf ein gewisses Zögern hin, sich gleich in den riskanten ersten Stunden des Putsches zu exponieren<sup>68</sup>.

Etwa zu der Zeit, da Olbrichts Bote das Polizeipräsidium verließ, kurz vor 12.30 Uhr, wurde Helldorff von Major Egbert Hayessen aus dem Hauptquartier des Ersatzheeres in der Bendlerstraße angerufen, der um acht oder zehn Kriminalbeamte bat, die sich in den Ministerien auskannten. Am Telefon zeigte sich Helldorff kooperativer und erklärte, die Polizei stehe der Armee zur Verfügung. Doch blieb er bei allgemeinen Versicherungen des guten Willens. Er betonte, daß es vor allem darauf ankomme, Goebbels festzunehmen und das Propagandaministerium zu besetzen; ebenso wichtig sei das Gestapohauptquartier. Aber er hatte Nebe nicht vorgewarnt, so daß kein Beamter greifbar war, und in Übereinstimmung mit seiner Vorstellung vom Ablauf des Staatsstreichs ließ er in den Stunden der Verwirrung in Berlin, in denen Hitlers Schicksal noch ungewiß war, auch keine anderen Polizeikräfte aktiv werden. Kein Polizist, der Helldorffs Befehl unterstand, hat am 20. Juli 1944 die Hand gegen das NS-Regime erhoben. Gegen 16.20 Uhr wurde Helldorff selbst in die Bendlerstraße bestellt, wo er kurz vor 17 Uhr eintraf, zusammen mit Gisevius und Bismarck. Nach Helldorffs Aussage vor dem Volksgerichtshof begab er sich in Olbrichts Büro, wo ihm der General mitteilte, der Führer sei tot, die Wehrmacht habe die Macht übernommen, es herrsche der Ausnahmezustand. Helldorff stellte die Frage, ob das wirklich wahr, das heißt, ob Hitler wirk-

<sup>67</sup> Gisevius, *Bis zum bitteren Ende*, S. 552, 554.

<sup>68</sup> Vgl. ebenda, S. 604 ff.

lich tot sei, was ihm Olbricht mit Ernst und Nachdruck versicherte. Der General forderte Helldorff auf, sich in sein Amt zu verfügen und das Notwendige für die Polizei zu veranlassen. Bevor jedoch Helldorff die Tür erreichen konnte, griff der ebenfalls anwesende Generaloberst Beck ein und sagte, Helldorff müsse wissen, daß aus dem Führerhauptquartier der Behauptung vom Tode Hitlers widersprochen werde<sup>69</sup>.

Nachdem er diese beunruhigende Nachricht gehört hatte, verließ Helldorff die Bendlerstraße und fuhr zu seinem Büro. Dort fand er eine Botschaft von Goebbels oder dem stellvertretenden Gauleiter vor: Er solle anrufen. Bormann hatte alle Gauleitungen über Teleprinter informiert, daß ein Anschlag auf das Leben Hitlers stattgefunden habe; auch hatte er die Möglichkeit eines Putsches der Armee angedeutet. Daraufhin suchte Gaustabsamtsleiter Schach sofort mit Helldorff Verbindung aufzunehmen, konnte ihn aber nicht erreichen. Die Gruppe von NS-Funktionären, die sich im Propagandaministerium um Goebbels gesammelt hatte, begann zu befürchten, daß Helldorff bereits von den Putschisten festgenommen worden war. Goebbels Pressesekretär, Wilfred v. Oven, bemerkte: „Daß dieser Träger des goldenen Parteiabzeichens selbst mit zum Komplott gehört . . . ist eine so wahnwitzige Vorstellung, daß niemand daraufkommt.“ Helldorff reagierte nun auf Goebbels Aufforderung, ihn zurückzurufen. Nachdem die Verbindung trotz großer Schwierigkeiten endlich zustande gekommen war, wiederholte Helldorff dem Minister das, was er von Olbricht gehört hatte, und er behauptete, alles, was er bislang getan habe, sei von seiner Loyalität zum Regime geleitet gewesen. Anschließend nahm er in seinem Büro an der wöchentlichen Konferenz der Abteilungsleiter teil; den Vorsitz hatte der stellvertretende Gauleiter. Helldorff sagte den Anwesenden, er habe ihnen die „schreckliche“ Mitteilung zu machen, daß der Führer tot sei und die Armee die Macht übernommen habe. Der stellvertretende Gauleiter erklärte, zwar habe er keine Beweise, doch fühle und wisse er, daß die Nachricht falsch und der Führer am Leben sei. Solch blinder Glauben wurde von Freisler im Prozeß gegen Helldorff sehr gepriesen und dem „Intellektualismus“ des Polizeipräsidenten entgegengehalten.

Nach der Loyalitätsbekundung des stellvertretenden Gauleiters verließen er und alle anderen, außer Helldorff, die Konferenz und begaben sich zu Goebbels. In seinem Büro wurde Helldorff von Nebe aufgesucht und zweimal von Gisevius. Als Gisevius zum zweiten Mal kam, sagten beider Blicke: „Es ist aus.“ Die Wende führte Goebbels herbei, als er Major Remer überredete, am Telefon mit Hitler zu sprechen. Der Major gehorchte Hitlers Befehl, den Putsch zu unterdrücken. Hätte man Helldorffs Rat Gewicht gegeben, wären Goebbels und Remer bereits aus dem Wege gewesen. Helldorff erklärte nun: „Jetzt kann nur Frechheit helfen. Wir streiten einfach alles ab. Wir tun so, als ob nichts gewesen wäre.“ Gisevius fragte Helldorff als „Grafen“ und als „Ehrenmann“, ob er, Gisevius, nicht zu Beck in die Bendlerstraße zurückfahren müsse. Helldorff gab zur Antwort: „Nee . . . Machen Sie sich doch nichts

<sup>69</sup> IfZ, Fa 292; vgl. auch Gisevius, *Bis zum bittern Ende*, S. 605 ff.; Schwerin, *Die junge Generation*, S. 399.

vor. Seit Jahren haben uns die Generäle beschissen. Alles haben sie versprochen. Nichts haben sie gehalten.“<sup>70</sup>

Am 23. Juli sagte Gottfried v. Bismarck zu Prinzessin Wassiltschikow, daß Helldorff nun in größter Gefahr schwebte. Seine Rolle bei dem Putschversuch sei zu auffällig gewesen, und er werde keine Ausrede finden können<sup>71</sup>. Am 24. Juli wurde er dann in der Tat verhaftet. Seine Beteiligung an der Verschwörung rief in der NS-Elite die größte Wut hervor, galt er ihr doch als Renegat. Der Ingrim der Nationalsozialisten zeigte sich zunächst im Verhalten der Gestapobeamten, die ihn verhörten und dabei brutal folterten, später in den Kommentaren der führenden Funktionäre. Schon am 27. Juli machte Gottfried v. Bismarck die Bemerkung, Helldorff sei verloren, weil Hitler ihn besonders hasse. Nachdem Helldorff ein Geständnis abgelegt hatte, brachte ein SS-Adjutant den Vernehmungsbericht zu Hitler, der das Dokument las und dann sagte: „Ja, ich hätte nicht gedacht, daß Helldorff ein solcher Schuft ist. Er ist immer frivol gewesen, das ist wahr. Mindestens vier- oder fünfmal habe ich seine Schulden für ihn bezahlt, und sie waren selten niedriger als 100 000 Mark . . . Seine Frau und seine netten Kinder tun mir leid, aber dieser Augiasstall muß mit eisernem Besen ausgekehrt werden.“<sup>72</sup>

Helldorffs „Verrat“ betraf Goebbels mehr als sonst jemand in der NS-Elite, und er äußerte sich denn auch entsprechend giftig. Oven war Zeuge, wie Goebbels reagierte, als er von Helldorffs Aussage hörte, er habe sich dem Führer entfremdet: „Dem Führer entfremdet“, wiederholte Goebbels und verzog sein Gesicht zu einer sarkastischen Grimasse. „Drunterdurch war er beim Führer, restlos drunterdurch. Und zwar wegen seines wirklich nicht vorbildlichen Lebenswandels. Ich habe ihn als meinen alten Kampfgefährten immer wieder in Schutz genommen und rehabilitiert. Ich habe ihn darüber hinaus entschuldigt, weil es allmählich zu einem öffentlichen Skandal wurde, daß das Vorzimmer des Berliner Polizeipräsidenten ständig von dessen Gläubigern belagert wurde . . . Aus einem besonderen Geheimfonds kaufte ich ihm dann noch ein kleines Gut von 500 Morgen, damit er im wahrsten Sinne des Wortes wieder Boden unter die Füße bekommen sollte. Schließlich hängte ich ihm auch noch das Ritterkreuz um den Hals, das ihm wahrlich weniger zukam als der Strick, an dem man ihn jetzt bald aufknüpfen wird.“<sup>73</sup> Vielleicht am seltsamsten an dieser Tirade ist das Gefühl der Empörung, das Goebbels und auch Hitler, die sich kein Gewissen aus Völkermord machten, zu empfinden vermochten, weil Helldorff gegen ihre Vorstellung von Anständigkeit verstoßen hatte.

<sup>70</sup> Gisevius, *Bis zum bitteren Ende*, S. 639 ff.; 642 f.; IfZ, Fa 292, MA 1560; Wilfred von Oven, *Finale Furioso. Mit Goebbels bis zum Ende*, Tübingen 1974, S. 4157 ff.

<sup>71</sup> Vgl. Jacobsen, *Spiegelbild einer Verschwörung*, Bd. 1, S. 47 f., Bd. 2, S. 773; Zeller, *Geist der Freiheit*, S. 384; *Die Berliner Tagebücher der „Missie“ Wassiltschikow*, S. 244.

<sup>72</sup> Vgl. ebenda, S. 250; John Mendelsohn, *Covert Warfare. Intelligence, Counterintelligence and Military Deception During the World War II Era*, Bd. 14, *A Man Called A.H.*, London 1989, S. 153 f.

<sup>73</sup> Oven, *Finale Furioso*, S. 447 f. Die Verleihung des Ritterkreuzes zum Eisernen Kreuz an Graf Helldorff ist nicht nachweisbar; vielleicht ist das Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz gemeint.

Daß ein Anschlag auf Hitler beinahe Erfolg gehabt hatte und von einem organisierten Putsch in Berlin begleitet war, warf kein gutes Licht auf Himmler, der daher einen Teil der Schuld nur allzu gerne auf die unvorhersehbare Verräterei eines „Alten Kämpfers“ schob. Am 3. August 1944 sprach der Reichsführer SS in Posen vor den Gauleitern und beschäftigte sich dabei etwas ausführlicher mit einzelnen Verschwörern: „Mit im Bunde war leider ein alter Parteigenosse, Graf Helldorff . . . Er beschwerte sich, die Partei wäre so bonzenhaft geworden. Daraufhin wurde ihm aber sofort von unserem Beamten, der ihn vernahm – das war Gruppenführer Müller – gesagt: Erlauben Sie, dann sind Sie aber der Oberbonze. Ausgerechnet Herr Helldorff, den früher Dr. Goebbels und ich, glaube ich, bestimmt zweimal, wenn nicht dreimal entschuldet haben.“ Goebbels unterbrach Himmler: „Mit 80 000 Mark, und er besitzt jetzt vier Wohnungen in dem bombardierten Berlin!“ Bormann schloß Helldorff zwei Tage später aus der Partei aus<sup>74</sup>.

Die Bitterkeit spiegelte sich auch im Urteil des Volksgerichtshofs wider. Dreizehn Jahre zuvor war Freisler, der Präsident des Volksgerichtshofs, an Helldorffs Verteidigung gegen die Anklagen beteiligt gewesen, die mit den Kudamm-Krawallen zusammenhingen. Jetzt, als er Helldorff am 15. August 1944 zum Tode, zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und zur Einziehung des Vermögens verurteilte, spuckte er Gift und Galle gegen seinen früheren Mandanten. Nachdem er Adam v. Trott zu Solz beschimpft und verdammt hatte, wandte er sich Helldorff zu: „Man sollte meinen: im Bereich dieses Verrates sei eine Steigerung des Abscheus und der Verachtung nicht mehr möglich. Und doch: wir und, wie wir glauben, das ganze anständige deutsche Volk empfindet sie angesichts des Verräters Wolf Heinrich Graf Helldorff. Auf ihn mußte der Führer sich wirklich verlassen können. Ihm, einem alten Kampfgenossen, hatte er polizeilich die Reichshauptstadt anvertraut. Hohe Ehren hat er sich . . . heuchlerisch erschlichen . . . der Eindruck, den wir von ihm bekommen haben, und der seines Verrates Wurzeln aufdeckt: er ist nicht gläubig, er ist eben doch Intellektualist!“ Dieser letzte Tadel war ein unbeabsichtigtes Kompliment: Freisler gab zu, daß Helldorff sich die Fähigkeit selbständigen Denkens bewahrt hatte, im Gegensatz zu den stumpfen NSDAP-Apparatschiks, deren Verhalten Freisler als beispielhaft pries. Nachdem Helldorff gehängt worden war, versuchte einer seiner Söhne, der von der Vollstreckung des Urteils noch nichts wußte, zu Goebbels vorzudringen, um eine Gnadenfrist zu erwirken. Goebbels lehnte es jedoch ab, ihn zu empfangen, und ließ ihm nicht einmal sagen, daß der Vater bereits tot war<sup>75</sup>.

Persönliche Loyalität war das ungeschriebene Gebot des Nationalsozialismus, und Helldorff hatte gegen dieses Gebot gesündigt. So stand die Wut der Nationalsozialisten über sein Verhalten in keinem Verhältnis zu seinem tatsächlichen Beitrag zu den Versuchen, Hitler zu stürzen. Helldorff hatte sich in einer Position befunden,

<sup>74</sup> Theodor Eschenburg, Die Rede Himmlers vor den Gauleitern am 3. August 1944, in: VfZ 1 (1953), S. 380.

<sup>75</sup> BA Berlin-Lichterfelde, BDC, Hauptarchiv B-323; IfZ, MA 1560; Die Berliner Tagebücher der „Missie“ Wassiltschikow, S. 275.

die ihn für die Widerstandsgruppen zu einem nützlichen Informanten und Ratgeber machte, doch stand es schlecht um seine Kontrolle von Exekutivorganen. Seine Befehlsgewalt über die Berliner Polizei hatten die Himmlerschen Reformen erodiert. Die Verschwörer waren des Glaubens, sich mit der Gewinnung Helldorffs einen wichtigen Machtfaktor in der Reichshauptstadt gesichert zu haben. Das traf jedoch nicht zu. Es gibt kaum Beweise dafür, daß die Berliner Polizei gegen Hitler hinter Helldorff stand, und es ist bezeichnend, daß er zu klug war, es auf eine Probe ankommen zu lassen. Die Situation in der Polizei scheint der im Heer geglichen zu haben, wo hinter der dünnen Schicht von Offizieren, die zur Verschwörung gehörten, ja auch keine aktiven Regimegegner in den unteren Rängen standen. Helldorffs Beteiligung am Putsch führte die Verschwörer insofern irre, als sie ihnen ein falsches Gefühl der Stärke gab. Am 20. Juli selbst trug Helldorff nur zur Verwirrung bei und leistete keine substantielle Hilfe. Es ist im Rückblick nicht möglich, mit Bestimmtheit zu sagen, daß Helldorff an jenem Tag sich nach beiden Seiten abzusichern suchte, doch läßt sein Verhalten eine solche Interpretation immerhin zu. Vor dem Putsch hatte er mit der Anregung, Remer zu entfernen, allerdings einen guten Rat gegeben.

Man könnte denken, daß für Helldorff und für die anderen alten Nationalsozialisten, die zur Verschwörung gehörten, der Weg in den Widerstand besonders schwierig war, weil sie sich von spezifischen politischen Loyalitäten lösen mußten. Doch zumindest für Helldorff wurde die Trennung vom Regime durch einen Hang zur Rebellion erleichtert. Die Wendung zum Staatsstreich fiel ihm keineswegs so schwer wie den meisten Verschwörern aus den alten Eliten. Er hatte 1920 am Kapp-Putsch teilgenommen, den Hitler-Putsch von 1923 ermutigt und wahrscheinlich 1932 an einen SA-Putsch gegen die Papen-Regierung gedacht. Für Helldorff war der Staatsstreich das natürliche Mittel gegen eine Regierung, von der er glaubte, sie steuere Deutschland ins Unheil. Auch ist es unwahrscheinlich, daß der Bruch des Hitler geleisteten Eides Helldorff schlaflose Nächte verursachte, wie das bei einigen der Militärs der Fall war. Andererseits bedeutete seine Beteiligung an einem Staatsstreich nicht eine vollständige Abwendung vom Nationalsozialismus. Helldorffs Gravamina bestanden darin, daß das Regime seine Verdienste ignoriert und einen leichtfertigen Krieg vom Zaun gebrochen hatte, den es in der Tat zu verlieren schien. Wenn er der Gestapo versicherte, nicht mit der NS-Ideologie gebrochen zu haben, sondern zum Kritiker der Realitäten des NS-Regimes geworden zu sein, so klingt das durchaus plausibel. Seine Verwicklung in die Verschwörung war der Tatsache zu danken, daß er trotz seiner eigenen Exzesse und Verbrechen die Fähigkeit zu einem kritischen Urteil über das Regime behielt. Vor allem entwickelte er nie einen blinden Glauben an Hitler, ein Charakteristikum, das er mit Ernst Röhm gemeinsam hatte. Er schloß sich der Konspiration gegen Hitler auf Grund einer rebellischen Haltung an, für die sein Gönner Röhm schon zehn Jahre früher mit dem Leben bezahlt hatte. Helldorffs Beteiligung am 20. Juli 1944 war das letzte Hurra der alten SA-Führung.

(Aus dem Englischen übersetzt von Hermann Graml)

GERHARD KREBS

## AUSSICHTSLOSE SONDIERUNG

Japanische Friedensfühler und schwedische Vermittlungsversuche 1944/45

### 1. Der Gesandte Bagge in Japan

Am 15. November 1941, etwa drei Wochen vor Beginn des Krieges im Pazifik, beschloß in Tōkyō die aus den Spitzen von Regierung und Militär bestehende „Verbindungskonferenz“, zur Beendigung des bevorstehenden Konfliktes vorsorglich die diplomatischen Bande zu neutralen Nationen wie südamerikanischen Ländern, Schweden, Portugal oder dem Vatikan zu stärken<sup>1</sup>. Erst im Jahre 1944 aber und dann verstärkt um die Zeit der deutschen Kapitulation herum begannen halbherzige Versuche, Friedenskontakte anzuknüpfen. Die Idee, Stockholm möge eine Kriegsbeendigung zwischen Japan und den angelsächsischen Mächten vermitteln, ging von dem Geschäftsführenden Direktor der Tageszeitung Asahi Shinbun aus, Suzuki Bunshirō<sup>2</sup>. Dieser verfügte über gute Verbindungen zur politischen Welt und war außerdem seit vielen Jahren mit dem schwedischen Gesandten in Tōkyō, Widar Bagge, befreundet<sup>3</sup>.

Suzuki schlug im September des Jahres 1944 eine – als Idee der Stockholmer Regierung auszubehende – schwedische Vermittlung bei England vor, von dem man mehr Verständnis als von den USA erwartete. Bagge warnte jedoch, wenn es sich dabei nur um eine private Initiative seines Gesprächspartners handeln sollte, würde sich der Plan nicht verwirklichen lassen. Daher suchte Suzuki Rückendeckung und erstattete dem Fürsten Konoe Fumimaro Bericht, einem ehemaligen Premierminister, der mit einer Gruppe prominenter Persönlichkeiten seit Jahren einen Friedensschluß anstrebte. Dieser sagte zwar weder „ja“ noch „nein“, erweckte aber den Eindruck der Zustimmung<sup>4</sup>. Bagge gewann aus Suzukis Kontakten jedoch den offensichtlich falschen Eindruck, Fürst Konoe selbst habe den Friedensfühler veranlaßt. Diese Angabe fand sich daher nicht nur in seinen Telegrammen an das schwedische Außenmini-

<sup>1</sup> Sanbōhonbu-hen [Generalstab] (Hrsg.), Sugiyama memo. Daihonei-seifu renraku kaigi to hikki [Notizen Sugiyamas. Aufzeichnungen über die Verbindungskonferenzen zwischen Hauptquartier und Regierung u. a.], Bd. 1, Tōkyō 1967, S. 524.

<sup>2</sup> Namen von Japanern werden in der in Japan üblichen Weise aufgeführt, d. h. zuerst der Familienname.

<sup>3</sup> Suzuki Bunshirō, Bunshirō bunshū [Bunshirōs Schriften], Tōkyō 1952, S. 275.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 276 ff. Dazu auch kurz: Shimomura Kainan (= Shimomura Hiroshi), Shūsenki [Aufzeichnungen zur Kriegsbeendigung], Tōkyō 1948, S. 17.

VfZ 45 (1997)

© Oldenbourg 1997

sterium<sup>5</sup>, sondern auch noch in seinen Aussagen für den Tokyoter Kriegsverbrecherprozeß nach 1945<sup>6</sup>. Suzuki Bunshirô aber bezeichnet in seinen Erinnerungen – wohl richtig – sich selbst als den Vater des Gedankens<sup>7</sup>.

Am 19. September berichtete Bagge telegrafisch an sein Außenministerium, er habe aus verlässlicher Quelle erfahren, daß man in einflußreichen zivilen Kreisen mit wachsender Unruhe über die Notwendigkeit eines baldigen Friedensschlusses diskutiere. Man rechne mit einer gewissen britischen Kriegsmüdigkeit und halte überhaupt einen Ausgleich mit England für leichter erreichbar als mit den USA. Man sei daher bereit, alle während des Krieges besetzten britischen Gebiete zurückzugeben und alle früheren englischen Interessen und Investitionen in Ostasien anzuerkennen bzw. zurückzuerstatten. Japan scheine auch zur Räumung aller anderen eroberten Gebiete bereit und hoffe auf eine schwedische Vermittlung unter der Bedingung der Geheimhaltung. Wenn in London eine Resonanz erfolgen sollte, wäre man zu Vorverhandlungen über Stockholm bereit. Bagge ließ über den „zweifellos ernsthaften Friedensfühler“ wissen, hinter seiner Quelle stehe in erster Linie einer der bestbekannten Staatsmänner Japans. Wenn man es in Stockholm für richtig halte, dürften dem britischen Gesandten die zu erwartenden japanischen Zugeständnisse mitgeteilt werden<sup>8</sup>. Daß mit „einem der bestbekannten Staatsmänner Japans“ Konoe gemeint war, geht aus einem später abgesandten Telegramm eindeutig hervor<sup>9</sup>. So entstand später auch bei den Alliierten der falsche Eindruck, der Fürst selbst sei Bagges Gesprächspartner gewesen<sup>10</sup>.

<sup>5</sup> Tel. Bagges aus Tōkyō an das schwedische Außenministerium, Nr. 512, 19.12. 1944, in: Rijksarchiv Stockholm, Archiv des Außenministeriums (künftig: Rijksarchiv), Dossier HP 1, Xj. Darin nannte Bagge zwar Konoes Namen nicht, teilte aber mit, die entsprechende Person sei zwei Monate vor dem Ausbruch des Pazifischen Krieges als Premierminister zurückgetreten. Für das Auffinden der schwedischen Dokumente sei an dieser Stelle Wilhelm Carlgren und für die Übersetzung Catharina Blomberg herzlich gedankt.

<sup>6</sup> Bagges Zeugnis für den Internationalen Kriegsverbrecherprozeß für den Fernen Osten, in: R. John Pritchard und Sonia Magbanua Zaide (Hrsg.), *The Tōkyō War Crimes Trial (The Complete Transcripts of the Proceedings of the International Military Tribunal for the Far East in 22 Volumes)*, New York 1981, Bd. 14 (künftig: IMTFE), S. 34559–61; Briefwechsel Bagges mit Shigemitsu Verteidiger George A. Furness, in: Rijksarchiv, Nachlaß Widar Bagge. Zur Zeit des Prozesses war Bagge schwedischer Gesandter in Ägypten. Seine Aussagen für das Militärtribunal machte er im Zusammenhang mit der Anklage gegen Shigemitsu.

<sup>7</sup> Suzuki, S. 276f.; Shimomura, S. 17. Als gründlichste Untersuchung zu den Friedensversuchen über Schweden siehe Kobayashi Tatsuo, *Suēden o tsūjiru Taiheiyō sensō shūketsu kōsaku* [Aktivitäten zur Beendigung des Pazifischen Krieges über Schweden], in: *Kokugakuin hōgaku*, Bd. 18, 4. Februar 1981, S. 91–135. Die Literatur in westlichen Sprachen ist veraltet oder wertet das vorhandene Quellenmaterial nur unvollständig aus. Siehe z. B. Lester Brooks, *Behind Japan's Surrender. The Secret Struggle that Ended an Empire*, New York 1968; Robert J. C. Butow, *Japan's Decision to Surrender*, Stanford 1954; Leon V. Sigal, *Fighting to a Finish: the Politics of War Termination in the United States and Japan, 1945*, Ithaca 1988; John Toland, *The Rising Sun. The Decline and Fall of the Japanese Empire 1930–1945*, New York 1970.

<sup>8</sup> Tel. Bagges Nr. 365–367, 19.9. 1944, in: Rijksarchiv, Dossier HP 1, Xj.

<sup>9</sup> Siehe Anm. 5.

<sup>10</sup> So Sansom (britischer Gesandter der Botschaft in Washington) an Dickover, State Department,

Fünf Tage später überreichte Schwedens Außenminister Günther dem britischen Gesandten den Text von Bagges Telegramm, in dem nur die Passage fehlte, Japan rechne mit einer gewissen englischen Kriegsmüdigkeit und halte überhaupt einen Ausgleich mit England für leichter erreichbar als mit den USA. Günther betonte, natürlich sei ihm klar, daß die britische Seite diese Information an Amerika weitergeben wolle, bat aber darum, Aufsehen zu vermeiden und auf keinen Fall in eventuell durchsickernden Meldungen Schwedens Namen erscheinen zu lassen. Ihm sei auch die alliierte Forderung nach bedingungsloser Kapitulation bewußt. Dankbar wäre er für Hinweise, wie er seinem Gesandten in Tōkyō antworten solle. Wenn das britische Außenministerium es wünsche, könne er Bagge sehr wohl erwidern, die schwedische Regierung erachte es als nutzlos, eine solche Botschaft an London weiterzugeben<sup>11</sup>.

Der Text und der Inhalt der Unterredung mit Günther wurden sofort von dem britischen Gesandten telegrafisch an das Foreign Office in London und von dort an Botschafter Halifax in Washington zur Unterrichtung des amerikanischen Außenministers Hull weitergegeben. London ließ dabei wissen, es sei nicht bereit, auf diese indirekte Fühlungnahme zu antworten. Es sei dem schwedischen Außenminister daher freigestellt, in der von ihm selbst vorgeschlagenen Form Bagge eine Erwiderung zu erteilen. Außerdem schlage man vor, wenn die USA einverstanden seien, die sowjetische Regierung im Einklang mit der Resolution zu informieren, die auf der Moskauer Konferenz von Oktober 1943 bezüglich der zu ergreifenden Maßnahmen für den Fall angenommen worden war, daß von den Gegnermächten Friedensfühler ausgehen sollten<sup>12</sup>.

Außenminister Hull erteilte am 29. September folgende Antwort an London: Man sei damit einverstanden, das Desinteresse an dem japanischen Vorfühlen in der vorgeschlagenen Form zu bekunden und die UdSSR von der Initiative zu unterrichten. Da die Anfrage aber an die britische und nicht an die amerikanische Regierung ergangen sei, würden die USA selbst Moskau keinerlei Mitteilung machen<sup>13</sup>. Noch am gleichen Tage informierte daher das Foreign Office seinen Gesandten in Stockholm, Sir V. Mallet, über die an Günther zu erteilende Antwort und wies seinen Botschafter in der UdSSR an, die sowjetische Regierung zu informieren<sup>14</sup>.

17.5. 1945, in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers (künftig: FRUS) 1945, Bd. VI: The British Commonwealth and the Far East, Washington 1969, S. 481 f.

<sup>11</sup> Telegramm des britischen Gesandten Sir V. Mallet an das Foreign Office, 24.9. 1944, als Anlage 2 zu Memorandum von US-Außenminister Hull, 26.9. 1944, in: FRUS 1944, Bd. V: The Near East, South Asia, and Africa. The Far East, Washington 1965, S. 1184f. Anderen britischen Quellen zufolge informierte Günther den englischen Gesandten schon am 20.9. 1944 ausführlich über den Inhalt des von Bagge erhaltenen Telegramms. Vgl. Ernest Llewellyn Woodward, *British Foreign Policy in World War II*, Bd. V, London 1976, S. 501.

<sup>12</sup> Anlage 1 zu dem Memorandum von US-Außenminister Hull, 26.9. 1944, in: FRUS 1944, Bd. V, S. 1183f. Die Moskauer Resolution in: FRUS 1943, General, Bd. I, Washington 1963, S. 755.

<sup>13</sup> Hull an Halifax, 29.9. 1944, in: FRUS 1944, Bd. V, S. 1185. Am 3.10. 1944 wurde der amerikanische Botschafter in der UdSSR von Hull über den Friedensfühler und die England erteilte Antwort telegrafisch informiert. In: Ebenda, Anm. 68.

<sup>14</sup> Woodward, S. 502.

Das schwedische Außenministerium antwortete daher dem Gesandten Bagge, nach den bisher gemachten Erfahrungen würde Großbritannien grundsätzlich nicht auf Anfragen ohne offiziellen Charakter antworten. Deshalb halte man es nicht für geraten, England Mitteilung zu machen. Es sei jedoch von größtem Interesse, daß der Kontakt in Japan nicht abreiße<sup>15</sup>. Bagge stimmte dem in seiner Antwort zu, wies aber darauf hin, daß die Angelegenheit für seinen Verbindungsmann – in kaum verschleierte Form wurde auf Konoe hingewiesen – äußerst riskant sei<sup>16</sup>. In den folgenden Monaten setzte er seine Unterredungen mit Suzuki fort und erfuhr von diesem, aber auch aus anderen Quellen, die alliierte Forderung nach bedingungsloser Kapitulation sei das größte Hindernis für einen Friedensschluß. Wenn zu befürchten sei, daß der Kaiser gedemütigt oder der nationale Stolz verletzt würde, zöge es jeder Japaner vor, den Kampf fortzusetzen<sup>17</sup>.

Mit Beginn des Jahres 1945 zeigte sich auch innerhalb der Regierung eine gewisse Friedensbereitschaft, vertreten vor allem durch Außenminister Shigemitsu und Staatsminister Ogata Taketora<sup>18</sup>. Letzterer war bis zu seinem Kabinettsintritt im Juli 1944 stellvertretender Direktor der Zeitung Asahi Shinbun und damit Vorgesetzter von Suzuki Bunshirô gewesen. Shigemitsu vertrat im engeren Kreise relativ freimütig die Ansicht, nach der unausweichlichen Kapitulation Deutschlands solle Japan in direkten Gesprächen mit den Westmächten einen Frieden anstreben, statt auf eine Vermittlung der UdSSR zu setzen, die wohl eher gegen das Kaiserreich in den Krieg eingreifen würde<sup>19</sup>.

Als Bagge im März 1945 gegenüber Suzuki Bunshirô erklärte, wenn die japanische Regierung es wünsche, werde er Stockholm empfehlen, Friedensverhandlungen einzufädeln, suchte der Japaner sofort Außenminister Shigemitsu auf, mit dem er offensichtlich auf vertrautem Fuß stand. Er berichtete in einer einstündigen Unterredung über die bis dahin mit Bagge geführten Gespräche und empfahl, die schwedische Regierung zu einer Friedensinitiative zu bewegen. Shigemitsu hieß den Vorschlag sofort gut und fügte hinzu, er werde mit Bagge, der ohnehin bald nach Stockholm zurückkehre, vorher noch sprechen<sup>20</sup>.

Der Außenminister ließ aber zunächst einen alten Freund des Schweden, den japanischen Diplomaten Sakaya Tadashi, der von 1940 bis Ende 1944 sein Land als Ge-

<sup>15</sup> Tel. des Schwedischen Außenministeriums (Boheman) an die Gesandtschaft Tōkyō Nr. 328, 30. 9. 1944, in: Rijksarchiv, Dossier HP 1, Xj.

<sup>16</sup> Tel. Bagges Nr. 512, 19. 12. 1944, in: Ebenda.

<sup>17</sup> Bagges Zeugnis in: IMTFE, S. 34 559–61.

<sup>18</sup> Shimomura, S. 16 f.

<sup>19</sup> Fukai Eigo, Sūmitsuin jūyō giji oboegaki [Wichtigere Protokolle des Geheimen Staatsrates], Tōkyō 1954, S. 411 ff.; Shigemitsu Mamoru, Die Schicksalsjahre Japans. Vom ersten bis zum Ende des zweiten Weltkriegs 1920–1945, Frankfurt a. M. 1959, S. 353–355.

<sup>20</sup> Suzuki, S. 278. Dort fälschlich auf März 1944 datiert. Es ist nicht überliefert, worauf sich die guten Kontakte zwischen Suzuki und Shigemitsu gründeten, doch könnten diese von der Versailler Friedenskonferenz herrühren, von welcher der eine als Korrespondent berichtet und an welcher der andere als Diplomat teilgenommen hatte.

sandter in Helsinki vertreten hatte, eine Unterredung mit Bagge führen. Letzterer erklärte dabei, die Alliierten würden vermutlich nicht an ihrer Forderung nach bedingungsloser Kapitulation festhalten und wohl auch die Weiterexistenz des Kaiserhauses zugestehen, wenn Japan ein Friedensangebot unterbreite. Außenminister Shigemitsu war hochofreut, gewann aber den mißverständlichen Eindruck, die Friedensaktivitäten seien von dem Schweden ausgegangen<sup>21</sup>. Er empfing einige Tage später, Ende März, Bagge persönlich, bekundete sein Interesse an Sondierungen bei den Alliierten und bat ihn, sich nach der Rückkehr in Stockholm dafür einzusetzen. Ausführlich erging sich Shigemitsu über die Friedensliebe des Kaisers, der immer gegen den Krieg eingestellt gewesen sei<sup>22</sup>. Wenige Tage später informierte der Außenminister den wichtigsten Hofbeamten des Tennô, Lordsiegelbewahrer Kido, über diese Unterredung<sup>23</sup>.

Bagge warnte daher sein Außenministerium telegrafisch am 3. April, unter Berufung auf „einen japanischen Beamten von sehr hohem Rang“, aber ohne Shigemitsus Namen zu nennen, vor den Gefahren, die ein alliiertes Festhalten an einer bedingungslosen Kapitulation heraufbeschwören würde, gipfeln in Verzweiflungsaktionen von Seiten des japanischen Volkes und im Widerstand bis zum letzten Mann. Andererseits scheine es wahrscheinlich, daß sehr weitreichende Bedingungen auf dem Verhandlungswege akzeptiert würden, so z. B. die Machtstellung des Tennô entsprechend dem Vorbild der britischen Monarchie zu reduzieren und das Staatswesen zu demokratisieren. Erwartungsgemäß wurde der Inhalt von Bagges Telegramm an den amerikanischen Gesandten in Stockholm weitergegeben<sup>24</sup>.

Auch Premier Koiso Kuniaki wurde für die Idee einer schwedischen Vermittlung gewonnen und bot Bagge bei dessen Abschiedsbesuch an, ihm bis Manchuli an der mandschurisch-sowjetischen Grenze ein Flugzeug zur Verfügung zu stellen, von wo aus die Reise auf der Transsibirischen Eisenbahn fortgesetzt werden könnte<sup>25</sup>. Der Gesandte hatte seine Abreise nämlich mehrmals verschieben müssen, da die Fährverbindung zwischen Shimonoseki und dem koreanischen Pusan wegen alliierter Luftangriffe unterbrochen war, so daß er auf eine Flugverbindung angewiesen war<sup>26</sup>.

Shigemitsus Name und sein Amt waren bis dahin nicht erwähnt worden, sondern Bagge berichtete erst nach dem bald darauf, nämlich am 5. April erfolgenden Rücktritt des Kabinetts Koiso und damit der Demission des Außenministers über die kurz zuvor geführte Unterredung nach Stockholm. In einem seiner letzten Telegramme teilte er mit, Shigemitsu habe dabei das Thema eines möglichen Friedensschlusses

<sup>21</sup> Sakaya, in: IMTFE, S. 35455 f.; Togo Shigenori, Japan im Zweiten Weltkrieg. Erinnerungen des japanischen Außenministers 1941–42 und 1945, Bonn 1958, S. 238 f.

<sup>22</sup> Bagge in: IMTFE, S. 34561 f.

<sup>23</sup> Itô Takashi/Watanabe Yukio (Hrsg.), Shigemitsu Mamoru shuki [Aufzeichnungen von Shigemitsu Mamoru], Tôkyô 1986, S. 455.

<sup>24</sup> Telegramme des US-Gesandten Johnson an den US-Außenminister, 6. und 7.4. 1945, in: FRUS 1945, Bd. VI, S. 477.

<sup>25</sup> Suzuki, S. 278 f.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 279; Shimomura, S. 17.

zur Sprache gebracht. Der Außenminister sehe den Krieg als für Japan verloren an, habe die Friedensliebe des Kaisers betont und angedeutet, er selbst wünsche, den Krieg unter den entsprechenden unvermeidbaren Zugeständnissen an die Gegnermächte zu beenden. Er habe Bagge gebeten, dazu beizutragen, die alliierte Seite zu einer Anregung für eine akzeptable Lösung zu bewegen, und ihn aufgefordert, nach seiner Rückkehr nach Schweden dabei mit dem japanischen Gesandten Okamoto Suemasa zusammenzuarbeiten. Einige Tage später habe Sakaya Tadashi noch einmal im Namen seines Außenministers gebeten, der Gesandte möge schnellstens abreisen, um seiner Regierung den Wunsch Tōkyōs zu unterbreiten<sup>27</sup>. In einem weiteren Telegramm betonte Bagge, man wünsche in Japan dringend einen Verhandlungsfrieden, ohne aber selbst die Initiative ergreifen zu wollen, da dies als Anzeichen von Schwäche interpretiert werden könnte. Man hoffe daher auf schwedische Hilfe<sup>28</sup>.

Als Nachfolger Koisos wurde trotz seines hohen Alters von 78 Jahren der ehemalige Admiral Suzuki Kantarō – nicht verwandt mit Suzuki Bunshirō – mit der Regierungsbildung beauftragt. Er war Präsident des Geheimen Staatsrats und ein persönlicher Vertrauter des Tennō.

Suzuki Bunshirō weihte seinen ehemaligen dienstälteren Kollegen bei der Zeitung *Asahi Shinbun*, Shimomura Hiroshi, der als Staatsminister und zugleich als Chef des Informationsbüros in die Regierung eintrat, per Brief über die Absprachen mit Bagge ein. Bald erhielt er die Antwort, der neue Außenminister, Tōgō Shigenori, sei von ihm, Shimomura selbst, und ebenso von Shigemitsu darüber informiert worden<sup>29</sup>.

Ein Vertreter des demissionierten Außenministers – vermutlich Sakaya – unterrichtete Bagge noch über das anhaltende Interesse an guten Diensten von schwedischer Seite und betonte, die Angelegenheit eile sehr. Deshalb sei der Gesandte Okamoto in Stockholm über den Inhalt ihrer Unterredung unterrichtet worden. Bagge bereitete daher seinen Außenminister Günther darauf vor, daß der japanische Vertreter die Angelegenheit höchstwahrscheinlich bald zur Sprache bringen werde<sup>30</sup>.

Auch Tōgō ließ durch Sakaya, der unter ihm in seiner Berliner Botschafterzeit 1937/38 als Sekretär gearbeitet hatte, den schwedischen Gesandten über sein Interesse an einer Friedensvermittlung informieren und schlug eine Unterredung vor. Dieses Treffen aber kam aus Zeitmangel nicht mehr zustande, da Bagge am 13. April per Flug-

<sup>27</sup> Tel. Bagges Nr. 133/134, 11.4. 1945, in: Rijksarchiv, Dossier HP 1, Xj; Bagge in: IMTFE, S. 34 560f. Zu der Unterredung vgl.: Shigemitsu, *Schicksalsjahre*, S. 356; Aufzeichnung von Okamoto Suemasa, in: *Gaimushō-hen* [Japanisches Außenministerium] (Hrsg.), *Shūsen shiroku* [Dokumente zur Kriegsbeendigung], 2 Bde., Tōkyō 1951, hier Bd. I, S. 247 (künftig: *Gaimushō*); Okamoto in Befragung durch das amerikanische Hauptquartier (GHQ) nach dem Kriege, in: National Archives and Records Administration (künftig: NARA), Washington, GHQ Far East Command, Military Intelligence Section, Historical Division: *Interrogations of Japanese Officials on World War II* (künftig: *Okamoto-Interrogations*).

<sup>28</sup> Tel. Bagges Nr. 137/138, 12.4. 1945, in: Rijksarchiv, Dossier HP 1, Xj.

<sup>29</sup> Suzuki, S. 279; Shimomura, S. 16 ff.

<sup>30</sup> Tel. Bagges Nr. 133/134, 11.4. 1945, in: Rijksarchiv, Dossier HP 1, Xj.

zeug in die Mandschurei abreiste. Ob und wann er später eine Maschine hätte nehmen können, war unter den damaligen Umständen unsicher. Bis zu seiner Ankunft in Stockholm Anfang Mai geschah daher gar nichts bezüglich der Friedensfühler<sup>31</sup>.

Die schwedische Regierung hatte Bagge ohnehin geantwortet, sie werde selbst keinerlei Initiative entfalten, weder in Bezug auf Friedensvorschläge noch bei der Weitergabe von Informationen<sup>32</sup>. Zumindest was den letzteren Punkt anbetraf, war die Mitteilung aber nicht aufrichtig, da Stockholm die Vertreter der Alliierten durchaus über die Kontaktversuche in Tōkyō auf dem laufenden hielt. Der amerikanische Außenminister Stettinius äußerte seinem Gesandten in Schweden gegenüber den Wunsch, auch künftig über derartige Trends im japanischen Denken informiert zu werden. Sein Ministerium bitte sich jedoch aus, daß die Gesandtschaft kein Interesse zeige oder irgendeine Initiative in der Angelegenheit ergreife, da sonst der falsche Eindruck erweckt werden könnte, die US-Regierung rücke von ihrer Forderung nach bedingungsloser Kapitulation ab<sup>33</sup>. Auch blieben die beiden angelsächsischen Mächte untereinander weiter wegen der Friedenssignale aus Tōkyō in Verbindung. Dabei informierte der Gesandte der britischen Botschaft und führende Japan-Fachmann Sir George Sansom den Leiter der Abteilung für japanische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, Erle Dickover, Bagge habe wissen lassen, der neue Premier Suzuki strebe einen Frieden an und Fürst Konoe habe in Gesprächen mit ihm, dem schwedischen Gesandten, erklärt, Großbritannien müsse doch sehr eifersüchtig auf die USA werden, die jetzt in Europa wie in Asien so erstarkt seien. Bagge habe aber davor gewarnt, mit einem Zerwürfnis zwischen den angelsächsischen Mächten zu rechnen<sup>34</sup>.

Daß man in Tōkyō gerade auf Schweden als potentiellen Vermittler verfiel, war dem damaligen Sekretär des Außenministers Kase Toshikazu zufolge auf die von Himmler unmittelbar vor dem deutschen Zusammenbruch unternommenen Versuche zurückzuführen, durch Graf Bernadotte, den Neffen des schwedischen Monarchen, über König Gustav einen Frieden mit den Westmächten zu schließen<sup>35</sup>. In der Tat hatte der Gesandte Okamoto in Stockholm ausführlich über die Versuche Himmlers berichtet<sup>36</sup>.

<sup>31</sup> Tel. Bagges Nr.143, 13.4. 1945, in: Ebenda; Bagge in: IMTFE, S.34562f.; Sakaya in: IMTFE, S.35455–57; Tōgō in: IMTFE, S.35780; Togo, S.238f.; Aufz. Okamotos in: Gaimushō, Bd.I, S.247. Sakaya fungierte nach dem Kriege auf dem Tokyoter Kriegsverbrecherprozeß als Verteidiger Tōgōs.

<sup>32</sup> Tel. des schwedischen Kabinetts an die Gesandtschaft in Tōkyō, Nr.133, 14.4. 1945, in: Rijksarchiv, Dossier HP 1, Xj.

<sup>33</sup> Tel. Stettinius' an Johnson, 19.4. 1945, in: FRUS 1945, Bd.VI, S.478.

<sup>34</sup> Britische Botschaft Washington an US-Außenministerium, 17.5. 1945, und Schreiben Sansoms an Dickover vom gleichen Tag, in: FRUS 1945, Bd. VI, S.481 f.

<sup>35</sup> Kase Toshikazu, *Journey to the Missouri*, New Haven 1952, S.220.

<sup>36</sup> Siehe Okamotos Telegramme vom 29.4., 30.4., 1.5., 2.5., 4.5. und 27.6. 1945, in: NARA, Aktengruppe SRDJ, S.99515–520, 99956–958, 105308–314, 113316–323. Es handelt sich bei dieser Quelle um japanische diplomatische Telegramme, abgefangen, decodiert und ins Englische übersetzt von der amerikanischen Marine und der Armee (künftig: SRDJ). Die Zusammenfassungen

Kase berichtet weiter, man habe in Tōkyō gewußt, daß England und die USA dabei seien, ihr diplomatisches Personal an den verschiedenen Gesandtschaften in Skandinavien mit Japanspezialisten zu verstärken<sup>37</sup>. Bagge selbst unterhielt mit Sicherheit intensivere Kontakte zu Vertretern der USA, als in den bisher bekannten, freigegebenen Akten erkennbar ist. So führte er, zurückgekehrt nach Schweden, im April 1945 mit dem amerikanischen Gesandten in Stockholm, Johnson, wiederholt Gespräche, in denen er zu einer milden Friedensregelung riet. Vermutlich hatte er sogar seit Jahren die USA mit Informationen versorgt. Der auf Japan spezialisierte amerikanische Abwehroffizier Captain Ellis Zacharias lieferte nach dem Kriege einen Bericht über seine Informanten, ohne deren Identität preiszugeben. Einer der drei wichtigsten Zuträger sei prominenter Diplomat eines neutralen europäischen Landes gewesen, dem er nachträglich den Codenamen „Dolphin“ gab und der ab Ende 1944 Informationen über eine zunehmende Friedensbereitschaft geliefert habe<sup>38</sup>. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit handelte es sich dabei um Bagge<sup>39</sup>. Dessen Berichten sei vor allem in der US-Marine Beachtung geschenkt worden. Zu den eifrigsten Verfechtern der Strategie, Tōkyō zur Kapitulation zu ermuntern, statt bis zum letzten Mann zu kämpfen, gehörte Zacharias selbst. Er hatte als Sprachoffizier lange in Japan gelebt, sprach die Landessprache fließend und hatte einen großen Bekanntenkreis in der japanischen Marine, zu dem auch Premier Suzuki und Marineminister Yonai gehörten. Er war der Ansicht, schon zur Zeit der Konferenz von Jalta sei eine japanische Kapitulation absehbar gewesen. Am 8. Mai 1945 hielt Zacharias als „offizieller Sprecher der Regierung“ die erste von insgesamt vierzehn Rundfunkansprachen in fließendem Japanisch, die bis zum 4. August ausgestrahlt wurden und sich an alte Bekannte innerhalb der Tokyoter Führung wandten. Darin stellte er eine milde Behandlung der geschlagenen Nation in Aussicht<sup>40</sup>. Die Ausführungen fanden nachweislich starke Beachtung und lieferten der Friedenspartei wertvolle Argumente<sup>41</sup>.

der wichtigsten Inhalte wurden täglich für die politische und militärische Führung unter folgender Bezeichnung aufgesetzt: „Magic“-Diplomatic Summary (künftig: MDS).

<sup>37</sup> Kase, S. 220.

<sup>38</sup> Ellis M. Zacharias, *The A-Bomb was not Needed*, in: *United Nations World*, Bd. 3, August 1949, S. 25–29; ders. (Erisu Zakāriasu), *Nihon kōfuku haigo no gaikō kōsaku* [Diplomatische Aktivitäten im Hintergrund der japanischen Kapitulation], in: *Yomiuri Hyōron*, Januar 1950, S. 16–20.

<sup>39</sup> Bagges Identität mit Dolphin vermutet auch Sigal, S. 55. Möglicherweise stand die – für Japan überraschende – Abberufung Bagges im Zusammenhang mit einer Spionagetätigkeit für die USA: Der schwedische Diplomat Raoul Wallenberg war im Januar 1945 von den Sowjets in Budapest verschleppt worden. Auch er soll kürzlich freigegebenen Dokumenten zufolge für den US-Geheimdienst gearbeitet haben (*The Angel was a Spy*, in: *U.S. News and World Report*, 13.5. 1996, S. 46–57; „Wallenberg war ein Doppelagent“, in: *Der Spiegel*, 30.9. 1996, S. 196–212). Vielleicht veranlaßte sein Schicksal Schweden zu einer Art Rettungsaktion für Bagge, als der geplante Eintritt der UdSSR in den Pazifischen Krieg in Stockholm bekannt wurde.

<sup>40</sup> Ellis M. Zacharias, *Secret Missions. The Story of an Intelligence Officer*, New York 1946, S. 363–383.

<sup>41</sup> Siehe z. B. Tel. Tōgōs an Botschafter Satō in Moskau, Nr. 944, 25.7. 1945, in: *Gaimushō*, Bd. I, S. 462f.

In ähnlicher Weise trat der ehemalige Botschafter in Tōkyō (1932–41), Joseph C. Grew, inzwischen Staatssekretär im Außenministerium, für einen maßvollen Frieden mit Japan ein. Er drängte ab Ende Mai 1945 darauf, eine öffentliche Garantie für den Fortbestand der Monarchie abzugeben. Truman zeigte zeitweilig Interesse daran, doch war die Frage innerhalb der amerikanischen Führung umstritten und blieb noch monatelang in der Schwebe<sup>42</sup>. Auch Grew aber gelang es, in Veröffentlichungen und Rundfunkreden an die Adresse Tōkyōs zu verstehen zu geben, daß man nach der Ausrottung des Militarismus in Japan über vieles mit sich reden ließe. Bagge wußte, welches Prestige der ehemalige US-Botschafter in dem Kaiserreich genoß und daß viele gemäßigte Kräfte dort auf seinen Einfluß hofften<sup>43</sup>. Er brachte daher Grews Standpunkte nach seiner Rückkehr nach Stockholm zur Sprache.

## 2. Heeresattaché Onodera in Stockholm

Ein weiterer, paralleler und zunächst unabhängiger Versuch, zu einem Friedensschluß über Schweden zu gelangen, wurde von Generalmajor Onodera Makoto eingefädelt, dem japanischen Heeresattaché in Stockholm. Er gehörte zu den Rußland-Spezialisten des Generalstabs und betrieb – wie schon von 1935 bis 1938 im lettischen Riga – hauptsächlich Aufklärungsarbeit über die UdSSR. Daneben berichtete er über die allgemeine Kriegslage sowie über Deutschlands Absichten und dessen Kriegspotential<sup>44</sup>. Zu wertvollen Erkenntnissen gelangte Onodera vor allem durch polnische Spione, die zum Teil mit japanischen oder mandschurischen Pässen ausgestattet waren. Schweden hatte die polnische Exilregierung in London anerkannt, so daß den ganzen Krieg über eine Gesandtschaft in Stockholm bestand, an der auch ein Heeresattaché arbeitete<sup>45</sup>.

<sup>42</sup> Joseph C. Grew, *Turbulent Era. A Diplomatic Record of Forty Years, 1904–1945*, Bd. 2, Boston 1952, S. 1421–1437.

<sup>43</sup> Zu Konoes Hoffnungen auf Grews Einfluß siehe die Aufzeichnungen seines Schwiegersonnes: Hosokawa Morisada, *Jōhō tennō ni tassezu* [Informationen, die den Kaiser nicht erreichten], Bd. II, Tōkyō 1953, S. 342f.; ders., *Hosokawa nikki* [Hosokawas Tagebuch], Bd. II, Tōkyō 1979, S. 354f., 365f.

<sup>44</sup> Nach dem Krieg fertigte Onodera Makoto (1897–1987) für die japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte eine Studie über diese Friedensversuche an. Auf der Basis dieser Untersuchung und eigenen Erlebens entstanden die Memoiren seiner Frau, die oft seine einzige Mitarbeiterin war und z. B. auch Telegramme chiffrierte. Onodera Yuriko, *Barutokai no hotori ni te. Bukan no tsuma no Daitōasensō* [An den Gestaden der Ostsee. Der Großostasiatische Krieg für die Frau eines Heeresattachés], Tōkyō 1985.

<sup>45</sup> Ebenda, S. 102–107, 141–153; Walter Schellenberg, *Aufzeichnungen des letzten Geheimdienstchefs unter Hitler*, Gütersloh 1981, S. 145–152; John W.M. Chapman, *The Polish Connection: Japan, Poland and the Axis Alliance*, in: *Proceedings of the British Association for Japanese Studies*, Bd. 2, Sheffield 1977, pt. 1, S. 57–78; Jan Nowak, *Courier from Warsaw. With Foreword by Zbigniew Brzezinski*, Detroit 1982, S. 134–137; *Dokumentation der japanischen Fernsehanstalt NHK* (künftig: *NHK-Dokumentation*), ausgestrahlt 8.12. 1985: „*Nichi-Bei kaisen fuka nari*“ [Zum Ausbruch eines japanisch-amerikanischen Krieges darf es nicht kommen]; Briefwechsel aus der

Im Februar 1945 erregte die Konferenz der „Großen Drei“ in Jalta das besondere Interesse Onoderas. Einige Tage vor deren Eröffnung fand sich in einem langen Spionagebericht der japanischen Gesandtschaft in Stockholm, höchstwahrscheinlich aus der Feder des Heeresattachés, die Warnung, es könnte bei dem Treffen ein Kriegseintritt der UdSSR gegen das Kaiserreich ohne Rücksicht auf den bestehenden Neutralitätsvertrag beschlossen werden<sup>46</sup>. Tatsächlich nahm die Konferenz diese Entwicklung, Onodera behauptete nach dem Kriege, er habe die sowjetische Verpflichtung in Jalta zum Kriegseintritt zutreffend ermittelt und nach Tōkyō weiterberichtet<sup>47</sup>. Es ist aber kein derartiges Telegramm von ihm oder dem Gesandten Okamoto aufzufinden. Es existieren allerdings Berichte, in denen die Aufkündigung des bestehenden Neutralitätsvertrags mit Japan durch die UdSSR am 5. April auf eine angebliche Abmachung von Jalta zurückgeführt und warnend auf die sowjetischen Kriegsvorbereitungen in Fernost hingewiesen wurde<sup>48</sup>. Erst Ende Juli fand sich in einem Telegramm der Passus, die UdSSR habe während der Konferenz auf der Krim zugesagt, dem Krieg gegen Japan sechs Monate – richtig: drei Monate – nach der deutschen Kapitulation beizutreten<sup>49</sup>.

Viele Schweden waren an einer baldigen Beendigung des Krieges interessiert. Der mit dem englischen Königshaus verschwägte Gustav V. soll schon im Jahre 1942 auf dem Höhepunkt der japanischen Erfolge Onodera ermahnt haben, im Siegesrausch nicht die Notwendigkeit einer Kriegsbeendigung aus den Augen zu verlieren<sup>50</sup>. Im Dezember 1944 sprach der schwedische König den Heeresattaché erneut auf den Verlauf des Pazifischen Krieges an und äußerte sein Interesse an einer Bewahrung der japanischen Monarchie. Außenminister Günther verdeutlichte die Bemerkungen seines Königs dahingehend, sie seien als verschleierte Einladung zu verstehen, um eine Vermittlung für einen Friedensschluß nachzusuchen<sup>51</sup>.

Nach dem japanischen System unterstanden die Militärattachés nicht dem diplomatischen Vertreter der betreffenden Botschaft oder Gesandtschaft, sondern der

Nachkriegszeit zwischen Onodera Makoto und seinem seinerzeit wichtigsten Spion Michal Rybickowski, im Besitz von Onoderas Witwe Yuriko. Zu den japanisch-polnischen Beziehungen außerdem Gerhard Krebs, *Japanische Schlichtungsbemühungen in der deutsch-polnischen Krise 1938/39*, in: *Japanstudien. Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien der Philipp-Franz-von-Siebold-Stiftung*, Tōkyō, Bd. 2 (1990), München 1991, S. 207–258.

<sup>46</sup> Tel. der Gesandtschaft Stockholm an das Außenministerium in Tōkyō, über Berlin, Nr. 126, 23. 2. 1945 (Spionagebericht vom 20. 2. 1945), SRDJ, S. 92 139–147.

<sup>47</sup> Onodera, S. 148; Interview des Verfassers mit Onodera Yuriko am 24. 5. 1991 (künftig: Onodera-Interview); NHK-Dokumentation.

<sup>48</sup> Tel. der Gesandtschaft Stockholm an das Außenministerium in Tōkyō, über Berlin, Nr. 159 und 222, 9. 3. und 7. 4. 1945 (Spionageberichte vom 6. 3. und 6. 4. 1945), SRDJ, S. 93 576–580, 97 406 f.

<sup>49</sup> Tel. Okamotos Nr. 494, 27. 7. 1945, SRDJ, S. 107 321–323.

<sup>50</sup> Onodera, S. 186.

<sup>51</sup> Kase, S. 221, hier Günther fälschlich als Premierminister bezeichnet. Kase behauptet, Onodera habe es versäumt, diese höchst bedeutsame Unterredung nach Tōkyō zu berichten, und man sei bis zum Kriegsende davon uninformiert geblieben.

Heeresattaché nur dem Generalstab und der Marineattaché dem Marineministerium. Es kam daher immer wieder zu Eigenmächtigkeiten und zu Spannungen zwischen den Militärs und den Vertretern des Außenministeriums. In Tōgōs Memoiren werden Onoderas Aktivitäten gar nicht erwähnt, in den Erinnerungen seines Sekretärs Kase nur negativ kommentiert und ohne Nennung des Namens<sup>52</sup>. In der älteren westlichen Geschichtsschreibung wußte man offensichtlich mit ihm nichts anzufangen<sup>53</sup>.

Nach alliierten Erkenntnissen hatte Onodera Ende 1944 Verstärkung aus Berlin erhalten, und zwar in Gestalt von Oberst Itō Kiyokazu, der an der Botschaft in der deutschen Hauptstadt seit 1941 für Untersuchungen über England und Amerika zuständig gewesen war, und durch einen Major namens Kigoshi<sup>54</sup>. Den Alliierten war auch bekannt, daß Ōshima Hiroshi, Botschafter in Berlin, im Februar 1945 die Versetzung einiger Diplomaten in neutrale Länder, vor allem nach Schweden und in die Schweiz, empfohlen hatte, damit sie von dort aus die Sammlung von Informationen über England und Amerika fortsetzen könnten. Außenminister Shigemitsu hatte zugestimmt und entsprechende Anweisungen gegeben<sup>55</sup>.

Die japanische Gesandtschaft in Stockholm schickte im März 1945 einen „Spionagebericht“ über kursierende Friedensgerüchte, denen zufolge vor allem japanische Hofkreise Interesse an einer Kriegsbeendigung zeigen würden. Obwohl das Telegramm durch seinen Tenor etwaige Friedensversuche verurteilte, ließ es sie als nicht ganz aussichtslos erscheinen<sup>56</sup>. Ähnlich war der Inhalt eines Berichtes gut zwei Monate später, doch fehlten die aggressiven Kommentare zu den angeblich in Japan ausgestreckten Fühlern. Außerdem wurde vermerkt, daß die Bereitschaft in England zur Gewährung von mildereren Kapitulationsbedingungen größer sei als in den USA<sup>57</sup>. Inzwischen war nämlich Bagge – wie weiter unten zu berichten sein wird – in Stockholm eingetroffen und hatte den Überlegungen über einen eventuellen Friedensschluß wichtige Impulse verliehen.

Zunächst aber war Onodera Ende März 1945 auf Bitten des deutschen Außenministers Ribbentrop zu einer etwas kuriosen Friedensmission nach Berlin gerufen worden: Nachdem Japan sich jahrelang vergeblich bemüht hatte, eine Kriegsbeendigung zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reich zu vermitteln, sah Ribbentrop

<sup>52</sup> Ebenda.

<sup>53</sup> So heißt er bei Butow (S. 56, Anm. 82, 83) „Generalmajor Ono Makoto“ und wird lediglich in zwei Fußnoten erwähnt.

<sup>54</sup> MDS, 1. 12. 1944.

<sup>55</sup> MDS, 2. 3. 1945.

<sup>56</sup> Tel. der Gesandtschaft Stockholm, über Berlin, Nr. 159, 9. 3. 1945 (Spionagebericht vom 6. 3. 1945), SRDJ, S. 93576–580.

<sup>57</sup> Tel. Okamotos Nr. 371 und 386, 26. und 31. 5. 1945 (Spionagebericht vom 24. und 29. 5. 1945), SRDJ, S. 101318, 101751. Schweden besaß seit dem Vorjahr eine größere Bedeutung zur Sammlung von Auslandsinformationen. Im August 1944 hatte Außenminister Shigemitsu die Aufgabe der Zeitungsauswertung von der Gesandtschaft in Lissabon an die Vertretung in Stockholm übertragen und dazu drei niedere Beamte von Portugal nach Schweden versetzt (MDS, 1. 12. 1944).

nun darin die letzte Überlebenschance. Die deutsche Luftwaffe gab Onodera Maschine am 27. März von der schwedischen Küste bis Berlin Geleitschutz. Während der Unterredungen stellte sich jedoch heraus, daß Hitler sich einem Friedensschluß mit der UdSSR, der ohnehin illusorisch war, widersetzte. Onodera flog unverrichteter Dinge wieder nach Schweden zurück<sup>58</sup>. Die Japaner argwöhnten, daß Hitler lieber einen Sonderfrieden mit den Westmächten anstrebe<sup>59</sup>.

Kontakte zwischen japanischen Heeres- und Marinevertretern waren traditionell nur lose, doch bestand mit der nach dem Dreimächtepakt von 1940 gebildeten Militärkommission unter Leitung von Vizeadmiral Abe Katsuo ein Forum, das aus Angehörigen beider Teilstreitkräfte bestand. Eines der Mitglieder, Kapitän zur See Ôgi Kazunobu, war Ende September 1944 zu Besprechungen in Stockholm eingetroffen und hatte unter anderem mit Onodera Gespräche geführt. Beide waren sich einig über den Ernst der Lage und über die Notwendigkeit, einen Frieden anzustreben, möglichst durch eine Vermittlung des schwedischen Königs. Sie suchten fortan einen Weg, Ôgi zum Marineattaché in Stockholm ernennen zu lassen, damit sie in diesem Sinne zusammenarbeiten könnten<sup>60</sup>.

Bei den japanischen Marinevertretern in Berlin traf der Plan auf Resonanz, und die Ernennung Ôgis zum Marineattaché in Schweden erfolgte zum 1. April 1945. Die Behörden des neuen Gastlandes aber zögerten in Unkenntnis der wahren Absichten sowie unter alliierter Druck die Erteilung des Einreisevisums hinaus. Ôgi begab sich daher in eine Wartestellung nach Kopenhagen. Das Büro des Marineattachés in Berlin riet Onodera, den Gesandten Okamoto zu drängen, die Erteilung des Visums bei den schwedischen Stellen zu beschleunigen<sup>61</sup>. Dieser aber suchte die Einreise Ôgis zu verhindern, da er Eingriffe in seine Kompetenz als Leiter der diplomatischen Vertretung, Vorbereitungen zu einer Landung von Vizeadmiral Abes Gruppe nach der deutschen Kapitulation in Schweden und nachfolgende Friedenssondierungen fürchtete<sup>62</sup>.

Der Gesandte Okamoto hatte – völlig zu Recht – Heeresattaché Onodera im Verdacht, die Hauptrolle für eine Friedensinitiative übernehmen zu wollen. Als die Re-

<sup>58</sup> Tel. Ôshimas Nr. 363, 31. 3. 1945, SRDJ, S. 95 941–954, und MDS, 3. 4. 1945; Onodera, S. 175 ff.; Onodera-Interview. Dazu auch Gerhard Krebs, Japanische Vermittlungsversuche im deutsch-sovietischen Krieg 1941–1945, in: Josef Kreiner/Regine Mathias (Hrsg.), Deutschland-Japan in der Zwischenkriegszeit, Bonn 1990, S. 239–288, hier S. 284.

<sup>59</sup> Tel. der Gesandtschaft Stockholm, über Berlin, Nr. 181 (23. 3. 1945), Nr. 207 und 208 (4. 4. 1945), Nr. 294 (29. 4. 1945), Nr. 302 (2. 5. 1945), Nr. 315 (4. 5. 1945), SRDJ, S. 95 647–650, 96 606–607, 97 258–260, 99 515–520, 99 658–660, 99 956–958.

<sup>60</sup> Onodera, S. 181 f.; Ôgi Kazunobu, Fujimura Yoshirô o shinobu [Erinnerungen an Fujimura Yoshirô], in: Tsuioku. Fujimura Yoshirô-sensei [Zum Gedächtnis an Fujimura Yoshirô], Tôkyô 1993, S. 42–45, hier S. 43 f.

<sup>61</sup> Ebenda, S. 182, 184; MDS, 21. 4. 1945; Ôgi, S. 44.

<sup>62</sup> Tel. Okamotos Nr. 252, 16. 4. 1945, in: MDS, 21. 4. 1945. Originalwortlaut in: Uchiyama Masakuma, Shûsengaikô no ichidanmen – Suêden ni okeru wahei katsudô [Ein Querschnitt der Außenpolitik zur Kriegsbeendigung – Friedensaktivitäten in Schweden], in: Matsuzaka Seikei Kenkyû, Bd. 7, 1, Matsuzaka 1989, S. 27–42, hier S. 30 f. (künftig: Uchiyama).

gierung in Stockholm Mitte April das Visum für Ōgi verweigerte, riet er dem Außenministerium in Tōkyō, die Angelegenheit nicht weiter zu forcieren, um anglo-amerikanischen Druck auf Schweden zu vermeiden, der möglicherweise den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Japan zur Folge hätte. Dieses Telegramm aber kreuzte sich mit einer Anweisung von Außenminister Tōgō, das Problem im Hinblick auf Stockholms äußerste Bedeutung in der internationalen Situation positiv zu erledigen. Daraufhin suchte Okamoto am 17. April den schwedischen Staatssekretär des Äußeren auf, der zwar den starken amerikanischen Druck auf sein Land betonte, aber eine wohlwollende Überprüfung zusagte. Der Berliner Botschaft teilte Okamoto mit, der Unterredung zufolge würden keine Visa für Japaner erteilt, die in Schweden Zuflucht suchten; da man aber keine Mittel habe, Personen zu deportieren, die per Flugzeug oder Boot kämen, plane man deren Internierung<sup>63</sup>.

Inzwischen suchte Onodera seine eigenen Kontakte zu nutzen. Seinem Büro waren zwei Zivilisten mit Namen Homma Jirō und Satō Kichinosuke zugeteilt worden, die der Mitsui-Reederei bzw. der Mitsui-Handelsgesellschaft angehörten und nach Kriegsausbruch nicht mehr in ihrem Beruf tätig sein konnten<sup>64</sup>. Sie sammelten für den Heeresattaché Informationen, und Onodera behauptete nach dem Kriege, diese beiden Zivilisten – und nicht er selbst – seien die eigentlichen Urheber der Friedensversuche gewesen<sup>65</sup>. Homma hatte in engen Geschäftsbeziehungen zu einem Ölkauflmann gestanden, Erik Sigfrid Erickson. Dieser war zwar in New York geboren und besaß die amerikanische Staatsbürgerschaft, entstammte aber einer schwedischen Familie, gab sich ganz als Schwede, verkündete laut seine Sympathien für den Nationalsozialismus und arbeitete mehr oder weniger offen für die Deutschen. In Wirklichkeit jedoch war er ein Doppelagent und lieferte den USA wertvolle Nachrichten über die Ölproduktion des Deutschen Reiches<sup>66</sup>. Über Erickson machte Homma die Bekanntschaft von Prinz Carl Bernadotte, einem Neffen des Königs. Dieser Kreis, der noch einige weitere Personen umfaßte, diskutierte seit dem Jahre 1944 freimütig die Möglichkeit einer schwedischen Friedensvermittlung, am besten unter Einschaltung von König Gustav V. Im November des Jahres erfolgte eine Einladung in das Haus Onoderas, ohne daß dabei politische Gespräche geführt wurden. Erst am 17. März 1945 wurde auch der Heeresattaché in die Friedensüberlegungen eingeweiht, pflichtete aber an diesem Tag noch nicht bei, angeblich, weil er den Prinzen zu jung und unerfahren für eine solch schwierige Aufgabe fand. Statt dessen sprach er über die Pflicht des Soldaten zum Kampf bis zum Ende<sup>67</sup>.

Bis zum 4. Mai 1945 hatten sich Vizeadmiral Abe, der sich zunächst mit der Regierung Dönitz nach Flensburg begeben hatte, und über zehn weitere japanische Mari-

<sup>63</sup> MDS, 21. 4. 1945.

<sup>64</sup> Onodera, S. 135.

<sup>65</sup> Aussage Onodera Makotos in: Yomiuri Shinbunsha [Yomiuri Zeitungsverlag]: *Shōwashi no tennō* [Der Tennō der Shōwa-Zeit], Bd. 2, Tōkyō 1967, S. 395.

<sup>66</sup> Anmerkung zu MDS, 21. 6. 1945. Siehe dazu auch die Biographie von Alexander Klein, *The Counterfeit Traitor*, New York 1958.

<sup>67</sup> Onodera, S. 190f., teilweise basierend auf Hommas unveröffentlichtem Tagebuch.

neangehörige zu Ōgi in Kopenhagen gesellt. Onodera, und nicht etwa der Gesandte Okamoto, erwirkte von den schwedischen Behörden die Erlaubnis zur Einreise auf einem deutschen Minensuchboot. Die Japaner wurden nicht interniert, sondern in einem Hotel in Jönköping einquartiert. Sie durften aber nicht nach Stockholm reisen, so daß ein Treffen Onoderas mit ihnen unmöglich wurde<sup>68</sup>.

Vizeadmiral Abe hatte seit dem Vorjahr geplant, noch auf einem anderen Wege Friedenskontakte zu den Westmächten aufzunehmen. Dazu hatte er Ende März 1945 Fregattenkapitän Fujimura Yoshikazu und dessen Gehilfen Tsūyama Shigemi in die Schweiz entsandt, wo diese zu Allen Dulles Kontakt aufnahmen, dem Vertreter des Office of Strategic Services (OSS), das zum Vorläufer der CIA werden sollte. Diese Gespräche entwickelten sich zwar etwas vielversprechender als die Versuche in Schweden, führten aber ebenfalls nicht zum Ziel eines Friedensschlusses<sup>69</sup>.

### 3. Erste Aktivitäten des Onodera-Kreises

Auf Bitte der amerikanischen Gesandtschaft traf sich am 7. Mai Erickson mit Homma, Onodera und dessen Assistenten, Oberst Kinoshita. Der vorgeschobene Grund war die Übersiedlung von 23 Japanern aus Dänemark und Deutschland. Über den Inhalt der an diesem Abend geführten Gespräche erstattete Erickson einige Tage später dem US-Gesandten Johnson Bericht: Onodera erklärte, die Sowjets würden 400 000 Mann Truppen an die Grenze zur Mandschurei verlegen und beabsichtigten, Japan den Krieg zu erklären. Sein Land habe erkannt, daß der Krieg nicht zu gewinnen sei und die Vernichtung der Städte und kulturellen Stätten verhindert werden müsse. Onodera behauptete, er – und nicht etwa der Gesandte Okamoto – sei autorisiert, einen Versuch zu unternehmen, um die Alliierten über ein Mitglied der schwedischen Königsfamilie zwecks Beendigung des Krieges zu kontaktieren. Dies dürfe jedoch nicht auf eine bedingungslose Kapitulation hinauslaufen, da die Japaner ihr Gesicht gegenüber den Chinesen wahren müßten. Onodera forderte Erickson auf, die Frage mit Prinz Carl senior, dem Bruder des Königs, zu erörtern. Er bestand darauf, daß der Vermittler ein Mitglied des Königshauses sein müsse, um den Kaiser von Japan vertreten zu können. Noch in der Nacht nahm Erickson Verbindung zu dem persönlichen Sekretär von Carl senior, Löwenhjelm, auf, mußte sich aber später sagen lassen, der Prinz als Präsident des Schwedischen Roten Kreuzes könne sich nicht in derartige politische Affären verwickeln lassen, werde die Frage jedoch mit dem

<sup>68</sup> Onodera, S. 188 f.; MDS, 3.5. 1945; Tel. Okamotos, 5.5. 1945, Mishinas an Abe 7.5. in: MDS, 7.5. 1945. Über diesen Transport der Deutschen Kriegsmarine sandte Abe am 7.5. 1945 ein Telegramm an die japanische Admiralität, decodiert von den USA, in: NARA, SRH 075 (Japanese Reactions to German Defeat), S.4.

<sup>69</sup> Fujimura Yoshirō, Tsūkon! Daresu dai-ichi den [Tiefer Gram! Dulles' erstes Telegramm], in: Bungei Shunjū, Mai 1951, S. 106–118; Tsūyama Shigemi, Maboroshi no Nichi-Bei wahei kōshō [Das Phantom der japanisch-amerikanischen Friedensverhandlungen], in: Ranāru, Nr. 29, Juli 1981, S. 26–32; Tsūyama im Interview durch den Verfasser am 26.3. 1992 in Tōkyō; Ōgi, S. 44 f.

König und mit seinem Sohn, Prinz Carl junior, erörtern. Eine Entscheidung sagte er bis zum 12. Mai zu. Der von Erickson davon informierte Onodera ließ wissen, er sei darum bemüht, unbedingt mit Generalmajor Ôshima, dem ehemaligen Botschafter in Berlin, Kontakt aufzunehmen und ihn nach Schweden zu holen. Dieser würde sich, so schloß die amerikanische Gesandtschaft in Stockholm aus den Worten Ericksons, an Verhandlungen beteiligen<sup>70</sup>. Ôshima hielt sich aber mit einem Teil des Botschaftspersonals in Badgastein auf und war für Onodera unerreichbar.

Den Erinnerungen des Heeresattachés zufolge waren die beiden Begegnungen mit Erickson am 7. und 9. Mai auf schwedische Initiative zustande gekommen, und er habe nur zögernd den Friedensvorstellungen zugestimmt. Da er, so Onodera, sich in seiner niedrigen Position nicht direkt an den Monarchen wenden können, habe er darauf warten müssen, daß Gustav V. sich aus eigener Initiative zu einer Vermittlung zwischen dem britischen König und dem Tennô bereiterklärte. Der bei der zweiten Unterredung ebenfalls anwesende Prinz Carl junior sagte zu, schon am nächsten Tag mit dem Monarchen zu sprechen, und war von einem Erfolg überzeugt. Onodera informierte weder den Gesandten noch Marineattaché Mishina. Auch nach Tôkyô schickte er keinen Bericht. Da ihm der Prinz aber zu jung für ein derart verantwortungsvolles Unternehmen vorkam, bat er darum, einmal seinem Vater – Prinz Carl senior – vorgestellt zu werden<sup>71</sup>.

Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Joseph C. Grew, warnte auf das Telegramm des US-Gesandten in Stockholm hin davor, zu großes Interesse an den Diskussionen zu zeigen und dadurch den Eindruck zu erwecken, die Vereinigten Staaten würden von ihrer Forderung nach bedingungsloser Kapitulation abrücken. Er bat aber darum, über alle weiteren Unterredungen mit dem Kontaktmann (Erickson) zu berichten<sup>72</sup>. In seiner Antwort versicherte der Gesandte Johnson, seine Vertretung habe niemals den Eindruck gegenüber schwedischen oder anderen Staatsbürgern erweckt, die US-Regierung würde etwas anderes als die bedingungslose Kapitulation Japans erwägen, oder selbst die Initiative zu irgendwelchen Friedensdiskussionen ergriffen<sup>73</sup>. Natürlich unterrichteten die USA das britische Foreign Office, das die gleiche Haltung einnahm<sup>74</sup>.

<sup>70</sup> Tel. Johnsons an US-Außenminister, 11.5. 1945, in: FRUS 1945, Bd. VI, S. 479f. Erickson wird in diesem Telegramm nicht namentlich erwähnt, doch geht seine Identität hervor aus der Behandlung dieser Unterredung bei Onodera, S. 191.

<sup>71</sup> Ebenda, S. 191 ff.

<sup>72</sup> Tel. Grews an Johnson, 12.5. 1945, in: FRUS 1945, Bd. VI, S. 480f.

<sup>73</sup> Tel. Johnsons Nr. 1798, 15.5. 1945, in: NARA, RG 59, General Records of the Department of State 1945–1949.

<sup>74</sup> Woodward, S. 503 f.

#### 4. Bagges Ankunft und Aktivitäten in Stockholm

Bagge traf etwa zum Zeitpunkt der deutschen Kapitulation in seiner Heimat ein und suchte am 10. Mai den japanischen Gesandten Okamoto auf, mußte aber zu seiner Überraschung feststellen, daß dieser keinerlei Anweisung aus Tōkyō erhalten hatte und bezüglich des Friedensplans völlig ahnungslos war. Der Schwede bat daher darum, die Absichten von Außenminister Tōgō zu ergründen. Okamoto richtete nun eine Anfrage an sein Außenministerium, ob Bagge seine Bemühungen überhaupt fortsetzen solle<sup>75</sup>. Dieser suchte anschließend auch Generalmajor Onodera auf, den er flüchtig aus Tōkyō kannte. Der Heeresattaché hoffte, Bagge sei von der Regierung in Tōkyō beauftragt worden, Friedensmöglichkeiten zu sondieren, und sprach ihn darauf an. Bagge gab auch tatsächlich zu, mit einem derartigen Auftrag des Außenministers Shigemitsu zurückgekehrt zu sein, ließ aber auch wissen, der Gesandte Okamoto sei weder informiert worden, noch habe er irgendein Interesse gezeigt. Onodera hoffte dennoch, daß die Initiative in Tōkyō mit den Bemühungen des Prinzen Carl zusammenfließen und von Erfolg gekrönt würde<sup>76</sup>.

Okamotos Telegramm über die Unterredung mit Bagge traf am 11. Mai in Tōkyō ein. Drei Tage später aber beschloß die „Oberste Kriegführungskonferenz“, die Nachfolgeinstitution der Verbindungskonferenz, statt der kleineren neutralen Länder die UdSSR wegen ihres größeren Gewichtes um eine Friedensvermittlung zu bitten. Besonders die Vertreter der Armee setzten große Hoffnungen auf Moskau<sup>77</sup>. Weder die Schweden noch die japanische Gesandtschaft in Stockholm wußten etwas von diesem neuen Kurs. Am 15. Mai lud Außenminister Günther den amerikanischen Gesandten Johnson und Bagge gemeinsam zum Essen ein. Letzterer erwähnte die vagen japanischen Anregungen für eine schwedische Friedensvermittlung überhaupt nicht, deutete aber die Wahrscheinlichkeit eines sowjetischen Kriegseintritts an und sprach davon, daß die Japaner die Formel von der bedingungslosen Kapitulation niemals annehmen, sondern lieber bis zum nationalen Selbstmord weiterkämpfen würden, besonders wenn der Tennō oder das Kaiserhaus als Institution angetastet würden. Johnson zufolge aber würden die USA Japan niemals erlauben, Konditionen zu stellen. Abschließend drückte Bagge seine Bewunderung für den ehemaligen Botschafter Joseph Grew und dessen Mitarbeiter Eugene Dooman aus<sup>78</sup>, deren gemäßigte Haltung gegenüber dem Kaiserhaus bekannt war.

<sup>75</sup> Tel. Okamotos an Tōgō, 10. 5. 1945, Nr. 332, in: Uchiyama S. 34f. Dieses Telegramm konnte von den USA erst am 7. 9. 1945, also nach Kriegsende, decodiert werden, und noch dazu nicht ganz vollständig (SRDJ, S. 110441). Vielleicht war es in einem besonders komplizierten Code abgesandt worden; jedenfalls hatte es Okamoto persönlich codiert. Zu der Unterredung siehe auch Bagge in: IMTFE, S. 34563; Okamoto-Interrogations; Okamotos Aufzeichnung in: Gaimushō, Bd. I, S. 247.

<sup>76</sup> Onodera, S. 194f.

<sup>77</sup> Togo, S. 245f.

<sup>78</sup> Tel. Johnsons Nr. 1798, 15. 5. 1945, in: NARA, RG 59. Bagge unterrichtete auch einige Japaner über seine Unterredungen mit Vertretern der Alliierten. Siehe z. B. Ena Takio, Bagge kōsaku no

Zwei Tage später berichtete der US-Gesandte Johnson, Ericksons Kontakte zum Königshof hätten ergeben, das Friedensproblem werde jetzt von „der höchsten Persönlichkeit des Landes“ behandelt, also offensichtlich von Gustav V. Auch Onodera sei informiert worden und habe höchst erfreut reagiert<sup>79</sup>. Inzwischen war Prinz Carl senior von seinem Sohn über dessen Kontakte zu dem Heeresattaché informiert worden<sup>80</sup> und wandte sich mit einer Notiz an das Außenministerium, datiert 10. Mai 1945. Er ließ wissen, er halte es für sehr unsicher, ob der schwedische König die von Onodera erbetenen Kontakte zu den Gesandten der angelsächsischen Mächte in Schweden werde vermitteln können. Eine endgültige Antwort sei nicht vor der nächsten Woche zu erwarten<sup>81</sup>.

Eine Notiz des schwedischen Außenministeriums dazu lautet, es wäre vom humanitären Gesichtspunkt aus von großem Interesse, den Krieg schnell zu beenden, zumal Gerüchten zufolge die Verlegung sowjetischer Truppen nach Fernost in großem Umfang begonnen habe<sup>82</sup>. Am 16. Mai kam Erickson allein zu Onoderas Haus und ließ dem Heeresattaché ausrichten, die Angelegenheit sei an die oberste Instanz geleitet worden und alles stehe zum besten. Onodera wartete sehnlichst auf die weitere Entwicklung, doch es kamen keinerlei Informationen von schwedischer Seite mehr<sup>83</sup>. Handschriftliche, undatierte Zusätze zu der erwähnten maschinenschriftlichen Notiz des Außenministeriums mit ihrer eigentlich positiven Tendenz deuten darauf hin, daß die japanische Regierung über Okamoto oder aber die angelsächsischen Vertreter auf einen Abbruch der Versuche gedrängt hatten oder daß Schweden selbst diesen inoffiziellen Weg einfach für ungeeignet hielt. Jedenfalls wurde diesen Bemerkungen zufolge Erickson über Carls Kammerherrn informiert, der Prinz wünsche nicht mehr in die Angelegenheit verwickelt zu werden. Außerdem habe Bagge dem japanischen Gesandten geraten, die Kontaktversuche Onoderas zu unterbinden<sup>84</sup>. Diese Tatsache wird durch ein Telegramm Okamotos bestätigt, und damit dürfte auch die Notiz in etwa datierbar sein, da das Treffen mit dem japanischen Gesandten am 16. Mai stattgefunden hatte.

Den Inhalt dieser Unterredung mit Bagge berichtete Okamoto am nächsten Tage wie folgt an sein Außenministerium: Dem Bericht des Schweden zufolge habe dieser zwei Tage zuvor in seinem Außenministerium erfahren, daß Onodera durch Vermittlung Ericksons nach Kontaktmöglichkeiten für einen Friedensschluß suche, der Japans Heer und Marine halbwegs unbeschadet davonkommen lassen würde. Erickson

omoide [Erinnerungen an die Bagge-Mission], in Enas Übersetzung von Bernadotte-haku [Graf Bernadotte], Maku orinu [Der Vorhang fällt], Tōkyō 1948, S. 241–250, hier S. 248 f. Der Journalist Ena arbeitete wie Suzuki Bunshirō für Asahi Shinbun.

<sup>79</sup> Tel. Johnsons an US-Außenminister, 17. 5. 1945, in: FRUS 1945, Bd. VI, S. 483.

<sup>80</sup> Onodera, S. 200.

<sup>81</sup> Aufzeichnung von Prinz Carl, 10. 5. 1945, in: Rijksarchiv, Dossier HP 39 F.

<sup>82</sup> Undatierte Notiz dazu, in: Ebenda.

<sup>83</sup> Onodera, S. 193.

<sup>84</sup> Undatierte Zusätze zur Notiz des Außenministeriums vom 10. 5. 1945 bezüglich der Aufzeichnung von Prinz Carl, 10. 5. 1945, in: Rijksarchiv, Dossier HP 39 F.

habe daraufhin Verbindung zu Prinz Carl senior aufgenommen, dem Bruder des Königs, der wiederum eine Person seiner Umgebung – offensichtlich Löwenhjelms – zur Berichterstattung ins Außenministerium geschickt habe. Dort habe man sich völlig ablehnend gegen solche heimlich betriebenen Aktivitäten verhalten und Unverständnis darüber geäußert, wie ein Heeresattaché derartige Initiativen entfalten könnte. Würden derartige Versuche fortgesetzt, bestünde die Gefahr, daß dadurch Verhandlungen gestört würden. Das müßte eigentlich auch Erickson und Prinz Carl senior sowie den Personen in dessen Umgebung klar sein. Bagge habe daher im Interesse Japans davor gewarnt und sich dann erkundigt, ob aus Tōkyō schon irgendeine telegrafische Mitteilung in der Angelegenheit eingetroffen sei. Als Okamoto verneinte, habe der Schwede erwidert, er wünsche sehr, die wahren Absichten von Außenminister Tōgō kennenzulernen. Der Japaner habe seinen schwedischen Gesprächspartner gefragt, ob er auch schon mit den Amerikanern in Stockholm konferiert habe. Die Antwort habe gelautet, er habe nur den US-Gesandten getroffen und ihm lediglich seine Ansicht zur Lage mitgeteilt. Da er ca. zehn Jahre in Japan verbracht habe, sei er der Ansicht, als Freund seines ehemaligen Gastlandes vielleicht von Nutzen sein zu können. Er habe sich äußerst vorsichtig verhalten, und Okamoto könne völlig unbesorgt sein. In bezug auf Onodera bat der japanische Gesandte in seinem Telegramm an das Außenministerium dringend darum, unabhängig davon, ob dessen Aktivitäten auf Befehl zentraler Heeresstellen unternommen worden seien, diese Umtriebe zu unterbinden. Außerdem mahnte Okamoto eine Antwort auf sein Telegramm vom 10. Mai an<sup>85</sup>. Das japanische Außenministerium antwortete jedoch inhaltlich: Die Angelegenheit sei noch von dem vorigen Kabinett eingeleitet worden und bedürfe einer näheren Untersuchung<sup>86</sup>.

Tōgō war, wie vor ihm wohl auch Shigemitsu, offenbar der Ansicht gewesen, Schweden würde von sich aus die Initiative ergreifen, erkannte aber nun, daß Japan den Schritt würde unternehmen müssen, dazu aber innerlich zu uneins war und ohnehin den Weg über die UdSSR vorzog. Tōgō wies daher den Gesandten in Stockholm an, auf Bagges Vorschlag hin zunächst nichts zu unternehmen<sup>87</sup>.

Am 23. Mai trafen Okamoto und Bagge wieder zusammen. Der Japaner unterrichtete den Schweden über den Inhalt der erhaltenen Anweisung: Tōgō sei nicht unterrichtet, wieweit die Vorregierung in den Verhandlungen gegangen sei, und benötige für die durchzuführenden Untersuchungen noch einige Zeit<sup>88</sup>. Okamoto erhielt aus Tōkyō keinen einzigen Hinweis mehr in dieser Sache<sup>89</sup>.

<sup>85</sup> Tel. Okamotos Nr. 350, 17.5. 1945, in: Uchiyama, S. 31 f.; MDS, 25.6. 1945; SRDJ, S. 103550–53. Kürzer in Okamoto-Interrogations.

<sup>86</sup> Tel. Tōgōs an Okamoto, Nr. 120, 18.5. 1945, in: Gaimushō Gaikōshiryōkan [Archiv des Außenministeriums], Daitōa sensō kankei ikken [Angelegenheiten in Verbindung mit dem Großostasiatischen Krieg], Band A 7009–66; Okamotos Aufz. in: Gaimushō, Bd. I, S. 248 f.; Okamoto-Interrogations.

<sup>87</sup> Togo, S. 239 f.; Tōgōs Tel. 18.5. 1945 (wie Anm. 86); Okamotos Aufz. in: Gaimushō, Bd. I, S. 248 f.; Okamoto-Interrogations.

<sup>88</sup> Bagge in: IMTFE, S. 34563; Okamoto-Interrogations; Okamotos Aufz. in: Gaimushō, Bd. I, S. 249.

<sup>89</sup> Okamoto-Interrogations; Okamotos Aufz. in: Gaimushō, Bd. I, S. 249.

Bagge aber bemühte sich weiter darum, den Faden nicht abreißen zu lassen. Am 1. Juni übergab er dem Gesandten Okamoto ein Exemplar des Buches „What to do with Japan“ von Wilfried Fleisher. Dieser, ein amerikanischer Journalist, hatte vor dem Kriege eine englischsprachige Tageszeitung in Tōkyō herausgegeben und in freundschaftlichem Kontakt zu Grew gestanden. Bagge vertrat die Überzeugung, aus dem Buch seien die relativ milden Friedensbedingungen der USA ersichtlich, die auch eine Wahrung der Kaiserinstitution erlauben würden. Auf den Rat des Schweden hin telegraphierte Okamoto eine ausführliche Zusammenfassung des Inhalts an sein Außenministerium und vertrat die Ansicht, das Buch sei als Ausdruck der Urteile im amerikanischen Außenministerium zu betrachten, d.h. von Grew und dessen Untergebenen<sup>90</sup>.

### 5. Onoderas Eigenmächtigkeiten

Hiermit endeten Bagges Bemühungen um eine Friedensvermittlung. Heeresattaché Onodera hingegen setzte seine Versuche fort. Dessen Aktivitäten bekämpfte der Gesandte Okamoto entsprechend den Anweisungen seines Ministeriums und da er als Diplomat allergisch war gegen die permanenten „Einmischungsversuche“ von Militärs in die Außenpolitik. Noch in der Nachkriegszeit sollte unter Angehörigen des Außenministeriums starke Kritik an den „unverantwortlichen“ Versuchen Onoderas deutlich werden<sup>91</sup>.

In einem Telegramm vom 18. Juni 1945 beschwerte sich Okamoto, daß er auf seine Anfrage einen Monat zuvor noch immer keine Antwort aus Tōkyō erhalten habe. Er führte außerdem heftige Klage über Onodera, auf dessen „Machenschaften“ er die sich hartnäckig haltenden Friedensgerüchte zurückführte. Dieser bediene sich dazu nicht nur der Hilfe von Ausländern, darunter Ericksons, sondern auch eines Japaners in Stockholm – gemeint war offenbar Homma. Onodera sei extrem ehrgeizig, wolle allen Ruhm aus einem eventuellen Erfolg für sich verbuchen und betreibe daher die Ausschaltung des Außenministeriums. Der Heeresattaché habe schon früher versucht, ihn, Okamoto, und die Gesandtschaft insgesamt durch allerlei Intrigen in Mißkredit zu bringen. Zu diesen Versuchen zähle auch die Zusammenarbeit mit Vizeadmiral Abe Katsuo in Berlin und die von Onodera betriebene Ernennung Ōgis zum Marineattaché in Stockholm. Als eine der weiteren Unbotmäßigkeiten des Heeresattachés nannte Okamoto dessen wiederholte Behauptung, der diplomatische Code der Gesandtschaft sei entschlüsselt worden<sup>92</sup>. Die Alliierten aber lasen die Telegramme tatsächlich regelmäßig mit. Nur am Rande sei erwähnt, daß Onoderas Heerescode ebenfalls entschlüsselt worden war, ebenso wie der Marinecode.

<sup>90</sup> Tel. Okamotos Nr. 399, 4. 6. 1945, SRDJ, S. 102 014–019; Okamotos Aufz. in: Gaimushō, Bd. I, S. 249.

<sup>91</sup> Kase, S. 221.

<sup>92</sup> Tel. Okamotos Nr. 426, 18. 6. 1945, in: Uchiyama, S. 32f.; SRDJ, S. 103 363–366; MDS, 21. 6. 1945.

Okamoto scheint eng mit Fregattenkapitän Mishina Iori zusammengearbeitet zu haben, bis zur Ernennung Ôgis Marineattaché, ein Amt, das er de facto immer noch ausübte. Möglicherweise war dieser gekränkt, daß er hatte abgelöst und zum bloßen Berater herabgestuft werden sollen. Am 18. Juni, dem gleichen Tag, an dem Okamoto seine Beschwerden über Onodera an das Außenministerium sandte und offensichtlich mit dem Gesandten abgestimmt, telegraphierte Mishina an die Marineführung den Rat, Tôkyô solle aus gegebenem Anlaß an die Vertreter im Ausland eine strenge Warnung vor Friedensfählern senden<sup>93</sup>.

Auf diese Beschwerden hin informierte das japanische Außenministerium die Armee über die Vorgänge in Schweden. Onodera, der ohne Weisung aus Tôkyô gehandelt und daher auch nicht an die zentralen Heeresstellen berichtet hatte, erhielt ein auf den 24. Juni datiertes Telegramm des Stellvertretenden Generalstabschefs im Ton einer Rüge: Wie der Heeresattaché wisse, sei Japan entschlossen, den Krieg bis zum Sieg fortzusetzen. Trotzdem gebe es Berichte, wonach ein Japaner in offizieller Stellung in Stockholm Friedensversuche unternahme. Onodera wurde aufgefordert, diese Angelegenheit zu untersuchen und darüber zu berichten<sup>94</sup>. Er ließ das Telegramm jedoch unbeantwortet<sup>95</sup>.

Außenminister Tôgôs Antwort an Okamoto erging am 30. Juni: Er selbst habe die Minister und die Stabschefs von Heer wie Marine darauf aufmerksam gemacht, daß Friedensversuche durch die Vertreter im Ausland nicht geduldet werden könnten, und die militärische Führung sei völlig seiner Meinung. Man habe sich darauf geeinigt, daß deshalb an die verschiedenen Vertretungen Anweisungen erteilt würden, die mit einem Rundtelegramm (Nr. 501) bereits abgegangen seien. Wegen der von Okamoto am 18. Juni erwähnten Angelegenheit habe er besonders den Generalstabschef gewarnt, der geantwortet habe, es seien an die Attachés bereits entsprechende Anweisungen ergangen, doch höre er von diesem speziellen Fall zum ersten Mal. Er werde dem betreffenden Offizier eine strenge Verwarnung zukommen lassen<sup>96</sup>. Das war inzwischen bereits geschehen, wenn auch in abgemilderter Form.

Inzwischen hatte der ehemalige Premier und Außenminister Hirota Kôki wegen einer eventuellen Friedensvermittlung der UdSSR Unterredungen mit dem sowjetischen Botschafter Malik geführt, der dabei unter anderem die Frage gestellt hatte, ob es den Tatsachen entspreche, daß Japan und die USA in Schweden in Friedensgesprächen ständen. Hirota, der persönlich wohl keinerlei Kenntnisse von den Kontakten in Stockholm besaß, verneinte dies mit Nachdruck und versicherte, Japan würde selbstverständlich die UdSSR konsultieren, bevor es irgendwelche Verhandlungen aufnehme<sup>97</sup>.

<sup>93</sup> Tel. Mishinas 18. 6. 1945, in: MDS, 22. 6. 1945. Mishina hatte schon Ende Mai Friedensgerüchte gemeldet (Tel. Mishinas 29. 5. 1945, in: MDS, 6. 6. 1945).

<sup>94</sup> MDS, 27. 6. 1945; Onodera, S. 194; Onodera-Interview. Kase, S. 221, vermerkt diese Verwarnung Onoderas mit Befriedigung.

<sup>95</sup> Onodera, S. 194; Onodera-Interview.

<sup>96</sup> Tel. Tôgôs an Okamoto, Nr. 152, 30. 6. 1993, in: Uchiyama, S. 33; MDS, 11. 7. 1945. Das erwähnte Zirkular 501 vom 24. 5. 1945 in: SRDJ, S. 101 593–596.

<sup>97</sup> Gaimushô, Bd. I, S. 422.

Onodera, der fest mit einem sowjetischen Kriegseintritt rechnete, warnte seinen Generalstab vor dieser Politik, über die er nur gerüchteweise informiert war, und empfahl als Alternative den Weg über Schweden, für den er für alle Fälle die notwendigen Vorbereitungen treffe, so daß man sich z. B. der guten Dienste von Königshaus und schwedischen Militärs werde bedienen können<sup>98</sup>. Bagge kam für eine Zusammenarbeit nicht mehr in Frage, da er bereits auf seinen neuen Posten als schwedischer Gesandter in Ägypten abgereist war. Im Gegensatz zu Heeresattaché Onodera vertrat der Gesandte Okamoto die Ansicht, die massiven sowjetischen Truppenverlegungen in den Fernen Osten müßten nicht unbedingt einen Kriegseintritt der UdSSR bedeuten<sup>99</sup>.

Anfang Juli lud Onodera Prinz Carl junior zum Abendessen ein, der die US-Gesandtschaft darüber informierte und ihr anschließend einen Bericht über den Inhalt des Gespräches gab. Danach hatte Onodera erklärt, die Japaner wüßten, daß der Krieg verloren sei, und würden zur rechten Zeit direkten Kontakt zum König von Schweden aufnehmen. Das würde nicht durch den Gesandten geschehen, sondern durch ihn, den Heeresattaché, der von Kaiser und Regierung zur Eröffnung von Verhandlungen bevollmächtigt sei. Der König werde dann gebeten, sich deswegen an die Alliierten zu wenden. Mit Rücksicht auf die Position des Tennô werde der Kontakt in Schweden durch den Monarchen, Gustav V., selbst hergestellt werden müssen. Onodera habe betont, daß nur die Stellung des Kaisers nach der Kapitulation gewahrt werden müsse und keine weiteren Bedingungen gestellt würden. Er habe Carl jedoch aufgefordert, die Amerikaner noch nicht über das Gespräch zu unterrichten, da die Zeit noch nicht reif sei. Onodera habe außerdem den Wunsch geäußert, den Vater des Prinzen zu sprechen, erhielt aber die Antwort, dieser halte sich in Oslo auf und sei nicht bei guter Gesundheit. Der Inhalt der Pläne, die der Heeresattaché ausgebreitet habe, werde ihm aber zugeleitet und seine Antwort mitgeteilt werden<sup>100</sup>.

Das Telegramm des Gesandten Johnson über den Bericht des jungen Prinzen wurde durch Staatssekretär Grew dem neuen amerikanischen Außenminister Byrnes nachgesandt, der sich per Schiff auf dem Weg zur Potsdamer Konferenz befand. Vermutlich war dies die Information, auf die Präsident Truman sich bezog, als er Stalin bei einer Unterredung am 18. Juli mitteilte, die USA hätten ein Anzeichen aus Schweden bezüglich eines japanischen Friedensfühlers erhalten. Diese Benachrichtigung erfolgte im Gegenzug auf Stalins Angabe, Japan habe erkennen lassen, daß es über die UdSSR Friedenskontakte mit den Alliierten aufnehmen wolle<sup>101</sup>.

Um diese Zeit erkannte auch der Gesandte Okamoto in Stockholm endlich die Notwendigkeit einer Friedenssuche. Er gab zu, Japan habe die Stärke des Gegners erheblich unterschätzt und sich inzwischen praktisch die ganze Welt zum Feinde ge-

<sup>98</sup> Onodera, S. 202.

<sup>99</sup> Tel. Okamotos Nr. 445 und 453, 28. 6. und 4. 7. 1945, SRDJ, S. 104360–361, 104939.

<sup>100</sup> Tel. Johnsons an US-Außenminister, 6. 7. 1945, in: FRUS 1945, Bd. VI, S. 487 f.; FRUS 1945, The Conference of Berlin (The Potsdam Conference), 2 Bde., hier Bd. 2 (künftig: FRUS, Potsdam 2), S. 1589 f., Washington 1960.

<sup>101</sup> Aufzeichnung Bohlens, in: FRUS, Potsdam 2, S. 87, 1588.

macht. Daher ersuchte er seine Regierung, das Wohlergehen des Kaiserhauses und die Zukunft der Nation zu bedenken, und drängte, daß die japanische Diplomatie jede sich bietende Gelegenheit nutze, um einen Weg zur Rettung des Vaterlandes zu finden. Die Wahrscheinlichkeit eines Bruches zwischen der UdSSR und den angelsächsischen Mächten sei noch auf Jahre hinaus gering. Einige amerikanische Kreise hätten, bedingt durch eine gewisse Kriegsmüdigkeit, in letzter Zeit Bereitschaft angedeutet, die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation abzuschwächen, und mit einer britischen Zustimmung wäre zu rechnen. Sollte die UdSSR eine Bereitschaft zur Vermittlung erkennen lassen, täte Tōkyō gut daran, diesem Angebot zuzustimmen. Angesichts der Tatsache, daß die japanische Bevölkerung völlig mit der Idee indoktriniert sei, daß jeder Gedanke an Frieden unverzüglich als Defätismus zurückzuweisen sei, könnte die öffentliche Meinung sich aber als schweres Hindernis für eine Beilegung erweisen. Deshalb könnte es notwendig werden, den Tennō zu ersuchen, Schritte zu einer Lösung mit Hilfe einer kaiserlichen Verordnung zu ergreifen<sup>102</sup>.

Wenige Tage später wurde die Potsdamer Erklärung abgegeben, in der die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation wiederholt wurde. Sie stellte jedoch eine milde und gerechte Behandlung Japans in Aussicht. Im Gegensatz zu dem Gesandten Okamoto blieb Marineattaché Mishina der harten Linie treu. Noch am 2. August richtete er eine telegrafische Aufforderung an Tōkyō, den Krieg fortzusetzen. Wenn Japan weitere sechs Monate durchhalte und einen amerikanischen Invasionsversuch abwehre, würden die Voraussetzungen für einen Friedensschluß zu günstigeren Bedingungen geschaffen<sup>103</sup>.

#### 6. Die Kriegsbeendigung und die japanisch-schwedischen Kontakte

Am 10. August, nach dem Abwurf der Atombombe auf Hiroshima, dem sowjetischen Kriegseintritt und dem nuklearen Angriff auf Nagasaki traf bei Onodera ein Telegramm des Generalstabschefs ein: Die Lage habe sich durch den Kriegseintritt der UdSSR schlagartig verändert. Die kaiserlichen Streitkräfte betrachteten die Wahrung der nationalen Eigenart (kokutai) – d. h. der auf dem Tennō basierenden Staatsform – als höchstes Ziel und seien entschlossen, bis zum letzten Mann dafür zu kämpfen. Es wurde aber klargestellt, daß Japan zur Kapitulation bereit sei, wenn die Alliierten den Fortbestand der Monarchie zusichern würden. Wie Onodera wisse, habe die Regierung diplomatische Verhandlungen zur Annahme der Potsdamer Erklärung eingeleitet. Man wünsche, daß er auf diese Umstände Rücksicht nehme und das Bestmögliche auf seinem Posten gebe<sup>104</sup>. Am gleichen Tag erhielt der Gesandte

<sup>102</sup> Okamotos Tel. Nr. 489, 21. 7. 1945, in: Uchiyama, S. 38 f., SRDJ, S. 106 699–704; MDS, 23. 7. 1945. Im gleichen Tenor auch Tel. Nr. 490, 21. 7. 1945, in: SRDJ, S. 107 697–699.

<sup>103</sup> MDS, 8. 8. 1945.

<sup>104</sup> Onodera, S. 202 f.

Okamoto die Anweisung, die Kapitulation an England und die UdSSR übermitteln zu lassen; über die Schweiz würde sie an die USA und China weitergeleitet. Auch hierin fanden sich die genannten Einschränkungen<sup>105</sup>. Die Mächte der Gegenseite aber forderten eine bedingungslose Annahme der Potsdamer Erklärung, so daß wieder ein innerjapanisches Tauziehen stattfand.

Onodera nahm unverzüglich Kontakt zu Prinz Carl junior auf, der deshalb am späten Abend des 12. 8. von einem Ferienaufenthalt in Südschweden nach Stockholm zurückkehrte. Der Heeresattaché teilte ihm mit, Japan habe sich endlich zur Kapitulation entschlossen und sehe nur die Bedingung als wesentlich an, daß die Kaiserinstitution erhalten werde. Er bat seinen Gesprächspartner inständig, auf den König einzuwirken, damit dieser sich bei dem britischen Monarchen für diesen Wunsch einsetze. Carl erklärte sich sofort dazu bereit, und Onodera konnte dem Generalstab schon kurz darauf die Zustimmung des Monarchen mitteilen<sup>106</sup>. Prinz Carl unterrichtete auch den amerikanischen Gesandten über die geführte Unterredung, äußerte aber gewisse Zweifel, ob Onodera wirklich Weisungen aus Tōkyō befolgt oder aber nur seine privaten Ansichten mitgeteilt habe<sup>107</sup>.

Um 23 Uhr des 14. August sandte Außenminister Tōgō an seine Gesandten in der Schweiz und in Schweden gleichlautende Telegramme zur Weiterleitung an die USA, England, die UdSSR und China. Darin akzeptierte Japan die Potsdamer Erklärung<sup>108</sup>. Die gemeinsame Antwort des Stellvertretenden Generalstabschefs und des Vizeheeresministers auf Onoderas Telegramm über die Unterredung mit Carl verzögerte sich wegen des komplizierten Entscheidungsprozesses in Japan bis zum 15. August – also dem Tag der japanischen Kapitulation – und lautete, man bitte darum, das Gefühl des japanischen Volkes in Hinblick auf die Würde des Kaisers und die Wahrung der nationalen Eigenart zu erklären und die Aktionen zu beschleunigen, um den Einfluß des schwedischen Königshauses zugunsten einer fairen Haltung der Welt gegenüber Japan zu erreichen. Als das Telegramm am 16. August in Stockholm eintraf, verbrannte Onodera die Codebücher und sämtliche Dokumente in seinem Attachébüro<sup>109</sup>. Sein letztes Telegramm an den Generalstab, abgesandt am 17. August, lautete folgendermaßen: „Das schwedische Königshaus wird sich für den Erhalt des Kaisersystems und Japans nationaler Eigenart einsetzen. Darüber bin ich als Japaner sehr bewegt. Meine Verbindungsleute zum König sind sein jüngerer Bruder Carl, Präsident des schwedischen Roten Kreuzes, und dessen ältester Sohn Carl. Ich werde mich sehr bemühen, Ihre Weisung auszuführen und dem japanischen Militär diesen letzten Dienst zu erweisen“<sup>110</sup>.

<sup>105</sup> Tel. Tōgōs an Okamoto, Nr. 647, 10. 8. 1945, in: Gaimushō, Bd. II, S. 603.

<sup>106</sup> Onodera, S. 203 f.; Onoderas Telegramm Nr. 589, 13. 8. 1945, an Stellvertretenden Generalstabschef, Text in: Uchiyama, S. 39 f.

<sup>107</sup> Tel. Johnsons an Außenminister, 13. 8. 1945, in: FRUS 1945, Bd. VI, S. 654 f.

<sup>108</sup> Gaimushō, Bd. II, S. 713–719.

<sup>109</sup> Onodera, S. 203 f. Tel von Vizeheeresminister und Vizegeneralstabschef Nr. 71, 15. 8. 1945, Text in: Uchiyama, S. 40.

<sup>110</sup> Onoderas Telegramm an den Vizegeneralstabschef Nr. 591, 17. 8. 1945, Text in: Ebenda.

Am 31. Oktober 1945 sandte der neue Außenminister Yoshida die Weisung an die Gesandtschaft in Stockholm, die Arbeit der diplomatischen Vertretung einzustellen<sup>111</sup>. Am folgenden Tag erschienen Beamte der USA, Großbritanniens sowie der UdSSR und versiegelten in Anwesenheit von Beamten des schwedischen Außenministeriums die japanischen Büros, einschließlich derer von Heeres- und Marineattaché<sup>112</sup>. Wenig später begann die Repatriierung<sup>113</sup>.

Weder die Bagge-Mission noch Onoderas Versuche hatten direkten Einfluß auf die Kriegsbeendigung. Ähnliches läßt sich über die in der Schweiz, im Vatikan und in anderen Ländern geknüpften Kontakte sagen. Der Grund dafür lag zum Teil darin, daß Tōgō – und die politisch-militärische Führungsschicht insgesamt – der Ansicht war, nur über die UdSSR eine Kapitulation erreichen zu können, die nicht bedingungslos wäre. Schweden hatte aber die von Anfang an gemachten Einschränkungen weitergegeben, daß aus japanischer Sicht die Kaiserinstitution und die nationale Eigenart Japans gewahrt werden mußten, wenn man einen Kampf bis zum letzten Mann vermeiden wolle<sup>114</sup>. Das gleiche galt für die Japaner, die an den Kontakten in der Schweiz und anderswo beteiligt waren. Zumindest dienten diese Informationen den Alliierten dazu, sich ein Meinungsbild zu erstellen und auf die Existenz kompromißbereiter Strömungen aufmerksam zu werden. Die USA konnten sich auf diese „Bedingungen“ einstellen und zumindest andeutungsweise eine schonende Behandlung von Tennō und Kaiserinstitution in Aussicht stellen. Staatssekretär Joseph Grew, der die aus Schweden und der Schweiz erhaltenen Informationen nachweislich kannte, hatte sogar ab Ende Mai 1945 auf eine offene Garantie gedrängt, ohne sich jedoch durchsetzen zu können<sup>115</sup>. Auf jeden Fall aber konnte Japan bei seiner Kapitulation so gut wie sicher sein, daß die Monarchie weiterbestehen werde.

<sup>111</sup> Tel. Yoshidas Nr. 851, 31. 10. 1945, SRDJ, S. 112589–591.

<sup>112</sup> Tel. Okamotos an Yoshida, o. Nr., 1. 11. 1945, in: Ebenda, S. 112602.

<sup>113</sup> Onodera, S. 13–34.

<sup>114</sup> Dazu auch Ena in: Bernadotte, S. 248f.; Woodward, S. 507.

<sup>115</sup> Grew, S. 1421–1437.

## Diskussion

ANDREAS WIRSCHING

### „STALINISIERUNG“ ODER ENTIDEOLOGISIERTE „NISCHENGESELLSCHAFT“?

Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD  
in der Weimarer Republik

#### I.

Sieben Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR überrascht es nicht, wenn die Geschichte der KPD in neuer Weise erforscht und auf den Prüfstand gestellt wird. Vormalig weitgehend unzugängliche Archive wie das Historische Archiv der KPD haben sich der Forschung geöffnet. Die Geschichtsschreibung über die KPD braucht heute nicht mehr zur Herrschaftslegitimation einer Nomenklatura bemüht zu werden, und zugleich ist auch der Schrecken geschwunden, den kommunistische Regime auf nicht wenige ausgeübt haben: Zweifellos ist der Gegenstand in das Stadium seiner definitiven Historisierung eingetreten; die Geschichte des Kommunismus ist beendet.

Nun wird die Historisierung des Gegenstandes zunächst die Pluralisierung der methodischen Ansätze, der empirischen Befunde und der vorgelegten Interpretationen bewirken. Während im östlichen Teil Deutschlands die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit auch die erstmals kritische Aneignung der KPD-Geschichte impliziert<sup>1</sup>, werden zugleich alte Einsichten der westlichen Forschung hinterfragt und neu diskutiert werden. Neben der Vielzahl von Einzelforschungen, insbesondere zur Lokalgeschichte, die in der alten Bundesrepublik erschienen sind, ist das westliche Bild von der KPD entscheidend durch die Arbeiten Ossip K. Flechtheims<sup>2</sup> und Hermann Webers geprägt worden. Webers Grundthese, die er v. a. in seinem opus magnum von 1969 ausführte, geht von einer grundlegenden „Wandlung des deutschen Kommunismus“ aus<sup>3</sup>. Demzufolge kam es seit 1924, im Schatten der „Oktoberniederlage“, zu einer straffen Disziplinierung der KPD, die innerhalb von fünf Jahren in eine zentralisierte und bürokratisierte Herrschaft des Apparates mündete. Parallel dazu gerieten dieser Apparat und mit ihm die Partei in immer größere, schließlich totale Abhängigkeit von der Komintern und da-

<sup>1</sup> Siehe z. B. Kurt Finker, KPD und Antifaschismus 1929 bis 1934, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 41 (1993), S. 385–398.

<sup>2</sup> Siehe Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, zuerst 1948, Neuausgabe Hannover 1986.

<sup>3</sup> Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969.

VfZ 45 (1997)

© Oldenbourg 1997

mit von der Sowjetunion. Am Ende dieses Prozesses, von Weber „Stalinisierung“ genannt, stand eine disziplinierte revolutionäre Kaderpartei „neuen Typs“, von den einen enthusiastisch begrüßt, von den anderen als totalitäre Entartung abgelehnt.

In doppelter Hinsicht stellte Weber die „Stalinisierung“ der KPD in eine kritische Perspektive: Zum einen habe erst sie die „ultralinke“ Wendung der KPD von 1928/29 ermöglicht<sup>4</sup>. Die mit ihr einhergehende Unterschätzung des Nationalsozialismus und die Definition der SPD als „sozialfaschistischer“ „Hauptfeind“ hätten maßgeblich zum Untergang der Weimarer Republik beigetragen<sup>5</sup>. Zum anderen aber habe die „Stalinisierung“ zwei andere Potentiale des frühen deutschen Kommunismus verschüttet: den „revolutionären“ Kommunismus radikal-utopistischer Prägung, wie ihn etwa Karl Liebknecht repräsentierte; vor allem aber den „demokratischen“ Kommunismus, verkörpert in der Gründungsfigur Rosa Luxemburg. In der Frühzeit der KPD dominierend, habe letzterer ein erhebliches Entwicklungspotential besessen und sei erst in der Auseinandersetzung mit dem „bürokratisch-diktatorischen“ Kommunismus unterlegen<sup>6</sup>.

Es ist das große und bleibende Verdienst Webers, den Prozeß der „Stalinisierung“ eingehend untersucht und gültig dargestellt zu haben. Dies gilt in organisationsgeschichtlicher ebenso wie in prosopographischer Hinsicht. Es gelang Weber, die subtilen Mechanismen präzise herauszuarbeiten, mit welchen die Komintern die Entwicklung der KPD einflußte, schließlich beherrschte, und mit denen der Parteiapparat seinerseits zur Säuberung der Mitgliedschaft schritt. Mit seiner „Wandlung des deutschen Kommunismus“ hatte Weber der Geschichte der KPD eine bleibende wissenschaftliche Grundlage verliehen.

Um so mehr läßt eine jüngst vorgelegte Arbeit aufhorchen, die sich über weite Strecken wie ein Generalangriff auf Webers Thesen liest, ja teilweise nachgerade das Profil eines „Anti-Weber“ zur Schau stellt. Klaus-Michael Mallmanns umfangreiche Studie über „Kommunisten in der Weimarer Republik“<sup>7</sup> versteht sich in erster Linie als eine „Sozialgeschichte“ der KPD. Zunächst einmal wäre damit ein Untersuchungsfeld abgesteckt, das grundsätzlich Neuland verspricht. Denn tatsächlich ist die Erforschung der sozialen Basis der Weimarer KPD, zumal unter Hinzuziehung der neu zugänglichen Quellenbestände, längst nicht abgeschlossen. Wir wissen noch zuwenig über berufliche Qualifikation und Altersschichtung, über Fluktuation und weltanschauliche Vorprägung der Mitgliederschaft. Wir wissen nicht viel über das soziale Innenleben der KPD, über Arbeits- und Lebenswelt, über Konsum- und Freizeitverhalten, kurz: über das „Milieu“ der „einfachen“ Parteimitglieder. Auf alle diese Fragen verspricht Mallmann weiterführende Antworten und neue Forschungsergebnisse, gleichsam eine KPD-Geschichte „von unten“. Doch geht sein Anspruch darüber hinaus: Mallmann will vor allem eine „sozialgeschicht-

<sup>4</sup> Ebenda, S. 13.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 239ff.; Hermann Weber, Einleitung zu: Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933, eingeleitet u. bearb. v. Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler, Düsseldorf 1981. Nachdruck der Einleitung u. d. T.: Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929–1933, Düsseldorf 1982.

<sup>6</sup> Siehe Hermann Webers Einleitung in: Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, hrsg. v. Hermann Weber, Frankfurt a. M. 1969, S. 48; Weber, Wandlung, Bd. I, S. 13 f.

<sup>7</sup> Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996. In Kurzform finden sich Mallmanns Thesen in ders., Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, in: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), S. 5–31.

lich obsoleter Vorstellung“ destruieren, „die Realgeschichte mit Programmgeschichte verwechselt“<sup>8</sup>. Damit ist nichts anderes als Webers „Stalinisierungs“-Paradigma gemeint. Indem es die Mitglieder der Basis als handelnde Subjekte ausblende, orientiere sich dieses Modell „ausschließlich am programmatischen Imperativ der Führung“, sei lediglich „von oben“ gedacht und verharre auf der bloßen „Behauptungsebene“<sup>9</sup>.

Mallmann entfaltet hiermit einen für das Verständnis der Weimarer KPD zentralen Fragehorizont, der keineswegs als erforscht gelten kann. Denn wie gestaltete sich das Verhältnis zwischen Parteiführung und Basis im Konkreten? Welche Durchschlagskraft besaßen die ideologischen Vorgaben aus Moskau und aus dem ZK „vor Ort“ tatsächlich, und welche lokalen Unterschiede lassen sich diesbezüglich feststellen? Welche konkurrierenden politisch-ideologischen Optionen wirkten an der „Basis“ fort? Welche „Resistenzpotentiale“ überlebten die verschiedenen taktischen Schwenks und ideologischen Umorientierungen? Dies sind wichtige und spannende Fragen, die der näheren Untersuchung zweifellos harren.

Gegen die These von der Stalinisierung betont Mallmann den gemeinsamen Ursprung von KPD und SPD in der Sozialdemokratie des wilhelminischen Kaiserreiches; dieser gemeinsame Ursprung habe längerfristige Folgen für den Charakter der Weimarer KPD gehabt als von der Forschung bislang gesehen. Vor allem in sozialer Hinsicht seien die Mitglieder beider Arbeiterparteien mehrheitlich noch in verschiedenen Formen „linksproletarischer Milieus“ verwurzelt geblieben<sup>10</sup>. Solche links-proletarischen Milieus hätten die Anhänger beider Arbeiterparteien umfaßt; sie ruhten auf der überkommenen, negativ integrierten sozialdemokratischen „Nischengesellschaft“ des Kaiserreiches und verfügten über einen großen Fundus an traditionellen Gemeinsamkeiten mit hoher lebensweltlich-alltäglicher Relevanz. Allein die Verwurzelung, das sich „Einnisten“<sup>11</sup> in diesem „Milieu“ bot, so Mallmann, für die große Masse der kommunistischen Parteibasis den einzig gangbaren Ausweg aus dem strukturellen Dilemma, in welchem sich die KPD als „revolutionäre Partei in nichtrevolutionärer Zeit“ dauerhaft befand. Die durchgehende lebensweltliche Einbindung der einfachen Parteimitglieder in traditionelle proletarische Institutionen und „Netzwerke“, in Milieu- und Kommunikationszusammenhänge habe indes die Kommunisten an der Basis in stete Berührung mit Sozialdemokraten gebracht. Dies habe sie zu einer Politik bestimmt, die sich an den eigenen Interessen orientierte, und sie daher strukturell für eine Haltung prädisponiert, die in den Augen der Parteibürokratie als „opportunistisch“ verfehlt war. Entsprechend wirkungslos war in den Augen Mallmanns die ideologische „Generallinie“ der Führungskader, und hier setzt seine vehemente Polemik gegen die bestehende Kommunismus-Forschung ein: Diese habe das Phänomen in unzulässiger Weise „reduziert“, indem sie statt der Realgeschichte die Programmgeschichte untersuchte und eine monolithische Parteistruktur suggeriert habe, die nie existierte. Mallmann polemisiert gegen die „Stalinisierungs“-Orthodoxie“, welche „eine propagandistische Attitüde mit der Wirklichkeit“ verwechsle, „eine Behauptung ohne konkrete Untersuchung in Realität“ umdeute und „jedem ‚Parteibefehl‘ Geschichtsmächtigkeit und Durchschlagskraft“ unterstelle<sup>12</sup>. Tatsächlich sei die „programmatische Wunsch- und

<sup>8</sup> Mallmann, *Kommunisten*, S. 3.

<sup>9</sup> Ebenda.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 15.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 19.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 72.

Wahnvorstellung der Avantgarde“ solange „ein Stück Papier“ geblieben, wie die Mitgliederschaft, d. h. das „Milieu“, ihr in der Praxis nicht zustimmte<sup>13</sup>. Und eben dies, so sucht Mallmann durchgängig nachzuweisen, sei im Grunde höchst selten der Fall gewesen. „Was soll ich machen, die Gen[ossen] gehorchen mir nicht. Neulich habe ich einem befohlen, das und das zu tun, worauf mir der Gen[osse] antwortete: ‚Du hast mir gar nichts zu sagen‘ und haute mir eins in die Fresse.“<sup>14</sup> Diese Äußerung eines hauptamtlichen Instrukteurs aus dem KPD-Bezirk Ostpreußen vom Herbst 1932 gibt, cum grano salis gesprochen, die Quintessenz der Thesen Mallmanns über die KPD in der Weimarer Republik wieder.

„Avantgarde“, d. h. der Funktionärsapparat, und „Milieu“, d. h. die mit einer „relativen Autonomie“ versehene Parteibasis, sind die beiden Pole, zwischen denen Mallmann die Geschichte der KPD oszillieren sieht. Dabei macht er kein Hehl daraus, daß er das „Milieu“ als den historisch relevanteren Bereich betrachtet, als die eigentliche „Realgeschichte“, die der traditionell überbewerteten „Programmgeschichte“ entgegengestellt werden müsse. Eine wesentliche Absicht des Buches ist es daher, Realität und Evidenz der erwähnten „links-proletarischen“ Milieus als des Wurzelbodens der kommunistischen Parteibasis zu erweisen. Unter diesem Aspekt bietet das Buch viele interessante und z. T. auch weiterführende Einsichten. Mallmann gibt einen nützlichen Überblick über die quantitative Entwicklung und die soziale Struktur der Mitgliederschaft. Angereichert durch eigene Forschungen zur KPD im Saargebiet und unter Auswertung zeitgenössischer kommunistischer Quellen sowie der breit gestreuten lokalgeschichtlichen Literatur, entsteht hier das Bild einer sozial homogenen, überwiegend gut qualifizierten proletarischen Mitgliederschaft mit einem zumindest bis 1929 erheblichen Maß an Kontinuität und Tradition. Zu Recht betont Mallmann das hohe Qualifikationsniveau der frühen KPD-Mitgliederschaft, das sich nicht kategorial von demjenigen der SPD-Anhänger unterschied und vor der Weltwirtschaftskrise bisweilen nachgerade den Charakter eines „Facharbeiterkommunismus“ annahm<sup>15</sup>. Mallmann relativiert mit bedenkenswerten Argumenten die landläufige Vorstellung, es habe sich bei der KPD primär um eine Partei der Jugend gehandelt, und weist nach, daß die Partei gerade in der Nachwuchsrekrutierung große Probleme hatte<sup>16</sup>. Überzeugend ist Mallmanns These, daß die KPD ein politisch-sozialer Ausdruck der spezifischen Erfahrung zweier Generationen war: der eigentlichen Frontkämpfergeneration, für die das Weltkriegserlebnis die zentrale Erfahrungsreferenz blieb, und der um 1900 geborenen Alterskohorte, jener „Jahrhundertgeneration“ also, die in der „vaterlosen Gesellschaft“ des Weltkrieges aufwuchs und nach 1918 vor einem überfüllten Arbeitsmarkt stand<sup>17</sup>. Neben dem Weltkrieg bildete demzufolge die industrielle Modernisierungs- und Rationalisierungsbewegung der zwanziger Jahre für die kommunistische Mitgliederschaft ein entscheidendes Trauma<sup>18</sup>. Alles dies, und auch was Mallmann z. B. über die (überwiegend patriarchalischen) Geschlechterbeziehungen unter

<sup>13</sup> Ebenda, S. 73.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 153.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 97. Allerdings sind diese Einsichten nicht neu. Vgl. ähnlich schon Flechtheim, KPD, S. 316; zusammenfassend Heinrich August Winkler, *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*, Bonn/Berlin 1985, S. 445 ff.

<sup>16</sup> Mallmann, *Kommunisten*, S. 182 ff. über den KJVD.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 106 ff.

<sup>18</sup> Ebenda, S. 111.

Kommunisten<sup>19</sup> oder über das „Debakel der Betriebszellen“<sup>20</sup> schreibt, ist zum geringeren Teil wirklich neu; aber nirgends konnte man bisher so viele Informationen in solch konziser Präsentation zum Sozialprofil der Weimarer KPD nachlesen.

## II.

Es wäre also eine begrüßenswerte Neuerscheinung anzukündigen, wenn dieselbe nicht einige gravierende Schwächen aufwiese, die unangenehm mit ihrem überaus hohen Anspruch kontrastieren, ihre positiven Aspekte zu entwerten drohen und letztlich in die Irre führen. Dies gilt in analytischer (1), methodischer (2) und in interpretatorischer (3) Hinsicht.

1. *Analytisch*: Es ist für Mallmanns These konstitutiv, die Existenz von „Milieus“ nachzuweisen, welche die „Realgeschichte“ der KPD bestimmten und der Basis einen ausreichenden Aktionsraum, eine weitgehend entpolitisierte „Nische“ boten, um gegenüber dem ideologischen Programmanspruch der „Avantgarde“ ihre „relative Autonomie“ zu bewahren. Bereits die Konstituierung dieses Untersuchungsgegenstandes ist jedoch nicht frei von Widersprüchen. So betont Mallmann mehrfach, daß die von ihm gemeinten Milieus zumindest in Form von Überhängen aus der wilhelminischen Arbeiterbewegung stammten; gleichwohl will er den von Lepsius eingeführten und analysierten Begriff des „sozialdemokratischen“ bzw. „sozialistischen“ Milieus nicht verwenden, „da durch eine Beibehaltung des Terminus zu sehr die Kontinuität, zu wenig das Neue dieses Phänomens betont, aber auch allzuleicht sozialdemokratische Dominanz suggeriert würde“. Keinesfalls aber handelt es sich um genuin kommunistische Milieus, denn dies würde der erklärten Absicht zuwiderlaufen, „forschungsstrategisch offenzubleiben für die Chance gemeinsamer Milieukontexte von Kommunisten und Sozialdemokraten“<sup>21</sup>.

Der von Mallmann daher gewählte Begriff der „links-proletarischen“ Milieus<sup>22</sup> bleibt jedoch ein schemenhaftes Gebilde. Dies liegt vor allem daran, daß Mallmann analytisch seinen eigenen Ansprüchen nicht gerecht wird: So betont er selbst, daß die durch den Milieubegriff aufgeworfenen Fragen nur durch regionale und lokale Detailstudien exemplarisch untersucht und beantwortet werden können<sup>23</sup>. Nur so ließen sich denn auch die von ihm als Idealtypen deklarierten „vier Grundformen des Zusammenhangs zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten“ empirisch untermauern. Im einzelnen handelt es sich dabei erstens um die genannten „links-proletarischen Milieus“, zweitens um „Milieus auf niedriger aggregiertem Niveau“, ein „linkes Lager“, in dem die bestehende „Balance zwischen Distanz und Kooperation“ immer wieder durch den Kampf um die gemeinsame Wählerklientel aus dem Gleichgewicht geriet. Drittens verweist Mallmann auf die „Herauskrystallisierung (sub)lokaler Hochburgen der SPD bzw. der KPD, in denen die jeweils andere Partei lediglich ein Schattendasein . . . führte“; möglich waren viertens „aber auch Milieuverdichtungen als verinselte Ausnahmerecheinungen innerhalb von gesellschaftli-

<sup>19</sup> Ebenda, S. 131 ff.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 306 ff.

<sup>21</sup> Alle Zitate ebenda, S. 15.

<sup>22</sup> Ebenda.

<sup>23</sup> Ebenda.: Die Milieukonzeption erfordere „in ihrer komplexen, mehrdimensionalen Struktur . . . ein mikroanalytisches Verfahren“. Vgl. ders., Milieu, S. 23.

chen Kontexten, deren politische ‚Großwetterlage‘ von ressentimentgeladener Zerrüttung oder gar haßerfüllter Kontaktlosigkeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gekennzeichnet war“<sup>24</sup>. Es wäre nun einiges gewonnen, wenn Mallmann diese „Idealtypen“ systematisch im Max Weberschen Sinne als analytische Instrumente zur empirischen Messung der Wirklichkeit angewendet hätte. Aber gerade diesem Anspruch wird er, von einigen erhellenden Ausführungen zum Saarland abgesehen, nicht gerecht. Vielmehr abstrahiert Mallmann über weite Strecken und in nicht unproblematischer Weise von den Ergebnissen einer verstreuten und disparaten lokalgeschichtlichen Literatur. Von der Mikroebene geht er meist allzu unkontrolliert auf die Makroebene und konstruiert somit denn doch den Idealtyp eines quasi nationalen „Milieus“, den er in der Einleitung ablehnt (S. 15), faktisch jedoch zum „realgeschichtlichen“ Kontrapunkt zur „Avantgarde“ erhebt.

Indes liegen die von Mallmann favorisierten „links-proletarischen“ Milieus auch quer zu dem eigentlichen Untersuchungsgegenstand der Arbeit, nämlich den Kommunisten. Zwar kann Mallmann sehr plausibel machen, daß zumindest bis 1928/29 die sozialen Unterschiede zwischen Kommunisten, Linksozialisten und Sozialdemokraten verhältnismäßig gering waren. Aber der Begriff des Milieus erschöpft sich eben nicht in sozialer Lagerung und Klassenzugehörigkeit. Er meint, wie Mallmann im Anschluß an Lepsius selbst schreibt, „eine soziale Einheit, in der wirtschaftliche Interessen, kulturelle Orientierungen und politische Ansprüche in ein labiles Gleichgewichtsverhältnis eingebunden sind“<sup>25</sup>. Die Kardinalfrage ist also, inwieweit die Führung einer explizit kommunistischen Existenz innerhalb eines weitgefaßten (links-)proletarischen Milieus auf Dauer möglich war. Oder steht nicht zu erwarten, daß die exklusiven kulturellen und ideologischen Deutungsmuster, die der Kommunismus beanspruchte, letztlich aus den traditionellen Arbeitermilieus hinausdrängten, bzw. in ihnen zur Abschottung tendierten?

Mallmann verzichtet darauf, diese Fragen systematisch zu diskutieren. Vielmehr geht er von einer fortbestehenden Bindekraft der „links-proletarischen“ Milieus als mehr oder minder vorgegebener Tatsache aus. Dies führt allerdings zu analytischen Widersprüchen. Besonders augenfällig wird dies z. B., wenn Mallmann das Resistenzpotential und die „relative Autonomie“ behandelt, welche die einfachen Mitglieder im „Milieu“ gegen die Disziplinierungsversuche der „Avantgarde“ an den Tag legten. Als Beleg hierfür weist Mallmann z. B. mehrfach auf protestbedingte Parteiaustritte einzelner oder ganze Austrittswellen an der Basis hin<sup>26</sup>. Dabei gerät freilich außer acht, daß ausgetretene oder ausgeschlossene Mitglieder zwar möglicherweise fortführen, einem bestimmten „links-proletarischen“ Milieu anzugehören, dann aber eben *nicht* mehr Kommunisten waren. Es ist ohne weiteres einsichtig, daß die Verwurzelung im Milieu die Freiheit bot, sich gegen den Kommunismus zu entscheiden; wie es aber möglich war, fortbestehende Milieuverwurzelung und kommunistische Identität *dauerhaft* miteinander zu verbinden, kann Mallmann nicht stringent nachweisen. Im Gegenteil, dort wo seine Milieu-Analyse empirisch geschärfte Konturen gewinnt, in den Abschnitten, die der saarländischen KPD ge-

<sup>24</sup> Alle Zitate Mallmann, *Kommunisten*, S. 386. Vgl. ders., *Milieu*, S. 23 f.

<sup>25</sup> Mallmann, *Kommunisten*, S. 9. Vgl. M. Rainer Lepsius, *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: Ders., *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1993, S. 25–50, hier S. 37 f.

<sup>26</sup> Z. B. Mallmann, *Kommunisten*, S. 75, 77, 158, 160, 357 f.

widmet sind, scheint der geradezu gegenläufige Trend dominiert zu haben. Hier erfahren wir von „links-proletarische[n] Milieuzusammenhänge[n]“, wo sich Heiratskreise und Beziehungen unter *Gleichgesinnten* konstituierten. Hier kristallisierten sich kommunistische „Milieukerne“ mit familialen Wagenburgen heraus: „Derartige mehrgenerationelle kommunistische Großfamilien, in denen nicht nur der Mann, sondern auch dessen Brüder, die Ehefrau, oft auch der Großvater der Partei, die Enkel dem Jugendverband angehörten, lassen sich etwa im Saargebiet stringent in allen größeren Orten nachweisen.“<sup>27</sup> Offensichtlich brachte hier das Bekenntnis zur kommunistischen Identität eben doch so etwas wie ein *kommunistisches* Milieu hervor, das dann aber nicht mehr deckungsgleich sein konnte mit den von Mallmann identifizierten „links-proletarischen“ Milieus. Einer solchen Entwicklung entspricht auch Mallmanns eigene, zweifellos zutreffende Feststellung, daß sich nach 1929, in der Phase verstärkter Mitgliederfluktuation, „ein stabiler, wenn auch im Umfang erstaunlich geringer Parteikern [entwickelte], auf den ... alle Merkmale milieumäßiger Vernetzung zutrafen“<sup>28</sup>. Sollte man daher nicht eher konkret von einem „kommunistischen“ als vage von einem „links-proletarischen“ Milieu sprechen, dann freilich unter Preisgabe der „Chance gemeinsamer Milieukontexte von Kommunisten und Sozialdemokraten“?

Daß die Aufrechterhaltung kommunistischer Identität im „Milieu“ zur exklusiven Abschließung tendierte, zeigt sich schließlich auch auf jenem Gebiet, wo sich die partielle Einheit eines geschlossenen proletarischen Milieus noch am ehesten nachweisen läßt: in den sozialistischen Vorkriegsorganisationen. Einerseits ein Erbe der „negativen Integration“ der Vorkriegssozialdemokratie, erfuhren andererseits die milieuspezifischen Vereine nach 1918 zunächst noch einen erheblichen Aufschwung<sup>29</sup>. Vor 1928/29 waren Spaltung und Gründung eigenständiger kommunistisch beherrschter Verbände die Ausnahme<sup>30</sup>. In der Mehrzahl der sozialistischen Vorkriegsorganisationen waren dagegen zunächst neben Sozialdemokraten auch Kommunisten vertreten<sup>31</sup>. Zwar ist dies für Mallmann ein zentrales Argument für seine „Milieu“-These<sup>32</sup>; doch muß es in mehrfacher Hinsicht entscheidend relativiert werden: So ist der häufig instrumentale Charakter zu bedenken, den die Mit-

<sup>27</sup> Ebenda, S. 135, hier auch die anderen Zitate.

<sup>28</sup> Ebenda, S. 93.

<sup>29</sup> Dies ist das Ergebnis des Göttinger Forschungsprojektes „Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik“. Zusammenfassend: Peter Lösche/Franz Walter, *Zwischen Expansion und Krise. Das sozialdemokratische Arbeitermilieu*, in: Dedef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik*, Opladen 1990, S. 161–187; weitgehend identisch: Peter Lösche/Franz Walter, *Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidarisch-gemeinschaftlicher Höhepunkt?*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 15 (1989), S. 511–536.

<sup>30</sup> Eigenständige kommunistische „Massenorganisationen“ stellten der Rote Frontkämpferbund, die Rote Hilfe und die Internationale Arbeiterhilfe dar. Daneben gab es kleinere Abspaltungen wie den „Proletarischen Gesundheitsdienst“ (Abspaltung vom Arbeiter-Samariter-Bund), deren Lebensfähigkeit jedoch begrenzt blieb. Zum Proletarischen Gesundheitsdienst siehe Hartmann Wunderer, *Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890–1933)*, Frankfurt a. M. 1980, S. 84 ff., S. 117 f.

<sup>31</sup> Dies gilt, obwohl die Quellen meist nur fragmentarisch über die Parteizugehörigkeit der jeweiligen Vereinsmitglieder informieren.

<sup>32</sup> Mallmann, *Kommunisten*, S. 166 ff.

gliedschaft vieler Kommunisten in den Milieuorganisationen zweifellos hatte. Bereits die „21 Bedingungen zur Aufnahme in die Komintern“ forderten die potentiellen Sektionen auf, in den sozialistischen Vorfeldorganisationen kommunistische Zellen und Oppositionsfractionen zu bilden, um hier den eigenen Einfluß gegen die Sozialdemokratie auszubauen<sup>33</sup>. Bestehende Milieugemeinsamkeiten wurden somit vom politischen Dissens überlagert<sup>34</sup>, dies zumal nach 1923, als die Taktik der „Einheitsfront von unten“, die primär der „Entlarvung“ sozialdemokratischer und reformistischer Partei- und Verbandsfunktionäre dienen sollte, für die Kommunisten verbindlich wurde<sup>35</sup>. 1927, auf dem Essener Parteitag der KPD, wurde die Verschärfung der Fraktionsarbeit zwecks Eroberung der nicht-kommunistischen Vorfeldorganisationen beschlossen<sup>36</sup>. Und nach der „ultralinken“ Wendung von Komintern und KPD 1928/29 erfolgte auf breiter Front die tatsächliche Spaltung der sozialistischen Milieuorganisationen<sup>37</sup>. Ist es überzeugend, angesichts dieses Befundes davon zu sprechen, es habe in der proletarischen Vereinswelt unter Einschluß der Kommunisten ein „solidarisches Miteinander auch als konkret gelebter Erfahrungszusammenhang“ fortbestanden<sup>38</sup>?

En passant erwähnt natürlich auch Mallmann die exklusiven, milieusprengenden Tendenzen des Kommunismus; aber sie werden keineswegs analysiert und für Konzeption und Argumentation der Arbeit reflektiert. Zwar konstatiert Mallmann gelegentlich einen sich verschärfenden Gegensatz zwischen den „beiden Strukturprinzipien“ des deutschen Kommunismus, dem „Milieu“ und der „Avantgarde“<sup>39</sup>; doch die „selbsterstörerische Dialektik“, die dieser Gegensatz nach sich gezogen habe<sup>40</sup>, wird eben nicht wirklich zum Untersuchungsgegenstand erhoben<sup>41</sup>. Vielmehr bleibt die Scheidung zwischen „Mi-

<sup>33</sup> Siehe: Die Kommunistische Internationale. Beschlüsse des Zweiten Kongresses der dritten Internationale in Moskau, Leipzig 1920, S. 5 (9. Bedingung) und S. 14 f.

<sup>34</sup> So stand etwa der besonders bedeutsame Arbeiter-Turn- und Sportbund schon in den Jahren nach 1919 kurz vor der Spaltung. Siehe Horst Ueberhorst, Frisch, frei, stark und treu. Die Arbeiter-sportbewegung in Deutschland 1893–1933, Düsseldorf 1973, S. 101 ff.

<sup>35</sup> Die kommunistische Einheitsfronttaktik behandelt Mallmann so wie die meisten Faktoren, welche geeignet wären, seine Grundthese in Frage zu stellen: Er erwähnt sie kurz, nennt auch ihre problematischen Aspekte, um dann jedoch ihre reale Bedeutung zu minimieren. Mallmann, Kommunisten, S. 276. Ähnlich S. 82 f. über die Rolle der Komintern. Vgl. über die Taktik der Einheitsfront immer noch Werner T. Angress, Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973 (zuerst amerik. 1963), S. 258 ff. Zusammenfassend Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1985, S. 537. Zur Entstehung der Einheitsfronttaktik vgl. auch Alexander Watkin, Die Geburt der Einheitsfronttaktik. Die russische Dimension, in: Ders., Die Komintern 1919–1929, Mainz 1993, S. 45–72.

<sup>36</sup> Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1927, S. 233 f. (Referat Schneller).

<sup>37</sup> Siehe Wunderer, Arbeitervereine, S. 142 ff. Jochen-Christoph Kaiser, Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik. Proletarische Freidenkerverbände in Kaiserreich und Weimarer Republik, Stuttgart 1981, S. 250 ff.; Ueberhorst, Frisch, S. 216 ff.

<sup>38</sup> Mallmann, Kommunisten, S. 173.

<sup>39</sup> Ebenda, S. 79.

<sup>40</sup> Ebenda.

<sup>41</sup> Gelungene Beispiele dafür, wie dies gemacht werden kann, bieten etwa Sigrid Koch-Baumgarten, Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt a. M./New York 1986, wo, sowohl was Durchführung wie Folgen der „Märzaktion“ betrifft, die Dialektik zwischen Komin-

lieu“ und „Avantgarde“ letztlich statisch, indem Mallmann für das „Milieu“ optiert und das andere bloße Propaganda sein läßt: Der Widerspruch zwischen beidem wird denn auch nicht als konstitutiv für den Charakter der KPD, sondern als bloß „relativer Widerspruch“ begriffen, der „durch die alltägliche Praxis“ an Bedeutung verlor<sup>42</sup>.

2. *Methodisch*: Den analytischen Schwächen der Arbeit korrespondiert ein methodisch nicht selten fragwürdiges Verfahren. Denn der problematisch statischen Scheidung zwischen „Milieu“ und „Avantgarde“ entspricht es, wenn Mallmann nicht substantiell zwischen verschiedenen Phasen der KPD-Geschichte differenziert. Indem er die „Stalinisierungs-Orthodoxie“ verwirft, leugnet Mallmann zugleich die Relevanz zeitinhärenter Wandlungen für sein Thema. In dem Maße, wie er die Eingriffe der Kommunistischen Internationale, die verschiedenen Parteisäuberungen, die ideologischen und taktischen Schwenks grundsätzlich den „programmatischen Wunsch- und Wahnvorstellungen der Avantgarde“ zuordnet, werden sie für den Problemzusammenhang seines Themas ausgeblendet. Insbesondere die Bedeutung der „ultralinken“ Wendung der KPD von 1928/29 wird durch die Hervorhebung des Widerstandes, der Opposition oder auch der stillschweigenden Sabotage an der „Basis“ minimiert<sup>43</sup>. Das Konzept eines als dominant interpretierten Strukturkonfliktes zwischen „Avantgarde“ und „Milieu“ ebnet die Zeitachse der KPD-Geschichte systematisch ein.

Gleiches gilt auch für die allgemeine Sozialgeschichte der Weimarer Republik. So wird ein für die Geschichte der KPD wie der Weimarer Republik gleichermaßen zentrales Thema wie der Einbruch der Weltwirtschaftskrise und die ihr folgende Massenarbeitslosigkeit zwar gestreift<sup>44</sup>; seine Relevanz für Charakter und möglicherweise auch Wandel der KPD und ihrer Politik wird jedoch nicht diskutiert, sondern praktisch geleugnet<sup>45</sup>. Im Ergebnis dieser zeitlichen Nivellierung stehen Hinweise aus der zeitgenössischen KPD-Literatur, Befunde aus der lokalgeschichtlichen Forschung und regionalgeschichtliche Erkenntnisse aus dem Saarland häufig unvermittelt als gleichberechtigte Belege für die Thesen Mallmanns nebeneinander, gleich ob sie aus dem Jahre 1921, 1928, 1930 oder 1925 stammen<sup>46</sup>.

Dieser Vernachlässigung der Chronologie entspricht der Verzicht auf räumliche Differenzierung. Z.B. gewinnen für die Feststellung, bereits in den frühen zwanziger Jahren seien die Kommunisten „vielfältig verwurzelt im organisatorischen Beziehungsgeflecht der proletarischen Lebensbereiche“ gewesen, Belege aus Oldenburg, aus dem „roten“ Mössingen auf der Schwäbischen Alb, aus Hochlarmark, Penzberg und Ahlen unmittel-

---

tern, Parteiführung und Verhalten an der Basis plastisch herausgearbeitet wird; Larry Peterson, Labor and the End of Weimar: The Case of the KPD in the November 1928 Lockout in the Rhenish-Westphalian Iron and Steel Industry, in: Central European History 15 (1982), S. 57–95, wo am Beispiel des Ruhreisenstreits deutlich gemacht wird, welchen Eigengesetzen die „ultralinke“ Taktik der KPD unterlag, wenn sie konkret vor Ort umgesetzt wurde. Siehe auch ders., German Communism, Workers' Protest, and Labor Unions. The Politics of the United Front in Rhineland-Westphalia 1920–1924, Dordrecht 1993, für eine umfassende Untersuchung über die Praxis der Einheitsfronttaktik.

<sup>42</sup> Mallmann, Kommunisten, S. 79 f.

<sup>43</sup> Siehe vor allem ebenda, S. 354 ff.

<sup>44</sup> Ebenda, S. 101 ff.

<sup>45</sup> Ebenda, S. 104. Vgl. demgegenüber nur z.B. August Creutzburg, Die Organisations-Arbeit der KPD, Hamburg/Berlin 1931, S. 15 f. („Die soziale Zusammensetzung der Partei ist im letzten Jahre schlechter geworden“).

<sup>46</sup> Als Beispiel Mallmann, Kommunisten, S. 264 f.

bare und gleichberechtigte empirische Aussagekraft<sup>47</sup>. An anderer Stelle, um ein weiteres von vielen Beispielen zu nennen, werden Befunde aus Mössingen, Solingen, Hanau, Geesthacht und aus dem Ruhrgebiet gleichberechtigt und kommentarlos nebeneinander gestellt<sup>48</sup>. Und wenn Mallmann die konfessionelle Herkunft der KPD-Mitglieder diskutiert, so geschieht dies ohne jegliche Berücksichtigung der gerade für dieses Thema entscheidenden regionalen Unterschiede<sup>49</sup>.

Nun wäre die systematische Heranziehung, Auswertung und Inventarisierung der regional- und lokalgeschichtlichen Forschungen für sich genommen verdienstvoll, wenn sie nicht mehr als einmal einen höchst selektiven Charakter offenbarte. Besonders deutlich wird dies im Abschnitt über die „nationalsozialistische Bedrohung und antifaschistische Einheitsfront“ während der Jahre 1930 bis 1933. Seiner „Milieu“-These entsprechend und um die „Chance gemeinsamer Milieukontexte von Kommunisten und Sozialdemokraten“ zu wahren, sucht Mallmann die Bedeutung der „Antifaschistischen Aktion“ der KPD vom Mai/Juni 1932 herauszustreichen. Dieser Versuch konterkariert sich jedoch selbst durch seine Belegauswahl. So weist Mallmann z.B. darauf hin, daß „bei Demonstrationen in Kassel und Leipzig ... Fahnen getragen [wurden], auf denen die Embleme beider Parteien – Hammer und Sichel sowie die drei Pfeile [i.e. der Eisernen Front] – nebeneinander zu besehen waren“<sup>50</sup>. Nach Überprüfung der Belege handelt es sich indes erstens lediglich um eine Baustelle des Arbeiterdienstes im Kasseler Vorort Sand, wo eine entsprechende Fahne gehißt wurde<sup>51</sup>; zweitens um das Foto einer Demonstration in Leipzig vom 19. Februar 1933 (!)<sup>52</sup>. Es erübrigt sich festzustellen, daß es unzulässig ist, zur Stützung einer Argumentation, die sich auf die Jahresmitte 1932 bezieht, ein Ereignis heranzuziehen, das knapp drei Wochen *nach* der Machtergreifung stattfand, zu einem Zeitpunkt also, als sich die politischen Rahmenbedingungen völlig gewandelt hatten.

Auch die an gleicher Stelle erwähnten Berliner „Verbrüderungsszenen“ zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten reduzieren sich bei genauerem Hinsehen deutlich in ihrer empirischen Aussagekraft. Die von Mallmann hier zitierte Arbeit über die SAP von H. Drechsler erwähnt solche Verbrüderungsszenen tatsächlich, und zwar in Form eines – von Mallmann nicht kenntlich gemachten – Zitats aus dem SAP-Organ „Kampfsignal“<sup>53</sup>. Quellenkritisch sollte hier zunächst zu denken geben, daß die SAP eine Gruppierung war, die selbst den Brückenschlag zwischen KPD und SPD anstrebte, an der Mitteilung

<sup>47</sup> Ebenda, S. 170 (Zitat) u. S. 446f. (Anm. 25).

<sup>48</sup> Ebenda, S. 333 u. 498 (Anm. 199).

<sup>49</sup> Ebenda, S. 121. Regionale Differenzierungen, wie sie etwa Hartmut Mehringer, *Die KPD in Bayern 1919–1945*, in: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. V: *Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand*, hrsg. v. Martin Broszat und Hartmut Mehringer, München/Wien 1983, S. 1–286, hier S. 55ff., vornimmt, werden bei Mallmann, *Kommunisten*, S. 121, zu „abstruse[n] Deutungen“.

<sup>50</sup> Ebenda, S. 377 u. 511 (Anm. 495).

<sup>51</sup> Christine Fischer-Defoy, *Arbeiterwiderstand in der Provinz. Arbeiterbewegung und Faschismus in Kassel und Nordhessen 1933–1945. Eine Fallstudie*, Berlin 1982, S. 58.

<sup>52</sup> Hans-Jürgen Friederici/Wolfgang Welckerling, *Zur Entwicklung des antifaschistischen Widerstandskampfes unter der Führung der KPD in den Jahren 1933 bis 1935 in Leipzig*, in: *Jahrbuch zur Geschichte der Stadt Leipzig*, 1975, S. 23–46. Mallmann bezieht sich auf das Foto auf S. 28.

<sup>53</sup> Hanno Drechsler, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik*, Meisenheim 1965, S. 260.

entsprechender Indizien daher ein besonderes Interesse besaß<sup>54</sup>, insgesamt jedoch nur wenig über die Existenz einer Splitterpartei hinauskam. Vor allem aber weist Drechsler selbst auf den nächsten Seiten darauf hin, daß die Bestrebungen einer tatsächlichen Einheitsfront stets an der intransigenten Haltung der maßgeblichen KPD-Stellen scheiterten, entsprechende Ansätze an der Basis eben keine autonomen Entscheidungen des „Milieus“ waren, sondern allzu häufig durch die „Avantgarde“ zunichte gemacht wurden<sup>55</sup>.

Auch Mallmann kommt schließlich nicht um die Einsicht herum, daß die „Antifaschistische Aktion“ der KPD – trotz oder gerade wegen mancher lokaler Initiativen – von der Parteiführung genau in dem Augenblick erstickt wurde, da sie unkontrollierbar zu werden drohte. Die vorsichtige Flexibilisierung der Einheitsfronttaktik wurde zurückgenommen, sobald sich erste Erfolge abzeichneten. So habe das Rundschreiben des ZK vom 14. Juli 1932 „die Rückkehr zu den alten Positionen“ und „die Erdrosselung bisheriger Initiativen“ bedeutet<sup>56</sup>. Mit dieser Erkenntnis präsentiert Mallmann jedoch nichts Neues, sondern folgt den Spuren Hermann Webers, z.T. bis in wörtliche Übereinstimmung hinein<sup>57</sup>. Auch im Jahre 1932 zeigte sich einmal mehr das Grunddilemma der KPD gegenüber der Sozialdemokratie: Spaltung und Einheit zugleich zu propagieren, erwies sich in theoretischer, ideologischer und praktischer Hinsicht als Quadratur des Kreises. Und dieses Dilemma betraf Funktionärskorps wie Basis gleichermaßen.

3. *Interpretatorisch*: Die analytischen und methodischen Schwächen der Arbeit sind jedoch alles andere als Zufall. Vielmehr liegen sie in der Konsequenz des interpretatorischen Ansatzes. Denn Mallmanns Studie besitzt unverkennbar einen „Bias“: Es handelt sich um den Versuch, die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in einem gleichsam heroischen historiographischen Akt aufzuheben. Wie ein roter Faden durchzieht die Arbeit das Bemühen, die politisch-ideologischen Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten an der Basis zu minimieren und wenn möglich sozialgeschichtlich aufzulösen. Als Mallmanns analytischer Bezugspunkt erscheint dabei immer wieder das vorgeblich geschlossene sozialdemokratische Milieu der Vorkriegszeit. So habe der „Rückbezug auf das gemeinsame Kollektivsubjekt“ Arbeiterbewegung bei Kommunisten und Sozialdemokraten gleichermaßen „Erinnerungen an die einstige Milieugeschlossenheit“ wachgerufen und „– wenngleich nostalgisch – an die linke Kohärenz von ehemals“ appelliert<sup>58</sup>. Die Faktizität dieser „Milieugeschlossenheit“ und „linken Kohärenz“ in der wilhelminischen Arbeiterbewegung bliebe freilich zu prüfen<sup>59</sup>. Vor allem aber marginalisiert Mallmann, indem er die intakten Überhänge dieses einheitlichen – „links-proletarischen“

<sup>54</sup> Dies gilt erst recht für alle Zeitungsberichte kommunistischer Provenienz. So betonte etwa ein Polizeibericht vom 14. 2. 1931 „die starke Aufbauschung aller Vorfälle in der kommunistischen Presse, in denen angeblich sozialdemokratische Arbeiter und Reichsbannermitglieder mit Kommunisten zusammen vorgegangen sind oder sein sollen“. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 30, Bln C, Tit 95, Sektion 9, Nr. 132, Bd. I, Bl. 250.

<sup>55</sup> Drechsler, Sozialistische Arbeiterpartei, S. 261 ff.

<sup>56</sup> Mallmann, Kommunisten, S. 378. Das Rundschreiben ist abgedruckt in: Weber, Die Generallinie, Dok. Nr. 68, S. 526–534.

<sup>57</sup> Siehe ebenda, S. XLVIII: „Das Rundschreiben mutet an wie Angst vor der eigenen Courage.“ Vgl. Mallmann, Kommunisten, S. 378: „Am 14. Juli bekam auch die KPD-Führung Angst vor der eigenen Courage.“

<sup>58</sup> Ebenda, S. 267.

<sup>59</sup> Vgl. das Resümee über das „Milieu der Arbeiter“, das gezeichnet wird von Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871–1914, Bonn 1992, S. 783–838.

– Milieus immer wieder als lebensweltlich entscheidendes Kontinuum der Weimarer Kommunisten zu etablieren sucht, die zentralen politisch-ideologischen Identitätsformen der kommunistischen Existenz. Statt dessen muß von ihm der entpolitisierte und entideologisierte Charakter der lebensweltlich-alltäglichen Dimension, der „Nischengesellschaft“, stets betont werden. Nun mag es zwar ohne weiteres zutreffen, daß „das Bild vom guten kommunistischen Tenor oder Mittelstürmer, kenntnisreichen Brieftaubenhalter und Tomatenzüchter . . . allemal sympathischer [war] als das vom bärbeißigen Revoluzzer“<sup>60</sup>. Doch was sagt eine solche Feststellung über den Charakter der KPD in der Weimarer Republik aus, über die Rolle, die Kommunisten in ihr spielten, und über die Wirkung, die von kommunistischem Handeln ausging? Obwohl sie für sich genommen erwähnt werden<sup>61</sup>, fallen bei Mallmann die für die kommunistische Identität schlechthin konstitutiven Daten 1914 und 1917 aus der Gesamtinterpretation heraus. Gleiches gilt für die Komintern, die bei Mallmann zwar für die „Avantgarde“ von Bedeutung ist, an der Basis, im „Milieu“ aber schlechterdings keine Rolle mehr spielt. Auf diese Weise können die einfachen Parteimitglieder eine weitgehend entpolitisierte, im Kern reformistische und „opportunistische“, von der Parteibürokratie überwiegend unbelästigte „links-proletarische“ Existenz führen: in den Vereinen, den Gewerkschaften, den Wohnquartieren. Mit den Sozialdemokraten stehen sie dabei in dauerhaften Kommunikationszusammenhängen: Gelegentliche Dissonanzen sind zwar nicht ausgeschlossen, letztlich bleiben aber Kommunisten und Sozialdemokraten Angehörige ein und derselben „Familie“<sup>62</sup>. Im Grunde bleiben die Weimarer Kommunisten, wie Mallmann zugespitzt formuliert, „Sozialdemokraten wider Willen“<sup>63</sup>. Man fragt sich nur, warum sie überhaupt Kommunisten wurden.

Dies mag eine etwas pointierte Wiedergabe der Mallmannschen Grundthesen sein. Doch bleibt sie weit hinter der zum Teil herabwürdigenden Karikatur zurück, die Mallmann selbst von der bestehenden Forschung zur Weimarer KPD zeichnet. Denn daß die Reichweite der kommunistischen Parteidisziplin begrenzt war und daß die KPD als „revolutionäre Partei in nichtrevolutionärer Zeit“ einem steten Dilemma unterlag, ist bekannt<sup>64</sup>. So hat auch niemand je behauptet, daß die Basis der KPD „bedingungslos nach der Pfeife der Avantgarde“ tanzte, sich als „Mönchsorden“ begriff, der das gesamte Leben der Partei geweiht hatte, oder „eineinhalb Jahrzehnte lang im konspirativen Quartier [lebte], um Bomben für den Bürgerkrieg zu basteln“<sup>65</sup>. Doch Mallmann wendet sich gegen

<sup>60</sup> Mallmann, *Kommunisten*, S. 177.

<sup>61</sup> So etwa ebenda, S. 56, über das „Elementarereignis“ des August 1914“, das hier aber nur in seiner Relevanz für die „Avantgarde“ Beachtung findet.

<sup>62</sup> Ebenda, S. 169 f.

<sup>63</sup> Ebenda, S. 381. Zwar betont Mallmann mehrfach, daß es nicht seine Absicht sei, aus dem „links-proletarischen Milieu“ ein „verschüttetes demokratisches Urgestein kommunistischer Geschichte“ zu gewinnen. „Milieu im beschriebenen Sinne wird darum keineswegs als per se demokratisch oder gar fortschrittlich begriffen.“ (S. 81). Doch im Lichte des gesamten Argumentationsbogens wirkt dieses Dementi nicht sehr überzeugend.

<sup>64</sup> Die Diagnose dieses Dilemmas findet sich z. B. bereits bei Richard Löwenthal, *The Bolshevisation of the Spartacus League*, in: David Footman (Hrsg.), *International Communism*, London 1960, S. 23–71, hier S. 69. Auch für Hermann Weber war die für die KPD nach 1924 charakteristische „Diskrepanz zwischen den revolutionären Zielsetzungen der Partei und einer nichtrevolutionären Situation“ eine entscheidende Voraussetzung für die Stalinisierung. Weber, *Wandlung*, Bd. I, S. 12, und S. 318 ff.

<sup>65</sup> Mallmann, *Kommunisten*, S. 159 u. 381.

eine angebliche, z. B. von Weber suggerierte Auffassung, die in den Kommunisten allein „gehorsame Parteisoldaten“ sehe, „die bei jedem Rundbrief der Bezirksleitung die Haken zusammenschlugen und sich flugs an dessen Umsetzung machten“<sup>66</sup>. Liest man die von ihm zum Beleg herangezogenen Literaturstellen<sup>67</sup>, so wird deutlich, daß Mallmann nicht der Versuchung des erklärten Revisionisten entgeht, einen Popanz aufzubauen, um ihn hernach um so sicherer zu destruieren.

### III.

Daneben offenbart Mallmanns Arbeit aber auch die grundsätzlichen Grenzen, auf die ein allein sozialgeschichtlicher Zugriff auf das Thema trifft: Kommunismus und KPD sind keine Gegenstände, die sich mit den Kategorien „Milieu“, „Lebenswelt“, „Alltagspraxis“ etc. ausreichend beschreiben lassen. Vielmehr konstituieren sie sich durch eine irreduzibel *politisch-ideologische* Option, die auch dann als solche ernstgenommen werden muß, wenn sie eingebunden bleibt in eine Vielzahl zu berücksichtigender, zeitlich und räumlich differierender sozialer, ökonomischer und alltagsgeschichtlicher Faktoren. Daß aber die politisch-ideologische Option letztlich in die Herrschaft des Apparates und die unangefochtene Suprematie Sowjetrußlands und der Komintern mündete, entbehrt nicht der inneren Logik. Denn die Kommunisten gewannen ja ihre Identität gerade durch die kompromißlose Verpflichtung auf das bolschewistische Modell, auch wenn einzelne Gruppen und Fraktionen in der konkreten politisch-gesellschaftlichen Situation ihres Landes, ihres lokalen Umfeldes, ihres „Milieus“ phasenweise andere Auffassungen vertraten als die Zentralen in Berlin und Moskau oder überhaupt einen geringeren Politisierungsgrad aufwiesen. Denn die inhaltlich-ideologische Orientierung am „Erfolgsmodell“ der Russischen Revolution implizierte notwendig die Anerkennung der Bolschewiki als höchster Entscheidungsinstanz: Im Einklang mit dem angeblich gesetzmäßigen Verlauf der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung hatten die Bolschewiki das Rad der Weltgeschichte um eine entscheidende Umdrehung vorangetrieben. Ein grundsätzlicher Dissens mit den Bolschewiki und der von ihnen zunehmend beherrschten Komintern war daher nicht mehr möglich, sofern man sich nicht dem Vorwurf der „Konterrevolution“ aussetzen wollte<sup>68</sup>. Damit aber, und dies kann nicht genug betont werden, wurde die Ebene verlässlicher und kalkulierbarer Rechtsgrundsätze ebenso verlassen wie die des Pluralismus. Die ideologische Vorgabe der Bolschewiki war seit Lenin und blieb allen taktischen Schwenks zum Trotz zumindest bis 1934 im Kern unverändert: Erstens erschien die „Urkatastrophe“ des Ersten Weltkriegs ausschließlich als das Resultat des kapitalistischen Wirtschaftssystems und kapitalistischer Unterdrückung; vor dem Hintergrund des Weltkriegs und seines Massengrabes wurde daher zweitens das bestehende System als eine Gewaltherrschaft interpretiert, der gegenüber sich die Arbeiterklasse quasi im Zustand der permanenten Notwehr befand. Allein revolutionäre Gegengewalt würde letztlich das ein-

<sup>66</sup> Ebenda, S. 159.

<sup>67</sup> Hier etwa Weber, *Wandlung*, Bd. I, S. 277: „In der KPD gingen Arbeitsanweisungen, ja sogar ‚Partei-befehle‘ von oben nach unten, die bezirklichen und lokalen Einheiten durften die von oben kommenden Pläne nicht mehr modifizieren, sondern nur noch konkretisieren.“

<sup>68</sup> Vgl. Koch-Baumgarten, *Aufstand*, S. 85 f.

zige und notwendige Mittel sein, um der vom System ausgehenden Gewalt zu begegnen. Daß jedoch seit 1918 trotz einer zumindest zeitweise gegebenen, scheinbar „objektiven“ revolutionären Situation in keinem europäischen Land der Umsturz gelungen war, führten die Kommunisten maßgeblich auf den „Verrat“ der Sozialdemokratie zurück: Weltkrieg als Verbrechen der Bourgeoisie, kapitalistisches System als lebensbedrohende Gewaltherrschaft und sozialdemokratischer „Verrat“ – dies blieb die ideologische Matrix der Kommunisten. Sie prägte die Geschichte der Weimarer Republik und die der Arbeiterbewegung im besonderen. Sie als reine „Propaganda“- und „Behauptungsebene“ zu eskamotieren bzw. sie im entpolitisierten „Milieu“ versickern zu lassen, ist historisch nicht haltbar.

Zugleich wird damit aber auch Hermann Webers eingangs erwähnte These in Frage gestellt, wonach erst die „Stalinisierung“ der KPD seit 1924 eine „demokratische“ Variante des deutschen Kommunismus verschüttet habe, die ansonsten „erhebliche Chancen“ gehabt hätte<sup>69</sup>. Weber hat diese Auffassung in den sechziger Jahren mehrfach vertreten, in den siebziger Jahren bekräftigt<sup>70</sup> und auch jüngst noch, trotz einiger Relativierungen, bestätigt<sup>71</sup>. Die „Stalinisierung“ der KPD wird hier keineswegs als zwangsläufiges Resultat der kommunistischen Identität und der Verpflichtung auf das „Erfolgsmodell“ der bolschewistischen Revolution betrachtet. Vielmehr sei sie an mehrere konkrete – letztlich wohl als historisch kontingent zu betrachtende – Voraussetzungen gebunden gewesen. Weber nannte erstens, im Anschluß an Robert Michels, die Apparateherrschaft als allgemeine Zeiterscheinung, zweitens das Bedürfnis nach politischer Abgrenzung von anderen Gruppierungen und nach Einheitlichkeit, drittens die fortschreitende Abhängigkeit der KPD von Sowjetrußland, viertens schließlich die ambivalente Existenz der KPD als einer Partei mit revolutionären Zielsetzungen in einer nicht-revolutionären Zeit. Das Zusammenwirken dieser vier „scheinbar unabhängigen, tatsächlich jedoch einander – wenigstens teilweise – bedingenden und verstärkenden Faktoren“ bewirkte für Weber den Stalinisierungs-Prozeß<sup>72</sup>. Als solcher sei er „schwerlich als notwendiger und unumgänglicher, ja wohl nicht einmal als folgerichtiger Werdegang des deutschen Kommunismus zu begreifen. Äußere Einflüsse wirkten sich weit stärker aus als immanente Entwicklungstendenzen.“<sup>73</sup>

Nun mag Ossip K. Flechtheims Feststellung bedenkenswert sein, wonach sich nicht behaupten lasse, „daß bei der Kommunistischen Partei die Politik, d.h. die Funktion der Partei, gerade diese und keine andere Parteistruktur schaffen mußte, ebensowenig wie um-

<sup>69</sup> Weber, *Wandlung*, Bd. I, S. 13. Erstaunlicherweise ist diese These in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der KPD kaum je systematisch diskutiert worden. Von eher orthodox-marxistischer Seite siehe die Kritik von Karl Hermann Tjaden, *Der Begriff der „Wandlungen des Kommunismus“ bei Hermann Weber*, in: *Das Argument* 13 (1971), S. 42–53, hier v.a. S. 48 ff. Kritische Bemerkungen jetzt jedoch bei Eric D. Weitz, „Rosa Luxemburg Belongs to Us!“ German Communism and the Luxemburg Legacy, in: *Central European History* 27 (1994), S. 27–64, hier S. 30, 32 f., 63 f. u. passim.

<sup>70</sup> Hermann Weber, *Demokratischer Zentralismus. Probleme innerparteilicher Demokratie im deutschen Kommunismus* (zuerst 1975), in: *Kommunistische Bewegung und realsozialistischer Staat. Beiträge zum deutschen und internationalen Kommunismus von Hermann Weber*, hrsg. v. Werner Müller, Köln 1988, S. 89–103, hier S. 92 ff.

<sup>71</sup> Hermann Weber, *Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40 (27. 9. 1991), S. 25–39, hier S. 26 f.

<sup>72</sup> Weber, *Wandlung*, Bd. I, S. 12.

<sup>73</sup> Ebenda, S. 13.

gekehrt zu beweisen ist, daß die Parteistruktur die Politik der Partei in jedem Augenblick ihrer Entwicklung eindeutig determiniert hat“<sup>74</sup>. Doch muß sich die These von den alternativen Potentialen der Frühzeit am empirischen Material konkret erweisen. Und in dieser Beziehung gehört die Kritik Mallmanns an Webers „Stalinisierungs“-These zu den überzeugendsten des ganzen Buches. Mallmann begreift den bolschewistisch-autoritären Zuschnitt der KPD – den er freilich wie geschildert nur als Phänomen der „Avantgarde“ gelten läßt – als das Resultat eines immanenten Strukturprinzips und damit als endogene Entwicklung<sup>75</sup>. In diesem Punkt dürfte er der historischen Realität weitaus näher kommen als Webers These vom demokratischen, „luxemburgischen“ Frühkommunismus. Denn die Abgrenzung desselben von anderen politischen Gruppierungen und Kräften geschah bereits auf dem Heidelberger Parteitag vom Oktober 1919 nicht auf dem Wege der Diskussion und der innerparteilichen Demokratie, sondern auf dem Wege des zentralisierten Apparats<sup>76</sup>. Im Kampf gegen den vor allem in den Großstädten dominierenden Linkskommunismus überspielte Paul Levi seine Hamburger Widersacher durch zielgerichtetes Taktieren der Zentrale. Durch ein Schreiben Karl Radeks unterstützt, warnte er geradezu vor einer konsequenten innerparteilichen Demokratie und setzte „die klare Einsicht der Vorhut der Arbeiterklasse“ gegen „den chaotischen Trieb der in Gärung geratenen Massen“<sup>77</sup>.

Man kann darüber streiten, ob es sich bei Levis Vorgehen um eine „Säuberung“ und um im Kern bereits „leninistische“ Methoden handelte<sup>78</sup>. In jedem Fall aber ist der Heidelberger Parteitag geeignet, die These von der „weitgehenden innerparteilichen Demokratie“ der frühen KPD nachhaltig in Frage zu stellen. Tatsächlich reicht es nicht aus, auf die Reden und Beschlüsse des Gründungsparteitages zu blicken und Rosa Luxemburgs berühmtes Diktum von der „Freiheit des Andersdenkenden“ zu bemühen<sup>79</sup>. Zwar beschloß der Gründungsparteitag eine Satzung, welche die Selbständigkeit der Ortsgruppen und die alljährliche Wahl der besoldeten Parteifunktionäre vorsah<sup>80</sup>. Doch darauf, wie diese Prinzipien innerparteilicher Demokratie schon unter der Levi-Zentrale praktisch ausgeübt wurden, wirft ein Polizeibericht aus dem Jahre 1922 erhellendes Licht. Der mit detaillierten Hintergrundinformationen ausgestattete Bericht datierte den Anfang vom Ende jeglicher „innerparteilicher Demokratie“ der KPD ebenfalls auf den Heidelberger Parteitag.

<sup>74</sup> Flechtheim, KPD, S. 323.

<sup>75</sup> Mallmann, Kommunisten, S. 67 ff.

<sup>76</sup> Zum Heidelberger Parteitag ausführlich Hans-Manfred Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik, Darmstadt 1993, S. 139 ff.

<sup>77</sup> Leitsätze über Kommunistische Grundsätze und Taktik, Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 20. bis 24. Oktober 1919, o. O. o. J., S. 62. Vgl. Bock, Syndikalismus, S. 145 ff.

<sup>78</sup> Bock, ebenda, bleibt in dieser Hinsicht widersprüchlich, wenn er einerseits betont, daß Levis Zentralisierungsmaßnahmen „noch nichts mit dem ‚demokratischen Zentralismus‘ der Bolschewiki zu tun“ gehabt hätten (S. 139), andererseits die Auffassung vertritt, Levi habe sich auf dem Heidelberger Parteitag „– wissentlich oder unwissentlich – hinter Lenins Organisationsvorstellungen“ gestellt (S. 150). In jedem Fall ist Angress' Interpretation, Kampfzeit, S. 211 (Anm. 25), – Levi führte „keine Säuberung durch, sondern manövrierte die linken Extremisten in eine so unhaltbare Position, daß sie aus eigenem Entschluß die Partei verließen“ – eine euphemistische Darstellung.

<sup>79</sup> Dies tut Weber mehrfach, so in: Wandlungen, Bd. I, S. 13 f.; ders., Gründungsparteitag, S. 47 f.

<sup>80</sup> Ebenda, S. 307 f.

Seien zuvor in ganz Deutschland die Mitgliederversammlungen der kommunistischen Organisationen die höchste Instanz gewesen, so hätten seitdem Levi und seine Freunde „unablässig an der Entrechtung der Mitglieder und an der Steigerung ihrer eigenen Macht“ gearbeitet. Nach der Spaltung und dem damit einhergehenden Mitgliederschwund habe sich das administrative Übergewicht der Zentrale, die allein über wesentliche Geldmittel aus Rußland verfügte, durchgesetzt. Die Schlüsselpositionen der Bezirkssekretäre wurden zunehmend ohne Bestätigungsrecht der Mitgliederschaften eingesetzt. „Während also die AAU, die KAPD und auch die erste KPD gewissermaßen aus den Bestrebungen der Massen entstanden, wurde die zweite KPD nach Heidelberg gewissermaßen von ‚oben nach unten‘ organisiert.“ Auch in der VKPD sei dies fortgeführt worden. Bei Konflikten mit den früheren USPD-Mitgliedern seien häufig neue Instanzen geschaffen worden, um „unruhige Elemente mit neu eingerichteten Posten“ zu bedenken. Dadurch hätten es die alten Führer des Spartakusbundes verstanden, „die unabhängigen Führer an sich und ihre Geldquellen zu fesseln und für sich selbst die ersten Posten zu behaupten“. Als darüber hinaus die Ortsgruppen und Unterbezirke zu groß wurden, um noch gut besuchte gemeinsame Mitgliederversammlungen abzugeben, habe man seit Herbst 1921 Delegierte wählen lassen. Diese sollten zwar formell jeden Monat neu gewählt werden, wurden faktisch jedoch meist immer wieder in ihrer Funktion bestätigt. So sei das Übergewicht der Funktionäre immer größer geworden, die dazu übergegangen seien, in besonderen Sitzungen alle Angelegenheiten im voraus zu besprechen und dann in den Mitgliederversammlungen en bloc aufzutreten. Hieraus resultierte die Praxis, nach internen Vorbesprechungen die Meinung der Funktionäre den Mitgliedern als Antrag vorzulegen. Danach seien in Berlin und anderen Orten wie z. B. Hamburg die Mitgliederversammlungen immer seltener geworden und z. T. überhaupt eingeschlafen. „Damit haben die Parteivorstände und -instanzen natürlich freies Spiel. Sie sieben auch den Funktionärskörper durch, veranlassen den Ausschluß unruhiger Elemente wegen ‚Parteischädigung‘ und verhindern es, daß neue Funktionäre gewählt werden, die sich allzu sehr in Widerspruch mit den Parteipraktiken setzen könnten. . . In zwei Jahren hat es also die komm. Führerschaft fertig bekommen, die Mitgliedschaft kleinzukriegen, und sie hat ein organisatorisches System geschaffen, das die zentralistische Strenge der SPD übertrifft.“<sup>81</sup>

Dies alles hatte mit Stalin noch nichts, mit leninistischen Organisationsprinzipien jedoch bereits sehr viel zu tun. Und insofern ist auch die Parallelität folgerichtig, mit der die Unterwerfung der KPD unter die Komintern seit 1920 erfolgte. Im Grunde wurde die Abhängigkeit vom bolschewistischen Rußland schon mit der Unterwerfung unter die 21 Bedingungen im Jahre 1920 besiegelt. Zwar stellte sich diese Abhängigkeit anfangs noch nicht als notwendig durchgeformte organisatorische und intellektuelle, sondern vor allem als eine ideologische und moralische Abhängigkeit dar. Doch wurde sie zur notwendigen Voraussetzung und zum entscheidenden Differenzkriterium der kommunistischen Identität. Und schon bald nach dem II. Weltkongreß steigerte sich der moralische Einfluß der Kommunistischen Internationale zu direkten Eingriffen des EKKI in die Politik der KPD: Es begann die Praxis der „Offenen Briefe“, der vertraulichen Schreiben und der Emissäre.

Deutlich wurde dies spätestens 1921 im Zuge der Krise um Paul Levi. Im Kern betraf sie weder politische noch taktische Fragen: Der III. Weltkongreß der Komintern verurteil-

<sup>81</sup> „Über die Organisation der KPD“ [1922], Bundesarchiv Abt. Berlin, RKO St. 12/2, Bd. 2, fol. 73–77.

te wie Levi die „Märzaktion“ und beschloß die Anwendung des Levischen Einheitsfrontkonzepts. Doch trat im Verlauf der Krise offen zu Tage, daß sich die grundsätzliche Infragestellung der Komintern-Autorität auf Dauer nicht mit der Führung einer parteikommunistischen Existenz verbinden ließ<sup>82</sup>. Damit exemplifizierte die Levi-Krise bereits frühzeitig das grundsätzliche Dilemma all jener Kommunisten, die sich ihre intellektuelle Unabhängigkeit zu bewahren suchten: Die inhaltlich-ideologische Orientierung an der proletarischen Revolution mit ihrem bolschewistischen „Erfolgsmodell“ implizierte notwendig die Anerkennung der Bolschewiki als höchste Entscheidungsinstanz. Auf die Dauer wurde mithin jeder einzelne Funktionsträger unausweichlich vor die Alternative gestellt: Korruption und bedingungslose Unterwerfung unter den Willen Moskaus oder Bruch mit der kommunistischen Bewegung. Auch Rosa Luxemburg, politische Leitfigur Levis und von Weber als die hauptsächliche Repräsentantin des „demokratischen“ Kommunismus reklamiert, wäre – diese kontrafaktische These sei gewagt – in den Sog dieses Dilemmas geraten<sup>83</sup>.

Mithin wurden die Keime zur Apparateherrschaft und zur immer stärkeren Abhängigkeit von Moskau bereits in den Jahren 1919 und 1920 gelegt, und als dementsprechend folgerichtig und weitgehend determiniert erscheint die Entwicklung zur „Stalinisierung“. Diesen Schluß legt im übrigen auch der vergleichende Blick auf die analoge Entwicklung anderer westeuropäischer kommunistischer Parteien nahe<sup>84</sup>. Man sollte daher weniger von „Stalinisierung“ sprechen, als von einer sehr frühen *Bolschewisierung* der KPD ausgehen. Einem älteren Vorschlag Richard Löwenthals entsprechend, begänne diese Phase mit den 21 Bedingungen und endete spätestens mit dem Parteiausschluß Levis im Jahre 1921<sup>85</sup>. Freilich darf dabei nicht übersehen werden, daß schon Levi selbst alles dazu tat, die Partei von oben zu disziplinieren.

Bei allen diametralen Gegensätzen, die die Paradigmen der „Stalinisierung“ und des „Milieus“ trennen, gibt es doch auf einer höheren Ebene zwischen Mallmann und Weber eine evidente Gemeinsamkeit: Beide Autoren eint die Auffassung, es habe in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gleichsam einen „besseren“ Kommunismus gegeben. Ist es bei Weber der Mythos eines „demokratischen“ Kommunismus auf der Linie Luxemburgs und Levis, so ist es bei Mallmann das „linksproletarische Milieu“, in dem der „lebensweltlich“ angereicherte common sense und die „Realpolitik“ der „einfachen“ Parteimitglieder die historisch verhängnisvolle Spaltung post festum aufhebt. Beide Modelle

<sup>82</sup> Zum Konflikt Levis mit der Komintern nach wie vor Angress, *Kampfzeit*, S. 204 ff. Weiterhin v. a. Arnita Amend Jones, Paul Levi and the Comintern: A Postscript, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 11 (1975), S. 437–451. Mallmanns Auffassung, Levi und seine Freunde hätten „fast alle freiwillig“ die Partei verlassen (Kommunisten, S. 70), ist eine grobe Verharmlosung und im Falle Levis schlicht unzutreffend. Insofern sich Mallmann hier auf Curt Geyer, *Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD*, hrsg. v. Wolfgang Benz/Hermann Graml, München 1976, S. 285 ff., bezieht, offenbart er einmal mehr einen flüchtigen Umgang mit Quellen und Literatur. Zur Krise der KPD nach der Märzaktion insgesamt Koch-Baumgarten, *Aufstand*, S. 315 ff.

<sup>83</sup> Vgl. dazu Weitz, „Rosa Luxemburg“, *passim*.

<sup>84</sup> Siehe z. B. die nach wie vor grundlegende Darstellung von Robert Wohl, *French Communism in the Making, 1914–1924*, Stanford/Calif. 1966, sowie meine 1998 erscheinende Arbeit: *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich*.

<sup>85</sup> Löwenthal, *Bolschewisierung*, *passim*.

eines „besseren“ deutschen Kommunismus sind realgeschichtlich gescheitert an der totalitären Substanz der kommunistischen Doktrin und ihrem – freilich immer nur partiell durchgesetzten – Herrschaftsanspruch. Weber führte dies dazu, die „Wandlung“, d.h. den Prozeß der „Stalinisierung“ der KPD eingehend zu erforschen; Mallmann führte dies dazu, die Relevanz des bolschewistischen Herrschaftsanspruches, die Rolle der „Avantgarde“ zu minimieren und sie sozialgeschichtlich, im „Milieu“, aufzulösen. Beide Autoren begreifen die totalitären Elemente im deutschen Kommunismus daher letztlich als exogene, von außen und durch Zwang ins Spiel gebrachte Faktoren. Ob diese Auffassung dem historischen Phänomen des Kommunismus gerecht wird, ist allerdings mehr als fraglich.

## Dokumentation

CHRISTIAN HARTMANN/SERGEJ SLUTSCH

### FRANZ HALDER UND DIE KRIEGSVORBEREITUNGEN IM FRÜHJAHR 1939

Eine Ansprache des Generalstabschefs des Heeres

Über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs sind nicht nur Prozesse geführt, es ist noch mehr geschrieben worden. Die Flut an Literatur scheint manchmal den Blick dafür zu verstellen, wie verhältnismäßig klein die Zahl der einschlägigen deutschen Quellen im Grunde genommen ist, die diesen Darstellungen zugrunde liegen. Diese relativ wenigen Zeugnisse lassen indes keinen Zweifel daran, daß es das Deutsche Reich war, das den Angriff auf Polen und damit den Beginn des Zweiten Weltkriegs zu verantworten hatte. Dennoch bleibt vieles im dunkeln, insbesondere bei den militärischen Planungen und Vorbereitungen der deutschen Seite. Zentrale Quellen wie beispielsweise das Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht setzen erst im August 1940 ein, das des Generalstabschefs des Heeres, General Franz Halder, erst am 14. August 1939<sup>1</sup>. Gerade aus dem Vorfeld des Zweiten Weltkriegs sind sehr viele Akten der Wehrmachts-, Heeres- und Luftwaffenführung verlorengegangen<sup>2</sup> – Verluste, die durch die bekanntgewordenen privaten Zeugnisse hoher Militärs nur teilweise ersetzt werden konnten.

<sup>1</sup> Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940–1945. Geführt von Helmut Greiner und Percy Ernst Schramm. Im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung hrsg. von Percy Ernst Schramm in Zusammenarbeit mit Andreas Hillgruber, Walther Hubatsch und Hans-Adolf Jacobsen, 4 Bde., München 1982 (ND); Generaloberst [Franz] Halder, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942. Hrsg. v. Arbeitskreis für Wehrforschung Stuttgart. Barb. v. Hans-Adolf Jacobsen, 3 Bde., Stuttgart 1962–1964.

<sup>2</sup> Vgl. z.B. Gerhart Enders, Die ehemaligen deutschen Militärarchive und das Schicksal der deutschen Militärakten nach 1945, in: Zeitschrift für Militärgeschichte 8 (1969), S. 559–608; Friedrich-Christian Stahl, Die Organisation des Heeresarchivwesens in Deutschland 1936–1945, in: Aus der Arbeit des Bundesarchivs. Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und Zeitgeschichte, hrsg. von Heinz Boberach und Hans Booms, Boppard a. Rh. 1977, S. 69–101; Josef Henke, Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit. Beschlagnahme – Rückführung – Verbleib, in: VfZ 30 (1982), S. 557–620; Uwe Löbel, Neue Forschungsmöglichkeiten zur preußisch-deutschen Heeresgeschichte. Zur Rückgabe von Akten des Potsdamer Heeresarchivs durch die Sowjetunion, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 51 (1992), S. 143–149.

VfZ 45 (1997)

© Oldenbourg 1997

Auch ein einzelnes Dokument kann solche Lücken sicherlich nicht schließen. Doch vermittelt ein Zufallsfund aus dem Bestand 1525 des ehemaligen Sonderarchivs in Moskau<sup>3</sup> erstmals genauere Vorstellungen darüber, wie ein führender Vertreter der Wehrmacht in den entscheidenden Monaten vor Beginn des Zweiten Weltkriegs die politisch-militärische Entwicklung bewertete und welche Erwartungen er daran knüpfte. Über die Entstehung des Dokuments läßt sich nur wenig sagen; das acht Seiten lange, mit Maschine geschriebene Manuskript nennt weder Autor noch Datum. Auch sind am Fundort keine Bezugsdokumente vorhanden. Allein der Überschrift ist zu entnehmen, daß es sich um eine Mitschrift eines Vortrags von Generalstabschef Halder handelt, der „vor Generalen und Generalstabsoffizieren“ seine „taktische[n] und strategische[n] Erwägungen zum kommenden Krieg gegen Polen“ entwickelt habe.

Die Ansprache selbst bestätigt jedoch diese Zuordnung. Es sind nicht nur Diktion und Terminologie, die hierfür sprechen<sup>4</sup>, sowie die offenkundige Vertrautheit des Vortragenden mit der französischsprachigen Fachliteratur<sup>5</sup>; auf Halder weisen in erster Linie der Inhalt der Ansprache selbst, die intimen militärischen wie außenpolitischen Kenntnisse sowie verschiedene Anspielungen und Zahlenangaben, von denen nur Eingeweihte etwas wissen konnten<sup>6</sup>. Gleichwohl gibt es einige Punkte,

<sup>3</sup> Heute: Centr chranenija istoriko-dokumental'nych kollekcij (CChIDK), Fond 1525, opis'1, delo 440 / Zentrum für die Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Kollektionen, Bestand 1525, Findbuch 1, Akte 440. Der Bestand 1525 des einst streng geheimen Sonderarchivs umfaßt sehr unterschiedliche Archivalien, die mit dem hier publizierten Dokument in keinem Zusammenhang stehen: Akten des deutschen 18. Infanterie-Regiments, Dokumente zur deutschen Besatzungspolitik in der Sowjetunion usw.

<sup>4</sup> Auffallend ist ein bereits damals antiquierter Wortschatz, der in der Zeit vor bzw. während des Ersten Weltkriegs geprägt worden sein dürfte: „Petroleumquellen“, „Tankwaffe“, „Bombensalve“, „Luftinfanterie“, „Schlachtflieger“. Auch werden Begriffe verwendet, die – so Meyers Großes Konversations-Lexikon von 1904 – der Kavalleristsprache entstammen. Unter dem Begriff „Chock“ verstand man den Anprall zweier Kavallerieformationen, unter dem Begriff „Raid“ selbständige kavalleristische Streifzüge. Halder (geb. 1884) hatte als Artillerist intensiven Reitunterricht genossen. Von 1911 bis 1914 war er zum Generalstabsoffizier ausgebildet worden und hatte in dieser Funktion beinahe alle europäischen Fronten des Ersten Weltkrieges kennengelernt.

<sup>5</sup> Halders Mutter, Mathilde Halder, geb. Steinheil (1855–1945), wurde am 26. 12. 1855 in Lyon geboren. Diese Herkunft war wohl dafür verantwortlich, daß sich ihr Sohn Franz (1884–1972) zeit seines Lebens dem französischen Kultur- und Sprachraum verbunden fühlte. Die französische Sprache beherrschte er fließend, 1912 absolvierte er die militärische Dolmetscherprüfung in Französisch mit Auszeichnung. Vgl. Personalakte Franz Halder, Bayerisches Hauptstaatsarchiv (künftig: BayHStA), Abt. IV, OP 41450; Sprachprüfungen, Abt. IV, Kriegsakademie, Bund 32, sowie Heidemarie Gräfin Schall-Riaucour, *Aufstand und Gehorsam. Offizierstum und Generalstab im Umbruch. Leben und Wirken von Generaloberst Halder, Generalstabschef 1938–1942*, Wiesbaden 1972, S. 312, Anm. 5. Ferner Dokument, Anm. 9, 36 und 37.

<sup>6</sup> Die Anmerkungen für die Einleitung beschränken sich meist auf knappe Literaturbelege. Die dichte Kommentierung des Dokuments selbst soll dagegen nicht nur Hintergrundinformationen zu der komplexen politischen und militärischen Situation im Frühjahr 1939 liefern bzw. die damals abgegebenen Prognosen mit der Wirklichkeit des sich anschließenden militärischen Konflikts verglei-

die rätselhaft bleiben. Sie finden sich freilich nur in der Überschrift, nicht in der eigentlichen Mitschrift des Vortrags. So konnte nicht geklärt werden, warum als Ort dieser Ansprache die Wehrmachtakademie angegeben wurde, also eine Institution, die – folgt man den wenigen noch vorhandenen Angaben – zum damaligen Zeitpunkt bereits nicht mehr existierte. Unklar bleibt ferner, warum die Mitschrift als „Auszug aus einem Vortrag“ bezeichnet wird, obwohl es sich doch um einen in sich geschlossenen Text handelt. Und warum wurde, so die Überschrift, dieser Vortrag im Rahmen eines „Zyklus“ gehalten? Es handelte sich hier offensichtlich um eine zentrale richtungsweisende Ansprache, in gewisser Weise vergleichbar mit Hitlers geheimen Ansprachen am 5. November 1937, am 23. Mai sowie am 22. August 1939. Sie einem Vortragszyklus zuzuordnen, dürfte ihrer Bedeutung kaum gerecht werden.

All dies könnte für die Vermutung sprechen, diese Ansprache sei von einem Zuhörer mitstenographiert und anschließend ins Reine geschrieben worden, der zwar präzise sämtliche Äußerungen des Generalstabschefs aufzeichnete, jedoch unsicher war, welche Überschrift er dem Protokoll geben sollte<sup>7</sup>. Möglicherweise wurde die Überschrift auch später von anderer Hand hinzugefügt. Bereits hier beginnt allerdings die Spekulation.

Für die Authentizität dieser Aufzeichnung spricht auch die Tatsache, daß es möglich ist, die Ansprache relativ exakt zu datieren, obwohl in der Überschrift kein Datum genannt wird. Die Mitschrift selbst liefert so vielfältige und präzise inhaltliche Hinweise, daß sich der Zeitraum auf wenige Wochen eingrenzen läßt. So erwähnt Halder das „Ende des ‚Freundschaftsverhältnisses‘ mit Polen“ – also einen Prozeß, der sich von Ende März bis April 1939 in mehreren Etappen vollzog:

26. März: Auslaufen der deutsch-polnischen Verhandlungen;

31. März: britische Garantieerklärung für Polen;

6. April: Veröffentlichung des britisch-polnischen Kommuniqués während der Reise des polnischen Außenministers Józef Beck nach London (3.–7. April 1939);

28. April: offizielle Kündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffspakts durch Hitler<sup>8</sup>.

Ferner spricht Halder von Rumänien; „sein endgültiges Schicksal“ hänge „vollkommen von unserem guten Willen ab – trotz der bekannten Garantien“. Hier können – auch der Plural des letzten Wortes spricht für diese Vermutung – nur die Garantieerklärungen gemeint sein, welche die britische *und* die französische Regierung am 13. April zugunsten der rumänischen Unabhängigkeit abgaben. An den

---

chen. Im Hinblick auf das geringe Wissen über die Genese des Dokuments ging es auch darum, dieses Satz für Satz auf seine Authentizität zu überprüfen und mit den Ergebnissen der Forschung sowie ergänzenden Quellen zu konfrontieren.

<sup>7</sup> Daß hier ein Bruch vorliegt, wird auch daran deutlich, daß von Halder in der Überschrift in der 3. Person gesprochen wird, während er im Text selbst als 1. Person erscheint. Es ließ sich ferner nicht klären, warum die Ansprache ausformuliert vorliegt und nicht in knappen Stichworten, wie dies von vielen vergleichbaren Mitschriften aus diesen Jahren bekannt ist.

<sup>8</sup> Vgl. Dokument, Anm. 15, 21 und 39.

13. April 1939 ist also als *Terminus post quem* bei der Datierung des Dokuments zu denken.

Auch für den *Terminus ante quem* gibt es eindeutige Hinweise. Das zentrale Thema der Ansprache ist der „kommende Krieg gegen Polen“; hierfür hatte Hitler erstmals am 25. März einen mündlichen Auftrag an den Oberbefehlshaber des Heeres gegeben, das Oberkommando der Wehrmacht war am 3. April mit einer schriftlichen Weisung nachgezogen<sup>9</sup>. In der Ansprache des Generalstabschefs wird freilich deutlich, daß die Angriffsvorbereitungen für einen Feldzug gegen Polen noch nicht sehr weit gediehen waren. Die zahlreichen taktischen, operativen und technischen Fragen, die damit zusammenhingen, wurden von Halder in der Zeit vom 2. bis 11. Mai während einer sog. Generalstabsreise in Schlesien durchgespielt und geprüft<sup>10</sup>. Ganz offensichtlich lagen die Ergebnisse dieser Reise zum damaligen Zeitpunkt aber noch nicht vor.

Ebenso lassen sich nicht die geringsten Anspielungen auf Hitlers große Ansprache ausmachen, die dieser am 23. Mai vor den Wehrmachtspitzen in der Reichskanzlei hielt. Während Halder bereits die Möglichkeit eines Krieges mit Großbritannien oder sogar mit der Sowjetunion in seine Überlegungen zumindest einbezog, wollte Hitler den großen europäischen Konflikt nach Möglichkeit noch vermeiden. „Es ist Sache geschickter Politik“, so Hitler am 23. Mai, „Polen zu isolieren.“<sup>11</sup>

Schließlich bleiben, drittens, in Halders Ansprache wesentliche Veränderungen in der internationalen Politik völlig unerwähnt, etwa die Absetzung des sowjetischen Außenministers Maxim Litwinov am 3. Mai, der große Rechenschaftsbericht des polnischen Außenministers zwei Tage später und der Abschluß des deutsch-italienischen Militärbündnisses, des sog. Stahlpakts, am 22. Mai. Dagegen können Halders Äußerungen über eine italienische Kriegführung im Mittelmeerraum sehr wohl als Reflex auf die ersten deutsch-italienischen Sondierungsgespräche verstanden werden, die am 5./6. April in Innsbruck stattfanden. All dies sind Hinweise, die dafür sprechen, daß diese Ansprache noch im April 1939 – und zwar nach dem 13. April – gehalten wurde.

Betrachtet man das Ganze, so überrascht, ja frappiert der hochgestimmte Ton, die geradezu vermessene Siegeszuversicht, die Halder hier demonstriert. Sein forscher Optimismus – relativ ungewöhnlich für einen Generalstäbler – verdeutlicht die ei-

<sup>9</sup> Vgl. Horst Rohde, Hitlers erster „Blitzkrieg“ und seine Auswirkungen auf Nordosteuropa, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2, Stuttgart 1979, S. 77–156, insbes. S. 79, Anm. 1; Walther Hubatsch, *Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945*. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, Koblenz 1983, Dok. 1 a.

<sup>10</sup> Vgl. Christian Hartmann, *Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942*, Paderborn 1991, S. 127; Adolf Heusinger, *Befehl im Widerstreit. Schicksalsstunden der deutschen Armee 1923–1945*, Tübingen 1950, S. 49 f.

<sup>11</sup> *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945*, Serie D, Bd. VI, Baden-Baden 1956, Dok. 433 (Bericht über eine Besprechung am 23. Mai 1939), S. 477–483, hier S. 479.

gentliche Absicht dieser Ansprache. Die Zuhörer waren davon zu überzeugen, daß schnell gehandelt werden mußte, daß sich – so Halders Verständnis – wieder einmal eine zeitlich nur knapp bemessene „Chance“ eröffnet hatte. Fakten sollten geschaffen werden, wie schon früher, bei der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, dem Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland, dem Anschluß Österreichs. Da Zweifel ein rasches Zupacken behindern können, wurde ihnen kein Raum gegeben. Der Sieg über die polnische Armee mußte, im eigentlichen Sinne des Wortes, erzwungen werden, das Risiko von Gegenmaßnahmen der Westmächte war in Kauf zu nehmen – „ganz gleich, ob Frankreich bzw. England im Westen nun angreifen oder nicht“.

Der Generalstabschef mußte freilich wissen, wie gefährlich das Spiel war, auf das er sich einließ. Es gab damals nur wenige, die einen solch direkten wie umfassenden Einblick in die militärische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Deutschen Reichs hatten wie er. Vor allem aber war mit der Besetzung der sogenannten Rest-Tschechei am 15. März 1939 eine neue Phase in den internationalen Beziehungen eingeleitet worden. Hitlers „Griff nach Prag“ hatte „wie erwartet, die Gegenkräfte mobilisiert“<sup>12</sup> – so das Fazit des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, Ernst Freiherr von Weizsäcker, mit dem Halder damals rege Kontakte unterhielt.

Halders Rolle im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs war bislang nur schwer zu fassen<sup>13</sup>. Die Urteile wurden anfangs geprägt von der Erschütterung und Verunsicherung, welche sich nach der britischen und französischen Kriegserklärung am 3. September 1939 im deutschen Volk wie auch in großen Teilen seiner Führung breit machten, aber auch von der Tatsache, daß Halder nach den Erfahrungen in Polen im Herbst 1939 erst einmal keine Offensive gegen die Westmächte führen wollte. Derartige Teilinformationen schienen nach 1945 zunächst Halders Selbstdarstellung zu bestätigen, in der er hauptsächlich von seiner Opposition gegen Hitler sprach und die Behauptung verbreitete: „Am 1. September 1939 standen wir gegen unseren Willen und gegen den Willen des Heeres im Feldzug gegen Polen.“<sup>14</sup> Inzwischen hat es sich erwiesen, wie gespannt, ja geradezu feindselig das Verhältnis zwischen Hitler

<sup>12</sup> Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950, hrsg. von Leonidas E. Hill, Frankfurt a. M. 1974, S. 154 (Tagebuch, 18. 6. 1939). Zum damaligen Verhalten Weizäckers vgl. Rainer A. Blasius, Für Großdeutschland – gegen den großen Krieg. Staatssekretär Ernst Frhr. von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen 1938/39, Köln 1981. Bereits in seinem Memorandum vom 12. 10. 1939 bezeichnete Weizsäcker dann den Einmarsch in die Rest-Tschechei als den großen Knick „in der bisher so erfolgreichen Terminologie des III. Reiches, daß Deutsche zu Deutschen wollen“. Vgl. Weizsäcker-Papiere 1933–1950, S. 173 f.

<sup>13</sup> Vgl. Hartmann, Halder, S. 122 ff., 347 f. Auch zum folgenden.

<sup>14</sup> Bundesarchiv-Militärarchiv (künftig: BA-MA), N 220/64: Protokoll der Spruchkammerverhandlung gegen F. Halder, 15. 9. 1948. Nach dem Krieg betonte Halder stets seine Unwissenheit und Hilflosigkeit angesichts der rasanten außenpolitischen Entwicklung; ihm sei nichts anderes übrig geblieben, als auf die Vorgaben Hitlers und des OKW zu reagieren. Dabei suggerierte er, daß die Unsicherheit und das Chaos, die in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch tatsächlich herrschten, die gesamte Vorbereitungszeit des Polenfeldzugs bestimmt hätten. Vgl. in diesem Zusammenhang Schall-Riaucourt, Aufstand, S. 260 f.

und Halder zeitweise war, jedoch immer wieder unterbrochen von langen Phasen, in denen sich beide nach Kräften um eine gute Kooperation bemühten. Daß der Generalstabschef zumindest in den entscheidenden Monaten im Frühjahr und Sommer 1939 nichts anderes war, ja nichts anderes sein wollte als ein Handlanger der Hitlerischen Kriegspolitik – ein Faktum, das bislang nur in Ansätzen bekannt war<sup>15</sup> –, dürfte durch das vorliegende Dokument deutlich werden.

Es wäre freilich unangemessen, das Ergebnis dieses Fundes allein auf solch biographische Erkenntnisse zu reduzieren. Ungleich wichtiger ist der unverstellte Einblick in das Führungszentrum der deutschen Streitkräfte und die damit gegebene Möglichkeit, deren Mitverantwortung an der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs präziser zu bestimmen. Dabei verdienen vor allem fünf Aspekte besonderes Interesse:

1. An erster Stelle ist wohl Halders Bereitschaft festzuhalten, notfalls auch eine militärische Auseinandersetzung mit den Westmächten zu riskieren, obwohl dem Generalstabschef bekannt war, daß die deutsche Aufrüstung noch längst nicht abgeschlossen war<sup>16</sup>, daß der von ihm beschworene „unübersteigbare“ Westwall mehr propagandistische Fiktion war als militärische Realität<sup>17</sup> und daß die Kräfte der Luftwaffe kaum ausreichten, um einen strategisch effizienten Luftkrieg gegen die Westmächte zu führen<sup>18</sup>. Dagegen kam die maritime Dimension eines solchen Krieges – bezeichnend für die Grenzen im Denken dieses Heeresoffiziers – nicht ein einziges Mal zur Sprache. Das hinderte Halder allerdings nicht, das Szenario des „kommenden Krieges“ bis in den nordafrikanischen Raum zu verlegen oder über die Erfolgsaussichten einer gemeinsamen deutsch-italienischen Offensive „via Nizza und Modena“ zu spekulieren – Operationen, für die eine vorsichtige bilaterale Abstimmung gerade erst begonnen hatte, für die aber konkrete Vorbereitungen vollkommen fehl-

<sup>15</sup> Zum Verhältnis zwischen Hitler und der Heeresführung im Frühjahr und Sommer 1939, das damals „überraschend friedlich“ gewesen sei, vgl. etwa Nicolaus von Below, Als Hitlers Adjutant 1937–45, Mainz 1980, S. 175.

<sup>16</sup> Zum Stand der deutschen Aufrüstung vgl. etwa Herbert Schottelius/Gustav-Adolf Caspar, Die Organisation des Heeres 1933–1939, in: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648–1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4/VII, München 1979, S. 289–399; Rolf Güth u. a., Die Organisation der Kriegsmarine bis 1939, in: Ebenda, S. 401–499; Karl Köhler/Karl-Heinz Hummel, Die Organisation der Luftwaffe 1933–1939, in: Ebenda, S. 501–579. Dort (S. 583 ff.) auch weiterführende Literatur.

<sup>17</sup> Generaloberst Wilhelm Ritter von Leeb hatte am 28. 3. 1939 Halder persönlich einen relativ skeptischen „Bericht über den gegenwärtigen Verteidigungszustand der Westbefestigungen“ zugesandt, abgedruckt in: Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb, Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen. Aus dem Nachlaß hrsg. von Georg Meyer, Stuttgart 1976, Anlage III, S. 462–465. Zusammen mit der politischen und militärischen Führung hatte sich Halder während einer Besichtigungsreise in der Zeit vom 15. 5. bis 18. 5. 1939 ein Bild über die Lage vor Ort gemacht. Vgl. BA-MA, RH 1/45 ObdH/Adjutantur, Dienstreisen. Ferner die zeitgenössischen Zeitungsberichte. Generell zum Stand der Westbefestigungen Manfred Gross, Der Westwall zwischen Niederrhein und Schnee-Eifel, Köln 1982; Dieter Bettinger/Martin Büren, Der Westwall. Die Geschichte der deutschen Westbefestigungen im Dritten Reich, Osnabrück 1990.

<sup>18</sup> Vgl. Dokument, Anm. 44.

ten<sup>19</sup>. Selbst Hitler sollte am 23. Mai 1939 in seiner internen Ansprache vor den Spitzen der Wehrmacht deutlich machen, daß der Krieg im Westen nach Möglichkeit hinauszuschieben sei. Militärische Erfolge gegenüber Polen seien nur dann zu erwarten, „wenn der Westen aus dem Spiel bleibt“. Nur für den Fall, daß dies „nicht möglich“ wäre, sei „es besser, den Westen anzufallen und dabei Polen zugleich zu erledigen“<sup>20</sup>.

2. Es charakterisiert die unterschiedliche Lageeinschätzung dieser beiden Männer, wenn Verbündete in Hitlers Ausführungen am 23. Mai eine ungleich geringere Rolle spielten als in den Planungen des Generalstabschefs. Hitler erwähnte allein Italien und Japan, nicht ohne deutliche Skepsis gegenüber einer japanischen Unterstützung. Halder dagegen ließ wenig Zweifel, auf welcher Seite diese Mächte in einem kommenden Krieg zu finden sein würden; auch Ungarn und Jugoslawien rechnete er bereits zu den deutschen Verbündeten.

Sicherlich war das Jahr 1939 davon geprägt, daß sich die außenpolitische Szene neu formierte, daß sich die deutsche Position in einigen Regionen entschieden verbesserte und daß die deutsche Diplomatie alles daran setzte, neue Verbündete zu gewinnen. Doch mußte schon eine wohlwollende Analyse dieser vielfältigen Sondierungen, Pressionen und Gespräche zu dem Ergebnis führen, daß es sich hierbei meist um nicht mehr handelte als um vorsichtige Fühlungnahmen, nicht aber um tragfähige Allianzen, auf die man in schweren außenpolitischen Krisen zählen konnte. Zumindest die ersten Monate des Zweiten Weltkriegs lieferten den Beweis, daß man weder in Rom und Budapest, Tokio oder gar in Belgrad große Lust verspürte, die Deutschen bei ihren waghalsigen Abenteuern zu unterstützen.

<sup>19</sup> Am 26.11. 1938 hatte das Wehrmachtführungsamt im OKW in einem Memorandum empfohlen, daß sich die italienische Kriegführung auf folgende Ziele konzentrieren solle: „Bedrohen der englischen und französischen Einflußsphäre in Nordafrika, Ägypten, Palästina und im Orient“, „Bindung möglichst starker französischer Kräfte an der italienischen Alpenfront“, „Angriffskrieg gegen Französisch Nordafrika“, unterstützt von italienischen Angriffen in der Luft und zur See. Allerdings sollten Deutschland wie Italien auf ihren Kriegsschauplätzen „selbständig“ führen. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D, Bd. IV, Baden-Baden 1951, Dok. 411; ebenda, Bd. VI, Baden-Baden 1956, Anhang I–VI. Am 5./6.4. 1939 besprachen der Chef des OKW, Generaloberst Wilhelm Keitel, und der italienische Generalstabschef des Heeres, General Alberto Pariani, auf einer ersten militärischen Konferenz in Innsbruck die Rahmenbedingungen einer gemeinsamen deutsch-italienischen Strategie gegen Großbritannien und Frankreich. Obwohl Italien und Deutschland am 22.5. 1939 mit dem Abschluß des sog. Stahlpakts ihren Willen zur politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kooperation bekräftigten, rechnete die italienische Führung frühestens 1943 mit der Kriegsbereitschaft ihres Landes, so daß Mussolini am 1.9. für Italien den Zustand der „non belligeranza“ verkündete; vgl. ebenda. Vgl. auch Gerhard Schreiber, Revisionismus und Weltmachtstreben. Marineführung und deutsch-italienische Beziehungen 1919 bis 1944, Stuttgart 1978, S. 139 ff.; Der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Walther von Brauchitsch, hielt sich vom 29.4. bis 10.5. 1939 in Italien auf, wobei er auch die italienische Kolonie Libyen besuchte. Halder nahm in der Zeit vom 2.8. bis 11.8. 1939 an den großen italienischen Manövern in der Po-Ebene teil. Vgl. BA-MA, RH 1/45 ObdH/Adjutantur, Dienstreisen; BA-MA, N 220/25 und /26, Teilnahme Halders an den italienischen Manövern.

<sup>20</sup> Wie Anm. 11. Auch zum folgenden.

3. Vergegenwärtigt man sich den Stand der operativen Vorarbeiten der deutschen Streitkräfte im Frühjahr 1939, so überrascht es, wie sehr sich der Generalstabschef schon damals mit Großbritannien und vor allem mit der Sowjetunion beschäftigte. Noch bis ins Jahr 1938 standen die Aufmarschplanungen des Heeresgeneralstabs ganz im Zeichen jenes strategischen Dreiecks Frankreich-Polen-Tschechoslowakei<sup>21</sup>, erst 1938 hatte man in den deutschen Führungsstäben überhaupt begonnen, konkretere Überlegungen „über die Möglichkeiten einer Kriegführung gegen England“ anzustellen<sup>22</sup>. Für die Sowjetunion aber waren noch nicht einmal Planspiele dieser Art in den militärischen Führungsstäben besprochen worden.

Dabei war eigentlich klar, daß ein Feldzug gegen Polen mit einer gewissen Zwangsläufigkeit auch die Sowjetunion ins Spiel bringen würde – also einen Staat, der seit dem Auslaufen der deutsch-sowjetischen Kooperation im Jahr 1933 kaum im deutschen Kalkül – weder in dem der Diplomaten, noch in dem der Militärs – vorgekommen war. Symptomatisch für diesen geringen Stellenwert war etwa die Feststellung des Staatssekretärs von Weizsäcker, der noch im Dezember 1938 meinte, daß Rußland „weder als Freund noch als Feind“ von Interesse sei<sup>23</sup>.

Daß nach der deutschen Besetzung der Rest-Tschechei der Dialog zwischen der Sowjetunion und den Westmächten in Gang gekommen war, daß sich im Frühjahr 1939 vage die Möglichkeit einer Allianz zwischen der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich abzuzeichnen schien, mußte freilich auch in Berlin für größte Unruhe sorgen. Die Vorstellung der außenpolitischen „Einkreisung“ war ein Trauma, das tief im deutschen Bewußtsein wurzelte. Gleichwohl waren bislang keine Dokumente, ja noch nicht einmal einzelne Äußerungen von deutschen Politikern oder Militärs bekannt, in denen zum *damaligen* Zeitpunkt auch nur erwogen wurde, die für den Polenfeldzug bestimmten Kräfte – nicht mehr als 53 Divisionen – im Anschluß daran möglicherweise gegen die Sowjetunion einzusetzen<sup>24</sup>. In Hitlers Ansprache am 23. Mai war dies jedenfalls kein Thema.

<sup>21</sup> Zum Stand der operativen Planungen der Wehrmacht vgl. Wilhelm Deist, Die Aufrüstung der Wehrmacht, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. I, Stuttgart 1979, S. 371–352, hier S. 518ff. Ferner Esmonde M. Robertson, Hitler's Pre-War Policy and Military Plans 1933–1939, London 1963.

<sup>22</sup> Vgl. Gerhard Schreiber, Das strategische Lagebild von Luftwaffe und Kriegsmarine im Jahr 1938, in: Franz Knipping/Klaus-Jürgen Müller (Hrsg.), Machtbewußtsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Paderborn 1984, S. 175–189. Zitat aus der Überschrift eines Besprechungsprotokolls zwischen OKM und ObdL vom 4. 5. 1938, ebenda, S. 179, Anm. 18. Ferner Robertson, Hitler's Pre-War Policy, S. 172f.

<sup>23</sup> Vgl. Sergej Slutsch, Deutschland und die UdSSR 1918–1939. Motive und Folgen außenpolitischer Entscheidungen, in: Hans-Adolf Jacobsen/Jochen Löser/Daniel Proektor/Sergej Slutsch (Hrsg.), Deutsch-russische Zeitenwende. Krieg und Frieden 1941–1995. Unter Mitwirkung von Oleg Prudkow, Baden-Baden 1995, S. 28–90, hier S. 73.

<sup>24</sup> Einen Anhaltspunkt für Halders Vorstellungen über das Kräfteverhältnis in einem deutsch-sowjetischen Krieg bieten seine Aufzeichnungen über ein Gespräch mit dem Oberbefehlshaber des Heeres am 22. 7. 1940, also bereits *nach* dem Westfeldzug. Im OKH meinte man damals, daß von deutscher Seite für eine Eroberung des Baltikums, Weißrußlands und der Ukraine „80–100 Div[isio-

Ist der antibolschewistische Unterton in den Ausführungen des Generalstabschefs auch unüberhörbar, so ist es doch fraglich, ob ein Krieg mit der Sowjetunion primär als sein eigenes strategisches Anliegen zu bewerten ist. Sein Oberster Kriegsherr jedenfalls hatte nie ein Hehl aus seinen langfristigen Eroberungsplänen gemacht<sup>25</sup>, so daß es wohl Halders Verständnis von der instrumentalen Rolle der Armee entsprach, wenn er sich und seine Umgebung zumindest gedanklich darauf vorzubereiten suchte<sup>26</sup>. Bereits im Dezember 1938 – so erinnerte sich der ehemalige amerikanische Geschäftsträger in Berlin, Raymond H. Geist, ein paar Jahre später – habe sich Halder mit ihm ausführlich über das nationalsozialistische Eroberungsprogramm im Osten unterhalten und es als unabänderlich, bereits entschieden bezeichnet. Der General habe dabei nicht nur auf Polen als ein mögliches Ziel hingewiesen, sondern auch auf Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Rumänien, Rußland und besonders auch auf die Ukraine, aus der eine deutsche Provinz werden solle<sup>27</sup>. Es paßt in diesen Zusammenhang, wenn sich im Tagebuch des Generalstabschefs dann Angaben über eine Ansprache Hitlers im Oktober 1939 finden, in der dieser die polnischen Gebiete als „deutsches Aufmarschgebiet für [die] Zukunft“<sup>28</sup> bezeichnete. Wenn auch die Initiative zu solch verantwortungslosen Planspielen wahrscheinlich nicht von der Heeresführung ausging, so ist die Sorglosigkeit und Inkompetenz erschreckend, mit der ein militärischer Fachmann wie Halder dieses ideologische Programm umsetzen wollte, noch dazu im Jahre 1939.

4. Bemerkenswert sind auch Halders vage Andeutungen über eine Besetzung des polnischen Hinterlands, die „in weitem Maße von den paramilitärischen Formationen der Partei vorgenommen werden“ würde. Hält man dem Generalstabschef zugute, daß er die Dimensionen dessen, was sich später in Polen zutrug, noch nicht er-

nejn“ nötig seien, die Sowjetunion selbst besitze „50–75 gute Div[isionen]“. Vgl. Halder, Kriegstagebuch, Bd. II, S. 32f. (22. 7. 1940).

<sup>25</sup> Vgl. hierzu Andreas Hillgruber, Die „Endlösung“ und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus, in: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1978, S. 94–114; Manfred Weißbecker, „Wenn hier Deutsche wohnten. . .“ Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln 1994, S. 9–54.

<sup>26</sup> Vgl. die Aufzeichnung von Halders Vorgänger, General Ludwig Beck, vom 12. 11. 1937, in der er zu Hitlers geheimer Ansprache vom 5. 11. 1937 Stellung nahm: „Es ist festzustellen, daß über die Absicht [Hitlers], die deutsche Raumnot früher oder später gewaltsam zu beheben, innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen schon seit Jahren ein Geheimnis nicht mehr besteht.“ Druck in: Klaus-Jürgen Müller, General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933–1938, Boppard a. Rh. 1980, Dok. 43.

<sup>27</sup> Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945–1. Oktober 1946, Bd. XXVIII, Nürnberg 1948, S. 234–254, hier S. 238f. Dok. 1759-PS: Affidavit Raymond H. Geist vom 28. 8. 1945. Ferner Hartmann, Halder, S. 123ff.

<sup>28</sup> Halder, Kriegstagebuch, Bd. I, S. 107 (18. 10. 1939).

kennen konnte, so wird doch offensichtlich, daß er über die Vorbereitungen der Einsatzgruppen und über deren geplante Kooperation mit der Wehrmacht wohl informiert war<sup>29</sup>, denn um nichts anderes konnte es hier gehen. Ein ganz neuer, ideologischer Charakter des bevorstehenden Krieges begann sich hier abzuzeichnen. Daß Halder über die „Schweinereien hinter der Front“<sup>30</sup> und die sich anschließende deutsche Besatzungspolitik in Polen zunächst erschrocken war, dann aber relativ schnell befand, daß da „jetzt nichts zu machen“ sei<sup>31</sup>, ist bekannt. So gut es ging, versuchte er den Charakter der nationalsozialistischen Bevölkerungs-, Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik im Generalgouvernement zu ignorieren und dementsprechend auch auf jene Offiziere einzuwirken, die nicht bereit waren, derartige Exzesse hinzunehmen<sup>32</sup>. Zweifellos waren diese Entwicklungen der Zukunft vorbehalten. Doch gab es bereits 1939 Hinweise, die skeptisch stimmen mußten. Die Wehrmacht hatte schon beim Einmarsch in Österreich und ins Sudetenland unguete Erfahrungen mit den Einsatzgruppen gemacht. Vor allem aber gab die Armee mit solchen Eingriffen gute alte Rechte aus der Hand, denn es war bislang üblich gewesen, daß die Vollziehende Gewalt in einem besetzten Gebiet allein in ihren Händen lag. Das Weisungsrecht des Inhabers der Vollziehenden Gewalt, so legte das „Handbuch für den Generalstabsdienst“ noch im Sommer 1939 unmißverständlich fest, ging allen anderen Weisungen vor, auch denen der Obersten Reichsbehörden, Obersten Preussischen Behörden und der Reichsleitung der NSDAP<sup>33</sup>. Relativ leichtfertig war hier eine

<sup>29</sup> Über die Kontakte, die zwischen Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst auf der einen und dem Oberkommando des Heeres auf der anderen Seite im Vorfeld des Polenfeldzugs bestanden, gibt es relativ wenige Informationen. Bekannt ist, daß im Juli 1939 zwischen dem Chef der SiPo und des SD, SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich, und dem Oberst i. G. Eduard Wagner – als Chef der 6. Abteilung im Generalstab des Heeres zuständig für die Versorgung des Heeres wie für die militärische Verwaltung von besetzten Gebieten – eine „Vereinbarung“ getroffen wurde, welche die „Bekämpfung aller reichs- und deutschfeindlichen Elemente in Feindesland rückwärts der kämpfenden Truppe“ regeln sollte. Auf der Grundlage dieser Vereinbarung legten die „Richtlinien für den auswärtigen Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD“ vom August 1939 fest, daß Einsatzgruppen bzw. Einsatzkommandos der kämpfenden Truppe „dichtauf folgen“ und mit den militärischen Kommandobehörden vor Ort eng zusammenarbeiten sollten. Vgl. Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942*, Stuttgart 1981, S. 32 ff., 36; Hans Umbreit, *Deutsche Militärverwaltungen. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens*, Stuttgart 1977, S. 65 ff. Ferner *Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres, General der Artillerie Eduard Wagner*. Hrsg. von Elisabeth Wagner, München 1963, S. 103 sowie Dokument, Anm. 65 f.

<sup>30</sup> Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. I, S. 68 (10. 9. 1939).

<sup>31</sup> Heinrich Nolte, *Landesverrat oder Hochverrat? Als Adjutant bei Halder, Oktober 1939 bis Juni 1940*, in: *Kampftruppen* (1969), H. 5, S. 120–122, hier S. 122.

<sup>32</sup> Vgl. hierzu Hartmann, Halder, S. 150 ff. sowie Helmuth Groscurth, *Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940*. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler. Hrsg. von Helmut Krausnick und Harold C. Deutsch unter Mitarbeit von Hildegard von Kotze, Stuttgart 1970, S. 201 ff.

<sup>33</sup> Vgl. *Handbuch für den Generalstabsdienst im Kriege*. Abgeschlossen am 1. 8. 1939, 2 Teile, Berlin 1939, S. 117 f. sowie Umbreit, *Militärverwaltungen*, S. 13 ff.

Entwicklung eingeleitet worden, an deren Ende sich die Grenzen zwischen den rasenideologischen Verbrechen des Nationalsozialismus und der Kriegführung der Wehrmacht allmählich auflösten.

5. Die bislang genannten Aspekte – Halders Akzeptanz eines neuen „großen“ Krieges und seine Hinnahme der Einsatzgruppen – sind Ausdruck eines tieferliegenden Problems, seines eingeschränkten politischen, im besonderen Fall des Generalstabschefs: seines eingeschränkten strategischen Handlungsspielraums. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger, General Ludwig Beck<sup>34</sup>, hatte Halder bei seinem Dienstantritt den Anspruch aufgegeben, künftig prinzipiell an der Formulierung der Großen Strategie beteiligt zu werden. Die von ihm initiierte Überarbeitung jenes „Handbuchs für den Generalstabsdienst“ im Winter 1938/39 lieferte gewissermaßen die theoretische Begründung seines freiwilligen Machtverzichts<sup>35</sup>. Allerdings wußte der neue Generalstabschef sehr wohl, daß es schwierig werden würde, den Generalstab des Heeres, also das mit Abstand größte und wichtigste militärische Führungsorgan, in der Praxis der strategischen Entschlußbildung auf Dauer zu ignorieren. Halder war sich vermutlich über die Risiken eines solchen Vorgehens im klaren, so daß es nahelag, wenn er von Anfang an nach möglichen Rückzugslinien Ausschau hielt und dabei auch die Extremlösung eines Staatsstreichs in sein Kalkül einbezog. Dies waren Eventualplanungen im Arsenal des Generalstäblers; es ist bekannt, daß aus ihnen nichts wurde<sup>36</sup>.

Spätestens mit dieser Rede gab Halder jedoch ein deutliches Signal, daß er von politischer Opposition oder gar von gewaltsamer Systemveränderung nichts mehr wissen wollte. Wenn er am Beginn seiner Ausführungen erstaunlich offen auf mögliche politische oder gar weltanschauliche Zweifel einging, so nur, um an der rein instrumentalen Rolle der Armee keinen Zweifel zu lassen. Immerhin ist es möglich, daß der Generalstabschef insgeheim anders dachte. Doch hätte er in einem solchen Falle seine Soldaten in ein Unternehmen gejagt, an dessen Erfolg er selbst nicht glaubte. Vor allem aber gab Halder jetzt zu erkennen, daß er Diskussionen im Offizierskorps über Grundsatzfragen politischer, aber auch strategischer Natur nicht mehr akzeptierte – mit der Folge, daß die Heeresführung in den eigenen Reihen kaum noch auf Unterstützung hoffen konnte, falls es dennoch zu Meinungsverschiedenheiten zwischen militärischer und politischer Führung kommen sollte. Es ist bezeichnend für die schwache Substanz von Halders Argumentation, aber auch für seinen labilen Charakter, wenn er bereits wenige Monate später einem seiner Mitarbeiter, dem Major i. G. Helmuth Groscurth, gestehen mußte, er wisse nicht mehr weiter und „sei seit Wochen mit der Pistole in der Tasche zu Emil [Hitler] gegangen, um ihn evtl. über den Haufen zu schießen“<sup>37</sup>.

<sup>34</sup> Vgl. Müller, Beck; zur Gesamtbewertung Becks vgl. auch Nicholas Reynolds, Beck. Gehorsam und Widerstand. Das Leben des deutschen Generalstabschefs, 1935–1938, Wiesbaden 1977.

<sup>35</sup> Vgl. Hartmann, Halder, S. 118 f.

<sup>36</sup> Vgl. ebenda, S. 99 ff., 162 ff., 345 f.

<sup>37</sup> Groscurth, Privattagebuch, S. 222 f. (31.10. 1939).

Halder führte diese Unterredung Ende Oktober 1939. Er hätte sich zu diesem Zeitpunkt eigentlich bestätigt fühlen können. Viele seiner Prognosen vom Frühjahr waren Punkt für Punkt eingetreten. Zwar hatten sich seine Hoffnungen auf einen italienischen Kriegseintritt nicht erfüllt, dafür stand aber die Sowjetunion, im Frühjahr 1939 noch ein potentieller Gegner, inzwischen auf der Seite des Deutschen Reichs, zumindest wirtschaftlich<sup>38</sup>. Der eklatante Widerspruch – Halders Leichtsinns im Vorfeld des Krieges und seine Verzweiflung über die strategische Gesamtlage im Herbst 1939 – ist nicht nur Ausdruck der Halderschen Persönlichkeit, seiner im Grunde empfindsamen Natur, die immer wieder von Stimmungen und momentanen Eindrücken überwältigt wurde; er ist auch Ausdruck eines Berufs- und Staatsverständnisses, das nicht nur die Wehrmachtführung, sondern auch weite Teile der nationalkonservativen Eliten in Armee, Diplomatie und Verwaltung prägte<sup>39</sup>. Dieser Widerspruch ist schon in Halders Vortrag angelegt: Bewertet man diesen *ausschließlich* unter militärisch-taktischen Gesichtspunkten im engeren Sinne, so wird sein durchaus großes fachliches Können sichtbar. Es war in der Tat ein minutiöser Plan für den bevorstehenden Feldzug gegen Polen, den der Generalstabschef hier präsentierte; so gut wie keines der wesentlichen militärischen Ereignisse blieb unerwähnt, kaum eines, das im September 1939 nicht in dieser Form und in dieser Zeit realisiert worden wäre. Die Sicherheit und die Souveränität, mit der der Generalstabschef die modernsten militärischen und technischen Entwicklungen seiner Zeit aufgriff und in ein übergreifendes operatives Konzept einzubinden wußte, ist beachtlich.

Doch ging es hier eben nicht allein um einen „Feldzug von 14 Tagen“. Zog man Bilanz über das, was Halder hier vortrug, so war darin stets die Möglichkeit eines neuen Weltkriegs präsent, ohne daß zentrale Aspekte einer solch globalen Auseinandersetzung auch nur ein einziges Mal erwähnt worden wären, etwa ihre maritime oder wirtschaftspolitische Dimension, von den zentralen politischen Fragen, die damit zusammenhingen, einmal ganz abgesehen. General Beck hatte es im Juli 1938 als „ein[en] Mangel an Größe und an Erkenntnis“ bezeichnet, „wenn ein Soldat in höchster Stellung in solchen Zeiten seine Pflichten und Aufgaben nur in dem begrenzten Rahmen seiner militärischen Aufträge sieht, ohne sich der höchsten Verantwortung vor dem gesamten Volk bewußt zu werden“<sup>40</sup>. Der bald darauf beginnende Zweite Weltkrieg sollte dies nachdrücklich unter Beweis stellen.

<sup>38</sup> Vgl. hierzu Heinrich Schwendemann, Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941. Alternative zu Hitlers Ostprogramm?, Berlin 1993. Dort (S. 365 ff.) auch umfangreiche Statistiken zum deutsch-sowjetischen Warenaustausch.

<sup>39</sup> Zu diesem Komplex vgl. Knipping/Müller (Hrsg.), Machtbewußtsein in Deutschland; Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hrsg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989.

<sup>40</sup> Druck der bekannten Vortragsnotiz Becks vom 16.7. 1938 in: Müller, Beck, Dok. 50.

Dokument<sup>1</sup>

## Taktische und strategische Erwägungen zum kommenden Krieg gegen Polen

Auszug aus einem Vortrag des Chefs des Generalstabs Halder, gehalten vor Generalen und Generalstabsoffizieren im Rahmen eines Zyklus der Wehrmacht-Akademie<sup>2</sup>.

Der Vortrag wurde als „vertraulich“ bezeichnet.

Wenn ich heute zu Ihnen über das Thema „Der kommende Krieg“ spreche, so will ich von vorneherein darauf hinweisen, daß politische Erwägungen etc. bewußt beiseite gelassen werden. Die deutsche Wehrmacht hat das Schwert zu führen, aber sie hat sich nicht darüber zu entscheiden [*sic!*], ob und wann es zu ziehen ist. Ich weiß wohl, daß es diesen oder jenen unter uns gibt, der in Dingen der Außenpolitik oder vielleicht auch gar weltanschaulich noch anders denken mag als die heutige Staatsführung. Aber ich möchte auch bei dieser Gelegenheit nicht verfehlen, davor zu warnen, daß sich Angehörige des Offizierskorps ganz unnötigerweise mit Dingen befassen, die weitab von den Aufgaben liegen, die der Wehrmacht des Reiches gestellt sind<sup>3</sup>. Ich will mich bei

<sup>1</sup> Das Dokument umfaßt acht Schreibmaschinenseiten. Hinweise auf den Autor oder den genauen Zeitpunkt der Abfassung fehlen ebenso wie handschriftliche Ergänzungen o.ä. Offensichtliche Rechtschreib- und Interpunktionsfehler wurden stillschweigend korrigiert. In einigen Fällen wurde die Rechtschreibung behutsam dem heutigen Gebrauch angeglichen. Ergänzungen sind mit eckigen Klammern gekennzeichnet, eigenwillig formulierte Textstellen mit [*sic!*]. Die wenigen Unterstreichungen in der Vorlage sind *kursiv* wiedergegeben.

<sup>2</sup> Die Angaben der Überschrift sind widersprüchlich und ließen sich nur teilweise aufklären. Die Wehrmachtakademie war am 15.10. 1935 offiziell gegründet worden, um einen kleinen Kreis besonders befähigter Stabsoffiziere militärisch wie politisch in einjährigen Lehrgängen für Spitzenpositionen auszubilden, aber auch um die Zusammenarbeit der drei Teilstreitkräfte zu verbessern. Die neue Ausbildungsstätte konnte sich jedoch nie richtig etablieren und wurde am 31.3. 1938 wieder geschlossen. Halder wurde jedoch erst am 1.9. 1938 faktisch, am 1.11. 1938 nominell zum Generalstabschef des Heeres ernannt, ganz davon abgesehen, daß zahllose Anspielungen darauf hinweisen, daß diese Ansprache im Frühjahr 1939 stattfand. Im Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg i.Br., haben sich aus der Wehrmachtakademie (Bestand RW 13) wie aus der Kriegsakademie (Bestand RH 16) nur wenige Akten erhalten, so daß es nicht möglich war, mit weiteren Bezugsdokumenten diese Frage zu klären oder gar den Zeitpunkt dieser Ansprache näher einzugrenzen. Möglicherweise wurde hier die Wehrmachtakademie (Berlin NW.40, Lehrter Straße 58) mit der Kriegsakademie (Berlin NW.21, Kruppstraße 2-3), also dem Ausbildungszentrum für die Generalstabsoffiziere des Heeres, verwechselt. Die Kriegsakademie war dem Generalstabschef des Heeres direkt unterstellt, außerdem fühlte sich Halder – über lange Jahre Spezialist für das militärische Ausbildungswesen – dieser traditionsreichen Ausbildungsstätte besonders verbunden. Aus den wenigen Akten des Bestandes RH 16 läßt sich erkennen, daß an der Kriegsakademie neben der Lehrgangsausbildung selbst regelmäßig Vortragszyklen veranstaltet wurden, für die man Spitzenvertreter aus Armee, Staat und Partei zu gewinnen suchte. Vgl. ferner Hansgeorg Model, Der deutsche Generalstabsoffizier. Seine Auswahl und Ausbildung in Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr, Frankfurt a.M. 1968, S.70 ff., 105 ff.

<sup>3</sup> Halders Bemerkung dürfte ein deutliches Signal für jene Oppositionellen gewesen sein, die ihn noch im September 1938 in ihre Staatsstreiksüberlegungen einbezogen hatten. Vgl. Hartmann, Halder, S.99ff. Auch sind diese Äußerungen wohl eine Reaktion auf jene Ansprachen, die Hitler in den ersten Monaten des Jahres 1939 vor verschiedenen Gruppen von Wehrmachtsangehörigen

solchen Erwägungen nicht lange aufhalten, sondern sofort mit einer Schilderung der Situation beginnen, in der sich Deutschland militärisch befindet, und dann versuchen, die Lösung der gegebenen Probleme strategisch und taktisch anzudeuten, so wie sie sich im Augenblick zeigen. Ich betone dabei, daß es sich natürlich um keinen „Kriegsplan“ handelt, und außerdem wissen wir alle, daß sich sowohl politisch als auch, daraus resultierend, militärisch die Lage in Europa und in der Welt ununterbrochen ändert und daß außerdem im Kriege oft alles anders kommt, als wir uns das denken<sup>4</sup>. Es wird dann unsere Aufgabe sein, aus den jeweiligen Änderungen der Umwelt möglichst schnell und entschlossen die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen und der neuen Situation gerecht zu werden.

Sie wissen, meine Herren, daß sich z. B. die militärische Situation in Mitteleuropa seit dem vorigen Jahre ziemlich grundlegend geändert hat<sup>5</sup>. Dank der hervorragenden, ich möchte sagen, instinktsicheren Politik des Führers ist z. B. die 3. Front, die uns viel Kopfzerbrechen machte und die das Herz des Reiches unmittelbar bedrohte, gegenwärtig und wohl für immer beseitigt. Ich meine die Front im Südosten, als die sich uns die damals mit Frankreich eng liierte „Kleine Entente“<sup>6</sup> zeigte. Mit der Beseitigung der Tschechoslowakei ist die „Kleine Entente“ praktisch nicht mehr vorhanden. Damit sind mindestens

---

hielt: Am 18. 1. 1939 sprach er vor dem Offiziersjahrgang 1938, am 25. 1. zu den höheren Befehlshabern von Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe, am 10. 2. zu „allen Obersten und Kapitänen im Kommandeursrang“, am 14. 2. anlässlich des Stapellaufs des Schlachtschiffs *Bismarck* vor Angehörigen der Kriegsmarine, am 7. 3. empfing er die Oberbefehlshaber sowie die Kommandierenden Generale und Admiräle in der Reichskanzlei, am 10. 3. die Marineattachés und tags darauf die Angehörigen der Kriegsakademie. Bei diesen Reden oder Empfängen betonte Hitler immer wieder, daß er als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht von seinem Offizierskorps eine völlige Identifikation mit seinen politischen Zielen erwarte. Auch bei seiner Reichstagsrede am 30. 1. 1939 kündigte Hitler an, daß er seinen Kampf gegen jede innenpolitische Opposition verschärfen werde. Vgl. Max Domarus, *Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945*. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. II/3, Leonberg 1988, S. 1039 ff.; Jochen Thies, *Architekt der Weltherrschaft. Die „Endziele“ Hitlers*, Düsseldorf 1976, S. 112 ff. Ferner Klaus-Jürgen Müller, *Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940*, Stuttgart 1969, S. 378 ff.

<sup>4</sup> Halder zitierte häufig den „alten Moltkeschen Grundsatz“, daß sich der Verlauf eines Krieges nur für seine ersten Phasen planen lasse, sein weiterer Verlauf sei häufig ungewiß. Derartige Äußerungen fielen nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Ebenfalls mit Rekurs auf Moltke äußerte Halder bei einer Besprechung in Versailles am 28. 6. 1940, der Krieg sei „immer ein System von Aushilfen“. Vgl. Schall-Riauour, *Aufstand*, S. 140, 158; HGr. C, Anlage zum KTB, I a Nr. 1119/40 g. K., in: BA-MA, RH 19 III/128.

<sup>5</sup> Am 12. 3. 1938 war der Anschluß Österreichs, am 1. 10. 1938 der Anschluß der Sudetengebiete an das Deutsche Reich eingeleitet worden. Am 14. 3. 1939 wurde die Unabhängigkeit der Slowakei proklamiert, während ungarische Truppen die Karpato-Ukraine besetzten. Tags darauf marschierten deutsche Truppen in die sog. Rest-Tschechei ein.

<sup>6</sup> Seit August 1920 hatte sich zwischen der Tschechoslowakei, Rumänien und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929: Jugoslawien) ein System bilateraler Defensivverträge herausgebildet. Frankreich, das 1924/25 mit der Tschechoslowakei, 1926 mit Rumänien und 1927 mit dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen Freundschaftsverträge abschloß, unterstützte dieses, auch als „Kleine Entente“ bezeichnete, Bündnisssystem in der Absicht, den durch die Pariser Vorortverträge 1919/20 entstandenen Status quo in Südost- und Ostmitteleuropa zu sichern. Vgl. Magda Adám, *Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920–1938*, Wien 1988.

40 Divisionen<sup>7</sup>, eine sehr gute Artillerie<sup>8</sup> und vor allem jener von einem französischen Minister so laut gepriesene „Flugzeugträger“<sup>9</sup> nahe unseren Industriezentren ausgeschieden<sup>10</sup>. Im Verlauf der politischen Folgen jenes Ereignisses ist auch Jugoslawien aus dieser Front ausgetreten, ja, es kann bis zu einem gewissen Grade heute als unser Verbündeter angesprochen werden<sup>11</sup>. Der dritte Partner der „Kleinen Entente“, Rumänien, spricht mi-

<sup>7</sup> Am 28.9. 1938 veranschlagte der Generalstab des Heeres die Stärke des tschechoslowakischen Kriegsheeres auf 562 000 Mann. Diese verteilten sich auf: 17 Infanteriedivisionen (221 000), 4 Schnelle Divisionen (44 000), 6 Reservedivisionen (72 000), Festungstruppen (100 000), Heeres-, Armee- und Korpsstruppen (75 000), Armee- und Korpsstäbe und Rückwärtige Dienste (50 000). Die deutschen Militärs berechneten die Stärke einer tschechoslowakischen Infanteriedivision mit 13 000 Mann, die einer Schnellen Division mit 11 000 Mann. Subtrahiert man die Rückwärtigen Dienste, so bestätigt sich Halders Angabe exakt in der zeitgenössischen deutschen Feindlagebeurteilung. Vgl. OKH Az. Ja/n 59, 3. Abt. (IV) GenStdH Nr. 2225/38 g., Lagebericht Nr. 46 (Anlage), in: BA-MA, RH 2/2699. Vgl. ferner Katriel Ben-Arie, Czechoslovakia at the Time of ‚Munich‘: The Military Situation, in: Journal of Contemporary History 25 (1990), 4, S. 431–446.

<sup>8</sup> Das tschechoslowakische Heer begann während der dreißiger Jahre seine gesamte Artillerie- und Flakausstattung, meist Kriegsbeute oder ältere französische Modelle, durch neues „erstklassiges Geschützmaterial“ zu ersetzen und seine Feldartillerie zu motorisieren. Die neuen Geschütze wurden vor allem durch die Skoda-Werke entwickelt und produziert. Vgl. Die Rüstung der Welt. Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen der fremden Staaten. Hrsg. von Wilhelm Müller-Loebnitz, Berlin 1935, S. 167, 232, Zitat S. 228.

<sup>9</sup> Gemeint ist Pierre Cot (1895–1977), 1933/34 und 1936–1938 französischer Luftfahrtminister, dann 1938 Handelsminister. Vgl. hierzu die Aufzeichnung von Philipp Prinz von Hessen vom September 1938: „Der frühere Luftfahrtminister Pierre Cot hat vor wenigen Wochen in einem Aufsatz die Rolle der Tschechoslowakei in einem Falle des Kriegs Deutschlands gegen die Westmächte klar ausgesprochen. Sie soll vor allem der Vernichtung der deutschen Kriegsindustrie dienen.“ Abgedr. in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D, Bd. II, Baden-Baden 1950, Dok. 415. Ähnliche Überlegungen finden sich auch in Cots Schrift *L'Armée de L'Air* (S. 77 f.), die 1939 veröffentlicht wurde: „Notre second avantage eût résulté de la position stratégique de la Tchécoslovaquie. Les Bases tchécoslovaques nous permettraient de combiner nos opérations de bombardement et de porter, au coeur de l'Allemagne, de rudes coups. Ce n'est pas seulement Berlin, Vienne (deux capitales!), Munich, Dresde ou Breslau, qui auraient été sous la menace d'escadres, basées en Tchécoslovaquie, c'est la Silésie et, c'est la région de Chemnitz, où se trouve concentrée l'industrie des produits chimiques, industrie-clef pour la Défense Nationale de l'Allemagne et de l'Italie.“ Zur Zusammenarbeit der französischen und tschechoslowakischen Luftwaffe, an deren Zustandekommen Cot 1933 entscheidenden Anteil hatte, vgl. Thierry Vivier, La coopération aéronautique Franco-Tchécoslovaque, Janvier 1933-septembre 1938, in: Revue Historique des Armées (1993), No. 1, S. 70–79.

<sup>10</sup> Nach Auswertung der beschlagnahmten tschechoslowakischen Akten resümierte der Generalstab des Heeres in seinem Bericht vom 29.3. 1939, daß die militärische Kooperation zwischen Frankreich und der ČSR begrenzt gewesen sei. „Die einzige tatsächlich getroffene Vereinbarung betraf die Überführung von vier Kampfstaffeln auf tschechische [sic!] Flughäfen und deren Vorbereitung. Außerdem waren durch Vereinbarung einer Trennungslinie Prag-Berlin die Räume der Luftkriegsführung und Luftaufklärung in einen westlichen Raum (Frankreich) und einen ostwärtigen (Tschechoslowakei) getrennt.“ OKH/GenStdH, OQu IV, Nr. 153/39 g., in: BA-MA, RH 2/298.

<sup>11</sup> Trotz seiner vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der ČSR hatte der jugoslawische Ministerpräsident Milan Stojadinović 1938 gegenüber Deutschland signalisiert, daß er den Anschluß Österreichs und der Sudetengebiete akzeptiere. Nach Stojadinovićs Sturz am 3./4.2. 1939 versuchte der

litärisch nicht mit<sup>12</sup>. Hier genügt Ungarn vollkommen, um ihn in Schach zu halten<sup>13</sup>, sein endgültiges Schicksal hängt vollkommen von unserem guten Willen ab – trotz der bekannten Garantien<sup>14</sup>.

Wir sind also die dritte Front losgeworden.

Dafür hat sich im Osten eine bemerkenswerte Umgruppierung vollzogen. Ich spreche von *Polen*. Und hier glaube ich, vielen von Ihnen aus der Seele zu sprechen, wenn ich sage, daß uns mit dem Ende des „Freundschaftsverhältnisses“ mit Polen<sup>15</sup> (bei dem ja

---

neue jugoslawische Ministerpräsident Dragiša Cvetković seine Politik einer wohlwollenden Neutralität gegenüber Deutschland zumindest nach außen hin fortzusetzen; mit Blick auf die starke politische und wirtschaftliche Abhängigkeit Jugoslawiens von Deutschland sprach der neue Außenminister Aleksander Cincar-Marković am 9.3. von den „freundschaftlichen und nützlichen Beziehungen“ zwischen beiden Staaten. Vor dem Hintergrund der antideutschen Stimmungen in Volk, Armee und Regierung begann sich jedoch die mehrschichtig angelegte jugoslawische Außenpolitik umzuorientieren, seit Frühjahr 1939 versuchte die jugoslawische Armeeführung heimlich ihre Planungen für einen Krieg gegen Deutschland und Italien mit französischen, dann auch britischen Militärs abzustimmen. Vgl. Johann Wuescht, *Jugoslawien und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-jugoslawischen Beziehungen von 1933 bis 1945*, Stuttgart 1969, S.79ff., 117ff.

<sup>12</sup> Vgl. auch Halders Zusammenfassung von Hitlers Ansprache vom 22.8.1939: „Rumänien [ist] verwundbar und abhängig von der Spannung der anderen Mächte.“ Halder, *Kriegstagebuch*, Bd.I, S.24 (22.8.1939).

<sup>13</sup> Das komplizierte Dreiecksverhältnis zwischen Deutschland, Rumänien und Ungarn wurde beherrscht vom rumänisch-ungarischen Dualismus sowie dem Bestreben beider Staaten, seit dem Münchner Abkommen vom 29.9.1938 ihr Verhältnis zu Deutschland zu verbessern. Die deutsche Seite erkannte die Chancen, die sich aus ihrer wachsenden Hegemonie auf dem Balkan boten; am 24.11.1938 bemerkte Hitler: „Die Grundidee unserer Politik gegenüber Ungarn und Rumänien muß zurzeit sein, diese beiden Eisen im Feuer zu halten und je nach Entwicklung der Lage die Dinge im deutschen Interesse zu gestalten.“ Obwohl Rumänien mit Deutschland am 23.3.1939 ein Wirtschaftsabkommen abschloß, das der deutschen Wirtschaft weitgehenden Zugriff auf die rumänischen Ressourcen sicherte, wurde die deutsche Diplomatie durch die britisch-französische Garantierklärung zugunsten Rumäniens Unabhängigkeit irritiert. Dagegen setzte Ungarn, 1938 von Hitler wegen seiner zögerlichen Außenpolitik noch heftig kritisiert, mit seinem Beitritt zum Antikominternpakt (14.2.1939) nun eindeutig auf die deutsche (und italienische) Karte: Mit Hitlers Zustimmung besetzten ungarische Truppen am 14.3.1939 die Karpaten-Ukraine, am 11.4.1939 verließ Ungarn den Völkerbund. Vgl. Martin Broszat, *Deutschland – Ungarn – Rumänien. Entwicklung und Grundfaktoren nationalsozialistischer Hegemonial- und Bündnispolitik 1938–1941*, in: Funke (Hrsg.), *Hitler*, S.524–564.

<sup>14</sup> Der rumänische Gesandte in London, Viorel Tilea, hatte am 14.3.1939 gegenüber Vertretern des Foreign Office behauptet, Rumänien werde angeblich durch Deutschland bedroht. Nach verschiedenen Verhandlungen über die Sicherung des status quo in Ostmitteleuropa – erwogen wurde u.a. eine Beteiligung Großbritanniens, Frankreichs, der Sowjetunion, Rumäniens, Polens und der Türkei –, verständigten sich schließlich Großbritannien und Frankreich auf eine gemeinsame Garantierklärung für Rumänien und Griechenland, die am 13.4. durch den britischen Premierminister Neville Chamberlain und den französischen Ministerpräsidenten Edouard Daladier abgegeben wurde. Vgl. Andreas Hillgruber, *Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938–1944*, Wiesbaden 1954, S.34ff.

<sup>15</sup> Deutschland und Polen hatten am 26.1.1934 eine Nichtangriffserklärung unterzeichnet, um „für Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art Lösungen zu finden, die auf einem gerechten und billigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen beruhen“. Die zunächst auf zehn Jahre

auf beiden Seiten nicht die Herzen engagiert waren<sup>16</sup>) ein Stein vom Herzen gefallen ist. Polen ist sozusagen in die Reihen unserer Gegner getreten. Damit ist die bisher nur hypothetische Ostfront – gegen die Sowjetunion<sup>17</sup> – aus ziemlich nebelhafter Form uns sehr nahegerückt.

Sie wissen, meine Herren, daß es nie Sache des deutschen Offizierskorps gewesen ist, den Gegner zu unterschätzen. Immerhin darf ich wohl sagen, daß uns die Überwindung Polens nicht schwerfallen kann und wird. Aber dabei dürfen wir nicht stehenbleiben. Es handelt sich für Deutschland darum, die neue Ostfront so schnell und so restlos zu liquidieren, daß sie nicht erst unvorhergesehene Ausmaße annehmen kann. Das heißt also, daß Polen in der kürzestmöglichen Zeit vollkommen erledigt werden muß. Wir müssen in der Vernichtung dieses Gegners sozusagen einen Rekord an Schnelligkeit aufstellen. Ich betone das Wort „Vernichtung“<sup>18</sup>, denn eine Besiegung und Zurückwerfung kommt gar nicht

befristete Erklärung sollte „eine neue Phase in den politischen Beziehungen“ beider Staaten einleiten, ohne daß hiervon bereits abgeschlossene internationale Verpflichtungen oder die inneren Angelegenheiten berührt werden sollten. Das Abkommen verschaffte der deutschen Außenpolitik Handlungsfreiheit im Osten und schwächte die französisch-polnischen Bündnisverpflichtungen, während man in Polen hoffte, eine Bedrohung durch Deutschland gebannt zu haben – eine Illusion, die spätestens am 28.4. 1939 offenkundig wurde, als Hitler das Abkommen öffentlich für „nicht mehr bestehend“ erklärte. Vgl. Sergej Slutsch, *Germano-polskij pakt o nenapadenii 1934 g. – destabilisirujuščij faktor meždunarodnoj obstanovki v Evrope* [Der deutsch-polnische Nichtangriffspakt von 1934 – ein destabilisierender Faktor der internationalen Situation in Europa], in: *Ežegodnik germanskoj istorii* (1983), Moskau 1984, S. 84–104; Rolf Ahmann, *Nichtangriffspakte: Entwicklung und operative Nutzung in Europa 1922–1939. Mit einem Ausblick auf die Renaissance des Nichtangriffsvertrages nach dem Zweiten Weltkrieg*, Baden-Baden 1988, S. 255 ff. Druck der Erklärung: *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie C, Bd. II, 1*, Göttingen 1973, Dok. 219. Vgl. auch Dokument, Anm. 39.

<sup>16</sup> Ressentiments gegenüber Polen waren in der deutschen Gesellschaft der Zwischenkriegszeit weit verbreitet und prägten noch die Erinnerungen vieler deutscher Offiziere: „Polen mußte für uns eine Quelle bitterer Gefühle sein ...“. Vgl. Erich von Manstein, *Verlorene Siege*, München 1979, S. 14. „Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und wird verschwinden durch eigene, innere Schwäche und durch Rußland – mit unserer Hilfe. [...] Polen kann niemals Deutschland irgend welchen Vorteil bieten, nicht wirtschaftlich, denn es ist entwicklungsunfähig, nicht politisch, denn es ist Vasall Frankreichs ...“. Vgl. [Hans von] Seeckt, *Aus seinem Leben 1918–1936*. Von Friedrich von Rabenau, Leipzig 1941, S. 316. Ferner Gotthard Breit, *Das Staats- und Gesellschaftsbild deutscher Generale beider Weltkriege im Spiegel ihrer Memoiren*, Boppard a. Rh. 1973, S. 185 f.

<sup>17</sup> Die internationale Isolierung der Sowjetunion während der Sudetenkrise wurde zum Auslöser für eine Neuorientierung ihrer Außenpolitik. Auf deutscher Seite war man aber noch nicht bereit, auf die sowjetischen Signale einzugehen; die Ende 1938 aufgenommenen Gespräche über einen deutschen Großkredit an die Sowjetunion fanden bereits im Januar 1939 ein abruptes Ende. Statt dessen unterbreitete die sowjetische Diplomatie am 18.4. 1939 Großbritannien und Frankreich ein Bündnisangebot – auch in der Absicht, damit Deutschland unter Druck zu setzen. Nach langwierigen Verhandlungen wurde am 24.7. ein Entwurf für ein politisches Abkommen zwischen den drei Mächten paraphiert, das aber nie in Kraft treten sollte, da die deutsche Seite, aufgeschreckt durch die Einsicht in ihre internationale Isolierung, die sowjetischen Bündnisofferten inzwischen zu erwidern begann, die am 23.8. 1939 in den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag mündeten. Vgl. Slutsch, *Deutschland und die UdSSR*.

<sup>18</sup> Der Begriff wird hier im Sinne der klassischen militärischen Terminologie gebraucht. Vgl. Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*. Mit einer Einführung von Graf von Schlieffen, Berlin 1933, S. 607:

in Frage, weil eine noch bestehende, wenn auch geschlagene polnische Armee die größte Versuchung für Sowjetrußland sein muß, seinerseits in den Krieg einzutreten. Für diesen Fall ist allerdings Japans Eingreifen vorausgesehen<sup>19</sup>, aber die Mittel dieses Reichs sind gering, ganz abgesehen davon, daß es durch den China-Krieg weitgehend erschöpft ist<sup>20</sup>. Sie sehen, meine Herren, ich spreche hier gar nicht von den Engländern, die ja doch Polen „garantiert“ haben<sup>21</sup>. Aber es gibt wohl keinen unter Ihnen, der etwa der Meinung ist, daß England irgendwie an der Ostfront militärisch auftreten könnte. Die britische Garantie wird den Polen im Moment des Krieges wenig nützen, sie wird sie vor allem nicht da-

„... und sind bei dem Resultat stehengeblieben, daß das Niederwerfen des Feindes, folglich die Vernichtung seiner Streitkräfte das Hauptziel des ganzen kriegerischen Aktes sei.“ Zur zeitgenössischen Rezeption vgl. Waldemar Erfurth, *Der Vernichtungssieg. Eine Studie über das Zusammenwirken getrennter Heeresteile*, Berlin 1939. Generalleutnant Erfurth war damals als Oberquartiermeister V Halder direkt unterstellt.

<sup>19</sup> Der Antikominternpakt, den Deutschland und Japan am 25. 11. 1936 unterzeichneten, enthielt ein geheimes Zusatzabkommen, das wohlwollende Neutralität vorschrieb, falls einer der Partner in einen Konflikt mit der Sowjetunion geraten sollte. Auf Kosten der gut eingespielten deutschen Beziehungen zu China begann Hitler seit Februar 1938 das deutsch-japanische Verhältnis auszubauen, während Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop bis Frühsommer 1939 vergeblich versuchte, den Antikominternpakt in eine deutsch-italienisch-japanische Militärallianz umzuwandeln, freilich mit primär antibritischer Stoßrichtung. Tatsächlich kam es bereits im Juli/August 1938 und erneut von Mai bis September 1939 im mandschurisch-sowjetischen Grenzgebiet zu schweren Gefechten zwischen sowjetischen und japanischen Truppen, die große Auseinandersetzung zwischen den beiden Mächten blieb jedoch aus. Japan, durch den unerwarteten Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags am 23. 8. 1939 außenpolitisch bloßgestellt, erklärte am 5. 9. seine strikte Neutralität gegenüber dem Konflikt in Europa. Vgl. Theo Sommer, *Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935–1940*, Tübingen 1962, passim und S. 493 ff. Wolfgang Michalka, *Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933–1940. Außenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich*, München 1980, S. 247 ff.; Bernd Martin, *Das deutsche Militär und die Wendung der deutschen Fernostpolitik von China auf Japan*, in: Knipping/Müller (Hrsg.), *Machtbewußtsein in Deutschland*, S. 191–207.

<sup>20</sup> Der Generalstab des Heeres hatte am 10. 12. 1938 eine Studie über *Die Lage des chinesisch-japanischen Krieges* erarbeitet und folgendes Fazit gezogen: „Die japanische Erwartung, daß der chinesische Mißerfolg von Canton und der Fall von Hankau zu *Zerfallserscheinungen in der chinesischen Regierung* und zu einem Machtschwund des Marschalls [Chiang Kai-shek] führen würden, hat sich bisher nicht erfüllt. Das erneut betonte Zusammengehen der chinesischen Regierungspartei mit den chinesischen Kommunisten zeigt, daß die Einheitsfront gegen Japan in ganz China noch nicht erschüttert ist; selbst aus der Inneren Mongolei kommen Meldungen über japanische Rückschläge. Ein innerer Zusammenbruch Chinas ist bisher nicht zu erkennen.“ Institut für Zeitgeschichte, Archiv (künftig: IFZ), MA 275, 2712–2730, hier 2719.

<sup>21</sup> Der Einmarsch deutscher Truppen in die sog. Rest-Tschechei am 15. 3. 1939, aber auch die Erfahrung der sog. Reichskristallnacht am 9. 11. 1938 hatten dafür gesorgt, daß die britische Außenpolitik ihre Strategie des Appeasement zu revidieren begann. Am 31. 3. 1939 erklärte Chamberlain vor dem Unterhaus, daß Großbritannien alles, was in seiner Macht stehe, tun werde, um Polen zu unterstützen, falls dessen Unabhängigkeit bedroht werde. Frankreich habe ihn zu der Klarstellung ermächtigt, daß es in diesem Fall dieselbe Haltung einnehmen werde. Vgl. Anita Prażmowska, *Britain, Poland and the Eastern Front, 1939*, Cambridge 1987, S. 57 ff.; Lothar Kertzenacker, *Die Diplomatie der Ohnmacht. Die gescheiterte Friedensstrategie der britischen Regierung vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges*, in: Sommer 1939. *Die Großmächte und der Europäische Krieg*. Hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Stuttgart 1979, S. 223–279.

vor bewahren, von uns überrannt zu werden<sup>22</sup>. England wird, wenn es überhaupt zum Eingreifen kommt, im Westen und vor allem im Mittelmeer, mehr als ihm lieb ist, beschäftigt werden. Doch darüber ein anderes Mal.

Ein kurzer Überblick über die Machtmittel Polens dürfte an dieser Stelle notwendig sein. *Zahlenmäßig* ist das polnische Heer heute das fünftgrößte in Europa<sup>23</sup>. Man geht wohl nicht fehl, wenn man sagt, daß es im Kriegsfall etwa 70 Divisionen aufbringen kann<sup>24</sup>, wozu noch eine außergewöhnlich starke Kavallerie – die zweitgrößte in Europa<sup>25</sup> – kommt. Aber, meine Herren, das ist alles nur scheinbar. Denn erstens dürfte Polen im Ernstfall gar nicht dazu kommen, seine Reserven auszuschöpfen, und zweitens handelt es sich dabei nur um große Haufen notdürftig ausgebildeter Mannschaften, die im Kriege gegen das deutsche Reichsheer gar keine Chancen haben<sup>26</sup>. Hier sprechen auch Fragen der

<sup>22</sup> Polen und Frankreich schlossen am 19. 5. 1939 eine Militärkonvention ab, in der sich die französische Regierung verpflichtete, spätestens am 15. Tage nach der eigenen Mobilmachung mit der Masse ihrer Streitkräfte Deutschland anzugreifen. Dennoch waren weder Großbritannien noch Frankreich im September 1939 bereit, ihre quantitative Überlegenheit an der deutschen Westfront offensiv zu nützen. Die zehn französischen Divisionen, die am 7. 9. eine „Offensive“ südlich der Linie Zweibrücken-Saarbrücken-Saarlouis eröffneten, besetzten nicht mehr als zehn Kilometer unverteidigtes deutsches Gebiet; Großbritannien beschränkte sich vorerst auf wenige Luftangriffe gegen den Westen des Deutschen Reichs sowie eine Blockade der deutschen Kriegswirtschaft. Vgl. Prażmowska, Britain, S. 174 ff.; Hans-Jürgen Heimsoeth, Der Zusammenbruch der Dritten Französischen Republik. Frankreich während der „Drôle de Guerre“ 1939/40, Bonn 1990, S. 200 ff., 321 ff.

<sup>23</sup> In einer *Übersicht über den Stand der fremden Heere* vom Januar 1939 veranschlagte der Generalstab des Heeres die Friedensstärke der fünf größten europäischen Armeen (Heer und Luftwaffe) wie folgt: Sowjetunion 1 800 000 Mann, Frankreich 760 000 Mann, Italien 400 000 Mann, Polen 301 892 Mann, Großbritannien 233 500 Mann. Die deutsche Armee (Heer und Luftwaffe, Ende 1938) besaß damals eine Stärke von 1 035 000 Mann, war also quantitativ die zweitgrößte Streitmacht in Europa, in: IfZ, MA 275, 3407 f.; Schottelius/Caspar, Organisation, S. 311; Köhler/Hummel, Organisation, S. 546. Zu den Stärkeverhältnissen am Beginn des Zweiten Weltkriegs vgl. John Ellis, The World War II Databook. The Essential Facts and Figures for All the Combatants, London 1993, S. 227 f.

<sup>24</sup> In der am 1. 8. 1939 durch den Generalstab des Heeres herausgegebenen Studie *Die polnische Kriegswehrmacht* wurde die Gliederung des polnischen Kriegsheeres – zutreffend – für die 1. Welle mit 30–33 aktiven Infanteriedivisionen, 10–12 Kavalleriebrigaden, 1–2 motorisierten Brigaden, 15 Reservedivisionen und einem Grenzschutzkorps angegeben, zusätzlich 15 Divisionen der 2. Welle. Halders Angabe beruht also auf einer Addition von Divisionen und Brigaden. Vgl. BA-MA, RHD 18/266.

<sup>25</sup> In seiner *Übersicht über den Stand der fremden Heere* vom Januar 1939 bezifferte der Generalstab des Heeres die Friedensstärke der europäischen Kavallerie in Eskadronen wie folgt: Sowjetunion 737, Frankreich 224, Polen 220, Rumänien 116. Bei den französischen Eskadronen ist zu beachten, daß bereits in der Zwischenkriegszeit viele diesen Titel nur noch nominell führten. Vgl. IfZ, MA 275, 3407 f.

<sup>26</sup> Vgl. die Einschätzung der polnischen Soldaten durch den Generalstab des Heeres im Vorfeld des Krieges: „Die Mannschaften, soweit sie Polen sind, besitzen gute soldatische Anlagen: Vaterlandsliebe, Mut, Ausdauer und große Anspruchslosigkeit. Bei ihrer mangelhaften Allgemeinbildung und Unselbständigkeit bedürfen sie jedoch steter Führung. Die Truppe wird in primitiven Gefechtsformen kämpfen und hohe Verluste erleiden. Die Eigenschaften des polnischen Volkscharakters können leicht zu extremen Stimmungen führen.“ Vgl. BA-MA, RHD 18/266: „Die polnische Kriegswehrmacht“ (Stand: 1. 8. 1939), Zitat S. 47.

Allgemeinbildung mit – der polnische Soldat ist wohl der dümmste in Europa, wenn man etwa von Rumänien absieht<sup>27</sup>.

Dazu aber kommt die absolute technische Rückständigkeit der polnischen Armee, die sie geradezu hilflos macht. Die Tankwaffe Polens z. B. ist sozusagen nur ein Spielzeug und kann im Ernstfalle gar nicht eingesetzt werden<sup>28</sup>. Der Versuch, den Mangel an motorisierten Truppen durch eine zahlreiche Reiterei auszugleichen, die auch noch in der Hauptsache auf den Kampf mit der blanken Waffe dressiert ist<sup>29</sup>, dürfte katastrophal werden<sup>30</sup>. Es ist – kurz gesagt – die Kriegsführung etwa von 1870/71, die Polen uns, d. h. also der modernsten Armee unserer Zeit<sup>31</sup>, entgegenzusetzen hat, es ist der Fußsoldat und der Reiter, die antreten sollen gegen ein, ich möchte sagen, mit allem Komfort der Neuzeit ausgerüstetes Heer. Denn auch die polnische Luftwaffe ist weder an Zahl noch an Qualität groß genug, um überhaupt versuchen zu können, ernsthaft in Erscheinung zu treten<sup>32</sup>. Zudem hat der polnische Bomber eine so geringe Tragfähigkeit, ist die Bombensalve der ganzen Bomberflotte Polens so gering<sup>33</sup>, daß auch keine

<sup>27</sup> Halders Verachtung des rumänischen Soldaten dürfte vermutlich aus den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs resultieren, als es den Mittelmächten nach der überraschenden Kriegserklärung Rumäniens am 27. 8. 1916 gelang, die zahlenmäßig weit überlegene rumänische Armee bis Jahresende vernichtend zu schlagen. Vgl. Holger Afflerbach, Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich, München 1994, S. 465 ff.; Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Im Auftrag des Reichskriegsministeriums bearb. und hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Bd. XI: Die Kriegführung im Herbst 1916 und im Winter 1916/17, Berlin 1938, S. 189 ff.

<sup>28</sup> Der Generalstab des Heeres war über die polnische Panzerwaffe sehr gut informiert; diese veranschlagte er 1939 auf 11–12 Panzerbataillone, gleichmäßig verteilt auf alle 10 Korpsbezirke, ferner das Lehr- und Versuchsbataillon der Panzerschule Modlin. Insgesamt verfüge die polnische Armee über 500–600 Kampfswagen und 200 Panzerspähwagen, die im Krieg meist gleichmäßig auf die Infanteriedivisionen verteilt würden. Auch über die, meist nur schwach gepanzerten und bewaffneten, noch dazu oft langsamen, polnischen Kampfswagen besaßen die deutschen Militärs detaillierte Informationen und umfangreiches Bildmaterial. Vgl. BA-MA, RHD 18/268: „Kurze Übersicht über die polnische Panzerwaffe“ (Stand 1939).

<sup>29</sup> Die etwa 70 000 polnischen Kavalleristen, zusammengefaßt in 37 Regimentern bzw. 11 Brigaden, zogen im September 1939 mit 3 Meter langen und 2,1 kg schweren Lanzen in den Krieg. Bewaffnet waren sie außerdem mit einem Säbel, einem Karabiner und einem Bajonett. Vgl. Janusz Piekalkiewicz, Pferd und Reiter im II. Weltkrieg, Berlin 1992 (ND), S. 325 ff.

<sup>30</sup> Die polnischen Reiter-Regimenter blieben eine wichtige operative Waffe. Dennoch wurden sie seit dem 1. 9. 1939 zuweilen noch im Stil des 19. Jahrhunderts in geschlossenen Attacken eingesetzt, die regelmäßig in blutigen Katastrophen endeten. Die Behauptung, daß polnische Kavallerieverbände deutsche Panzer attackierten, wurde von der nationalsozialistischen Propaganda verbreitet, blieb aber eine Ausnahme. Vgl. Piekalkiewicz, Pferd, S. 11 ff.

<sup>31</sup> Vgl. Einleitung, Anm. 16.

<sup>32</sup> Die Angriffe deutscher Kampf- und Sturzkampfverbände trafen die polnischen Luftstreitkräfte am Morgen des 1. 9. 1939 häufig noch am Boden, fünf Tage später hatte die polnische Luftwaffe bereits die Hälfte ihrer Maschinen eingebüßt. Die Reste konnten während des Feldzug nur noch zu kleineren Angriffen eingesetzt werden, primär zur Verteidigung Warschaus oder zum Angriff gegen die 10. deutsche Armee. Vgl. Robert M. Kennedy, The German Campaign in Poland (1939). Department of the Army Pamphlet No. 20–255, Washington, D. C., 1956, S. 88 ff.; Adam Zamoycki, The Forgotten Few. The Polish Air Force in the Second World War, London 1995, S. 20 ff.

<sup>33</sup> Der modernste polnische Bomber PZL P-37 *Łos* konnte eine Bombenlast von bis zu 2580 kg tragen, die damaligen deutschen Standardbomber Dornier Do 17 und Heinkel He 111 nur eine Bom-

Überraschungen, etwa durch überraschende Luftangriffe in der Heimat zu erwarten sind<sup>34</sup>.

Das entscheidende Moment aber in einem Kriege ist die beispiellose Schwäche des polnischen Kriegspotentials, hervorgerufen durch eine unbedeutende Kriegsindustrie<sup>35</sup> und eine mangelhafte Technik der Kriegsführung, die schon General Sikorski warnend hervorgehoben hat<sup>36</sup>. Sind erst seine Materialreserven erschöpft, so können sie nicht so bald wieder aufgefüllt werden. Hier liegt schon ganz nahe die Gefahr, daß Polen sein zahlenmäßig großes Heer gar nicht einmal in primitivster Form bewaffnen kann, weil es, wie ein solcher Kenner wie der französische General Weygand schon betont, infolge der chronischen Geldknappheit gar nicht in der Lage war, sich wirklich ausreichende Stocks an Waffen hinzulegen<sup>37</sup>.

benlast von ca. 1000 kg bzw. 2000 kg. Von diesem polnischen Bombertyp waren im September 1939 aber nur wenige Exemplare vorhanden, vorherrschend war der veraltete Aufklärungsbomber PZL P-23 *Karás*, der lediglich Bomben bis zu 700 kg mitführen konnte. Vgl. Handbuch der Luftfahrt, ehemals Taschenbuch der Luftflotten. Jahrgang 1939. Hrsg. von W[erner] von Langsdorff unter Mitwirkung des Reichsluftfahrtministeriums, München 1939, S.198ff., 331ff.; Zamoyski, *The Forgotten Few*, S.6ff.

<sup>34</sup> Einigen polnischen Aufklärungs- und Jagdflugzeugen gelang es, Einsätze über Schlesien und dem Protektorat Böhmen und Mähren zu fliegen; mit Ausnahme eines unbedeutenden Angriffs gegen Ostpreußen wurde das Reichsgebiet jedoch nicht von polnischen Bomben getroffen. Vgl. Kennedy, *German Campaign*, S.88ff.

<sup>35</sup> Trotz eines forcierten Aufbaus seit 1936 blieb die Leistungsfähigkeit der polnischen Rüstungsindustrie im internationalen Vergleich begrenzt. Internen Berichten zufolge konnte sie 1939 ihren Bedarf selbst bei wichtigen Rüstungsprodukten nur zum Teil decken: Maschinengewehre: 45 %, Geschütze: 70 %, Gewehrmunition: 50 %, Artilleriemunition: 40 %, Flakmunition: 30 %. Vgl. Georg W. Strobel, *Die Industrialisierung Polens am Vorabend des Zweiten Weltkrieges zwischen Innen- und Wehrpolitik*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 24 (1975), S. 221–271; Marian Zgórnjak, *Militärpolitische Lage und Operationspläne Polens vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges*, in: *Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz*. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, München 1989, S. 447–461.

<sup>36</sup> Der polnische General Władysław Sikorski (1881–1943), 1921/22 Chef des polnischen Generalstabs, 1922/23 Ministerpräsident und 1924/25 Kriegsminister, hatte eine Abhandlung über den polnisch-sowjetischen Krieg von 1920 verfaßt, die 1928 in französischer Übersetzung erschien: *Général de Division [adislaus] Sikorski, La Campagne Polono-Russe de 1920. Préface de M. le Maréchal Foch*, Paris 1928. In dieser Schrift hatte Sikorski auch die Stärken wie die Schwächen der polnischen Kriegsführung bilanziert; im Zentrum seiner Kritik standen die unzureichende Planung der polnischen Armeeführung (S. 272ff.), Passivität und Ängstlichkeit der mittleren und unteren Führungsebene (S. 279f.), Fehler in der taktischen und operativen Führung (S. 282ff.), der unzureichende Ausbau von Verteidigungsanlagen (S. 278), vor allem aber – in einer bemerkenswerten Offenheit – die teilweise geringe Qualität des polnischen Offizierskorps: „Mais au début de la guerre, par suite des erreurs d'ailleurs inévitables d'un formalisme exagéré et déraisonnable, nous possédions au front beaucoup d'officiers peu qualifiés ou inconscients de l'importance de leur mission. [...] Certains officiers polonais de 1919 et 1920 ne possédaient pas cette vertu cardinale et craignaient avant tout de se mettre en avant. Beaucoup, habitués aux chemins frayés et battus, les recherchaient timidement dans tous les cas ardu, au lieu d'agir avec résolution, rapidité et énergie.“ (S. 266f.).

<sup>37</sup> Die Bemerkung des französischen Generals Maxime Weygand (1867–1965), 1920 im polnisch-sowjetischen Krieg Berater des polnischen Generalstabs und 1931–1935 Generalinspekteur der französischen Armee, ließ sich nicht ermitteln. Sie entspricht jedoch der damaligen Bewertung der pol-

Aber wir brauchen uns hier erst gar nicht auf ausländische Fachleute [zu] verlassen. Wir haben in den Jahren der guten Beziehungen zu Polen ausreichend Gelegenheit gehabt (und haben diese Gelegenheiten auch ausgenutzt), um die polnische Armee zu studieren und auf ihren wahren Wert prüfen zu können<sup>38</sup>. Wir wissen, wen wir vor uns haben, wenn die Stunde schlägt: eine kleine, recht tapfere, aber schlecht ausgerüstete Manövrierearmee, ohne genügend Feuerstärke der Truppen, ohne oder beinahe ohne motorisierte Truppen, mit einer zurückgebliebenen Luftwaffe – also etwa die rumänische Armee plus polnischer Tapferkeit. Also kein ernstzunehmender Gegner für uns!

Nach meinem Dafürhalten dürften sich die Dinge wie folgt entwickeln: Danzig wird so oder so angeschlossen<sup>39</sup> und sofort besetzt werden, was wohl in einigen Stunden durch die Elbinger Division<sup>40</sup> im Zusammenarbeiten mit der Marine und mit den SS-Verfü-

---

nischen Armee durch den französischen Generalstab. Vgl. Michel Turlotte, *l'Alliance Polonaise à travers les archives de l'état-major de l'Armée* (1938–1939), in: *Revue Historique des Armées* (1985), No. 4, S. 70–83. Vgl. ferner die damalige Bewertung durch den Generalstab des Heeres, daß die polnischen Divisionen der 1. Welle ausreichend ausgerüstet seien. Die Bewaffnung der Divisionen der 2. Welle sei dagegen „sehr mangelhaft, so daß 2. Welle erst nach Zuführung von Waffen und Ausrüstung aller Art feldverwendungsfähig“ sei. BA-MA, RHD 18/346: „Kurzer Überblick über die polnische Wehrmacht“ (Stand: 1. 3. 1939).

<sup>38</sup> Der Generalstab des Heeres publizierte regelmäßig streng geheime Druckschriften, in denen detaillierte Informationen über die polnische Armee sowie über Staat und Politik, Wirtschaft und Bevölkerung zu finden waren. Vgl. etwa BA-MA, RHD 18/371: „Großes Orientierungsheft Polen 1936“ (ergänzt im Frühjahr 1939); BA-MA, RHD 18/346: „Kurzer Überblick über die polnische Wehrmacht“ (Stand: 1. 3. 1939); BA-MA, RHD 18/268: „Kurze Übersicht über die polnische Panzerwaffe“ (Stand: 1939); BA-MA, RHD 18/264: „Merkblatt über Eigenarten der polnischen Kriegführung“ (Stand: 1939); BA-MA, RHD 18/266: „Die polnische Kriegwehrmacht“ (Stand: 1. 8. 1939). Ein besonders eindrucksvolles Beispiel für die systematische Aufklärung des polnischen „Verbündeten“ bietet BA-MA, RHD 5/44: „Militärgeographische Beschreibung von Polen“ (Stand: 1. 7. 1939); auf 322 Seiten finden sich alphabetische Listen mit detaillierten Angaben über sämtliche Objekte, die in irgendeiner Weise militärische, wirtschaftliche oder verkehrstechnische Bedeutung besaßen, ergänzt durch umfassende Anhänge mit zahlreichen Fotos, Karten und Stadtplänen.

<sup>39</sup> Reichsaußenminister von Ribbentrop hatte den polnischen Botschafter in Berlin, Józef Lipski, am 24. 10. 1938 wissen lassen, „es sei an der Zeit, zwischen Deutschland und Polen zu einer Generalbereinigung aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten zu kommen“. Diese „Generalbereinigung“ solle u. a. die Angliederung Danzigs an das Deutsche Reich, ferner eine exterritoriale Autobahn und Bahnlinie zwischen dem Reich und Ostpreußen, eine gegenseitige Grenzgarantie sowie den Beitritt Polens zum Antikominternpakt umfassen. Nach verschiedenen Verhandlungen verdeutlichte Ribbentrop am 21. 3. 1939, daß es sich hier um ultimative Forderungen handle, woraufhin die polnischen Vertreter klarstellten, sie wollten sich nicht erpressen lassen. Nachdem die Verhandlungen am 26. 3. 1939 ergebnislos geendet hatten, signalisierte die deutsche Führung mit dem Beginn ihrer Propagandakampagne gegen Polen, daß sie Polen künftig als Gegner betrachte. Vgl. Marian Wojciechowski, *Die Polnisch-Deutschen Beziehungen 1933–1938*, Leiden 1971, S. 539ff.; Stefan Kley, *Hitler, Ribbentrop und die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs*, Paderborn 1996, S. 201 ff.

<sup>40</sup> Elbing in Ostpreußen war Standort des Stabes der 21. Infanteriedivision sowie weiterer Regimenter und Abteilungen dieser Division. Vgl. Georg Tessin, *Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939–1945*. Hrsg. vom Bundesarchiv-Militärarchiv mit Unterstützung des Arbeitskreises für Wehrforschung, Bd. 4, Frankfurt a. M. o. J., S. 156 ff.; Bd. 16, bearbeitet von Christian Zweng, Osnabrück 1996, S. 9f.

gungstruppen vor sich gehen dürfte<sup>41</sup>. Es gibt dann nur zwei Möglichkeiten: Entweder fügt sich Polen in das Unabänderliche – und dann wird die Auseinandersetzung noch einmal verschoben. Oder es stellt sich uns entgegen und nimmt dadurch das Odium, den Krieg entfesselt zu haben, auf sich.

Dann, meine Herren, ist der Fall gegeben. Ich sagte vorhin schon, daß Polen auf dem schnellsten Wege nicht nur geschlagen, sondern liquidiert werden muß, noch ehe die Russen praktisch etwas unternehmen werden. Ganz gleich, ob Frankreich bzw. England im Westen nun eingreifen oder nicht: Das deutsche Heer wird im Westen hinter seinem unübersteigbaren Wall<sup>42</sup> solange stehenbleiben, bis der Osten liquidiert ist, was freilich auf die Luftflotte nicht zutrifft, die sofort eingesetzt werden dürfte, um durch die Vernichtung von Paris und (mit lauter Stimme!) auch Londons<sup>43</sup> die Moral des Gegners zu treffen<sup>44</sup>. Dagegen wird von Süden her die durch deutsche Armeekorps verstärkte italienische Armee via Nizza und Modena und von Tripolis her die italienische Kolonialarmee gegen Tunis – und vielleicht Ägypten – vorgehen<sup>45</sup>. Vielleicht aber werden Frankreich und England wieder einmal gar nichts machen<sup>46</sup>. Frankreich wird nur schwer in den Krieg zu führen sein. An eine Offensive kann die französische Armee wegen ihrer beschränkten Motorisierung, wegen ihrer absoluten Unterlegenheit in der Luft<sup>47</sup> und wegen der Bedrohung

<sup>41</sup> Die deutschen Vorbereitungen für eine handstreichartige Besetzung der Freien Stadt lassen sich bis in den Dezember 1938 zurückverfolgen, die SS erwog seit Januar 1939 die Aufstellung eines SS-Totenkopf-Verbands für Danzig. An den am 1. 9. 1939 einsetzenden Kämpfen beteiligten sich von deutscher Seite das Schulschiff *Schleswig-Holstein* und eine Stoßtrupp-Kompanie der Kriegsmarine, ferner zwei Regimenter und eine Artillerieabteilung der Danziger Landespolizei, die Flakabteilung Danzig, die SS-Heimwehr Danzig, der Verstärkte Grenzaufsiehdienst und der Küstenschutz – Formationen, die sich meist aus Danziger und reichsdeutschem Personal zusammensetzten. Die meisten polnischen Behörden konnten kampflos besetzt werden, Kämpfe entbrannten um die polnische Hauptpost und vor allem um die Westerplatte, deren polnische Besatzung erst am 7. 9. kapitulierte. Vgl. Bertil Stjernfelt/Klaus-Richard Böhme, *Westerplatte 1939*, Freiburg i. Br. 1979; Dieter Schenk, *Die Post von Danzig. Geschichte eines deutschen Justizmords*, Hamburg 1995.

<sup>42</sup> Vgl. Einleitung, Anm. 17.

<sup>43</sup> Zur Anglophobie Halders vgl. Hartmann, Halder, S. 144, 189f., 212ff., 219ff.

<sup>44</sup> Der Generalstab der Luftwaffe hatte den Befehlshaber der Luftwaffengruppe 2, General Hellmuth Felmy, am 18. 2. 1938 beauftragt, die Möglichkeit eines Luftkriegs gegen Großbritannien zu prüfen. Zur Verärgerung Görings kam Felmy am 22. 9. 1938 zu dem Ergebnis: „Ein Vernichtungskrieg gegen England erscheint mit den bisher zur Verfügung stehenden Mitteln ausgeschlossen“ – eine Lageeinschätzung, die sich im Mai 1939 in einem Planspiel der Luftflotte 2 bestätigte. Am 7. 2. 1939 erließ Göring die „Aufmarsch- und Kampfpanweisungen für die Luftwaffe“, in der der Luftkrieg gegen den Großraum Paris im Vordergrund stand. Bei der Luftkriegsführung gegen Großbritannien, für die am 22. 5. 1939 eine Studie ausgegeben wurde, hoffte man auf die „stark demoralisierende Wirkung“ kleiner Luftangriffe, die sich vor allem gegen die britische Flugzeugindustrie, nicht so sehr aber gegen London richten sollten. Vgl. Klaus A. Maier/Bernd Stegemann, *Einsatzvorstellungen und Lagebeurteilungen der Luftwaffe und der Marine bis Kriegsbeginn*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2, S. 43–76.

<sup>45</sup> Vgl. Einleitung, Anm. 19.

<sup>46</sup> Zu den Gesprächen, die Halder mit Diplomaten des westlichen Auslands führte, vgl. Hartmann, Halder, S. 123ff., sowie Einleitung, Anm. 27.

<sup>47</sup> Das Bild, das man sich im Aus-, aber auch im Inland von der Wehrmacht machte, war maßgeblich geprägt von der deutschen Propaganda, die es verstanden hatte, die militärische Stärke des Deut-

Nordafrikas<sup>48</sup> nur schwer denken, von der für Frankreich neuerstandenen dritten, der Pyrenäenfront<sup>49</sup>, gar nicht zu reden, und Polen wird nicht gerettet, wenn die Franzosen sich hinter der Maginotlinie verkriechen<sup>50</sup>.

Während also im Westen – mit Ausnahme der Alpenfront – bis auf schwerste Luftraids etc. eine abwartende Haltung angenommen wird, wenigstens in den ersten Tagen, muß im Osten blitzschnell gehandelt werden. Wir können hier keine Schlachten im landläufigen Sinne liefern, wir müssen und werden zermalmend über Polen herfallen. Von Ostpreußen, wahrscheinlich auch durch Litauen, von Pommern, Brandenburg, Schlesien, Mähren und durch die Slowakei werden sich unsere Armeen konzentrisch nicht etwa nur auf Warschau sondern auch auf einen Punkt weit hinter Warschau bewegen<sup>51</sup>. Zeit zum Rückzug

schen Reichs weit zu überzeichnen. Bei einem systematischen Vergleich der hier angesprochenen zentralen Bereiche Panzer- und Luftkrieg für den Zeitpunkt Mai 1940 wird deutlich, daß das deutsche Kriegspotential dem der Franzosen weder quantitativ noch qualitativ überlegen war. Am 10. 5. 1940 standen im Westen 2439 deutsche 3254 französischen Panzern gegenüber, wobei etwa zwei Drittel der deutschen Panzer zu leicht bewaffnet und gepanzert waren. Dagegen war die deutsche Luftwaffe der französischen qualitativ ebenbürtig, teilweise sogar überlegen. Sie verfügte am 10. 5. 1940 an der Westfront über 2589 einsatzbereite Flugzeuge, die französische dagegen nur über 879. Bezieht man die im Hinterland stationierten Flugzeuge mit ein, so betrug das Verhältnis 3097 (Frankreich) zu 3578 (Deutschland). Vgl. Karl-Heinz Frieser, *Blitzkrieg-Legende. Der Westfeldzug 1940*, München 1995, S. 41 ff.

<sup>48</sup> 1939 waren in Algerien drei, Tunesien zwei und Marokko etwa zwei französische Kolonialdivisionen stationiert. Vgl. Anthony Clayton, *France, Soldiers and Africa*, London 1988, S. 120 ff.

<sup>49</sup> Spanien trat am 27. 3. 1939 dem Antikomintern-Pakt bei, am 31. 3. unterzeichnete es einen auf fünf Jahre begrenzten Freundschaftsvertrag mit Deutschland. Ribbentrop erläuterte dem italienischen Außenminister Galeazzo Ciano am 6./7. 5. 1939, welche große Hoffnungen man auf eine Kooperation mit Spanien setze; durch dessen Unterstützung könnten mehrere französische Korps an der Pyrenäengrenze gebunden werden. Spanien, dessen neue Regierung noch im Februar von Frankreich anerkannt worden war, erklärte jedoch am 4. 9. 1939 seine „strikteste Neutralität“. Vgl. Dante A. Puzzo, *Spain and the Great Powers 1936–1941*, New York 1962, S. 202 ff., 207; Walther L. Bernecker, *Neutralität wider Willen. Spaniens verhinderter Kriegseintritt*, in: Helmut Altrichter/Josef Becker (Hrsg.), *Kriegsausbruch 1939. Beteiligte, Betroffene, Neutrale*, München 1989, S. 153–177.

<sup>50</sup> Das Primat der Defensive, in dem die französischen Militärs befangen waren, resultierte aus den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, insbesondere aus den Erfahrungen der Schlacht um Verdun, und war Ausdruck des französischen Sicherheitsdenkens der Zwischenkriegszeit. 1939 bestand die Maginotlinie aus etwa 5250 Bunkern oder sonstigen Verteidigungsanlagen. Die Verteidigungslinie erstreckte sich entlang der französischen Ostgrenze und des Oberrheins bis zum Ärmelkanal, wobei die einzelnen Abschnitte sehr unterschiedlich armiert waren. Ausgesprochene Schwerpunkte bestanden entlang des Oberrheins, in Lothringen, östlich von Verdun, Thionville, Metz sowie im Raum Valenciennes-Maubeuge. Vgl. Robert Allan Doughty, *The Seeds of Disaster. The Development of French Army Doctrine 1919–1939*, Hamden 1985, S. 41 ff.; Henry Dutaillay, *L'Architecture Militaire*, in: *Histoire Militaire de la France*, 3: De 1871 à 1940. Sous la Direction de Guy Pedroncini, Paris 1992, S. 363–377.

<sup>51</sup> Aufgrund der günstigen geostrategischen Lage des Deutschen Reichs gegenüber Polen gab es in der deutschen militärischen Führung keine großen Debatten über die Anlage des Operationsplans. Diskutiert wurde vor allem die Frage, wie weit die deutschen Offensivzangen nach Osten ausgreifen sollten. Nachdem der vorgesehene Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, Generaloberst Fedor von Bock, sich für eine Offensive östlich von Warschau eingesetzt hatte, gab das OKH, das aus Zeitgründen mittlerweile den direkten Angriff auf Warschau favorisierte, diesem Vorschlag

darf den Polen nicht gelassen, es muß ihnen das Cannae bereitet werden, das, wie Sie wissen, immer unser Ideal war<sup>52</sup>.

Die mangelnde Motorisierung der polnischen Armee, das Fehlen eines wirklich erstklassigen einheitlichen Offizierskorps<sup>53</sup>, die geringe und geringwertige Luftwaffe, werden es uns mit unseren Panzer- und leichten Divisionen<sup>54</sup>, mit unserer Luftwaffe, besonders mit den Schlachtfliegern<sup>55</sup>, ermöglichen, die polnische Armee nicht nur abzuschneiden, sondern auch totzumarschieren und buchstäblich zur Strecke zu bringen. Hier wird die neue Luftinfanterie<sup>56</sup> große und schöne Aufgaben erhalten und auch bewältigen, wie ich überzeugt bin<sup>57</sup>. Hierzu gehört evtl. auch die rasche Besitznahme der

---

nach und modifizierte seine Aufmarschanweisung vom 15.6. 1939. Vgl. Hartmann, Halder, S.142f.; Generalfeldmarschall Fedor von Bock. Das Kriegstagebuch. Hrsg. von Klaus Gerbet, München 1995, S.28 ff.

<sup>52</sup> Zur Bedeutung dieser Doktrin vgl. Jehuda L. Wallach, Das Dogma der Vernichtungsschlacht. Die Lehren von Clausewitz und Schlieffen und ihre Wirkungen in zwei Weltkriegen, Frankfurt a.M. 1967. Zur zeitgenössischen Rezeption vgl. Generalfeldmarschall Graf Alfred von Schlieffen, Cannae. Mit einer Einführung vom Oberbefehlshaber des Heeres General der Artillerie Freiherrn von Fritsch, Berlin <sup>3</sup>1936.

<sup>53</sup> Vgl. die Einschätzung des polnischen Offizierskorps durch den Generalstab des Heeres im Vorfeld des Krieges: „Das Offizierskorps bildet auch jetzt noch wegen seiner verschiedenartigen Herkunft und Vorbildung keine geschlossene Einheit, ist aber als Träger des häufig zum Chauvinismus gesteigerten polnischen Nationalgefühls anzusprechen.“ Das Offizierskorps sei in seiner Ausbildung und seinem Denken von verschiedenen Einflüssen geprägt, den Erfahrungen des polnisch-sowjetischen Krieges, den Lehren der französischen Kriegsakademie und den deutschen Vorschriften. „Die Folge der Einwirkung dieser entgegengesetzten Einflüsse ist das Fehlen einer klaren taktischen und operativen Anschauung sowie Unsicherheit in der Führung.“ BA-MA, RHD 18/266: „Die polnische Kriegswehrmacht“ (Stand: 1.8. 1939), Zitat S.46.

<sup>54</sup> 1939 gab es im deutschen Heer vier leichte Divisionen. Diese besonders beweglichen Verbände bestanden vor allem aus Kradschützen- und Kavallerieschützenbataillonen, aber nur einer Panzer-Abteilung, so daß sie von ihrer Zusammensetzung eine Art Bindeglied zwischen der Infanteriedivision (mot.) und der Panzerdivision waren. Vgl. Schottelius/Caspar, Organisation, S.315, 341 ff.

<sup>55</sup> Mit diesem aus dem Ersten Weltkrieg stammenden Begriff sind vermutlich weniger die Schlachtverbände gemeint, von denen die Luftwaffe am 31.8. 1939 nur eine Gruppe (40 Flugzeuge des Typs Henschel Hs 123) besaß, sondern die neun Gruppen Sturzkampfverbände, die damals über insgesamt 366 Flugzeuge des Modells Junkers Ju 87 verfügten. Dieser leistungsfähige und moderne Flugzeugtyp entsprach dem Einsatzprinzip der Luftwaffe, bei dem die taktische Unterstützung des Heeres im Vordergrund stand. Vgl. Karl-Heinz Völker, Die deutsche Luftwaffe 1933–1939. Aufbau, Führung und Rüstung der Luftwaffe sowie die Entwicklung der deutschen Luftkriegstheorie, Stuttgart 1967, S.170 ff.

<sup>56</sup> Die Wehrmachtführung setzte in die Fallschirmtruppe, als einer modern ausgerüsteten Elitetruppe, größte Hoffnungen; bei Kriegsausbruch verfügte die Luftwaffe über 5 Bataillone bzw. 24 Kompanien, die in der 7. Fliegerdivision der Luftwaffe zusammengefaßt waren. Das Heer besaß mit dem Infanterieregiment 16 eine eigene Luftlandeinfanterie. Vgl. Die Verbände der Luftwaffe 1935–1945. Gliederungen und Kurzchroniken – Eine Dokumentation. Hrsg. von Wolfgang Dierich, Stuttgart 1976, S.627 ff.

<sup>57</sup> Aus Geheimhaltungsgründen wurden die Verbände der 7. Fliegerdivision während des Polenfeldzugs noch nicht im Fallschirmsprung eingesetzt. Lediglich das II. und III. Bataillon des Fallschirmjäger-Regiments 1 nahmen wenige Tage an den Kämpfen teil. Vgl. Erich Busch, Die Fallschirmjäger-Chronik 1935–1945, Friedberg 1983, S.13 ff., 26.

Petroleumquellen in Galizien<sup>58</sup> und die Vernichtung der neuen Industriezentren im Osten<sup>59</sup>.

Ich möchte betonen, daß der schlagartige Überfall auf Polen von vorneherein nicht nur mit qualitativer, sondern auch mit überwältigender quantitativer Übermacht geführt werden muß und wird<sup>60</sup>. Wir werden an jeder Stelle sowohl an Material als auch an Zahl so weit überlegen sein, daß ein Widerstand eigentlich von vornherein zwecklos erscheint. Hinzu kommt, daß wir uns diesmal unserer ausgezeichnet organisierten *Propaganda als Waffe* bedienen werden, und zwar in einem Maße, die die Welt staunen lassen wird<sup>61</sup>. Ich kann und will noch nicht Einzelheiten bringen, ich will nur als ein Beispiel erwähnen, daß durch Berichte über Niederlagen, Aufstände, Gehorsamsverweigerungen, Flucht von hohen Persönlichkeiten, selbst wenn das zunächst noch nicht stimmen sollte, der Grad der Zersetzung und Deformierung des Widerstandswillens so weit erhöht werden wird, daß Heer und Volk zusammenbrechen<sup>62</sup>.

Daß dabei natürlich auch die ukrainische Empörung gefördert werden wird, versteht sich von selbst. Hier stehen bereits seit dem vorigen Herbst gewisse Kadets zur Verfügung<sup>63</sup>.

<sup>58</sup> Polen förderte 1938 507 000 t Rohöl im Gebiet nördlich der Karpaten vom Dunajec bis zur rumänischen Grenze. Vgl. Curt Poralla, Die Wirtschaft zwischen den beiden Kriegen, in: Osteuropa-Handbuch Polen. Hrsg. von Werner Markert, Köln 1959, S. 69–97, hier S. 88 f.

<sup>59</sup> Ziel des Vier-Jahres-Investitionsplans, den die polnische Regierung am 10. 6. 1936 proklamiert hatte, war nicht nur die Modernisierung der polnischen Streitkräfte und die Verlagerung der gefährdeten rüstungswirtschaftlichen Zentren nach Osten, sondern auch der Abbau der Massenarbeitslosigkeit und die sozialwirtschaftliche Integration von Ostpolen. Während der Jahre 1936 bis 1939 flossen insgesamt eine Mrd. Zł. an staatlichen und eine weitere Mrd. Zł. an kommunalen und privaten Investitionen in den Zentralen Industriebezirk (C. O. P) im San-Weichsel-Dreieck, das mit seiner Region A die Rohstoff- und mit seiner Region B die landwirtschaftliche Versorgung garantieren sollte, während die Region C um Sandomir zur eigentlichen Industriezone bestimmt war. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs konnte jedoch nur ein Drittel der neuerbauten Betriebe die Produktion aufnehmen. Vgl. Strobel, Industrialisierung; Zgórnjak, Militärpolitische Lage, S. 451 ff.; Poralla, Wirtschaft, S. 85 f.

<sup>60</sup> Quantitativ differierten die Stärkeverhältnisse zwischen den deutschen und polnischen Streitkräften am 1. 9. 1939 nur wenig: Die Wehrmacht konnte ca. 1,5 Millionen Soldaten ins Feld führen, die Soll-Stärke der polnischen Armee betrug 1,3 Millionen Soldaten, wobei vermutlich nicht alle mehr mobilisiert werden konnten. Die deutsche Seite verfügte allerdings über mehr als 3600 gepanzerte Fahrzeuge, zusammengefaßt in 15 Panzer- und motorisierten Divisionen, während die Polen lediglich 750 solcher Fahrzeuge und nur eine motorisierte Brigade aufbieten konnten, dafür aber 11 Kavallerie-Brigaden. Vgl. Rohde, Blitzkrieg, S. 111.

<sup>61</sup> Das deutsche Heer verfügte im August 1939 über sieben, die Luftwaffe über vier, die Kriegsmarine über zwei Propaganda-Kompanien. Vgl. Hasso von Wedel, Die Propagandatruppen der Deutschen Wehrmacht, Neckargemünd 1962, S. 17 ff., 26 ff.; Ortwin Buchbender/Horst Schuh, Die Waffe, die auf die Seele zielt. Psychologische Kriegführung 1939–1945, Stuttgart 1983.

<sup>62</sup> Während des Polenfeldzugs wurden fünf Propagandakompanien des Heeres und zwei der Luftwaffe eingesetzt, hauptsächlich zur Wort- und Bildberichterstattung; wegen der Kürze der Kampfhandlungen blieben die Versuche, durch sog. Aktivpropaganda auf polnische Soldaten einzuwirken, begrenzt. Vgl. Wedel, Propagandatruppen, S. 36 ff.

<sup>63</sup> In der Zwischenkriegszeit lebten etwa 4 bis 4,5 Millionen Ukrainer (ca. 16,6%) im südöstlichen Teil Polens. Durch die rigide polnische Minderheitenpolitik radikalisierten sich die ukrainischen Organisationen seit Mitte der zwanziger Jahre, seit 1930 eröffnete die Orhanizacija Ukraïns'kych

Es ist somit nicht zu erwarten, daß Polen lange standhalten wird. Wir wollen die Tapferkeit des polnischen Volkes gar nicht in Frage stellen – es wird sich sicher verzweifelt wehren<sup>64</sup>. Aber es darf gar nicht dazu kommen, daß sich die polnische Armee nach den ersten Chocks noch einmal „setzt“. Die Verfolgung muß über Stock und Stein fortgesetzt werden, bis der Gegner die Waffen fortwirft<sup>65</sup>. Und da die Besetzung des Landes in weitem Maße von den paramilitärischen Formationen der Partei vorgenommen werden wird<sup>66</sup>, so wird die Armee beinahe in vollem Umfange intakt bleiben und nicht durch Mannschaftsabgaben an die Etappe geschwächt werden.

Wo nun dürften die ersten großen Schlachten stattfinden?

Das ist schwer zu sagen. Sicher werden sich die Polen in Westpreußen (Pommerellen) gegen die aus Ostpreußen und Pommern vorgehenden Truppen des I. und II. Korps schlagen<sup>67</sup>, sicher werden sie sich im Raume von Polnisch-Schlesien gegen die aus der Linie Rosenberg-Ratibor-Mährisch-Ostrau-Zilina vorgehenden Heeresgruppen 1 und 3<sup>68</sup> zur

---

Nationalistiv/Organisation Ukrainer Nationalisten (OUN) in Ostgalizien phasenweise einen regelrechten Guerillakrieg. Nachdem die OUN mit dem deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag einen Rückhalt verloren hatten und die gemäßigten ukrainischen Parteien kurzfristig in den polnischen Staat integriert wurden, begann die deutsche Diplomatie mit der Verschlechterung des deutsch-polnischen Verhältnisses die ukrainische Nationalbewegung wieder stärker für ihre Interessen einzusetzen. Ende 1938 wurden alle ukrainischen Exilgruppen in Deutschland einer „Vertrauensstelle“ unter Leitung der OUN unterstellt, während in Brandenburg die militärische Ausbildung ukrainischer Freiwilliger begann. Vgl. Wladyslaw A. Serczyk, Die sowjetische und die ‚polnische‘ Ukraine zwischen den Weltkriegen, in: Geschichte der Ukraine. Hrsg. von Frank Golczewski, Göttingen 1993, S.202–243. Ferner Wolodymyr Kosyk, The Third Reich and Ukraine, New York 1993, S.20 ff.

<sup>64</sup> Während des Polenfeldzugs fielen ca. 70000 polnische Soldaten im Kampf gegen das Deutsche Reich, ca. 50000 im Kampf gegen die Sowjetunion. Die Wehrmacht verlor während dieser Kämpfe ca. 11000, die Rote Armee ca. 1000 Soldaten. Vgl. Rohde, Blitzkrieg, S. 111, 133; Grif sekretnosti snjat: poteri Vooruzennykh sil SSSR v vojnach, boevykh dejstvijach i voennykh konfliktach, Moskau 1993, S.87. [Der „Geheim“-Stempel ist aufgehoben: Die Verluste der Streitkräfte der UdSSR in Kriegen, Kampfhandlungen und kriegerischen Konflikten.]

<sup>65</sup> Der Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, veröffentlichte am 12.9. eine „Verordnung über Waffenbesitz“ in den besetzten polnischen Gebieten, welche die Todesstrafe für jede Form von Waffenbesitz androhte. Damit wurden alle versprengten polnischen Soldaten kriminalisiert. Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S.49 ff.

<sup>66</sup> Vgl. Einleitung, Anm.29. Zum Vorgehen der Einsatzgruppen in den besetzten polnischen Gebieten vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S.42 ff.; Umbreit, Militärverwaltungen, S.162 ff. Trotz oder gerade wegen des brutalen Vorgehens der schließlich sieben Einsatzgruppen stellte sich für die deutsche Militärverwaltung das Problem einer insgesamt zu geringen Zahl an Ordnungskräften. Um die von eigenen Truppen vorerst weitgehend entblößten Räume zu sichern, wurden fünf Polizeigruppen gebildet, zu denen im September 1939 auch Sonderformationen von SS, SA und NSKK traten, die hinter den deutschen Truppen in Polen einrückten. Außerdem wurden provisorisch Bautruppen als Hilfspolizei sowie Volksdeutsche als Ordnungskräfte eingesetzt. Vgl. ebenda, S.137 ff.

<sup>67</sup> Königsberg war Standort des Generalkommandos I, Stettin Standort des Generalkommandos II. Als I. und II. Armeekorps gehörten beide während des Polenfeldzugs zur Heeresgruppe Nord. Vgl. Tessin, Verbände, S.14, 95. Zur operativen Vorbereitung des Polenfeldzugs vgl. Rohde, Blitzkrieg, S.92 ff.

<sup>68</sup> Das deutsche Friedensheer war 1939 in sechs Heeresgruppen unterteilt. Standort der Heeresgruppe 1 war Berlin, der Heeresgruppe 3 Dresden. Während des Polenfeldzugs waren das der Heeres-

Wehr setzen. Ob sie bei der verzweifelten Lage Posens diese ihre beste Provinz<sup>69</sup>, zu verteidigen versuchen, steht noch nicht fest. Zwischen Warschau und Lodz dürfte eine neue Widerstandslinie zu erwarten sein<sup>70</sup>, desgleichen hinter der Weichsel. Und ebenso bei Wilna. Aber schon bei der Weichsel dürfte sich die enorme Frontverkürzung, die dann eingetreten ist, zu unseren Gunsten, also das Ende des polnischen Widerstandes beschleunigend, geltend machen. Und außerdem wird inzwischen Ostgalizien in den Händen der ukrainischen Aufständischen sein<sup>71</sup>, so daß ein Rückzug dorthin nicht mehr möglich ist. Alle diese Widerstandslinien müssen von uns gleichsam mit stürmender Hand durch einen Masseneinsatz nicht nur von Menschen, sondern vor allem durch mächtige Panzerformationen<sup>72</sup> und durch vernichtenden Einsatz der Flugwaffe in der Schlacht genommen, und ein Rückzug muß faktisch unmöglich gemacht werden.

gruppe 3 unterstellte IV., VII. und XIII. Armeekorps tatsächlich der Heeresgruppe Süd unterstellt, die aus dem von Halder erwähnten Abschnitt angriff. Von den Korps, die der Heeresgruppe 1 im Frieden unterstellt waren, kämpften während des Polenfeldzugs das I.–III. Armeekorps im Bereich der Heeresgruppe Nord, das VIII. Armeekorps dagegen bei der Heeresgruppe Süd. Vgl. Schottelius/Caspar, Organisation, S. 316 f.; Rohde, Blitzkrieg, S. 92 ff.

<sup>69</sup> Die Woiwodschaft Poznań war eine der am dichtesten besiedelten Gegenden in Polen und besaß 1938 auch die größte Zahl an Betrieben (insgesamt 31552). Sie besaß ferner die größte Ackerfläche aller polnischen Provinzen (1931: 1801000 ha) und war neben Pomorze die einzige Woiwodschaft, die ständige Getreideüberschüsse erzielte. Vergleicht man die Zahl der Großbetriebe, so rangierte die Woiwodschaft Poznan allerdings nur auf Rang 5. Vgl. Poralla, Wirtschaft, S. 80.

<sup>70</sup> Der polnische Generalstab hatte 1935 einen Operationsplan für den Fall einer Auseinandersetzung mit Deutschland erarbeitet, begann aber erst im Frühjahr und Sommer 1939, diesen der neuen Lage anzupassen: Ohne jede Schwerpunktbildung wurde die Masse der Truppen ins Grenzgebiet verlegt, um möglichst wenig Raum preiszugeben. Der deutsche Angriff stieß deshalb am Anfang auf entschiedenen Widerstand, der aber überall innerhalb weniger Tage gebrochen werden konnte. Während sich die deutsche Führung eine Entscheidung über den operativen Schwerpunkt des Feldzugs noch vorbehielt, stießen die vorrückenden deutschen Truppen genau in jenem Gebiet zwischen Łódź und Warschau auf die zurückgeworfenen polnischen Armeen Poznan und Pomorze, die sie einkesselten und bis zum 18.9. zur Kapitulation zwangen. Vgl. Rohde, Blitzkrieg, S. 104 ff.; Rolf Elble, Die Schlacht an der Bzura im September 1939 aus deutscher und polnischer Sicht, Freiburg 1975.

<sup>71</sup> Das Amt Ausland/Abwehr im OKW hatte etwa 200 ukrainische Nationalisten ausgebildet und in der sog. Einheit *Bergbauernhilfe* zusammengefaßt, die im September 1939 am Polenfeldzug teilnahm. Sie konnte jedoch nicht mehr für subversive Zwecke in Südostpolen eingesetzt werden, da sie sich mit dem Beginn des sowjetischen Einmarsches am 17.9. 1939 über die vereinbarte Demarkationslinie nach Westen zurückziehen mußte. Auch sonst blieben während des Polenfeldzugs größere ukrainische Unruhen aus. Eine ganz andere Bedeutung für den weiteren Verlauf des Polenfeldzugs erhielt die ukrainische Frage durch den Versuch der Sowjetunion, ihren Einmarsch in Ostpolen nicht nur mit sozialrevolutionären, sondern auch nationalukrainischen Parolen zu rechtfertigen. Vgl. Frank Golczewski, Die Ukraine im Zweiten Weltkrieg, in: Ders. (Hrsg.), Geschichte der Ukraine, S. 241–268; Kosyk, Third Reich, S. 52 ff.

<sup>72</sup> Zu den damaligen Ausbildungs- und Einsatzgrundsätzen der deutschen Panzertruppe vgl. Hubertus Senff, Die Entwicklung der Panzerwaffe im deutschen Heer zwischen den beiden Weltkriegen. Eine Untersuchung der Auffassungen über ihren Einsatz anhand von Vorschriften, literarischer Diskussion und tatsächlichem Heeresaufbau, Frankfurt a.M. 1969; Uwe Bitzel, Die Konzeption des Blitzkrieges bei der deutschen Wehrmacht, Frankfurt a.M. 1991, insbes. S. 266 ff., 287 ff.

Meine Herren! Ich weiß, daß das, was ich Ihnen jetzt sage, unmöglich klingt. Und doch muß es möglich sein. *Wir müssen in spätestens drei Wochen mit Polen fertig sein, ja, möglichst schon in 14 Tagen*<sup>73</sup>.

Dann wird es von den Russen abhängen, ob die Ostfront zum europäischen Schicksal wird oder nicht. In jedem Fall wird dann eine siegreiche Armee, erfüllt mit dem Geist gewonnener Riesenschlachten, bereitstehen, um entweder dem Bolschewismus entgegenzutreten oder, die Vorteile der inneren Linie ausnutzend, nach dem Westen geworfen zu werden, um dort die Entscheidung rasch, aber gründlich zu erringen.

Doch davon ein anderes Mal.

---

<sup>73</sup> Deutsche Truppen erreichten bereits am 7.9. die Außenbezirke Warschaus, vier Tage später war die Masse des polnischen Feldheers westlich des Bug im Raum zwischen Łódź und Warschau eingeschlossen. Am 28.9. kapitulierte die polnische Hauptstadt, am 6.10. 1939 die letzten polnischen Feldtruppen. Vgl. Rohde, *Blitzkrieg*, S. 111 ff.; Janusz Piekalkiewicz, *Polenfeldzug. Hitler und Stalin zerschlagen die Polnische Republik*, Bergisch-Gladbach 1982, S. 72 ff.

## Abstracts

### *Hermann Graml, The Wehrmacht during the Third Reich.*

Despite its defeat in 1918, the German army (*Reichswehr*) steadfastly upheld the idea of an autocratic Prussian state and its world power aspirations. Consequently, after January 30, 1933, the *Reichswehr* supported the formation (or build up) of a *Führerstaat*. The essay delineates how domestic policy and the National Socialist movement brought about political subordination to Hitler, ultimately transforming the army into an instrument of National Socialist policy. Indeed, during the offensive against the Soviet Union, the *Wehrmacht* became an instrument of an all encompassing Germanization and extermination policy. The *Wehrmacht* was subjected more and more to National Socialist doctrine, manifested by the overthrow of moral premises and military justice virtually became non-existent. However, the paper stresses the fact, that opposition to the Hitler regime by the *Wehrmacht* never fully eclipsed, that there were instances of choice where theory was not put into practice.

### *Ted Harrison: Graf Helldorff, the Nationalist Socialist Movement and the Coup against Hitler.*

Despite his participation in the attempted coup against Hitler on July 20th, Count Helldorff has been neglected by historians. He is of particular interest due to his dual career as an early leader of the SA and later resistance figure. Helldorff's rise in the Nazi Movement was due to a friendship with Röhm he formed in 1924 and his orchestration of the *Kurfürstendamm Pogrom* of 1931. This anti-Semitic atrocity won Helldorff the patronage of Goebbels who sponsored his appointment as Police President of Berlin in 1935. Despite his sloth, extravagance and extraordinary personal corruption, Helldorff succeeded in keeping this post though his powers were undermined by Himmler's restructuring of the German police. Helldorff's resentment over his waning influence and concern over Hitler's foreign and war policies led him to support the conservative military resistance. Before July 20th Helldorff shrewdly urged the transfer of Major Remer, who was to suppress the coup. But otherwise Helldorff did little to make the coup a success. He took part because, like his early patron Röhm, he had never developed blind faith in Hitler. Helldorff's role in the July plot was the first hurrah of the old SA leadership and exemplifies the disparate motives which went into the making of the conspiracy.

### *Gerhard Krebs, Japan's Tentative Move towards Peace Negotiations via Sweden 1944/45.*

During the fall of 1944, the Swedish ambassador in Tokyo – Widar Bagge – was first approached unofficially and then about six months later was officially asked by the Japanese Foreign Office to consider acting as a peace mediator between the Allies and Japan in April 1945. However, the entire Japanese cabinet resigned shortly thereafter. Headed by the new Foreign Minister, Togo Shigenori, a different foreign policy course was pursued, namely to conduct peace negotiations through the then neutral Soviet Union. Consequently at that point the Swedish ambassador had no further directives and after Bagge returned to Stockholm could not officially carry out the original request. However, the

VfZ 45 (1997)

© Oldenbourg 1997

Japanese military attaché Major General Onodera Makoto, decided to follow up on the initiative and tried to contact the British royal family via Prince Charles of Sweden. The Japanese Foreign Office and army officials were outraged by the unauthorized conduct whereby the Swedish Foreign Office and monarchy disassociated themselves from the situation. Although the Allies had noted the initiative with interest, they justifiably refrained from taking any action without official approval by the Japanese government.

*Andreas Wirsching, A Discussion of the Nature of the KPD during the Weimarer Republik.*

The essay discusses Klaus-Michael Mallmann's recent book *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*. Although the volume offers interesting insights into the social development of the KPD and provides plausible conclusions, the work nevertheless displays serious shortcomings which, at best, are misleading. Mallmann categorically dismisses Hermann Weber's theory of the „stalinization“ of the KPD. Instead, he puts forward the idea, that at its base the communist party was comprised largely of a working class with leftist leanings and possessing a certain measure of self-autonomy. By upholding the view that the communists of the *Weimarer Republik* shared similarities with the social democrats in more ways than one, Mallmann minimizes the impact and historic significance of Moscow enforced ideology upon the KPD. The essay delineates point by point the tenuousness of Mallmann's argument, yet reveals the parallels in both Mallmann's and Weber's respective approach. While Weber distinguishes between „stalinization“ and so-called „democratic“ communism, the comprehends – as does Mallmann – the totalitarian aspects of German communism to finally be an exogenous phenomenon brought about by outside forces.

*Christian Hartmann/Sergej Slutsch, Preparations for War as Noted by Franz Halder (Spring 1939).*

This study focusses on a document recently uncovered in the former special state archives of Moscow. Penned by Franz Halder, one of the most important figures in *Wehrmacht* leadership, it sheds light upon the strategic military situation and the status of strategic military planning in Germany at the outset of World War II in an unusually open and succinct fashion. For the first time the high degree to which German army leadership was directly involved in the unleashing of the second world war is fully documented. Not only substantiated by the attack against Poland, the address also makes clear how Halder was prepared to risk war with the western powers and even considered a confrontation with the Soviet Union as early as spring 1939. However, the speech not only reflects the rashness of Halder's military speculation. Indeed, Halder's optimistic foreign policy outlook was confounding given the indifference he displayed to the real interests of so many states. He described the occupation of Poland as being conducted by „paramilitary party formations“.

## MITARBEITER DIESES HEFTES

*Hermann Graml*, (Kapellenstr.23, 83527 Haag); veröffentlichte u. a. „Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948“ (Frankfurt a.M. 1985), „Die Märznote von 1952. Legende und Wirklichkeit“ (St. Augustin 1986), „Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich“ (München 1988), „Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939“ (München 1990).

*E. D. R. Harrison*, Dozent für Zeitgeschichte am European Studies Research Institute, University of Salford, Manchester M5 4WT, England; 1995 Alistair Horne Visiting Fellow des St. Anthony's College Oxford; veröffentlichte u. a. „The Nazi Dissolution of the Monasteries. A Case-Study“, in: The English Historical Review, Bd.109, April 1994, S.323-355; arbeitet gegenwärtig als Nuffield-Stipendiat an einem Projekt über die Nachrichtendienste der Alliierten und der Achsenmächte im südlichen Afrika während des Zweiten Weltkriegs.

Dr. *Gerhard Krebs*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt Potsdam (Zeppelinstr.127/128, 14471 Potsdam); veröffentlichte u. a. „Japans Deutschlandpolitik 1935–1941. Eine Studie zur Vorgeschichte des Pazifischen Krieges“, 2 Bände (Hamburg 1984), „Deutschland und Pearl Harbor“, in: Historische Zeitschrift, Bd.253, Oktober 1991, S.313–369, zusammen mit Bernd Martin (Hrsg.), „Formierung und Fall der Achse Berlin – Tōkyō“ (München 1994), zusammen mit Christian Oberländer (Hrsg.), „1945 in Europe and Asia. Reconsidering the End of World War II and the Change of the World Order“ (München 1997).

Dr. *Andreas Wirsching*, Professor für Neuere und Neueste Geschichte Westeuropas an der Universität Tübingen (Seminar für Zeitgeschichte, Wilhelmstr.36, 72074 Tübingen); veröffentlichte u. a. „Parlament und Volkes Stimme. Unterhaus und Öffentlichkeit im England des frühen 19. Jahrhunderts“ (Göttingen 1990), zusammen mit Horst Möller und Walter Ziegler (Hrsg.), „Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich“ (München 1996). Demnächst erscheint: „Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich“.

Dr. *Christian Hartmann*, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München (Leonrodstr.46b, 80636 München); veröffentlichte „Halder, Generalstabschef Hitlers 1938–1942“ (Paderborn 1991); Mitherausgeber der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945“ und der Edition „Hitler – Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933“.

Dr. *Sergej Slutsch*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Slawistik und Balkanistik der Akademie der Wissenschaften Rußlands (Leninskij prospekt 32a, 117334 Moskau); veröffentlichte zahlreiche Beiträge zur deutschen Außenpolitik und den internationalen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit. Koautor und Mitherausgeber (zusammen mit Hans-Adolf Jacobsen, Jochen Löser, Daniel Proektor) des Sammelbandes „Deutsch-russische Zeitenwende. Krieg und Frieden 1941–1995 (Baden-Baden 1995).